

MetanoiaMagazin

FÜR KRITISCHE PERSPEKTIVEN UND UNBEIRRTES DENKEN

Ausgabe Nr. 52 | Januar 2023



Digitales Gefängnis

China als Versuchslabor für den Westen

Teil 2/2



Zusammenfassung von Ausgabe 51 - Teil 1/2

Bevor wir uns dem Inhalt dieses zweiten Teiles der Doppelausgabe zum Thema «Digitales Gefängnis – China als Versuchslabor für den Westen» zuwenden, erscheint es angebracht, die Inhalte des ersten Teiles in aller Kürze zu resümieren. Darin wurde herausgearbeitet, dass wir derzeit eine Entwicklung hin zu immer mehr digitaler Überwachung erleben. Dieser Trend lässt sich auf globaler Ebene beobachten, wobei festgestellt werden kann, dass die einzelnen Staaten im Ausbau der Systeme unterschiedlich weit vorangeschritten sind. Unangefochtener Spitzenreiter dieser Entwicklung ist die Volksrepublik China, die im Verlauf der letzten Jahrzehnte zum Überwachungsstaat par excellence ausgebaut wurde. Zwar hat auch das von der Kommunistischen Partei (KPCh) geführte «Reich der Mitte» die Kontrolle noch nicht in allen Bereichen perfektioniert, und vieles befindet sich auch dort erst im Aufbau, doch die eingeschlagene Richtung ist eindeutig. Die neu entstandenen Möglichkeiten der modernen Digital-Technik rücken den vollkommen gläsernen Bürger erstmals tatsächlich in greifbare Nähe und mithilfe von Dauerüberwachung und ausgeklügelten Bestrafungs- und Belohnungssystemen soll der «neue sozialistische Mensch» geschaffen werden, von dem schon Karl Marx träumte und der weder Freiheit noch Privatbesitz oder Selbstbestimmungsrecht kennen soll.

In der Nummer 51 setzten wir uns mit einigen der technologischen Errungenschaften auseinander, die diese Entwicklung möglich machen. Wir beschäftigten uns ausführlich damit, wie die Einführung einer digitalen Identität mithilfe der Blockchain-Technologie realisiert werden könnte. Diese «Digitale ID», auf deren Einführung weltweit hingearbeitet wird, ist dabei weitaus mehr als nur eine digitalisierte Form des Personalausweises. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass sie im Grunde das unerlässliche Fundament für jede Form der modernen Überwachung und Steuerung darstellt. Auf der Möglichkeit, einen Menschen erfassen und ihn eindeutig einer digitalen Karteiakte zuordnen zu können, bauen Technologien wie Gesichtserkennung und Konzepte wie Sozialpunkte-Systeme überhaupt erst auf. Aus diesem Grund umfasst die «Digitale ID» nicht nur Name, Geburtsdatum und Wohnort, sondern im Grunde alles, was es über eine Person zu wissen gibt: Anfangen von Informationen über das Online-Verhalten, Standort-Daten, Kauf- und Kredithistorie, Gesundheitsstatistik bis hin zu persönlichen Standpunkten und Ansichten und nicht zuletzt auch biometrische Daten wie Fingerabdruck, Gesichtsscan, etc. – alles soll vom System erfasst werden.

Wir beschäftigten uns weiterhin mit dem grossen Thema «Digitales Zentralbankgeld» (CBDC) und erörterten anhand praktischer Beispiele, wie dessen Implementierung aussehen und das Leben der Menschen verändern könnte. So viel es an unserem derzeitigen Geldsystem auch zu bemängeln gibt, immerhin garantiert die aktuelle Infrastruktur und das Vorhandensein von Bargeld eine gewisse Anonymität, die in einer Welt mit digitaler Zentralbankwährung vollkommen ad acta gelegt werden müsste. In Kombination mit der digitalen Identität machen CBDCs es möglich, jede Transaktion rückverfolgen zu können und geben einem Zentralplaner ein vollkommen neues Steuerungswerkzeug an die Hand, mit dessen Hilfe die Rationierung von Gütern, die geographische Ein-

grenzung von Bezahlungsmöglichkeiten (nützlich beispielsweise im Zuge eines neuerlichen Lockdowns), die direkte Bestrafung und Belohnung durch das Einziehen bzw. das Hinzufügen von Vermögen etc. in den Bereich des Möglichen gerückt werden. Kurzum: CBDCs haben das Potenzial, zum ultimativen Werkzeug der Kontrolle zu werden und ihre Einführung würde das Leben, wie wir es bisher kennen, aller Wahrscheinlichkeit nach auf grundlegende Weise verändern. Zum aktuellen Zeitpunkt arbeiten Staaten, Unternehmen und supranationale Organisationen weltweit an Konzepten dieser neuen, revolutionären Währungen und eine Einführung derselben scheint mittlerweile mehr eine Frage des «Wann» als des «Ob» zu sein.

Beide Themenkomplexe, sowohl «Digitale ID» als auch CBDCs werden uns auch weiterhin im hier vorliegenden Teil 2 der Doppelausgabe beschäftigen. Aufbauend auf den Informationen, die wir in Ausgabe 50 präsentierten, gingen wir im Teil 1 auch weiterhin den Spuren nach, die von der internationalen Hochfinanz in China hinterlassen wurden und zeigten auf, dass der Aufbau des chinesischen Überwachungsstaates in dieser Form ohne ausländische Unterstützung nicht möglich gewesen wäre. Nach wie vor ist Chinas digitale Infrastruktur im hohen Masse abhängig von westlichen High-Tech-Unternehmen, welche beinahe ausnahmslos unter der strategischen Kontrolle von Hochfinanz-Frontorganisationen wie Black-Rock, Vanguard, dem WEF oder Ähnlichen stehen.

Um ein praxisbezogenes Verständnis für die Möglichkeiten zu gewinnen, die einem modernen und digital hochgerüsteten Überwachungsstaat zur Bekämpfung der von ihm ausserkorenen Feinde zur Verfügung stehen, richteten wir unseren Blick in die westchinesische Provinz Xinjiang, in der die KPCh vor den Augen der Weltöffentlichkeit eine rücksichtslose Verfolgung des dort beheimateten, muslimischen Volks der Uiguren betreibt – und das offensichtlich mit Rückendeckung durch das Silicon Valley. Dieser Exkurs verschaffte uns einen Einblick, mit welcher Effizienz und kalkulierter Präzision sich Unterdrückung im 21. Jahrhundert bewerkstelligen lässt.

Das abschliessende Thema der Nummer 51 war die Frage nach der Freiheit und Unabhängigkeit des Internets. Erneut betrachteten wir die Situation in China und stellten fest, dass dort das anonyme Netz schon längst Geschichte ist. Wir suchten und fanden mehr als deutliche Indizien dafür, dass die Umsetzung desselben Szenarios mittelfristig auch in den westlichen Industrieländern forciert wird. Schon heute lassen sich auch hierzulande zahlreiche von EU, UN, WEF und Co. unternommene Vorstösse registrieren, welche die Informationsfreiheit im WWW auf grundlegender Basis infrage stellen und die Anonymität der Internetnutzer untergraben. Genauso gehört auch heute im Westen eine abgeschwächte Version der in China schon jetzt allgegenwärtigen und mehr oder minder perfektionierten Netz-Zensur zum Alltag. In Summe sind die Tendenzen unverkennbar und die Indizien verdichten sich zu Beweisen: Die westlichen Industriestaaten wandeln auf den Spuren Chinas und wir erleben derzeit weltweit den schleichenden Aufbau eines Überwachungssystems nach fernöstlichem Vorbild.



Dass die bürgerlichen Freiheiten der Chinesen aufgrund des raschen Ausbaus der digitalen Überwachung an diesem Punkt bereits nahezu inexistent sind, ist mittlerweile auch im westlichen Mainstream angekommen. Mithilfe von QR-Codes, automatisierter Gesichtserkennung, Quarantänelagern und Sozialkredit-Systemen werden die Einwohner des Reichs der Mitte drangsaliert, gegängelt und zu «neuen sozialistischen Menschen» herangezogen. Doch während so getan wird, als hätte die Volksrepublik das Exklusivrecht auf diese Methoden der Digital-Überwachung gepachtet, ja stünde gar mit ihrem Bedürfnis nach Umerziehung und totaler Kontrolle alleine dar, stellen aufmerksame Beobachter fest, dass sich die westlichen Industrienationen forschen Schrittes in dieselbe Richtung bewegen. Tatsächlich lassen sich in Ost und West dieselben Akteure und Organisationen als die Profiteure und treibenden Kräfte hinter dieser Entwicklung identifizieren. Wir beobachten also den weltweiten Aufbau eines kolossalen Kontrollapparates, dem der Einzelne aufgrund der Einführung von digitalen Identitäten und digitalen Zentralbankwährungen (CBDCs) auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sein wird. Doch China als Vorreiter dieser Agenda scheint zunehmend ins Straucheln zu geraten – ökonomisch wie auch gesellschaftlich –, was ein gewaltiges Zerstörungspotenzial mit sich bringt. Ist eine globale Krise vorgesehen, um nach dem damit einhergehenden Chaos jene neue Weltordnung aufzubauen – oder wendet sich das Blatt zum Guten?



EXPRESS-ROUTE!

DIE ESSENZ DER ARTIKEL IN EINEM KOMPAKTEN TEXT!

▶▶ Ab Seite 25

Inhalt

QR-Codes: Die elektronische Fussfessel

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) benutzt die «Corona»-Tracking-Apps, um Demonstranten und Regimekritiker festzusetzen. Führen westliche Regierungen diese Anwendungen mit demselben Hintergedanken ein? 4

Chinas Sozialkredit-System als Modell für den Westen?

Vieles deutet darauf hin, dass auch in den westlichen Ländern Sozialpunkte-Systeme nach chinesischem Vorbild installiert werden sollen. 26

Endziel CBDCs: Die Bargeldabschaffung in Ost wie West schreitet voran

China ist dem Westen bezüglich Bargeldabschaffung und der Einführung einer digitalen Zentralbankwährung (CBDC) ein beträchtliches Stück voraus, doch der Dollar- und Euro-Raum ziehen im chinesischen Windschatten nach. 37

Digitale Identität in der Entwicklung

Langfristig streben die global operierenden Drahtzieher ein offizielles, digitales Blockchain-Profil an, auf dem alle denkbaren persönlichen Informationen an einem zentralen Punkt gespeichert werden. Bis dato befindet sich weder China noch der Westen an diesem Endziel. 46

Der weltweite «Corona»-Terror

Während der Westen zumindest vorübergehend auf einen sanfteren Kurs einschwenkt, terrorisiert die Kommunistische Partei ihre Bürger weiterhin mit einer rigoros umgesetzten «Null-COVID-Politik». 53

Die eigene Wohnung: Wie überwindet man den «toten Winkel» der Überwachung?

Schon in ihren frühen Schriften bekannten sich die Urväter der kommunistischen Ideologie dazu, in das Allerprivateste der Menschen eindringen zu wollen. Können ihre Nachfolger dieses Ziel mit digitalen «Spielzeugen» erreichen? 74

Wann platzt das Finanz-Schneeballsystem in West und Ost?

Die Blase aus immer neu geschaffenen Fiat-Geld wird in China und im Westen praktisch parallel aufgepumpt. Ihr Platzen könnte einem neuen globalen System den Weg ebnen und deswegen von den oberen Reihen insgeheim erwünscht sein. 87

Verlag InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt Tel +41 61 511 45 08, info@metanoia-magazin.com
Erscheinung mind. 6 x jährlich im Abonnement
Bestellung Tel +41 61 511 45 08, www.metanoia-magazin.com
Herausgeber André Barmettler (ab)

Redaktion Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab) / Jonas Freud
 Axel Schad (as), Fynn Peter (fp)
Satz/Layout Elementi Studio
Fotos Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover Johannes Sonneaug



Auf einen Blick

➤ Durch die während «Corona» neu eingeführten Tracking-Apps kann ein präzises Bewegungsprofil jedes chinesischen Bürgers erstellt werden.

➤ Dass die angeblich zum Gesundheitsschutz eingeführten Apps zur Gängelung regimekritischer Bürger eingesetzt werden, ist eine Tatsache, die nur noch die KPCh abstreitet.

➤ Die Tracking-Bewegungsdaten laufen in monströsen Datenzentren zusammen, in denen die Mitarbeiter ein Profil zu jedem einzelnen Bewohner des Bezirks abrufen können, für den sie zuständig sind. Zu den Tracking-Standortinformationen gesellen sich: Daten aus der Gesichtserkennung und Informationen von «smarten» Kameras, Gang- und Stimmprofile sowie genetische Daten.

QR-Codes: Die elektronische Fussfessel

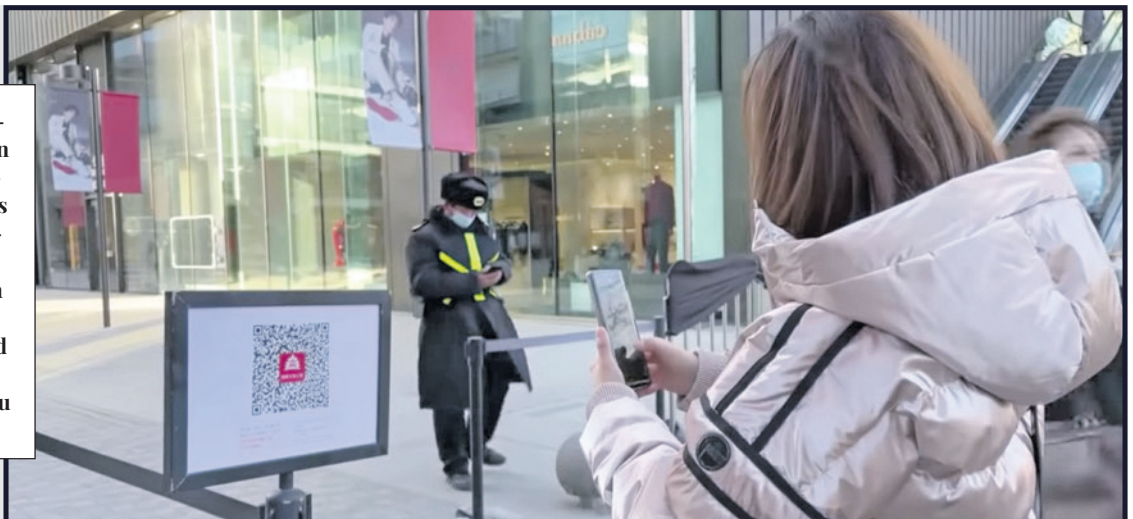
Im November 2020 wurde auf dem YouTube-Kanal von ARTE eine Reportage veröffentlicht, die das alltägliche Leben im «post-coronalen» China und insbesondere im ehemaligen «COVID-Epizentrum» Wuhan präsentiert. Die Dokumentation trägt den Titel «China: The Wuhan Paradox» und wurde aufgrund der Tatsache, dass ausländischen Journalisten im Reich der Mitte das Leben systematisch schwer gemacht wird, zumeist mit versteckter Kamera und mithilfe von Smartphones aufgenommen. Der Titel des Filmes bezieht sich darauf, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Wuhan nach offizieller Verlautbarung pa-

radoxerweise bereits seit mehreren Monaten «Corona-frei» war. Wer unsere «Corona»-Ausgaben (32,33,38/39,61) kennt, der weiss, wie wenig faktische Grundlage die «Corona-Krankheit» selbst und damit auch eine vermeintlich «Corona-freie Zone» grundsätzlich hat.

Dem im Herbst 2020 veröffentlichten Film zufolge hätte es in Wuhan den letzten Corona-Fall am 22. Mai 2020 gegeben und die darauffolgenden Monate seien ein einziges Fest gewesen. Man feierte den Sieg über den unsichtbaren COVID-Feind. Eine interessante Perspektive, welche die Reportage durch Kommentare und Interviews gut einzu-

fangen versteht, ist, dass die Chinesen davon überzeugt waren, sie hätten den Phantom-Virus «Corona» weit effizienter besiegt, als dies dem Westen gelungen sei. Denn dort «wütete COVID-19» (bzw. die Regierungen) zum damaligen Zeitpunkt schliesslich noch immer und das scheinbar weit gravierender als in China. Im Film heisst es wörtlich: «Während COVID-19 überall auf der Welt noch immer verheerende Schäden anrichtet, feiert die chinesische Propaganda den – so nennt es der Präsident – «totalen Sieg».» Diese Formulierung von Xi Jinping kann als vielsagende Verlautbarung verstanden werden. Wie ein Plakat im

Egal, ob beim Betreten eines öffentlichen Verkehrsmittels, eines Geschäftes, eines Taxis oder des eigenen Wohnblockes: In den Grossstädten Chinas kommt bereits jetzt niemand mehr daran vorbei, eine Tracking-App zu benutzen.



«Corona»-Museum in Wuhan (siehe S.6) tatsächlich aussagt, feierte China in seinem Selbstverständnis nicht allein den Sieg «über Corona», sondern auch den «Sieg» seines sozialistischen Systems. Dreh- und Angelpunkt des Triumphes war die einstige Sorgenstadt Wuhan, welche von China als scheinbares Vorbild für alle präsentiert wurde. Der Sprecher der Reportage erzählt: «Wuhan, die Wiege der Pandemie, lebte in Angst vor diesem unbekannten neuen Virus. Innerhalb weniger Stunden stampften sie hier Krankenhäuser aus der Erde, sie entwarfen ein Hygiene-Kontrollsystem für die Bevölkerung und hier erfand man den «Shutdown» – das Zuhause für 76 Tage nicht verlassen. Das Drehbuch für dieses verrückte Jahr [2020] stammt aus Wuhan. Wuhan war wie Science-Fiction, wo alles sechs Monate früher passiert als im Rest der Welt. Wuhan hat uns Angst gemacht und heute bringt Wuhan uns zum Träumen.»⁽¹⁾ Offen bleibt, ob es sich hierbei um einen Traum oder Albtraum handelt, denn genauso wie der Rest der Welt hat insbesondere China die vorgetäuschte COVID-Notstandssituation dazu genutzt, seinen ansonsten schon überpräsenten Überwachungsapparat weiter auszubauen. Mehr denn je ist es heute gang und gäbe, dass der chinesische Bürger auf jedem seiner Schritte überwacht wird.

Überwachungsstaat – Das volle Programm

Die «Pandemie» hat das Leben in China verändert. Die Überwachung wurde erweitert und der chinesische Grossstadtbewohner muss feststellen, dass er überall, wo er hin will, kontrolliert und beobachtet wird. Tracking-Apps sind heute aus dem chinesischen Alltag nicht mehr wegzudenken. Beim Betreten eines Wohnhauses, eines Geschäftes, eines Parks, beim Besteigen eines Flugzeuges, eines Zuges oder eines Taxis – oder auch wenn man einfach nur nach Hause gehen möchte – nirgendwo führt ein Weg daran vorbei, sein persönliches Mobiltelefon mit der darauf befindlichen Tracking-App vorzuzeigen.⁽²⁾ Es gibt verschiedene Arten dieser Nachverfolgungs-Systeme, ein weit verbreitetes läuft beispielsweise über die chinesische Social-Media-Plattform WeChat – Chinas Pendant zu WhatsApp (siehe S.19 u. S.37 ff.). Dutzende Male täglich sieht sich der Bürger genötigt, sich durch das Abscannen des App-generierten QR-Codes auszuweisen. Die App ist dabei mit einer persönlichen digitalen Identitätsnummer



Xi Jinping, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, feierte bereits im Herbst 2020 einen «totalen Sieg». Hier im Bild sieht man ihn, abgebildet mit der soeben ausgezeichneten Generalin Chen Wei, die dafür geehrt wurde, dass sie sich im März 2020 ein experimentelles Serum gegen «COVID-19» injizieren liess.



Diese QR-Codes der Tacking-Apps bestimmen inzwischen das alltägliche Leben in China. Das persönliche Smartphone sammelt die Bewegungs- und Kontaktdaten und verpackt sie in diesem QR-Code. Dutzende Male täglich ist der chinesische Bürger an verschiedenen Stellen dazu angehalten, seinen persönlichen Code vorzuzeigen. Ist er rot, bedeutet es, dass die Person sich einer mehrwöchigen Quarantäne unterziehen muss. Mittlerweile ist es erwiesen, dass das Signal nicht nur auf Rot schaltet, wenn eine Person sich in der «falschen Gegend» aufhielt oder zu «Infizierten» Kontakt hatte. Auch Demonstranten und Regimekritiker werden damit festgesetzt – Diktatur und völlige Überwachung im Namen der «öffentlichen Gesundheit».

gekoppelt. Bei jedem Scan wird festgehalten, wo sich die jeweilige Person befindet, und auf diese Weise wird jeder noch so banale Ausflug überwacht. Durch den Zwang zum zügigen täglichen Scannen des QR-Codes bleibt den Chinesen quasi keine andere Wahl, als ihr Smartphone mit sich zu führen, welches in Echtzeit geortet werden kann (siehe S.78 ff.). So steht der

präzisen Rund-um-die-Uhr-Bewegungsnachverfolgung nichts mehr im Weg. Ist so ein System infrastrukturell, rechtlich und politisch erst einmal installiert, ist es nahezu unmöglich, unter dem Radar zu fliegen und sich der Überwachung zu entziehen.

Die chinesische Zentralregierung erhält über das System eine Fülle von ▶



In Wuhan wurde ein Museum eröffnet, in welchem an den «Kampf gegen Corona» mit Ausstellungsstücken erinnert werden soll. Ein einleitendes Plakat spricht von einem «epischen Kampf», der «die starke Führung der Kommunistischen Partei Chinas und die bedeutenden Vorteile des sozialistischen Systems unseres Landes voll zum Ausdruck brachte».

► Daten, durch welche die Bewegungen und Kontakte der einzelnen Personen einsehbar und nachvollziehbar werden. Auf Grundlage dieser Daten bestimmt die App dann den «Gesundheitszustand» der Person. War sie mit keinem «COVID-Infizierten» in Kontakt, so zeigt die App «grün», war sie in der Nähe eines «Infizierten», dann wechselt sie auf «rot», was bedeutet: Der Betroffene muss für 14 Tage in Pflicht-Quarantäne. Dass sich so ein System auch prächtig dazu eignet, unliebsame und regimekritische Bürger zu gängeln, in Schach zu halten und sie in ihrer Freiheit einzuschränken, liegt auf der Hand. Ohne die Ortungs-App ist ein freies Bewegen, ein Einkaufen in Geschäften oder das Finden einer Arbeitsstelle nicht möglich. Das Smartphone wurde zu so etwas wie der obligatorischen elektronischen Fussfessel. Die wenigen Erwachsenen, die kein Handy haben, bekommen – ebenso wie die Kinder – einen Gesundheitscode um den Hals gehängt. Er enthält ihre Identität und Adresse, damit die Behörden prüfen können, ob sie aus einem Gebiet kommen, das als «gefährdet» gilt. Auch Inlandsflugreisen wurden in China mittels des App-Systems wieder erlaubt, allerdings wurden sie zu einem Überwachungs-Hindernislauf. Ein Passagier, der ein Flugzeug besteigt, muss

verschiedene Codes vorweisen: einen beim Check-in, manchmal einen zweiten während des Transits und einen dritten bei der Ankunft.

Die New York Times hat laut der ARD herausgefunden, dass die Daten der App in Echtzeit an die Polizei geschickt werden: der Standort der Person, der Name der Stadt und eine identifizierende Code-nummer. Da inzwischen überall gescannt werden muss und die App mit dem Ausweis verknüpft ist, bekommt die Polizei ein umfassendes Bewegungsprofil aller Einwohner.⁽²⁾

Kritiker ausgesperrt

Dass die «Gesundheits»-App faktisch zur Unterdrückung der Untertanen eingesetzt wird, zählt mittlerweile zum Allgemeinwissen und wird auch von westlichen Medien nicht länger abgestritten. Reichlich naiv, bezogen auf die hiesigen Verhältnisse, schreibt die österreichische Zeitung Der Standard, es werde deutlich, «wie China die Corona-Massnahmen als Überwachungsvehikel nutzt. Als vergangene Woche [im Juni 2022] um ihre Ersparnisse geprellte Bürger vor einer Bank in der Zehn-Millionen-Stadt Zhengzhou demonstrierten, wurde ihre Gesundheits-App auf Rot gestellt. Damit waren

die Demonstrierenden faktisch bewegungsunfähig und mussten sich in ein Quarantänezentrum begeben.»⁽³⁾

Auch die ARD berichtete wenig später von einem individuellen Fall, der gut vor Augen führt, wie systematisch die KPCh die durch «COVID» geschaffene Infrastruktur zur Gängelung unliebsamer Bürger einsetzt: «Wang Yu kann sich seit einiger Zeit nicht mehr frei bewegen. Sie ist Anwältin in China – und eine Kritikerin des autoritären chinesischen Regimes. Schon oft wurde sie in Hausarrest gesetzt. Doch neuerdings hat das Regime offenbar eine andere Methode: Ihre Gesundheitsapp zeigt nicht den grünen Code – obwohl sie zuvor dreimal einen negativen PCR-Test bekommen hat. «Ich musste als Anwältin einen Fall vor Gericht verhandeln. Aber sie stellten meinen Code auf Gelb», erzählt Wang Yu. «Ich war komplett hilflos. Du kannst dich quasi gar nicht mehr bewegen, du kannst nirgends mehr hingehen.» Zunächst konnte Wang Yu auch nicht in ihre Wohnung. Denn immer wieder funktionierte ihre App nicht. Die Wärter an der Schranke zu Wang Yus Wohnanlage wollten sie nicht reinlassen. Nach einem heftigen Streit liess das Wachpersonal sie passieren. «Aber du weisst



Check-In mit der luca-App bei der Thalia-Buchhandelskette in Leipzig

Foto: C.Suthorn/cc-by-sa-4.0/commons.wikimedia.org



luca-App-Anschlag im Rathaus der Stadt Buchen

Foto: Granpar (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Luca-App-Anschlag_Rathaus_Buchen.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en>

Foto: SAP/Deutsche Telekom (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Corona-Warn-App_Logo.png) <https://www.apache.org/licenses/LICENSE-2.0>



Mit freiwilligen Apps zur «Kontaktpersonenachverfolgung» wie der luca-App oder der Corona-Warn-App machte sich Deutschland zu einem «China light». Das Versprechen von Datenschutz, mit dem die Anwendungen starteten, hielt nicht lange und es kam zu einigen handfesten «Skandalen». Zumindest kann man von «Skandalen» sprechen, wenn man daran glaubt, dass so etwas wie Datenschutz überhaupt möglich wäre, und wenn es einen überhaupt noch überrascht, respektive empört, dass Regierungsbehörden und Grosskonzerne Daten an dritte Parteien weitergeben.

nicht, was morgen sein wird. Vielleicht wird der Wärter mich dann nicht durchlassen. Und ich kann hier nicht einbrechen», sagt die Anwältin.⁽⁴⁾

Trudeaus feuchter Traum?

Solcherlei Instrumente einsetzen zu können, hätte sich wohl auch der kanadische Premierminister und WEF-Musterschüler Justin Trudeau gewünscht, als im Februar 2022 eine Protestbewegung von Fernfahrern das kanadische Parlament belagerte, um gegen die Verschärfung der «Corona»-Gesetze zu protestieren. Die von Trudeau ergriffene Abwehrmassnahme bestand darin, ein Notstandsgesetz zu erlassen, das es der Regierung u.a. erlaubte, Bankkonten von Protest-Teilnehmern einzufrieren. Nachdem tatsächlich einigen Dutzend Kanadiern der Zugang zu ihren Ersparnissen verweigert worden war, endete der Protest und die Bankkonten wurden wieder freigeschaltet. Nichtsdestotrotz wäre es verfehlt, von einem Sieg Trudeau zu sprechen, denn die Regierung sah sich aufgrund des öffentlichen Druckes dazu gezwungen, auch die Verschärfung der «Corona»-Massnahmen zurückzunehmen.⁽⁵⁾ Da Trudeau nachweislich grosse Sympathien für das chinesische

System hegt (Ausgabe 51, S.12), wäre die zukünftige – bereits im Vorfeld erfolgende – Verunmöglichung von Trucker- und sonstigen Protesten durch rote QR-Codes sicher ganz nach seinem Geschmack. Seinen Plänen im Weg steht die kanadische Bevölkerung, die sich beim Übergang in den von ihm erwünschten Orwell-Staat zumindest teilweise nicht einverstanden zeigt. Gut so!

Wiederkehr des «Corona»-Terrors

Wenige Monate nach der Ausstrahlung der ersten Dokumentation veröffentlichte ARTE in den ersten Tagen des Jahres 2021 eine weitere Reportage zum Thema «Leben nach Corona in China». Die Reportage trägt den Titel: «China: COVID-19 ist zurück». Nach monatelanger «Corona»-Flaute wurde in Peking ein neues vermeintliches «COVID-Cluster» herbeigetestet. Man kann sich hier des Eindrucks nicht erwehren, dass China in der vorangegangenen «Corona»-freien Zeit gar nicht wirklich nach COVID gesucht bzw. nicht «zielführend» getestet hatte. Denn wie in der Doku gezeigt wird, reichte dann plötzlich die lächerlich geringe Anzahl von 14 positiv Getesteten aus, um einen Stadtteil

mit 1,3 Millionen Einwohnern rigoros abzuriegeln. Das Überwachungssystem mittels Tracking-Apps, welches über die «ruhigen» Monate ohne COVID-Fälle aufgebaut wurde, kommt seitdem zum Tragen. Die Reportage zeigt auf, wie sich der Alltag der Chinesen an die «Neue Normalität» voller Überwachungsmassnahmen anpasst. Allen voran ändert sich der grundlegende Umgang mit anderen Menschen. Um seinen QR-Code «grün» zu behalten, werden Kontakte immer öfter grundlegend gemieden. Wer es sich leisten kann, vermeidet es, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, sondern nimmt ein Taxi, zumal die allermeisten Taxifahrer bereits geimpft sind. In der Reportage heisst es: «In der Post-COVID-Welt werden Menschen nach und nach von Robotern ersetzt.» Gezeigt werden Bilder aus der Gastronomie, in denen ein voll-automatisierter Speisewagen Getränke an einen Tisch bringt. «Manche Leute finden es sicherer, sich von einem nicht ansteckenden Plastik-Roboter bedienen zu lassen», kommentiert der Sprecher aus dem Off.⁽⁶⁾ Viele Lokale setzen darauf, den Kontakt zwischen Gästen, Bedienungen und Köchen so weit wie möglich zu minimieren. Die Folge all der «Anti-Corona»- ▶

► Massnahmen ist eine im wahrsten Sinne des Wortes asoziale Gesellschaft, die mehr und mehr digital und isoliert und immer weniger analog in ihren natürlichen Gemeinschaften lebt. Schon aus Stellenausschreibungen und ähnlichen öffentlichen Datensätzen chinesischen Ursprungs geht klar hervor, dass die Partei menschliche Interaktionen als Quelle jeglichen Ungehorsams erachtet, der die Regierung in Schwierigkeiten bringen könnte. Deshalb gilt die Vorgabe, alle Bereiche des menschlichen Lebens zu überwachen, um «Konflikte» rechtzeitig im Keim ersticken zu können.⁽⁷⁾

Schwab begeistert

Dass das System China einen Einblick in die Zukunft gewährt, die auch die westliche Welt nach dem erfolgten Reset erwartet, geht recht deutlich aus den Texten des WEF-Frontmanns Klaus Schwab hervor. So lobt er in seinem Buch «COVID-19: The Great Reset» explizit die asiatischen Länder für ihre «erfolgreiche Ermittlung von Kontaktpersonen», was sich als «Schlüsselkomponente einer erfolgreichen Strategie gegen COVID-19 erwiesen» habe.⁽⁸⁾ Schon im April 2020 titelte die Webseite des Weltwirtschaftsforums: «Wie Informationstechnologien der nächsten Generation COVID-19 in China bekämpften», um einen Artikel voll des Lobes für die modernen Fussfesseln folgen zu lassen. «Um das Coronavirus zu bekämpfen, nutzte China aktiv digitale



Roboter-Restaurant in China. Die Partei will analoge menschliche Kontakte, so gut es geht, unterbinden.

Technologien wie künstliche Intelligenz (KI), Big Data, Cloud Computing, Blockchain und 5G», heisst es da, während man Kritik in dem Beitrag vergeblich sucht.⁽⁹⁾ Verständlich, denn der Text wurde von niemand anderem als Qi Xiaoxia verfasst, einem Mitarbeiter der obersten Zensurbehörde «Cyberspace Administration of China» (CAC, Ausgabe 51, S.75 ff.).

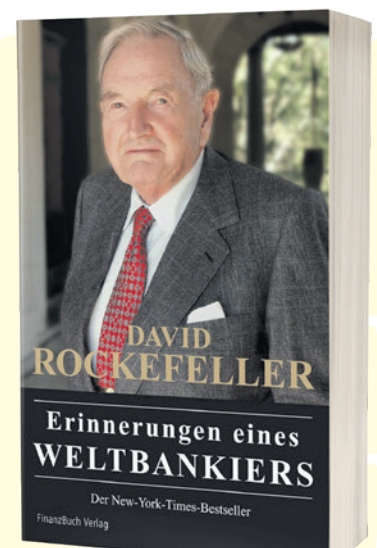
Seitdem kam es zu wiederholten Vorstössen seitens der in Davos ansässigen Organisation, mit denen versucht wurde, die elektronische Überwachung durch QR-Codes salonfähig zu machen. «Apps, um Individuen von infizierten Parteien zu isolieren, sind sehr wirksam, um die

Übertragung von COVID-19 zu verlangsamen», erfährt man in einem Beitrag aus dem Mai 2021.⁽¹⁰⁾ Dabei wedelt das WEF in seinen Texten stets mit den Feigenblättern «Privatsphäre», «Legalität», «Datensicherheit» usw., was den Punkt völlig verfehlt, denn mit den «Anti-Corona»-Massnahmen selbst, welche nachweislich keinen Gesundheitsschutz bieten, werden die grundlegendsten Rechte überhaupt ausser Kraft gesetzt, z.B. das Recht auf freie Bewegung oder körperliche Unversehrtheit. Regierungskritische Chinesen, deren App auf «Rot» gestellt wurde und die deshalb ihr Zuhause nicht verlassen dürfen, werden andere Sorgen

“ **«In Hinblick auf die Dauerhaftigkeit unserer Bemühungen war allerdings die Unterstützung des Peking Union Medical College (PUMC) durch die Rockefeller Stiftung am bemerkenswertesten. 1915 bauten Mitarbeiter der Stiftung ein erstklassiges Forschungsinstitut auf, das sich schwerpunktmässig mit Parasitologie, übertragbaren Krankheiten und Ernährungsdefiziten beschäftigte, also mit endemischen Problemen im China der damaligen Zeit. Das PUMC bildete eine ganze Generation von Ärzten und Krankenschwestern aus, die eine wichtige Rolle beim Aufbau des chinesischen Gesundheitssystems zwischen den beiden Weltkriegen spielten.»**

David Rockefeller in seiner Autobiographie

Quelle: David Rockefeller, Erinnerungen eines Weltbankiers, 2007, Finanzbuch-Verlag, S.337



Durchaus bemerkenswert, dass die Rockefeller-Dynastie am Geburtsbett des «modernen» chinesischen Gesundheitssystems stand und ihren Fokus ausgerechnet auf «übertragbare Krankheiten» legte. Wenn China die Welt heutzutage unter den Vorzeichen einer mehr als fragwürdigen «Viren»-Theorie in Angst und Schrecken hält, dann ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die «Corona»-Paranoia nicht plötzlich vom Himmel fiel, sondern auf einem Gesundheitssystem gründet, dessen zweifelhafte Lehrsätze durch jahrzehntelange Einflussnahme ihren Weg in die Köpfe der normalen Chinesen fanden.

haben als die Frage, ob ihre Daten geheim gehalten, öffentlich gemacht oder an dritte Parteien weitergegeben werden. Ihr Hauptproblem ist nicht der in China sowieso praktisch inexistente Datenschutz, sondern der rote QR-Code, mit dem sie eingesperrt und entrechtet werden.

Lauterbach auf Schwab-Kurs

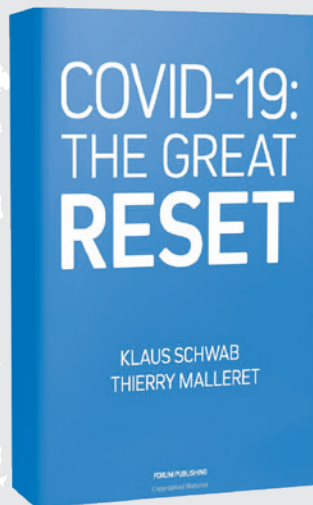
So sehr man über das deformierte Freiheitsverständnis der westlichen Gesellschaft besorgt sein muss, so lässt sich doch feststellen, dass z.B. die deutsche Regierung mit ihren Vorstößen zur «QR-Warn-App» nicht durchkam und die auf freiwilliger Basis eingeführten Anwendungen gewaltig floppten. Die optionalen Anwendungen waren ein Musterbeispiel für das Prinzip des «Nudgings» (Englisch für: anstossen, schubsen), zu dem die Machthaber im «freien Westen» immer wieder greifen, um ihre totalitären Ziele zu verschleiern. Unter einem «Nudge» verstehen die Erfinder des Begriffs eine Methode, das Verhalten von Menschen zu beeinflussen, ohne dabei auf Verbote und Gebote zurückzugreifen. Hinter der Einführung der grossflächig angepriesenen QR-Apps stand die Hoffnung, die Bürger würden durch die langfristige Nutzung des Tracking-Systems ganz von selbst chinesisch-kommunistische Verhaltensmuster annehmen, was jedoch krachend scheiterte. Im Laufe dieses zweiten Teils der Doppelausgabe werden wir noch öfter auf die «Nudging»-Methode treffen (siehe z.B. S.21,32 u. 42).

Da QR-Codes jedoch höchstwahrscheinlich eine Schlüsselkomponente zur Bewegungsnachverfolgung in der «Schönen neuen Welt» sein werden, bleibt der grossen Koalition trotz dieser offensichtlichen Schlappe nichts anderes übrig, als zu probieren, das eigentlich tote Pferd weiterzureiten und zu versuchen, die Bevölkerung schlussendlich doch von der Notwendigkeit zu überzeugen. Niemand ist dazu prädestinierter als Gesundheitsminister Karl Lauterbach, der immer noch Panik schürt wie am ersten Tag der «Pandemie». Im Interview mit den Tagesthemen schlug

„Keine freiwillige Contact-Tracing-App wird funktionieren, wenn die Menschen nicht bereit sind, ihre persönlichen Daten der Regierungsbehörde, die das System überwacht, zur Verfügung zu stellen. Wenn eine Person sich weigert, die App herunterzuladen (und damit Informationen über eine mögliche Infektion, Bewegungen und Kontakte zurückhält), wird sich dies nachteilig auf uns alle auswirken.«

Klaus Schwab, Gründer und Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums, 2020 in seinem Buch «COVID-19: The Great Reset»

Quelle: Klaus Schwab & Thierry Malleret, COVID-19: Der grosse Umbruch, 2020, S.192



Es fällt schwer, diesen Abschnitt nicht als Plädoyer für einen Zwang zur Tracking-App, wie er in China besteht, zu verstehen. Zur Erinnerung: Klaus Schwab hält das «chinesische Modell» für «sehr attraktiv» (Ausgabe 51, S.74).



er für den Winter 2022/23 vor, Menschen sollten von Maskenpflichten in Restaurants oder bei Veranstaltungen befreit werden, wenn ihre Impfung nicht älter als drei Monate ist. Nach der Bemerkung des Moderators, dass es schwer werde, dies zu kontrollieren, sagte er: «Hier ist zum Beispiel vorgesehen, dass man sofort auf der Corona-Warnapp an der Farbe des Impfzertifikats erkennen kann, ob

das eine frische Impfung ist oder nicht.»

⁽¹¹⁾ Die ARD erspart es sich allerdings, die Aussage Lauterbachs zu kritisieren, während sie in anderen Artikeln Chinas Einsatz der App gegen Dissidenten moniert. Das zeigt erneut den Doppelstandard, den «unsere» öffentlich-rechtliche Journaille an den Tag legt, um die politische Klasse zu schützen und den Status Quo zu erhalten. (as/tk)

Quellen:

1. arte.tv, China: The Wuhan Paradox, 02.10.2020
2. tagesschau.de, Politische Kontrolle mit Corona-App, 17.07.2022
3. derstandard.de, Chinas Überwachungsstaat weitreichender als gedacht, 22.06.2022
4. tagesschau.de, Politische Kontrolle mit Corona-App, 17.07.2022
5. wsj.com, Canada Banks Unlock Trucker-Protest Accounts on Police Guidance, 23.02.2022
6. arte.tv, China: COVID-19 ist zurück, 29.01.2021
7. youtube.com, Chinas digitales Überwachungssystem - die totale Kontrolle? | Weltspiegel, 04.02.2022
8. Klaus Schwab & Thierry Malleret, COVID-19: Der grosse Umbruch, 2020, S.187
9. weforum.org, How next-generation information technologies tackled COVID-19 in China, 08.04.2020
10. weforum.org, Digital contact tracing apps help slow COVID-19. Here's how to increase trust., 05.05.2021
11. tagesschau.de, Lauterbach verteidigt Ausnahmen, 09.08.2022

„[Roboter] ahmen die menschliche Art, Figur und Interaktion nach, und das kann so nützlich werden in diesen Zeiten [der «Pandemie»], in denen Menschen extrem einsam und sozial isoliert sind. Die Menschen müssen ja derzeit isoliert voneinander sein, denn mit anderen Personen in Kontakt zu treten, ist gefährlich in diesen Tagen.»

David Hanson, Entwickler von Sophia, dem berühmt gewordenen humanoiden Roboter, in einem Interview Anfang 2021, über Roboter als Ersatz für Pfleger in Altenheimen

Quelle: youtube.com, Sind in China bald Roboter-Pflegerinnen im Einsatz?, 27.01.2021



Foto: SazzadHossain (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sophia_with_her_creator_David_Hanson_at_Digital_World_2017_conference,_Dhaka,_Bangladesh_in_December_2017.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Sophia mit ihrem Schöpfer David Hanson auf der Konferenz «Digital World 2017» in Dhaka, Bangladesch, Dezember 2017



Von links nach rechts: Mukhisa Kituyi, Generalsekretär der «Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung» (UNCTAD), Houlin Zhao, chinesischer Generalsekretär der «Internationalen Fernmeldeunion» (ITU, UN-Organisation, siehe S.14), Sophia, erste Roboter-Bürgerin, und Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation auf dem «AI for Good - Global Summit 2018» (UN-Veranstaltung zu künstlicher Intelligenz)

Foto: ITU Pictures from Geneva, Switzerland ([https://en.wikipedia.org/wiki/File:-Mukhisa_Kituyi,_Houlin_Zhao,_Tedros_Adhanom_Ghebreyesus_with_Sophia_-_AI_for_Good_Global_Summit_2018_\(41223188035\).jpg](https://en.wikipedia.org/wiki/File:-Mukhisa_Kituyi,_Houlin_Zhao,_Tedros_Adhanom_Ghebreyesus_with_Sophia_-_AI_for_Good_Global_Summit_2018_(41223188035).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

Sophia, 2018

Foto: ITU Pictures from Geneva, Switzerland ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sophia_at_the_AI_for_Good_Global_Summit_2018_\(27254369347\)_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sophia_at_the_AI_for_Good_Global_Summit_2018_(27254369347)_(cropped).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>



„Die Pandemie wird uns helfen, Roboter früher auf den Markt zu bringen, weil Menschen anfangen zu erkennen, dass es in gewisser Weise keinen anderen Weg gibt. Wenn keine Personen um einen herum anwesend sein dürfen, ist der Roboter die nächste Alternative.»

Professor Johan Hoorn, Experte für künstliche Intelligenz von der Polytechnischen Universität Hongkong, Anfang 2021

Quelle: youtube.com, Sind in China bald Roboter-Pflegerinnen im Einsatz?, 27.01.2021

Sophia ist ein vom Hongkonger Unternehmen Hanson Robotics entwickelter humanoider Roboter. International bekannt wurde Sophia durch ihr im Vergleich zu bisherigen Robotervarianten besonders menschliches Aussehen und Verhalten. Am 25. Oktober 2017 verlieh Saudi-Arabien dem Roboter die Staatsbürgerschaft und nur einen Monat später wurde Sophia zum ersten Innovations-Champion des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ernannt und ist damit der erste Nicht-Mensch, der einen Titel der Vereinten Nationen erhielt.

Angeichts der Unterstützung Sophias durch die Vereinten Nationen sticht es doch ins Auge, dass auch der für seine China-Freundlichkeit bekannte WHO-Generalsekretär Tedros Adhanom Ghebreyesus schon 2018 mit ihr «Bekanntschaft» machte. Wenige Monate, nachdem Tedros eine globale Pandemie ausrief, meint der Schöpfer des Roboters, dessen Unternehmen ausgerechnet in China sitzt, Roboter seien notwendiger denn je, da es aufgrund der «Pandemie» nie gefährlicher gewesen sei, mit anderen Menschen physisch in Kontakt zu treten. Wie generell in der sogenannten «Corona-Krise» (Ausgaben 32,33,38/39,61) greifen die Agenda-Zahnräder doch etwas zu gut ineinander, um keine Absprache auf höheren Ebenen zu vermuten.

China auf dem Weg zum perfekten digitalen Gefängnis

China legt seine Bürger wie kein anderer Staat dieser Welt an die elektronische Leine. Dabei entsteht auf den ersten Blick kein Terrorregime, sondern eine «Schöne neue Welt», in der sich die Menschen Annehmlichkeiten, Konsum, Vergnügungen und damit fast unmerklich auch der totalen Kontrolle hingeben.

In Europa findet man nichts Vergleichbares zu den monströsen Datenzentren, die in jedem Bezirk grösserer chinesischer Städte installiert wurden. In diesen Knotenpunkten laufen alle digitalen Informationen zusammen, um dann zu einem noch grösseren Sammelpunkt für die gesamte Stadt oder Region weitergeleitet zu werden. Die Behörden nennen diese Schaltzentralen «Gehirne». Über ein «Gehirn» im Stadtbezirk Pudong (Shanghai) berichtete der ARD-Weltspiegel: «Allein in ihrem Stadtbezirk haben die Mitarbeiter Zugriff auf 290'000 Kameras. [...] Mit Hilfe von Algorithmen werden die gefilmten Inhalte verarbeitet. [...] [Das «Gehirn»] ist Teil einer Entwicklung, die die Regierung in ganz China vorantreibt. Das Ziel ist eine hundertprozentige Kameraabdeckung an allen wichtigen öffentlichen Orten wie Bahnhöfen, Strassenkreuzungen, Parks, etc. Chinas Staatsmedien verkünden dazu stolz, innerhalb von nur einer Sekunde könne die Polizei jede einzelne Person auf der Strasse identifizieren.» Die Künstliche Intelligenz könne Alarm schlagen, wenn z.B. Bauarbeiter keinen Helm oder Passanten keine Maske tragen. Auch das Wegwerfen von Müll auf die Strasse könne vom Algorithmus erkannt werden.

Nichts entginge den Kameras und zugleich würden bei Alarm «patrouillierende Ordnungshüter», die «über eine Handy-App mit dem Kontrollzentrum verbunden» sind, losgeschickt werden, um die «Täter» zu stellen. Inzwischen ist eine Datenbank zu jedem einzelnen Bewohner des Bezirks im Datenzentrum («Gehirn») abrufbar und, wie man sich denken kann, dringt die Datenerfassung weit mehr ins private Leben der Menschen ein als dies im Westen der Fall ist. Für das Datensammeln gibt es in China wenig gesetzliche Hürden und die Datenschutzgesetzgebung ist viel lascher als in westlichen Ländern. ⁽¹⁾



Gesichtserkennung

Neben der QR-Code-App (siehe S.4 ff.) kümmert sich die Kamera-Datenkrake auch um die Überwachung im Namen des Seuchenschutzes. «China hat den Datenschutz und die Bewegungsfreiheit komplett der Corona-Bekämpfung untergeordnet. Auch im «Gehirn» des Stadtbezirks Pudong in Shanghai. Jeder Corona-Verdachtsfall wird hier überwacht.» Daraufhin kommt die Chefin des Zentrums zu Wort, die über die isolierten Betroffenen sagt: «Wir installieren vernetzte Sensoren vor der Wohnung. Wenn der Sensor an der Tür dann das regelwidrige Verlassen der Wohnung registriert, werden wir alarmiert.» Die Durchsetzung der «Quarantäne», welche nachweislich selbst im Rahmen des of-

fiziellen Narrativs politisch missbraucht wird, funktioniert in China also weitaus effizienter als in unseren Gefilden – und das bis heute (siehe S.53 ff.).

Eine entscheidende Grundlage für das staatliche Panoptikum ist die allgegenwärtige Gesichtserkennung durch hochmoderne Kameras, die in der Lage sind, Daten von Autos und Menschen zu registrieren und wiederzugeben. Nicht nur mit Software zur Gesichts- sondern auch zur Gangerkennung ist ein grosser Teil der Apparate ausgestattet. Die Bürger werden direkt per Kamera identifiziert oder sollen identifiziert werden, denn das System ist weiterhin fehleranfällig. Seit dem ersten Dezember 2019 muss sich jeder Chinese, der eine neue Mobiltelefonnummer registriert, einem Gesichtsscan unterziehen – Daten, mit denen man ▶



Das «Gehirn» einer der Stadtbezirke von Shanghai. Auf ca. 300'000 Kameras haben die Behörden allein in diesem Bezirk Zugriff.



China führt das weltweite Rennen zum vollkommen transparenten Untertanen an, doch finanzstarke Machtzirkel wie das WEF wollen den Westen offensichtlich in dieselbe totalitäre Richtung bewegen.

► die Fehlerquote verringern will. ⁽²⁾ Die hier gesammelten biometrischen Informationen werden der zentralen Datenbank zugeführt, woraufhin die «smarten Kameras» auf ihre Gesichter anspringen (sollten). Die KPCh arbeitet darauf hin, dass bald jeder chinesische Bürger einwandfrei in Echtzeit von den Kameras erkannt werden kann, was es Mitarbeitern des «Gehirns» ermöglicht, seine Datenbank auszulesen, die man wiederum landesweit mit einem Sozialkredit-System zu verknüpfen (siehe S.26 ff.). Zu dieser persönlichen Datenbank gehören auch immer mehr körperliche Merkmale ausser dem Gesicht. So scannen beispielsweise Mikrofone die Stimmprofile der Menschen und die Partei sammelt sogar genetische Informationen, um den Stammbaum einer Person zu ermitteln. ⁽³⁾ Da liegt der Verdacht natürlich nicht allzu fern, die KPCh würde die massenhaften PCR-Tests dazu nutzen, um an die genetischen Daten der insgesamt 1,4 Milliarden Chinesen zu gelangen.

Die Gesichtserkennungssoftware soll übrigens auch funktionieren, wenn die Person eine Maske trägt. Das beteuerte zumindest der Hersteller in der Dokumentation des ARD-Weltspiegels. Nach Einführung der landesweiten Maskenpflicht habe die Software verständlicherweise ihre Aufgabe nicht mehr erfüllt. Deswegen habe man eine Taskforce darauf angesetzt, die Computer mit neuen Daten zu füttern und das Problem innerhalb weniger Wochen gelöst.

Uigurische Gesichtszüge

Wie im ersten Teil der Doppelausgabe angerissen, scheint die Region Xinjiang im Westen des Landes ein ent-

scheidendes Labor der KPCh für die digitale Überwachung gegen unliebsame Gruppierungen zu sein (Ausgabe 51, S.48 ff.). Dort wird an der muslimischen Minderheit der Uiguren das geprobt, was vermutlich wenig später Realität im Rest des Landes und wohl bald darauf auch im Westen werden soll. «In Xinjiang hat Peking die Überwachung weiter getrieben als anderswo: Schätzungsweise 1,5 Millionen Bürger muslimischen Glaubens, vorwiegend turksprachige Uiguren, sind dort in Umerziehungslager gesteckt worden, weil sie von radikalem Gedanken gut befallen sein sollen. Auch ausserhalb der Lager wird praktisch jeder Schritt der Menschen mit Kameras überwacht», schreibt die Neue Zürcher Zeitung (NZZ). Mittlerweile ist es kein Geheimnis mehr:

DER STANDARD

«2020 waren es rund 620 Millionen Kameras, die 1,3 Milliarden Menschen auf Schritt und Tritt überwachen. Zwei Jahre später dürften es noch mehr sein.»

Die österreichische Zeitung Der Standard im Juni 2022 über die Gesamtzahl der Überwachungskameras in China

Quelle: derstandard.de, Chinas Überwachungsstaat weitreichender als gedacht, 22.06.2022

Die Algorithmen der Kameras sind auf «uigurische Gesichtszüge» trainiert. ⁽³⁾ So kann nicht nur das Verhalten einzelner Individuen, sondern sogar eine spezielle Ethnie sanktioniert und verfolgt werden. Selbst der treueste Parteisoldat kann dann gewaltige Probleme bekommen, wenn ihn die Staatsgewalt als Mitglied einer zu unterdrückenden Minderheit identifiziert. Der Mythos vom flächendeckend im Westen angeprangerten «Racial Profiling» (die Polizei würde gezielt und vermehrt ethnische Minderheiten, insbesondere Schwarze, kontrollieren) wurde in Ausgabe 36 in den richtigen Kontext gestellt. Betrachtet man den nüchternen Fakt, dass diese Minderheiten in den Kriminalitätsstatistiken stark überrepräsentiert sind, geht die Polizei sogar rela-



Ab Seite 48 von Ausgabe 51 wird erläutert, wie westliche Konzerne rund um Klaus Schwabs WEF den digitalen Kontrollstaat in Xinjiang erst ermöglichten, um dann von ihm sogar noch monetär zu profitieren. Zahlreiche «Strategische Partner» des WEF (Ausgabe 51, S.31 ff.) werden von Menschenrechtsorganisationen beschuldigt, Zwangsarbeit der Uiguren auszunutzen.

tiv sanft mit ihnen um. In Xinjiang ist die Gemengelage jedoch eine völlig andere. Hier wird echtes «Racial Profiling» gegen eine weitgehend friedliche und zudem seit Jahrhunderten ansässige Minderheit betrieben, deren religiöse und kulturelle Ausrichtung der KPCh ein Dorn im Auge ist. Ungeheuerlich ist die Heuchelei des Westens dann, wenn Solidarität für George Floyd und fragwürdige Organisationen wie BLM eingefordert wird, obwohl es genau die ach so «toleranten», westlichen Tech-Konzerne waren, die die chinesischen Überwachungssysteme zur wahrlich rassistischen Unterdrückung der Uiguren aufgebaut haben (Ausgabe 51, S.61 ff.).

Labor Xinjiang?

Der Alltag der Uiguren ist durchsetzt von Schikanen und totaler Überwachung. Wer in bestimmte Städte will, muss unzählige Checkpoints passieren. «2016 begannen die Behörden mit noch umfassenderen Formen der Überwachung. Sie errichteten in den mehrheitlich uigurischen Gebieten Polizeiposten, jeweils 200 bis 300 Meter voneinander entfernt. Das sind veritable Überwachungszentren. Sie wurden mit [insgesamt] rund 60'000 Wörtern besetzt, welche die Bildschirme mit den Kamerabildern beobachten. Die Behörden führten ein neues Identifikationssystem ein. Sie erstellten dafür einen komplett neuen Datensatz mit Bildern von den Gesichtern der Leute, mit Iris-Scans, DNA und Fingerabdrücken. Gleichzeitig teilte das Ministerium für zivile Angelegenheiten die Bevölkerung in drei Kategorien ein, «vertrauenswürdig», «durchschnittlich» oder «nicht vertrauenswürdig», sagte der Anthropologe Darren Byler, welcher 2021 über die Verfolgung in Xinjiang publizierte, im Interview mit der NZZ. ⁽⁴⁾ Die Überwachung geht tief ins Private und so weit, «dass Gesichtserkennungssoftware zur Nachbarschaftsüberwachung Alarm schlägt, wenn erst ein Uigure in der Nachbarschaft wohnt und innerhalb kurzer Zeit mehr [Uiguren] hinziehen oder regelmäßig zu Besuch kommen. Also, jede Ansammlung von Muslimen gilt im Prinzip als verdächtig», berichtet der Deutschlandfunk-Korrespondent Axel Dorloff.

Nicht oft genug kann man daran erinnern, dass Begriffe wie «Labor» oder «Experiment» von den Hintermännern des chinesischen Aufstiegs für das Reich der Mitte verwendet wurden (Ausgabe 51, S.4 ff.). Innerhalb dieses Labors könnte Xinjiang ein Extra-Labor darstellen, ▶

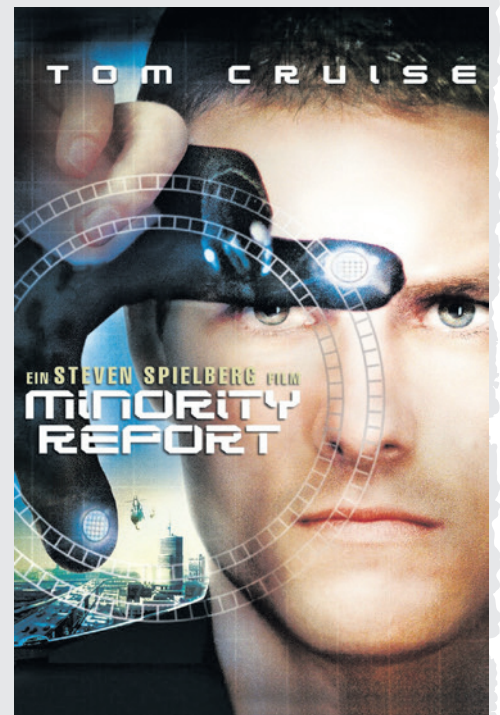


Viele modernere Wohnviertel in Xinjiang sind für ihre Bewohner nur mit Gesichtserkennung zugänglich. Das bedeutet auch, dass man Fremde nicht unbemerkt einladen kann.

„«Eines der Themen des chinesischen Staats - insbesondere, was die Überwachung, aber auch das Umerziehungsprogramm [der Uiguren] betrifft - ist die sogenannte Präventionspolitik. Es geht darum, dass jemand, der noch kein «Extremist» oder Terrorist ist, ohne Weiteres einer werden kann. Also muss jetzt gehandelt werden.»

Sean Roberts, Anthropologe von der Universität Southern California

Quelle: youtube.com, China Das Drama der Uiguren Doku HD ARTE, 09.02.2022



Der Film Minority Report zeichnete eine düstere Dystopie, in der Straftaten von einer Software ausgerechnet und unschuldige Menschen auf Grundlage von deren Ergebnissen verhaftet werden, bevor sie sich überhaupt eines Verbrechens schuldig gemacht haben. Während es in dem fiktiven Film-Szenario gelingt, Schwerverbrechen wie Morddelikte vollständig auszumerzen, bleiben in der Realität erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit der «Vorhersagenden Polizeiarbeit» (Predictive Policing), die aber auch nicht durch die Bank verdammt werden soll. In China wird sie heute allerdings schon nachweislich missbraucht, denn dass den meisten «im Vorhinein» verhafteten Uiguren eine Laufbahn als Schwerverbrecher bevorstand, ist doch mehr als unwahrscheinlich.

► das sich mit einer ziemlich niedrigen Bevölkerungszahl tausende Kilometer weit ablegen von Industriezentren wie Peking, Shanghai oder Shenzhen befindet – eine räumliche Isolation ist bekanntlich ein wichtiges Kriterium für ein Labor. Da die Han-Chinesen sich kaum um die muslimische Minderheit scheren, die sowieso traditionell kaum etwas mit China verbindet, wirken die Uiguren leider, so hart der Begriff klingen mag, wie prädestinierte «Labor-Ratten», denen ihre Rechte als Menschen weitgehend genommen und die zu Versuchstieren degradiert wurden.

China setzt weltweite Standards

Trotz dieser gelinde gesagt besorgniserregenden Zustände ist Chinas Vorbildfunktion für die ganze Welt bei Überwachungstechnologie evident. Laut durchgesickerten Dokumenten, die der Financial Times Ende 2019 vorlagen, arbeiten chinesische Technologieunternehmen bei der UNO in einer führenden Rolle an neuen Standards für Gesichtserkennung und Überwachung. Unternehmen wie ZTE, Dahua und China Telecom gehören zu denjenigen, die bei der Internationalen Fernmeldeunion der Vereinten Nationen (ITU) neue internationale Regeln für Videoüberwachung vorschlagen und

«Wenn bei der Ausweiskontrolle [in Urumtschi, Teil von Xinjiang] ein Alarmton anging, kamen sofort schwer bewaffnete Polizisten. Die standen schon bereit. Sie stülpten den Menschen einen schwarzen Sack über den Kopf und führten sie ab. Ich habe das sehr oft gesehen. Bis heute fange ich an zu zittern, wenn ich eine schwarze Plastiktüte sehe.»

Qelbinur Sidik, Uigurin, die 2019 in die Niederlande geflohen ist



Quelle: youtube.com, Chinas digitales Überwachungssystem - die totale Kontrolle? | Weltspiegel, 04.02.2022

meistens auch durchsetzen können. Das liege vor allem daran, dass afrikanische Staaten und andere Entwicklungsländer, die im Rahmen der «Neuen Seidenstrasse» mit chinesischer Überwachungs-Infrastruktur ausgestattet werden, fast immer zu Chinas Vorschlägen tendieren. Dadurch gewinne China einen Wettbewerbsvorteil, was von Jahr zu Jahr zur Eroberung höherer weltweiter Marktanteile in Bereichen wie Gesichtserkennung und visueller Überwachung führe.

«Bei den Setzungen der ITU-Normen sind praktisch keine Experten für Menschenrechte, Verbraucherschutz oder Datenschutz anwesend, so dass viele der Technologien, die die Privatsphäre und

die freie Meinungsäußerung bedrohen, in diesen Bereichen unangefochten bleiben», sagte Mehwish Ansari, der eine gemeinnützige Organisation für digitale Menschenrechte leitet. ⁽⁵⁾ Man könnte an hunderten weiteren Beispielen belegen, dass China eine führende Rolle innerhalb der Vereinten Nationen spielt – bei den Vereinten Nationen, deren Agenda 2030 praktisch deckungsgleich mit dem Great Reset von Klaus Schwab ist, was in Schwabs Büchern auch deutlich hervorgehoben und durch eine 2019 unterschriebene «Strategische Partnerschaft» zwischen UNO und WEF untermauert wird (siehe S.34 f.). Betrachtet man die Fakten nüchtern, dann entpuppen sich Organi-

«Die Bayerische Polizei befasst sich seit dem Jahr 2012 mit den Möglichkeiten und Methoden des Predictive Policing und hier im Besonderen mit der raumzentrierten Variante vorhersagender Polizeiarbeit. Predictive Policing ist ein Ansatz, der es ermöglichen soll, polizeiliches Vorgehen auf der Basis valider, wissenschaftlich fundierter Prognosen über die Kriminalitätsentwicklung besser planen zu können. Ziel ist die Identifizierung von Risikobereichen, in denen durch geeignete Massnahmen künftigen Straftaten begegnet werden soll. Hierfür gibt es verschiedene Methoden; diese können täter-, opfer- und/oder deliktsbasiert sein. Beispielsweise können durch die zeitliche und räumliche Eingrenzung möglicher (Folge-)Taten Polizeikräfte effizient eingesetzt werden, um Straftaten zu verhindern oder aufzuklären. Infolge damals bundesweit stark steigender Zahlen im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED) wurde zur Bekämpfung des Phänomens ein Massnahmenbündel erarbeitet. Ein Teil davon war die Einführung der Predictive-Policing-Software PRECOBS (Pre Crime Ob-



servation System) im Jahr 2014. Die Methodik der Software basiert auf dem Near Repeat-Phänomen, also der Beobachtung, dass es im nahen räumlichen und zeitlichen Umfeld bestimmter Taten vermehrt zu Folgetaten kommt (7 Tage, ca. 500 m).»

Eine Pressemeldung der Bayerischen Polizei im Oktober 2021

Quelle: polizei.bayern.de, Predictive Policing bei der Bayerischen Polizei, 27.10.2021

Wie schon im ersten Teil der Doppelausgabe erwähnt, ist Technologie ein zweischneidiges Schwert. Bis zu einem bestimmten Grad eingesetzt und im rechtsstaatlichem Sinn, könnte sich auch «Predictive Policing» als vorteilhaft für die Gesellschaft erweisen. Wenn der Staat, der es anwendet, sich aber über vertretbare moralische Standards hinwegsetzt, wie dies im China und auch im Westen schon längst und ausschweifend der Fall ist, dann entwickelt sich «Precrime» zum Gehilfen der tyrannischen Dystopie. Was wäre, wenn die Polizei München das Auf-die-Bank-Setzen während einer «Pandemie» als genauso schwerwiegende Straftat einstuft wie einen Einbruch?

sationen wie die UNO und das WEF nicht mehr länger als Werkzeuge, die primär zur Förderung der Interessen des amerikanischen Imperiums benutzt werden, sondern als solche, die zunehmend die Rolle des Wegbereiters der neuen östlichen Weltmacht spielen.

Ein Orwell'scher Albtraum

Mit QR-Codes, «smarten» Kameras und CBDCs (siehe S.38 ff.) steht dem Sozialkredit-System nach sinomarxistischem Modell nichts mehr im Wege. Im Reich der Mitte werden heute schon Gesichtserkennung, biologisch-genetische Daten und Bewegungsprofile mit allen möglichen weiteren persönlichen Daten, dem «Gesundheitsstatus», Zahlungsverläufen und Online-Verhalten verknüpft. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass das langfristig angestrebte Überwachungssystem in China schon vollständig eingeführt wurde. Vergewagt man sich das dystopische Gesamtziel, hat selbst China noch viele Schritte zu gehen und Hürden zu überwinden. Worauf all dies am Ende hinausläuft, ist mittlerweile eigentlich weitgehend bekannt: Wer sich systemkonform verhält, soll im Sozialkredit-System mehr Punkte bekommen; wer sich an den gerade aktuellen Vorgaben des Staates «versündigt», soll Punktabzug erhalten (siehe S.26 ff.).

Wird Minority Report real?

Mit den «smarten» Kameras auf Chinas Strassen kann sogar die Stimmung der Gefilmten analysiert werden. Theoretisch könnte es im chinesischen Sozialkredit-System bald Abzüge für

» «Die Gesichtserkennung ist eine der Lieblingstechnologien der chinesischen Regierung, und Schätzungen zufolge ist weit mehr als die Hälfte aller Überwachungskameras der Welt in China installiert.»

Die Technologieplattform TechSpot im Juni 2022

Quelle: techspot.com, China has plans to make Minority Report a reality for its citizens, 27.06.2022

schlechte Laune geben oder es könnte gar zu präventiven Verhaftungen kommen, da schlecht gelaunte Menschen eher zu kriminellen Handlungen neigen könnten. «Einem Bericht der New York Times zufolge will China die riesigen Datenmengen, die es seit Jahren sammelt, nutzen, um ein Überwachungssystem zu schaffen, das beunruhigende Ähnlichkeit mit dem Film Minority Report von 2002 hat», berichtet die Technologie-Plattform TechSpot Mitte des Jahres 2022. In Minority Report ist «Precrime» der Name einer Strafverfolgungsbehörde, die die Aufgabe hat, Personen zu identifizieren und festzunehmen, die in der Zukunft laut Künstlicher Intelligenz Straftaten begehen werden. Menschen werden darin also verhaftet, bevor sie sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben. Ähnlich dystopische Zustände drohen laut TechSpot in China: «Das neue System soll die Daten über die täglichen Aktivitäten der Bürger durchkämmen und Muster und Abweichungen erkennen, die vorhersagen könnten, wann Verbrechen oder Proteste zu erwarten sind. Durchgesickerte Dokumente enthüllen,

dass diese automatische Überwachung Profile erstellen wird, die Geschlecht, Rasse, Gesichtsform, Vorstrafen, psychische Erkrankungen und mehr umfassen. Wenn mehrere Personen als risikoreich eingestuft werden und sich am selben Ort versammeln, wird ein automatischer Alarm an die Polizeieinheiten in der Nähe gesendet.»⁽⁶⁾ China ist demnach überzogen mit einem eng gestrickten Netz, dem niemand entkommen kann – ein digitaler totalitärer Staat, in dem Algorithmen den Lebenslauf bestimmen, während Widerspruch nicht erlaubt ist. Die Realität des Reichs der Mitte entspricht in weiten Teilen bereits heute dem dystopischen Albtraum der lückenlosen Dauerüberwachung, bei der kein Schritt, kein Atemzug und kein Gespräch verborgen bleiben. Die westliche Bevölkerung täte gut daran, ähnlichen Tendenzen in ihren Ländern ein Ende zu bereiten und China für sein ausuferndes Kontrollsystem zu ächten und international zu isolieren, anstatt es nachzuahmen. Der Hochfinanz-Machtzirkel von WEF, BlackRock, BIZ und Co. sorgt allerdings dafür, dass das Modell China im Westen salonfähig gemacht wird. (tk)



比拉力喀斯木

Bilal Qasim

Age in 2018: 16

Internment status: Re-education

Location interned: Industrial Park A5-9

Sentence length: Unknown

Blood type: Unknown

Reason for internment: Category 2 | Integrated Push | Relatives of Detainees | Relatives of Detainees

Reason for internment (Chinese): 第二类|一体化推送|收押人员亲属|收押人员家属

Das einzige «Verbrechen» des 16-jährigen Bilal Qasim aus der Region Xinjiang war die Verwandtschaft mit einem anderen Lager-Insassen. Dafür wurde er auch in ein Zwangsarbeits- und Umerziehungslager verfrachtet. Das geht aus den «Xinjiang Police Files» (Ausgabe 51, S.51 ff.) hervor.

Download

Image Hash: 0770007282aa75e78c3bfa3f6054b072b7b3b43f

Quellen:

1. youtube.com, Chinas digitales Überwachungssystem - die totale Kontrolle? | Weltspiegel, 04.02.2022
2. tagesspiegel.de, Digitale Überwachung: Wie China seine Bürger zur Gesichtserkennung zwingt, 05.12.2019
3. derstandard.de, Chinas Überwachungsstaat weitreichender als gedacht, 22.06.2022
4. nzz.ch, «In Xinjiang wurden mindestens 100 000 Menschen nur wegen eines Scans ihres Handys festgenommen oder in ein Lager geschickt», 28.01.2022
5. ft.com, Chinese tech groups shaping UN facial recognition standards, 01.12.2019
6. techspot.com, China has plans to make Minority Report a reality for its citizens, 27.06.2022

Foto: Shutterstock/StudioLaMagica



Foto: Shutterstock/whiteMocca

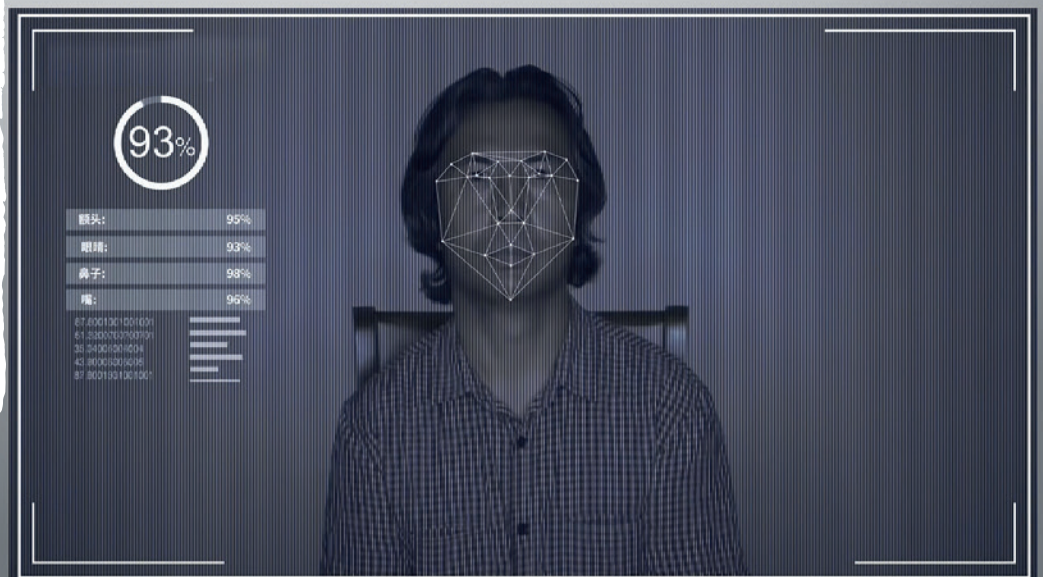


”

«Wir wurden von der Polizei angerufen und mussten auf die Wache kommen. Dort führte man uns in den Keller. [...] Als wir drankamen, nahmen sie meiner Frau und mir zuerst Blut ab. Dann mussten wir Stimmproben abgeben. Anschliessend nahmen sie unsere Fingerabdrücke. Nach den Fingerabdrücken kam die Gesichtserkennung dran.»

Tahir Hamut, Uigure, der in die USA fliehen konnte, in einer ZDF-Dokumentation aus dem Jahr 2019

Quelle: youtube.com, Das überwachte Volk - Chinas Sozial-Kredit-System DOKU/DOKUMENTATION deutsch/german 2019 HD, 11.10.2019



DNA-Datengold in den Händen des Geldadels

Wie wir kurz festgestellt hatten, ist das chinesische Regime sehr darum bemüht, die genetischen Informationen seiner Bürger zu sammeln (siehe S.12). Die Implementierung des individuell einzigartigen, genetischen Fingerabdrucks als Mittel zur Identifizierung des Bürgers könnte für ein Regime wie China den nächsten Schritt auf dem Weg in die perfekte digitale Überwachung darstellen – ein nahezu fehlerfreies Identifikationsinstrument. Ohne Weiteres scheint ein Szenario denkbar, in dem die Teilnahme am öffentlichen Leben nur noch denjenigen möglich ist, die kein Problem damit haben, ihre genetische Information dem Staatsapparat zu überlassen. Ist die dafür nötige technologische Infrastruktur erst herangereift, könnte eine einfache Passkontrolle zukünftig durch einen standardisierten Scan erweitert werden, bei welchem das genetische Material des zu Untersuchenden mit einer Datenbank abgeglichen wird, um eine eindeutige Zuordnung zu ermöglichen.

Man kann durchaus darüber spekulieren, ob nicht auch die Milliarden von Proben der PCR-Tests chinesischer und westlicher Bürger zukünftig für solche Zwecke missbraucht werden könnten. Parallel hierzu entstehen weitere DNA-Sammlungen, z.B. in den USA, wo das Unternehmen Ancestry seinen Sitz hat. Ancestry sammelte zwecks Ahnenforschung Speichelproben von mittlerweile bereits etwa 18 Millionen interessierten Kunden weltweit und kann somit eine riesige Datenbank vorweisen. Im August des Jahres 2020 übernahm der US-Finanzinvestor Blackstone 75% des

Stephen A. Schwarzman,
Gründer und CEO von
Blackstone



1985 gründete der jüdische Multimilliardär Stephen A. Schwarzman die Investmentgesellschaft Blackstone Group, aus der später BlackRock hervorging, und in die der chinesische Staat investiert ist. Er studierte zeitgleich mit George W. Bush an der Yale-Universität und war ebenfalls Mitglied bei der Geheimgesellschaft «Skull and Bones». Während der Präsidentschaft von Donald Trump galt Schwarzman als dessen «China-Einflüsterer», da kaum ein anderer Manager so enge Beziehungen zu Peking unterhält wie er. Scherzhaft, aber empfindlich zutreffend betitelte sich Schwarzman bereits selbst als «inoffiziellen amerikanischen Botschafter in China» sowie als «inoffiziellen chinesischen Botschafter in den Vereinigten Staaten».

Unternehmens für 4,7 Mrd. Dollar und verschaffte sich somit einen Zugang zu dieser DNA-Daten-Goldgrube. ⁽¹⁾ Blackstone verwaltet ein Vermögen von über 530 Mrd. Dollar. Ursprünglich wurde die ähnlich klingende, berühmt-berüchtigte Investmentgesellschaft BlackRock (Ausgabe 51, S.29 ff.) als Tochterfirma von Blackstone gegründet, spaltete sich jedoch später zu einem eigenständigen Unternehmen ab. Blackstone besitzt neben der Hotelkette Hilton unter an-

derem mehrere tausend Wohnungen in Deutschland. Interessanterweise kaufte sich der chinesische Staat 2007 über seinen Vermögensfonds «China Investment Corporation» mit etwa drei Milliarden US-Dollar in das Unternehmen ein. ⁽²⁾

Stephen A. Schwarzman

Als wäre dies noch nicht genug, fördert ein Blick auf den (Mit-)Gründer und heutigen CEO von Blackstone Spekulationen zutage: Der einem jüdischen ▶



Elga Bartsch

Bekämpfung der Energiekrise

Ehemalige Blackrock-Ökonomin wechselt ins Wirtschaftsministerium

Robert Habeck holt Verstärkung: Als erste Frau an der Spitze der Grundsatzabteilung soll sich Volkswirtin Elga Bartsch den Risiken des Klimawandels und Nachhaltigkeitsthemen widmen.

spiegel.de, 15.11.2022

Man darf annehmen, dass Elga Bartsch mit BlackRocks ESG-Kriterien (Ausgabe 51, S.28 ff.), mit welchen man unter dem Vorwand des «Umweltschutzes» und der «sozialen Verträglichkeit» planwirtschaftlich in das gesellschaftliche Gefüge eingreifen möchte, konform geht und das sowieso schon «grün» dominierte Ministerium dementsprechend prägen wird. Ihre neue Funktion lässt vermuten, dass Vermögensverwalter wie BlackRock nicht nur aus dem Hintergrund die Wirtschaft dominieren, sondern auch probieren, über Drehtür-Lobbyismus die Politik zu lenken.

► Elternhaus entspringende Stephen A. Schwarzman gründete gemeinsam mit dem Milliardär Peter George Peterson, der sowohl Vorsitzender der Federal Reserve Bank wie auch des Rockefeller'schen Council on Foreign Relations war, 1985 die Blackstone Group. Schwarzman studierte an der Yale-Universität und war zeitgleich mit George W. Bush ein Mitglied der elitären Organisation «Skull and Bones» (Ausgabe 50). Seine private Kunstsammlung beinhaltet ein Porträt des kommunistischen Diktators Mao Tse-tung, angefertigt von Andy Warhol. ⁽³⁾ Und offenbar verbindet ihn mehr als nur ein Porträt Maos mit China. Schwarzman hat 2013 ein neues College an der Tsinghua-Universität in Peking ins Leben gerufen, welches jährlich 200 US-Studenten ein Masterstudium an der renommierten Alma Mater in China finanzieren und vor allem künftige Banker in den Besonderheiten der chinesischen Wirtschaft ausbilden soll. Zum Beraterkreis von Schwarzmans Bildungsprogramm gehört übrigens auch ein altbekanntes Gesicht, wenn es um China geht: Henry Kissinger. ⁽⁴⁾ An der Tsinghua-Universität, die von vielen als die beste Bildungseinrichtung Chinas betrachtet wird, haben zahlreiche Mitglieder der chinesischen Parteiführung studiert, darunter niemand geringeres als der gegenwärtige Präsident Xi Jinping. ⁽⁵⁾ Die Washington Post bezeichnete Schwarzman 2018, der damals in Palm Beach der Nachbar von US-Präsident Donald Trump war, als dessen «China-Einflüsterer», weil er «so enge Beziehungen zu Peking hat wie kaum ein anderer amerikanischer Manager». ⁽⁶⁾

«Inoffizieller chinesischer Botschafter»

Während Trump in den Jahren 2017 und 2018 noch zwischen einem harten Kurs und Entgegenkommen gegenüber China schwankte, schien sich seine Position Anfang 2019 dauerhaft zu verhärten und bei einigen Gelegenheiten wurde Schwarzmans Rat an Trump, er solle nachgiebiger sein, von den Falken in der US-Regierung überstimmt. Nichtsdestotrotz hat Peking in Schwarzman einen Sympathisanten mit direktem Draht zum Präsidenten. Trump ernannte ihn zum

THE NEW YORKER



«Seit 2008 war [Jared Kushner] Geschäftsführer von Kushner Companies, des Familienunternehmens mit Sitz in Florham Park, New Jersey. Zu den Vermögenswerten gehörten gewerbliche Immobilien und 22'000 Wohnungen von New Jersey bis Maryland. Durch seine Arbeit hatte Kushner Verbindungen zu China geknüpft. Ein Projekt von Kushner in Jersey City, das im November 2016 eröffnet wurde, erhielt Berichten zufolge etwa 50 Millionen Dollar, also fast ein Viertel seiner Finanzierung, von chinesischen Investoren, die nicht öffentlich genannt werden, und zwar im Rahmen eines US-Einwanderungsprogramms, das als EB-5 bekannt ist und es wohlhabenden Ausländern ermöglicht, durch Investitionen in amerikanische Projekte ein Visum zu erhalten. Kushner war neben prominenten Geschäftsleuten aus China und Hongkong auch Investor in mehreren Unternehmen. Er und sein Bruder Joshua Kushner waren Mitbegründer von Cadre, einem Startup für Immobilieninvestitionen. Cadre erhielt Finanzmittel von David Yu, einem Mitbegründer eines Private-Equity-Unternehmens mit Jack Ma, dem milliardenschweren Vorsitzenden von Alibaba. [...] Ivanka Trump [Ehefrau von Jared Kushner] hat ihre eigenen geschäftlichen Unternehmungen in China, wo einige ihrer Handtaschen, Schuhe und Kleidungsstücke hergestellt werden.»

Die US-Zeitung New Yorker im Januar 2018

Quelle: newyorker.com, Jared Kushner Is China's Trump Card, 19.01.2018

Donald Trumps Schwiegersohn und gleichzeitig wichtigster Berater, Jared Kushner, ist besser mit China vernetzt, als man angesichts von Trumps «Handelskrieg» gegen das fernöstliche Land während seiner Präsidentschaft annehmen würde. Kushner scheint auch Blackstone-Gründer Stephen A. Schwarzman gut zu kennen, denn Schwarzman lud ihn 2017 zur Feier seines 70. Geburtstages nach Palm Beach ein.

Leiter eines Wirtschaftsberatungsgremiums des Weissen Hauses, des sechzehnköpfigen «President's Strategic and Policy Forum», dem Spitzenmanager von J.P. Morgan Chase, BlackRock, Ernst & Young, Boeing, Intel und IBM angehörten. In der ersten Sitzung wurde Trump gesagt, er verstehe China falsch und solle sich versöhnlicher zeigen. ⁽⁶⁾ Schwarzman selbst hat bei anderer Gelegenheit bereits erklärt, er sei sowohl der «inoffizielle amerikanische Botschafter in China» als auch der «inoffizielle chinesische Botschafter in den Vereinigten Staaten». ⁽⁷⁾ Das war natürlich ein Scherz – doch die Aussage klingt beinahe unangenehm treffend. Die Mitglieder der Führung in Peking kennen Schwarzman gut. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Jahr 2017 nahm Staatspräsident Xi den Amerikaner zu einem privaten Gespräch beiseite, was ein klarer Beleg für den guten Draht des Milliardärs

zu der chinesischen Parteiführung war. Bevor sich Trump im Jahr 2018 in Mar-a-Lago mit Xi Jinping traf, empfahl ihn Schwarzman mit den Worten: «Präsident Xi ist ein guter Mann.» ⁽⁸⁾

Ob so jemand wie Stephen Schwarzman, der offenbar grosse Sympathien für ein China hegt, das sich auf die mörderische Politik Maos begründet, über die 18 Millionen Menschen umfassende DNA-Datenbank einer Ahnenforschungsfirma verfügen können sollte, ist mehr als fraglich. Je weiter man nachforscht, desto mehr verschwimmen die Grenzen dessen, was die totalitäre Volksrepublik China von den vermeintlich freiheitsliebenden westlichen Nationen bisher zu unterscheiden schien – sei es in Form von persönlichen Verstrickungen, der ideologischen Ausrichtung mächtiger westlicher Strippenzieher, gegenseitigen Investments und vielem mehr. (fp/as)

Quellen:

1. bloomberg.com, Blackstone Reaches \$4.7 Billion Deal to Buy Ancestry.com, 05.08.2020
2. spiegel.de, China legt drei Milliarden Dollar bei Heuschrecke an, 19.05.2020
3. focus.de, Der talentierte Mister Schwarzman, 29.04.2021
4. netz-trends.de, Blackstone-Gründer Schwarzman: 300 Mio. für 10.000 China-Studenten, 22.04.2013
5. en.wikipedia.org, Tsinghua clique, Abgerufen am: 07.01.2023
6. washingtonpost.com, Trump's China whisperer: How billionaire Stephen Schwarzman has sought to keep the
7. web.archive.org, schwarzmanscholars.org, Stephen Schwarzman's remarks from the Schwarzman Scholars inaugural convocation, 10.09.2016
8. president close to Beijing, 12.03.2018

BUSINESS
INSIDER

„«Elon Musk hat seinen 44-Milliarden-Dollar-Deal zum Kauf von Twitter endlich abgeschlossen und lässt Mitarbeiter und Nutzer mit der Frage zurück, was er mit der Social-Media-Plattform vorhat. Obwohl die Berichte über Musks vollständige Absichten variieren, hat der Milliardär wiederholt behauptet, dass die Übernahme eine Rolle bei der Schaffung einer Super-App spielen würde, die er auch als <Alles-App> bezeichnet hat. Er plant, dass die App den Namen X trägt, wie er in einem Tweet Anfang des Monats erklärte, in dem es hiess: <Der Kauf von Twitter ist ein Beschleuniger für die Entwicklung von X, der App für alles.> X wäre nicht die erste App, die versucht, ein bisschen von allem abzudecken. Tatsächlich deutete Musk im Mai an, dass er sich von Tencents WeChat inspirieren lassen könnte, einem chinesischen Social-Media-Riesen, der eine der grössten Super-Apps der Welt darstellt.»

Die Plattform Business Insider im Oktober 2022

Quelle: businessinsider.com, Elon Musk's plan to turn Twitter into a super app is a step closer now that he owns the platform, 28.10.2022

Super-Apps wie WeChat, mit denen der Chinese seine «Corona»-Kontaktverfolgung managen oder bezahlen kann, waren entscheidende Wegbereiter für die elektronische Totalüberwachung im heutigen China (siehe S.5 u. S.37 ff.). Es sollte nachdenklich stimmen, wenn Elon Musk, der sich anscheinend gut mit Trumps Schwiegersohn Jared Kushner (siehe S.18) versteht, ausgerechnet Chinase Digitalkonzernen nacheifert.



Der neue Twitter-CEO Elon Musk beim Finale der Fussball-Weltmeisterschaft in Katar neben Donald Trumps Schwiegersohn und Berater Jared Kushner (siehe S.18)

Wer ist Elon Musk wirklich?



[Youtube.com/Odysee.com:](https://www.youtube.com/Odysee.com)

De-MUSKierung: Elons technokratischer Traum

SPIEGEL

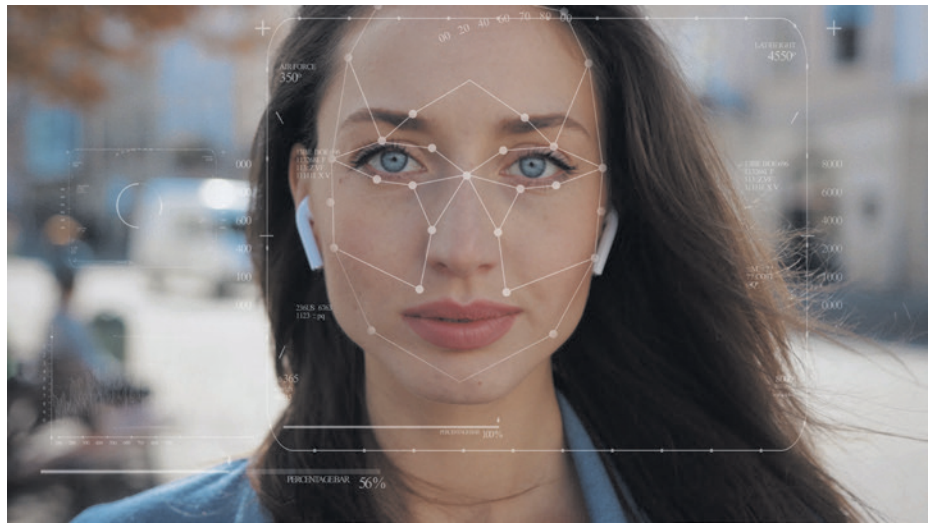
„«Geht es um Überwachung von Menschenmengen, steht derzeit Gesichtserkennung hoch im Kurs. Am Berliner Bahnhof Südkreuz etwa haben Bundespolizei und Innenministerium ein Jahr lang ein Pilotprojekt zur automatisierten Gesichtserkennung, durchgeführt – und waren mit den Ergebnissen sehr zufrieden. In gut 80 Prozent der Fälle hatte eine Software die Testpersonen korrekt identifiziert. Doch damit das funktioniert, braucht man relativ hochauflösende Bilder. Zudem muss man die Personen frontal vor die Kamera bekommen und sollte die Kameras so installieren, dass sie nicht weit vom Geschehen entfernt sind. Das schränkt die Möglichkeiten ein. Das chinesische Start-up Watix glaubt jetzt, eine Lösung für diese Probleme gefunden zu haben. Mithilfe künstlicher Intelligenz will das Unternehmen Personen an ihrer Körperform und ihrem Gang erkennen.»

Spiegel-Online am 07. November 2018

Quelle: spiegel.de, Überwachungstechnik aus China: Künstliche Intelligenz soll Menschen am Gang erkennen, 07.11.2018

Gesichtserkennung in westlichen Nationen: Wann werden die Ausnahmen zur Normalität?

In der EU und somit auch in Deutschland ist eine biometrische Massenüberwachung – also das pauschale, anlasslose und stetige Filmen von öffentlichen Orten mit Überwachungskameras, welche biometrische Daten erheben, und die Verarbeitung dieser Aufnahmen ohne das Einverständnis aller Betroffenen – durch die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verboten. Biometrische Daten sind einer bestimmten Person aufgrund von Messungen zuordenbare Daten (wie bspw. durch eine Gesichtserkennungssoftware). Es gibt jedoch, wie so oft, Ausnahmen von dem Verbot, die da wären: Suche nach vermissten Personen, Aufklärung schwerer Straftaten, unmittelbare und konkrete terroristische Bedrohungen. Um diese Ausnahmen in Kraft treten zu lassen, braucht es eine richterliche Anordnung. Nun ist es dabei so, dass der Staat selbst festlegt, wann bspw. eine terroristische Bedrohung besteht bzw. «unmittelbar und konkret» ist, ausserdem der gleiche Staat den Richter stellt, der die Sachlage prüft und die Anwendung der Technologie anordnet. Auch sonstige involvierte Personen gehören dem Staatsapparat an, der all diese Beteiligten politisch geprägt hat. Es ist nicht an den Haaren herbeigezogen zu befürchten, dass diese gesetzliche Regelung keine Hürde für die Verfolgung von Staatskritikern, «Meinungsdissidenten» oder ähnlichen Personen, wie es in Chi-



na auf die Spitze getrieben wird, darstellt. Vor allem, weil das durch die DSGVO verankerte Verbot gänzlich ausgehebelt wird, wenn sich ein EU-Mitgliedsstaat auf seine «nationale Sicherheit» beruft. Dass die Gefährdung derselben nur allzu schnell heraufbeschworen wird, konnten wir hierzulande vor einigen Wochen beobachten, als deutsche Behörden einen angeblichen Regierungssturz durch eine lächerlich harmlos anmutende Gruppe älterer Herrschaften befürchteten und ein filmreifes, von den Medien live begleitetes Aufgebot an schwer bewaffneten Polizisten an verschiedenen Orten in ganz Deutschland mobilisierten (siehe S.84).⁽¹⁾

Die Deutschen scheinen sorglos

Des Weiteren sei angemerkt, dass entsprechende Gesetze (wie die Datenschutz-Grundverordnung) – wider der Natur des Wortes «Gesetz» – nicht in Stein gemeisselt sind und man davon ausgehen darf, dass auch die rechtliche Grundlage für die pauschale Biometrie-Überwachung der Menschen auf Basis einer sonst wie gearteten Rechtfertigung geschaffen werden wird. Ausserdem ist die Liste der von dem Verbot ausgenommenen Straftaten lang. In der Folge kann die Realität trotz des derzeit geltenden grundlegenden Verbotes so aussehen, dass dennoch an etlichen Orten Gesichtserkennungssoftware eingesetzt wird, und somit ein Grossteil der Menschen von der Überwachung betroffen ist.

Der Schein einer gut geschützten Privatsphäre und verantwortungsbewussten sowie zurückhaltenden Staatsbeamten in Legislative, Judikative und Exekutive in der EU trägt also. Glaubt man der folgenden Umfrage (was man nicht muss, denn oft werden diese auch manipulativ gestaltet, um die Meinung der Bevölkerung zu beeinflussen), haben die (künftig) Betroffenen kaum ein Problem mit dem, was schon ist bzw. noch kommen mag: «Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov von 2019 stehen viele Deutsche dem Thema Kameraüberwachung [...] gelassen gegenüber, selbst wenn es dabei um automatische Gesichtserkennung geht. Die Ergebnisse zeigen: Die Hälfte der Befragten ist dafür, Ge-



Die spanische Caixa-Bank, welche zusammen mit der EZB an ihrem CBDC-Projekt arbeitet (siehe S.41), stellte schon 2019 Bankomaten mit optionaler Gesichtserkennung vor, die in einigen Filialen der Bank bereits in Betrieb genommen wurden.

sichtserkennung durch Behörden unter strengen Auflagen zu gestatten. Nur 22 Prozent sind komplett dagegen. 17 Prozent der Teilnehmer waren sogar der Meinung, deutsche Behörden sollten das Recht erhalten, die Gesichtserkennung uneingeschränkt zu nutzen», weiss Welt-Online zu berichten.⁽²⁾

Ablehnende Haltung der Bundesregierung?

Die amtierende deutsche «Ampel»-Regierung, bestehend aus Grünen, SPD und FDP, bezog in ihrem gemeinsamen Koalitionsvertrag klar Stellung und lehnt eine pauschale Überwachung öffentlicher Orte durch Kameras mit Gesichtserkennungssoftware ab. «Wir sind gegen umfassende Videoüberwachung und den Einsatz biometrischer Erkennung zu Überwachungszwecken. Das Recht auf Anonymität, sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet, muss gewährleistet sein», verkündeten sie in dem gemeinsamen Papier entschlossen.

⁽³⁾ Immerhin ein Jahr lang blieb sie ihrer Position treu. Doch erst kürzlich stimmte die Bundesregierung dem Vorhaben des EU-Ministerrates vom Dezember 2022 zu, die Identitätsfeststellung anhand biometrischer Daten zum Zwecke der Strafverfolgung einzusetzen – das EU-Parlament hingegen ist bislang (noch) gegen eine Lockerung der Gesetzeslage.

⁽⁴⁾ Eines von zahllosen Beispielen dafür, dass den Beteuerungen von politischen Amtsträgern grundsätzlich mit Misstrauen zu begegnen ist. Die Technologie zur Gesichtserkennung soll zwar nur in rechtlich definierten «Ausnahmefällen» gestattet werden, doch es ist einleuchtend, dass die EU diesbezüglich nicht mit der Tür ins Haus fällt, sondern die Einführung chinesischer Zustände Schritt für Schritt vonstatten gehen lässt, so wie es Jean-Claude Juncker einst in seinem berühmt-berüchtigten Ausspruch preisgab: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»⁽⁵⁾ Da die Erfahrung zeigt, dass auch Resolutionen, Verträge und Abkommen der UNO langfristig in nationale Gesetze einsickern, gilt es nochmals daran zu erinnern, dass China bei der Internationalen Fernmeldeunion der Vereinten Nationen (ITU) einen tonangebenden Einfluss ausübt (siehe S.14). ▶

MASTERCARD IDENTITY CHECK

**WIE DIGITALES BEZAHLEN DURCH
BIOMETRIE VORANGETRIEBEN WIRD**



TOUCH, TAP, BLINK!

MASTERCARD IDENTITY CHECK

ermöglicht Verbrauchern schon jetzt, digitale Zahlungen mit Hilfe von Gesichts-, Iris- und Fingerabdruckerkennung zu authentifizieren.





AB APRIL 2019

wird dieser Service von allen Banken, die mit Mastercard zusammenarbeiten, angeboten.

BIOMETRIE
ENTSPRICHT DEN
KUNDENWÜNSCHEN:

93%

der Verbraucher ziehen biometrische Verfahren einem Passwort vor

BIOMETRIE SORGT
FÜR BESSERES
EINKAUFSERLEBNIS:

70%

weniger Zahlungsabbrüche mit biometrischen Erkennungsverfahren





SICHERER



SCHNELLER



EINFACHER



PERSONALISIERT

Mastercard Identity Check:

Eine digitale biometrische Lösung
für das digitale Zeitalter

Der Zahlungsdienstleister Mastercard («Strategischer Partner» des WEF, Ausgabe 51, S.31 ff.) bietet seit April 2019 «Biometrie-Lösungen» an, mit denen Bankkunden ihre Identität nachweisen können. In der dazugehörigen Werbung wird eine überwältigende Zustimmung von 93% für biometrische Verfahren vermittelt. Würden 93% der Verbraucher die Biometrie-Methode vorziehen, dann wäre anzunehmen, dass die Mehrheit der Mastercard-Kunden sich auch für den Gesichtsscan entscheidet. Spiegeln diese Zahlen wirklich den Wunsch der Kunden wider oder sollen die Kunden nicht vielmehr in eine bestimmte gedankliche Richtung gelenkt werden (Nudging, siehe S.9)?

Zunehmende Verbreitung auf EU-Ebene

Laut einer Studie der EU-Parlamentsfraktion Grüne/EFA setzten bereits im Jahr 2021 elf Nationen der Europäischen Union (Deutschland, Niederlande, Österreich, Frankreich, Italien, Slowenien, Ungarn, Griechenland, Finnland, Lettland, Litauen) entsprechende biometrische Erkennungssysteme ein, während es zu erwarten ist, dass mindestens acht weitere Länder (Portugal, Spanien, Kroatien, Zypern, Tschechien, Rumänien, Schweden, Estland) diesem Beispiel in absehbarer Zeit folgen werden. ⁽⁶⁾ Bisher werden Täter im Rahmen der Strafverfolgung damit lediglich nachträglich identifiziert, wie es z.B. 2017 nach dem G20-Gipfel in Hamburg der Fall war, als die Polizei dort (offiziell) erstmals eine derartige Software nutzte, um die in etwa 100.000 Gigabyte an Videomaterial auszuwerten, welches von Überwachungskameras wie auch privaten Handyaufnahmen zusammengetragen wurde. ⁽⁷⁾

Der entscheidende Unterschied zwischen Legalität dieser Massnahmen und Illegalität anderer Vorgehensweisen ist der, dass das geschilderte Vorgehen der Hamburger Polizei im Nachhinein und mit separater Software stattfand, während hingegen eine Live-Überwachung per mit entsprechender Software ausgestatteten Kameras (noch) durch die DSGVO untersagt ist – bis auf die eingangs erwähnten Ausnahmen. Doch scheinen die Weichen aufgrund der offenkundigen Beliebtheit der zugrundeliegenden Technologie auf Echtzeit-Überwachung zu stehen. Bspw. wurde ein solcher Testlauf von Kameras mit Live-Gesichtserkennung und auf Basis des Datenmaterials Freiwilliger durch das deutsche Bundesinnenministerium am Berliner Bahnhof «Südkreuz» durchgeführt – und zwar schon 2017. Weitere Pilotprojekte der letzten Jahre fanden unter anderem in Mannheim, am Brüsseler Flughafen und auf den Strassen Rotterdams und Nizzas statt. ⁽⁸⁾ In Grossbritannien, dessen Hauptstadt London übrigens – gemessen an der Zahl der Kameras pro 1000 Einwohner – Platz 3 der weltweit bestüberwachten Städte belegt ⁽⁹⁾, lässt sich anhand eines konkreten Beispiels eine Entwicklung hin zu einem bereits ausführlich beschriebenen Phänomen erkennen, denn das britische Sicherheitsunternehmen Facewatch ist eine öffentlich-private Partnerschaft (siehe S.37 f.) mit der Polizei eingegangen. Deutschlandfunk Kultur zitiert Ioannis Kouvakas von der Datenschutz-

Das Hikvision-Hauptquartier in Hangzhou

Foto: Raysonho@ Open Grid Scheduler/Grid Engine (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:HikvisionHangzhou.jpg>) <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>



F.A.Z. EXKLUSIV

Überwachungstechnik aus China filmt in Deutschland

faz.net, 30.08.2019

Wie aus dem Artikel der FAZ hervorgeht, nutzen z.B. das Frankfurter Polizeipräsidium und die Frankfurter Verkehrsgesellschaft Kameras des chinesischen Unternehmens Hikvision, das 2018 auch in Frankfurt ein Büro eröffnet hat. «Nicht nur in Frankfurt kommt Hikvision-Technik zum Einsatz. Das Bundesinnenministerium setzt ebenfalls Kameras des chinesischen Herstellers zur Überwachung seines Geländes ein, wie eine parlamentarische Anfrage des FDP-Politikers Konstantin Kuhle kürzlich ergab», erwähnt der Artikel. Durch mehrere Datenlecks flog auf, wie engmaschig China unter anderem mit Hilfe von Hikvision-Technik die muslimische Bevölkerung in seiner Provinz Xinjiang überwacht. Ethische Vorbehalte spielen für deutsche Behörden bei der Wahl von Kamera-Anbietern offenbar keine bedeutende Rolle – nur eines von vielen Anzeichen für zunehmend chinesische Verhältnisse im Westen.

organisation Privacy International mit den Worten: «Der Chef des Unternehmens Facewatch hat öffentlich gesagt, er tausche Watchlist-Daten mit der Polizei aus; die Polizei überlasse Facewatch Bilder verdächtiger Personen. Diese Informationen würden das Unternehmen und seine Kunden nutzen, um Betroffenen den Zugang zu Geschäften zu verwehren.» Kouvakas sehe hier einen höchst gefährlichen Präzedenzfall: «Die Polizei nutzt private Unternehmen für Massenüberwachung, die sie selbst aus Datenschutzgründen nicht betreiben darf.» In China ist es – vielleicht nicht gesetzlich, aber zumindest infrastrukturell – nicht grossartig anders.

Per Gesichtsscan bezahlen – eine chinesische Dystopie?

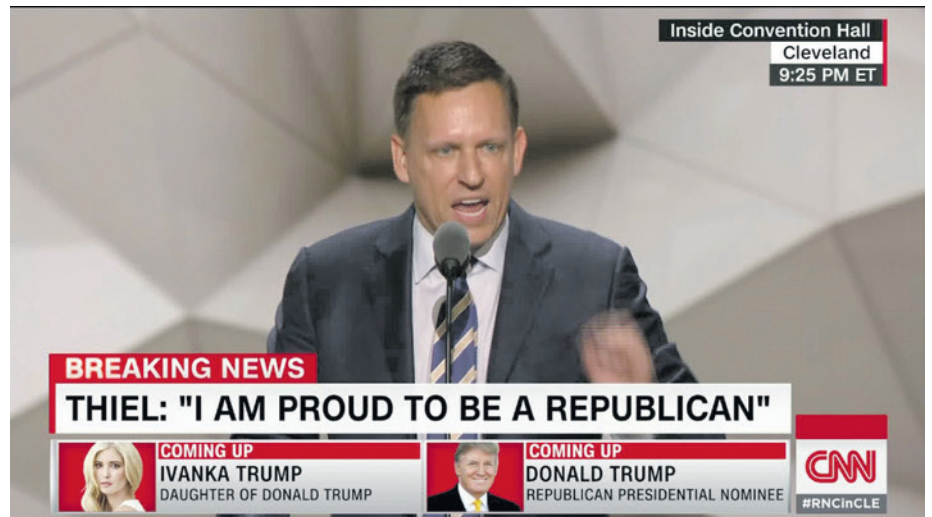
Grossbritannien legt noch einen oben drauf, denn dort werden entsprechende Kameras sogar in Schulkantinen eingesetzt, um Schüler zu identifizieren. Es wird voll und ganz auf die Komfort-Karte gesetzt, denn die Technologie soll vor allem

den Prozess der Essensausgabe beschleunigen. Die biometrische Methode sei noch schneller als eine Zahlung per Karte oder Fingerabdruck-Scan, die Vorgängervariante des neuen Systems, lobt David Swanson von der Firma «CNB Cunninghams» die von ihm installierte Technologie und das damit einhergehende Ersparnis von vermutlich nur wenigen Sekunden pro Schüler. Zudem sei dies vor dem Hintergrund von «Corona» sicherer, so die Irish Times. ⁽¹⁰⁾ Auch in Australien ist es an zahlreichen Schulen bereits gang und gäbe, das Essen in der Kantine per Gesichtserkennung abzurechnen. Die Überwachung durch die Schule dringt sogar bereits in die privaten Haushalte, denn Schüler wurden dort während des «pandemiebedingten» Online-Unterrichts per Kamera und entsprechender Software im Rahmen von Prüfungen identifiziert und überwacht, um Betrug zu verhindern. ⁽¹¹⁾ Die Beispiele der britischen und australischen Schulen stellen einen weiteren kleinen Teilbereich von vielen dar, in dem der «Corona»-Ausnahmestand dafür genutzt wurde,

neue Überwachungs- und Digitalisierungsinfrastrukturen zu implementieren, die im Handumdrehen nicht mehr nur eine Ausnahme, sondern die «Neue Normalität» sein könnten. Die australischen Eltern befänden die Überwachung ihrer Kinder per Gesichtserkennungstechnologien laut Umfragen fast ausnahmslos für «gut», da es die Sicherheit an den Schulen erhöhe und den Komfort steigere. Man kann in diesem Kontext Benjamin Franklin, einen der Gründerväter der Vereinigten Staaten, nicht oft genug zitieren: «Diejenigen, die ihre grundlegende Freiheit aufzugeben bereit sind, um ein wenig vorübergehende Sicherheit zu erkaufen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.» Essenzielle Freiheiten für eine vermeintliche Zunahme von Sicherheit aufzugeben, ist niemals ein sinnvoller Akt und wird letztlich damit bestraft, dass man sowohl die Freiheit als auch die Sicherheit verliert – egal, ob man Bürger Chinas, Deutschlands oder sonst eines Landes ist. (fp)

Quellen:

1. derstandard.de, Reichsbürger planen Putsch in Deutschland, 07.12.2022
2. welt.de, Eine deutsche Metropole gehört zu den am stärksten überwachten Städten, 03.08.2020
3. euractiv.de, Neue Bundesregierung will Gesichtserkennung und Massenüberwachung verbieten, 26.11.2021
4. golem.de, EU-Staaten wollen Gesichtserkennung noch ausweiten, 07.12.2022
5. handelsblatt.com, «Wir haben die Folterwerkzeuge im Keller», 20.12.2012
6. extranet.greens-efa.eu, Biometric, Behavioural, Mass Surveillance in EU Member States, Report for the Greens/EFA in the European Parliament, 10.2021
7. deutschlandfunkkultur.de, Big Brother auf dem Vormarsch, 30.05.2022
8. euractiv.de, Gesichtserkennungstechnologien bereits in 11 EU-Ländern eingesetzt, Tendenz steigend, 26.10.2021
9. welt.de, Eine deutsche Metropole gehört zu den am stärksten überwachten Städten, 03.08.2020
10. irishtimes.com, Facial recognition cameras arrive in UK school canteens, 21.10.2021
11. deutschlandfunkkultur.de, Big Brother auf dem Vormarsch, 30.05.2022



Peter Thiel hält 2016 auf einem Parteitag der US-Republikaner eine flammende Rede für Donald Trump.

Einer der ersten Investoren des Biometrie-Unternehmens Clearview, das den US-Überwachungsstaat aufbaut und sich dabei schamlos vollkommen illegaler Methoden bedient (siehe unten), ist der PayPal-Gründer Peter Thiel, der Donald Trump für seinen Wahlkampf im Jahr 2016 1,25 Millionen US-Dollar gespendet haben soll. Die New York Times schrieb im Januar 2020: «Ein Grund, warum sich Clearview durchsetzt, ist, dass sein Service einzigartig ist. Das liegt daran, dass Facebook und andere Social-Media-Seiten es verbieten, Bilder von Nutzern zu systematisch zu sammeln – Clearview verstößt gegen die Nutzungsbedingungen der Seiten. [...] Jay Nancarrow, ein Facebook-Sprecher, sagte, das Unternehmen überprüfe die Situation mit Clearview und werde «geeignete Massnahmen ergreifen, wenn wir finden, dass sie unsere Regeln verletzen». Herr Thiel, Clearview-Investor, sitzt im Vorstand von Facebook. Herr Nancarrow lehnte es ab, über die persönlichen Investitionen von Herrn Thiel zu kommentieren.»⁽¹⁾

Liegt es nicht nahe, dass es der Clearview-Investor Peter Thiel aus dem Facebook-Vorstand war, der dem Überwachungsunternehmen die Daten von Facebook zuschob? Und was sagt es uns über Trumps vermeintliche China-Antipathie, wenn er mit Personen wie Thiel in einem Boot sitzt, die biometrische Massenüberwachung im Westen unterstützen?

Quelle: nytimes.com, The Secretive Company That Might End Privacy as We Know It, 18.01.2020

SPIEGEL

Gesichtserkennung für Ermittler

Frankreich verdonnert Clearview AI zu 20 Millionen Euro Geldstrafe

spiegel.de, 20.10.2022

Clearview.ai

NETZPOLITIK.ORG

Gesichtserkennung

Großbritannien droht Clearview mit Millionenstrafe – Deutschland drückt sich

netzpolitik.org, 02.12.2021

Clearview AI

NETZPOLITIK.ORG

Biometrische Überwachung ohne Rechtsgrundlage

Clearview AI soll Millionenstrafe in Italien zahlen

netzpolitik.org, 04.04.2022

Clearview AI

Das US-amerikanische Startup «Clearview AI» verwendet zum Abgleich für seine Gesichtserkennungssoftware Abermilliarden von Fotos aus Social-Media-Kanälen wie Facebook, Instagram und YouTube - und das ohne das Einverständnis der Profilnutzer bzw. Urheber. Das ist vollkommen illegal, doch scheint die Leiter des Unternehmens kaum zu tangieren. Clearview AI ist in den USA bestens im Geschäft und arbeitet mit hunderten Behörden sowie Privatunternehmen zusammen.

MANHATTAN INSTITUTE

The New York Times

„Mr. Schwartz und Mr. Ton-That [die Gründer des Gesichtserkennungs-Unternehmens Clearview] trafen sich 2016 bei einer Buchveranstaltung am Manhattan Institut, einem konservativen Think Tank.«

Die New York Times im Januar 2020

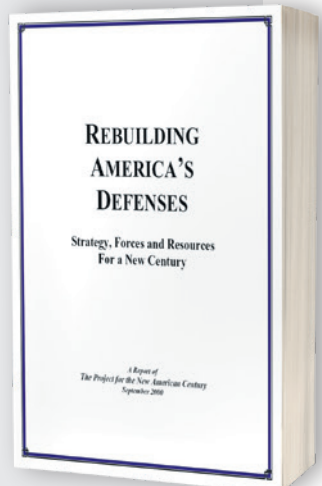
Quelle: nytimes.com,

The Secretive Company That Might End Privacy as We Know It, 18.01.2020

Quelle: archive.thinkprogress.org, We don't have 12 years to save the climate. We have 14 months., 26.07.2019



Das «Manhattan Institute for Policy Research», wo sich die Clearview-Entwickler kennenlernten, ist eine Brutstätte der sogenannten Neokonservativen in den USA. Diese «Neocons» dominierten auch den Thinktank «Project for the New American Century» (PNAC). Im September 2000 publizierte PNAC einen 80-seitigen Bericht mit dem Titel «Rebuilding America's Defenses». Darin war zu lesen, ein Wiederaufbau der amerikanischen Verteidigung und die gewünschte Umwälzung in der US-Politik könne lange dauern, wenn nicht «ein katastrophales und katalysatorisches Ereignis [...] wie ein neues Pearl Harbor» eintreten würde. Indizien dafür, dass die Profiteure des 11. Septembers 2001 auch etwas mit den «Anschlägen» zu tun haben könnten, liefern wir Ihnen in der **Doppelausgabe 58/59**. Eine Folge der «Anschläge» war ein ausufernder Überwachungsstaat, von dem die Neocons augenscheinlich noch heute mit Gesichtserkennungs-Startups wie Clearview profitieren. Nicht zu vergessen: Unter anderem pflegt der neokonservative Bush-Clan beste Beziehungen nach China (Ausgabe 50).



euronews.

„Afghanistan hat einen Ölfördervertrag mit einem chinesischen Unternehmen unterzeichnet. Es handelt es sich um die erste grössere ausländische Investition seit der Machtübernahme der Taliban in Kabul im Jahr 2021.«

Euronews im Januar 2023

Quelle: de.euronews.com, Partnerschaft zwischen China und Taliban bei der Erdölförderung, 07.01.2023



Mobiles biometrisches Identifikationsgerät des US-Militärs, das vom Chaos Computer Club erbeutet wurde. Es ist anzunehmen, dass den Taliban zahlreiche dieser Geräte in die Hände gefallen sind.

SWR2

„Verräterische Daten“: Biometrische Geräte in den Händen der Taliban

swr.de, 27.12.2022

Wie von magischer Hand befohlen, wendet sich aktuell fast jede geopolitische Angelegenheit zugunsten Chinas. Die USA errichteten in Afghanistan eine riesige digitale Infrastruktur, die jetzt den offensichtlich mit China verbündeten Taliban in die Hände gefallen ist. Beispielsweise verfügte die US-Armee über mobile Biometrie-Geräte, die allerlei sensible Daten von Amerikanern, Europäern und Afghanen, die für westliche Staaten arbeiteten, enthielten bzw. immer noch enthalten. Viele Beobachter vermuten, dass die Taliban diese Geräte nun einsetzen, um einen radikalen Rachezug gegen Kollaborateure der einstigen Besatzungsmacht zu führen. China würde die biometrischen Daten sicher dankbar entgegennehmen, wenn es das nicht schon längst getan hat. «Wenn biometrische Daten ein Mal gespeichert sind, können sie Jahre später an ganz anderer Stelle wieder auftauchen» ⁽¹⁾, erfährt man in einer Radiosendung des WDR. Vielleicht hat das US-Militär letzten Endes unabsichtlich für die KPCh Daten über den «Klassenfeind» gesammelt.

Quelle: 1. wdr.de, Verräterische Daten - Doku über die Gefahren der Biometrie, 08.01.2023

Das Portal Heise-Online schrieb über Aussagen des BRD-Wirtschaftsministers Robert Habeck auf einem IT-Gipfel im Dezember 2022 folgendes:



„In einem von ihm besuchten Flüchtlingslager in Jordanien hätten die Migranten Geld [also Bargeld] bekommen, was zu Missbrauch und einem florierenden Schwarzmarkt geführt habe, berichtete Habeck. Die Lösung sei gewesen: «Die Leute bezahlen mit einem Iris-Scan.» Über das Auslesen des biometrischen Merkmals, das prinzipiell als höchst sensibel und besonders schutzwürdig gilt, werde einfach abgebucht, «was sie sich genommen haben». Nicht entgangen sind Habeck auch Tests mit Supermärkten in westlichen Ländern, wo «beim Reingehen eine Face-ID-Scannung» erfolge. Der Kunde nehme dann Produkte aus Regalen, wobei alles gemessen und aufgezeichnet werde. Der Computer rechne die Summe aus und bestelle gleich nach. Der Minister freute sich: «Das ist keine abgefahrene Spökenkiekerei.» **Viele aktuellen gesellschaftlichen Probleme und Krisen inklusive Klimawandel und Pandemien könnten und müssten digital beantwortet werden, hob der Grünen-Politiker hervor.»**

Quelle: heise.de, Digitalgipfel: Habeck schwärmt vom Bezahlen mit Iris-Scan, 09.12.2022

Heise-Online im Dezember 2022



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



China hat die vorgetäuschte COVID-Notstandssituation dazu genutzt, seinen ansonsten schon überpräsen Überwachungsapparat weiter auszubauen. Tracking-Apps zum angeblichen Seuchenschutz sind heute aus dem Alltag chinesischer Grossstädte nicht mehr wegzudenken. Beim Betreten eines Wohnhauses, eines Geschäftes, eines Parks, beim Besteigen eines Flugzeuges, eines Zuges oder eines Taxis – oder auch wenn man einfach nur nach Hause gehen möchte – nirgendwo führt ein Weg daran vorbei, sein persönliches Mobiltelefon, mit der darauf befindlichen Tracking-App, vorzuzeigen. Dutzende Male täglich sieht sich der Bürger genötigt, sich durch das Abscannen des App-generierten QR-Codes auszuweisen. Die chinesische Zentralregierung erhält über das System eine Fülle von Daten, durch welche die Bewegungen und Kontakte der einzelnen Personen einsehbar und nachvollziehbar werden. Auf Grundlage dieser Daten wird dann der «Gesundheitszustand» der Person bestimmt. War sie mit keinem «COVID-Infizierten» in Kontakt, so zeigt die App «grün», war sie in der Nähe eines «Infizierten», dann wechselt sie auf «rot», was bedeutet: Der Betroffene muss für 14 Tage verpflichtend in Quarantäne. Mittlerweile ist es erwiesen, dass das Signal nicht nur auf Rot schaltet, wenn eine Person sich in der «falschen Gegend» aufhielt oder zu «Infizierten» Kontakt hatte, sondern dass das Regime die «roten Codes» willkürlich vergeben kann und sie auch dazu benutzt werden, Demonstranten und Regimekritiker festzusetzen. Diktatur und völlige Überwachung im Namen der verlautbarten «öffentlichen Gesundheit» sind in China an der Tagesordnung.

Schon im April 2020 titelte das WEF «Wie Informationstechnologien der nächsten Generation COVID-19 in China bekämpften», um einen Artikel voll des Lobes für diese modernen Fussfesseln folgen zu lassen, der von Qi Xiaoxia, einem Mitarbeiter der obersten Zensurbehörde Chinas, verfasst wurde. Als habe sie den Artikel gelesen, stellte die deutsche Bundesregierung bald darauf eigene Tracking-Apps vor, die jedoch gewaltig flopten. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben: Karl Lauterbach, der immer noch Panik schürt wie am ersten Tag der «Pandemie», schlug für den Winter 2022/23 vor, Menschen sollten von Maskenpflichten in Restaurants oder bei Veranstaltungen befreit werden, wenn ihre Impfung nicht älter als drei Monate ist. Als ihm gesagt wurde, dass es schwer werde, dies zu kontrollieren, antwortete er: «Hier ist zum Beispiel vorgesehen, dass man sofort auf der Corona-Warnapp an der Farbe des Impfzertifikats erkennen kann, ob das eine frische Impfung ist oder nicht.»

Tracking-Apps stellen allerdings nur eine weitere Säule der chinesischen Totalüberwachung dar. In den monströsen Daten-

zentren, die in jedem Bezirk grösserer chinesischer Städte installiert wurden, laufen die digitalen Informationen zusammen. In diesen sogenannten «Gehirnen» wird der QR-Code-Bewegungsverlauf mit biometrischen Daten und Informationen von «smarten» Kameras verknüpft.

Eine entscheidende Grundlage für das staatliche Panoptikum ist die allgegenwärtige Gesichtserkennung durch hochmoderne Kameras, die in der Lage sind, Daten von Autos und Menschen zu registrieren und wiederzugeben. Zwar ist die Nutzung von Gesichtserkennungssoftware im Westen (noch) durch entsprechende Gesetze eingeschränkt, aber die Technologie findet nichtsdestotrotz ihren Weg in den Alltag, etwa dann, wenn private Unternehmen auf sie zugreifen, oder wenn die Politik Ausnahmeregelungen erlässt, von denen es zunehmend mehr gibt. Auf die Beteuerungen von politischen Amtsträgern ist grundsätzlich kein Verlass und das gilt auch für die Behauptung, man würde es im Westen nie zur chinesischen Massenüberwachung kommen lassen. Es versteht sich von selbst, dass man diesbezüglich nicht mit der Tür ins Haus fällt, sondern die Einführung chinesischer Zustände Schritt für Schritt vorantreiben lässt, so wie es der Politiker Jean-Claude Juncker einst in seinem berühmt-berüchtigten Ausspruch aus dem Jahr 1999 preisgab: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»

Viele chinesische Grossstädte haben das Ziel der hundertprozentigen Kameraabdeckung an allen wichtigen öffentlichen Orten bereits jetzt nahezu erreicht. Dass in keinem Land der Welt mehr Kameras pro Einwohner installiert sind, sollte nicht überraschen. Da die schiere Datenmenge, die so generiert wird, unmöglich von Mitarbeitern überblickt werden kann, ist es die Künstliche Intelligenz, die Alarm schlägt oder Hinweise auf verdächtiges Verhalten gibt. Für die Mitarbeiter der chinesischen Überwachungszentralen ist eine Datenbank zu jedem einzelnen Bewohner des Bezirks abrufbar, für den sie zuständig sind. Diese wird mittlerweile auch noch mit Gang- und Stimmprofilen und genetischen Daten erweitert. So steht dem Sozialkredit-System, das eines Tages über diese digitale Infrastruktur landesweit implementiert werden soll, nicht mehr viel im Wege. Wie dieses Punktesystem, das sich immer noch in der Testphase befindet, funktioniert, soll uns im nächsten Teil der Ausgabe beschäftigen.

► Fortsetzung auf Seite 36

Auf einen Blick

➤ Das Sozialkredit-System befindet sich in China seit Jahren in der Testphase und soll bald im ganzen Land eingeführt werden. Für die KPCh ist es eines von vielen Instrumenten, um den «neuen sozialistischen Menschen» heranzuzüchten.

➤ Bereits heute wird das System dazu verwendet, Regierungskritiker unter Hausarrest zu stellen.

➤ Vieles deutet darauf hin, dass solche Sozialpunkte-Systeme langfristig auch in den westlichen Ländern installiert werden sollen. In unseren Breiten wird deren Einführung wohl dadurch gerechtfertigt, dass scheinbarer Seuchen-, Umwelt- und Klimaschutz dies erforderlich machen würde. Doch egal, wie sich ein derartiges System zu legitimieren versucht, am Ende geht es um nichts anderes als um Kontrolle.

So funktioniert Chinas Sozialkredit-System



Zuschauer der sehr erfolgreichen Science-Fiction-Serie «Black Mirror» wurden bereits 2016 mit dem Konzept eines Sozialpunkte-Systems vertraut gemacht. In einer Episode mit dem Titel «Abgestürzt» skizzierte die Miniserie eine Gesellschaft, in dem das Sozialverhalten eines jeden Menschen bewertet und in Form eines Punktestandes ausgedrückt wird, welcher permanent von jedem einsehbar ist. Mit Hilfe eines Augenimplantats und mobilen Geräten ist es den Bewohnern der fiktiven Welt möglich, jeden Menschen, mit dem er interagiert, auf einer Skala von einem bis fünf Sternen einzustufen. Als im Jahr 2019 eine Reporterin des Online-Mediums VICE einen Mitarbeiter des chinesischen Überwachungsunternehmens Megvii danach fragte, wie er sich die Zukunft vorstelle, verwies dieser in seiner Antwort tatsächlich auf eben jene Black-Mirror-Episode, um der Reporterin eine möglichst plastische Vorstellung seiner Vision zu vermitteln.⁽¹⁾ Und erschreckenderweise erscheint das Szenario der Serie zumindest für den Raum China schon jetzt weitaus näher an der Realität zu sein, als dies den meisten lieb oder bewusst sein dürfte. Doch so dystopisch die Fiktion auch wirken mag, es liesse sich argumentieren, dass das System, das in China im Begriff ist, flächendeckend ein-

geführt zu werden, sogar noch schlimmer ausfällt als das Serien-Szenario. Auch wenn es nur ein schwacher Trost ist, könnte man dem System, welches die dauerüberwachte, gläserne Gesellschaft in der Black-Mirror-Episode ermöglicht, zugutehalten, dass es sich immerhin auf Dezentralität gründet – sprich: Die Bürger überwachen und sanktionieren sich gegenseitig.

Das in China vorgesehene bzw. in bestimmten Teilen des Landes bereits installierte Sozialkredit-System verfolgt einen anderen Ansatz und zwar die strikte Kontrolle von oben, weshalb die Aussage des Megvii-Mitarbeiters täuscht. Zwar sollen sich die Bewohner des Landes auch gegenseitig kontrollieren, jedoch stets unter der Ägide der KPCh, welche die Regeln für Belohnung und Bestrafung festlegt und durchsetzt. Die Bevölkerung bewertet sich nur bedingt untereinander, denn die Entscheidung darüber, für welche Handlung man belohnt und für welche man bestraft wird, liegt allein in den Händen der Partei. Die Mitglieder ihres zentralen Gremiums sind die letzten und einzigen Richter, die darüber entscheiden, was «moralisch» ist und was nicht. Letztlich geht es darum, sich den perfekten kommunistischen Untertanen heranzuzüchten, den vielbeschworbenen «neuen sozialistischen Menschen». Faktisch wird also ein Unrechtssystem mit

modernster digitaler Technik eingeführt, das jeder Idee von Privatsphäre spottet und mit einem klassischen Strafverfolgungssystem, wie wir es kennen, überhaupt nichts zu tun hat.

Davon zeugt allein, welche Handlungen im Sozialkredit-System bereits als «nicht vertrauenswürdige Verhalten» sanktioniert werden. Unter anderem wären dies: lautes Sprechen, zu lautes Musikhören, das zu seltene Besuchen von Verwandten, das Freilaufenlassen von Hunden, das Überqueren einer Strasse trotz roter Ampel, der Kauf von zu vielen Videospielen, zu wenig Sport und vieles mehr. Auch ein schlechter Ausbildungsstand kann zu Abzügen führen, womit schlechte Leistungen nicht etwa organisch durch fehlende Berufsperspektiven oder schlechte Bezahlung bestraft werden, sondern unmittelbar durch staatliche Gewalt. Sogar das Kaufverhalten einer Person wird in China zur Angelegenheit des KPCh-Machtmonopols. In einer 2019 gedrehten ZDF-Dokumentation heisst es: «Wer viel Alkohol kauft, zeigt Abhängigkeit und verliert Punkte. Eine Packung Windeln gibt Pluspunkte für Verantwortlichkeit.»⁽²⁾

Big Brother is watching

Mit einem Rechtsstaat oder einem organisch entstandenen System der Bewertung hat dies nichts zu tun. Vielmehr muss man

von einem allgegenwärtigen Nanny- und Gesinnungs-Staat sprechen, der sich in Lebensbereiche einmischt, die ihn schlicht nichts angehen. Im November 2022 veröffentlichte die «Nationale Kommission für Reform und Entwicklung» den Entwurf für ein «Gesetz der Volksrepublik China zur Einführung eines Sozialkredit-Systems». Erklärtes Ziel ist es, «den Geist der wichtigen Anweisungen von Generalsekretär Xi Jinping» umzusetzen und den «Mechanismus der sozialen Steuerung zu erneuern». ⁽³⁾ Deutlicher könnte man kaum formulieren, dass das Sozialkredit-System nach der Vorlage des marxistischen Dogmas der Partei ausgerichtet ist, dem sich das Volk unterzuordnen hat.

Doch bleiben wir noch kurz bei dem Unternehmen Megvii und bei Filmreferenzen. Wie schon erwähnt legte ein Mitarbeiter dieses Überwachungsunternehmens gegenüber der VICE-Reporterin dar, dass seine Firma an der Umsetzung der noch vergleichsweise «sanften» Black-Mirror-Dystopie arbeite. Für die KP verfolgt Megvii auch die Implementierung eines Projektes mit dem Namen «Skynet». Skynet ist ein vernetztes System von Überwachungskameras mit Gesichtserkennungssoftware, das derzeit in 16 chinesischen Provinzen in Betrieb ist. Spätestens an diesem Punkt kann man sich des Eindrucks nicht länger erwehren, dass die Mitarbeiter von Megvii eine Vorliebe für Filme mit offensichtlich dystopischem Tenor haben, die dort präsentierten Szenarien aber allesamt für gut und erstrebenswert befinden. «Skynet» ist nämlich der Name einer künstlichen Intelligenz aus der Filmreihe «Terminator», die darin einen Krieg gegen die Menschheit führt. Tatsächlich gelten die Terminator-Filme als die Lieblingsstreifen des Megvii-Gründers und die KI aus dem Film soll de facto den Namenspaten des chinesischen Überwachungsprogrammes darstellen. China scheint am



Eine städtische Anschlagtafel in der Stadt Rongcheng zeigt «vorbildliche Bürger» mit «hoher sozialer Kreditwürdigkeit».

Scheideweg zu stehen: Eine «weichgespülte» Dystopie wie in der Black-Mirror-Episode, oder doch das volle Programm wie in Terminator...

Das Punktesystem befindet sich nach wie vor in der Testphase, die sich vor allem auf die Millionenbevölkerung der Grossstädte konzentriert. Bürger mit niedrigen Werten gelten als «nicht vertrauenswürdig» und damit nicht würdig, Kredite, Hotelzimmer, Reisegenehmigungen usw. zu erhalten. Wie man sich denken kann, muss ein niedriger Punktestand keineswegs mit offensichtlichen Verbrechen wie Diebstahl, Mord oder Ähnlichem einhergehen. Spätestens wenn das Denken «falscher» Meinungen oder das Nicht-Einhalten der medizinisch sinnfreien «Corona»-Massnahmen ähnlich sanktioniert werden wie «richtige» Vergehen, sollte jedem klar sein, dass das Sozialkredit-System lediglich dazu dient, die Effizienz eines unge-

rechten, tyrannischen Systems zu steigern. In den Händen der Partei wird das Punkte-Vergeben zur Waffe, um unliebsame Bürger zu bekämpfen.

Das zeigt z.B. der Fall des investigativen Journalisten Liu Hu. Ihn bewertet das in seiner Stadt Chongqing bereits eingeführte Sozialkredit-System so schlecht, dass er nicht mehr reisen darf und damit praktisch unter Hausarrest steht. «Ich kriege weder Tickets für Hochgeschwindigkeitszüge noch für Flüge», sagte er gegenüber einem Reporter des ZDF. ⁽²⁾ Wann immer Hu versucht via App ein Zug- oder Flugticket zu buchen, erkennt das System seinen dafür zu geringen Punktestand und weist ihn ab. Im durchdigitalisierten und von der KP verwalteten China hat Hu keine andere Möglichkeit, um an ein Ticket zu gelangen und sitzt also mehr oder minder in seinem Wohnviertel fest. Der Grund für seinen niedrigen Punktestand: Er schrieb über hochrangige Korruptionsfälle und Morde, die die Polizei nur halbherzig verfolgte, und wurde somit digital zur Persona non Grata erklärt. Welche Ironie: Wird nicht sowohl in China als auch im Westen versprochen, mit Digitalisierung Korruption effektiv verhindern zu können?

Sippenhaft

Ein weiteres «Feature» mancher im Test befindlicher Punktesysteme besteht darin, dass auch jene Menschen bestraft werden, die sich nur im Umfeld einer Person mit niedrigem Punktestand befinden. Was wir hierzu unter dem Begriff «Sippenhaft» kennen, soll wohl bei einer landesweiten Einführung vollumfänglich in das Bewertungssystem integriert sein. Konkret gesagt, riskiert derjenige, der einen hohen Punktabzug erleidet, ▶



Wer einen niedrigen Punktestand hat, wird beim Versuch, einen Flug oder eine Zugfahrt zu buchen, von der App abgewiesen. Das ist aber lange nicht der Endpunkt sozialer Isolation im chinesischen Sozialkredit-System.

► dass auch seine Verwandten und Freunde von Sanktionen betroffen sein könnten. In der Folge führt dies dazu, dass Personen mit einem niedrigen Punktestand sozial isoliert werden (müssen), und andererseits, dass soziale Konstellationen wie die eigene Familie starken Druck auf alle Mitglieder ausüben, damit diese sich stets konform verhalten.

Besonders rücksichtslos praktiziert wird diese Form der Sippenhaft bereits in der Uiguren-Region Xinjiang, wo Familie und Umfeld noch weit kompromissloser belangt werden, als dies im restlichen China der Fall ist. Aus den von Hackern erbeuteten «Xinjiang Police Files» (Ausgabe 51, S.51 ff.) ist bei mehreren Steckbriefen von (teils sogar minderjährigen) Lager-Insassen zu erkennen, dass ihr einziges «Verbrechen» darin bestand, mit einem anderen Insassen verwandt zu sein. Ein 17-jähriges Mädchen wurde interniert, weil es sich in einem Haus befand, wo andere einer «illegalen Rede» lauschten.⁽⁴⁾ Wie in der ZDF-Doku berichtet wird, wird der Sozialkredit auch dadurch beeinflusst, «mit wem man ausgeht oder eine Partnerschaft schliesst».⁽²⁾

Genauso wie das Punktesystem zur Bestrafung von «Systemfeinden» eingesetzt wird, so wird es auch dazu verwendet, systemkonforme Personen und deren Umfeld zu belohnen. Zuckerbrot und Peitsche – Systemtreue wird honoriert und nicht nur die Person mit hohem Punktestand, sondern auch die Menschen in ihrem Umfeld profitieren davon und das schon allein aus monetärer Sicht, denn auf gefällige Bürger warten zahlreiche Vergünstigungen in diversen Bereichen. In China bedeutet dies leider auch, dass ideale Untertanen mit hoher Punktzahl oft bei der Partnerwahl vorgezogen werden. Etwas härter ausgedrückt, könnte man im grossen Bild tatsächlich von Anreizen zu einer Negativ-Selektion sprechen, bei der nur die Gene der Gehorsamen weitergegeben werden sollen.

Nur ein weiterer Baustein der Kontrolle

Zusätzlich gilt es zu beachten, dass chinesische Dissidenten sowieso jederzeit ohne fairen Prozess von der Regierung interniert werden können. Das Sozialkredit-System ist lediglich ein weiterer Baustein der Kontrolle, mit der jeder einzelne Normalbürger zu vorausseilendem Gehorsam erzogen wird. Seit «Corona» besitzt das Regime auch noch ein anderes Werkzeug, das dazu benutzt werden kann, seine Bürger zu gängeln. Es ist dem Regime nämlich mittlerweile per Handstreich möglich, eine ins Auge gefasste Person zum «Infizierten» zu erklären und ihre «Gesundheits»-App auf Rot zu stellen (siehe S.4 ff. u.

Verbot halbautomatischer Waffen

tagesschau

tagesschau.de, 09.01.2023

Faeser plant strengeres Waffengesetz

DER TAGESSPIEGEL

Tabak-Verkaufsverbot Neuseeland verbietet das Rauchen für künftige Generationen

tagesspiegel.de, 14.12.2022

Ärztchef für Böllerverbot

tagesschau

tagesschau.de, 17.12.2022

"Ungeregelte Knallerei" abschaffen

In ihrem Wahlprogramm für 2023

Blick

Jetzt wollen die Grünen kurze Flüge verbieten!

blick.ch, 23.11.2022, über die Grünen-Partei der Schweiz

KARL-MAY-SPIELE

Hamburger Abendblatt

Protest gegen Winnetou: Sind Indianerspiele noch zeitgemäß?

abendblatt.de, 29.08.2022

ADAC

Verbrenner-Verbot ab 2035: Das sind die Folgen

adac.de, 10.11.2022

Auf dem Fundament einer irrwitzigen Verbotsmentalität der politischen Anführer, welche sich seit Langem im Westen verbreitet und leider auch im Kopf des Normalbürgers Wurzeln schlägt, sollte in unseren Breiten auf keinen Fall ein Sozialpunkte-System errichtet werden. Es würde bald ähnlich absurde Züge annehmen wie das Sozialkredit-System Chinas und tief in Angelegenheiten eindringen, die den Staat schlicht nichts anzuangehen haben.

S.53 ff.). Der Willkür sind keine Grenzen gesetzt und zumindest in China scheint diese Form der plumpen Konditionierung tatsächlich zu funktionieren.

Allerdings ist das bisherige Sozialkredit-System auch im Reich der Mitte noch lange nicht so einheitlich und integriert, wie es im Ausland oft fälschlicherweise wahrgenommen wird. Vielmehr bildet es bis anhin den politischen Rahmen für einen Flickenteppich von mehreren Dutzenden unterschiedlichen Systemen. Während jene in Ostchina fast immer mit einem Punktekonto arbeiten, gilt in der Region Xinjiang eine Einteilung in drei Kategorien: «vertrauenswürdig, durchschnittlich, unzuverlässig». Der Clou ist allerdings, dass die dort angesiedelten Han-Chinesen, welche ca. 50% der Bevölkerung ausmachen, zu Beginn ihrer Bewertung als «vertrauenswürdig» gelten, während man als Uigure bestenfalls als «durchschnittlich» gewertet wird und auch

mit diesem Score startet. Das unterstreicht nochmals, dass das im westlichen Denken so omnipräsente Konzept des Individuums dem chinesischen System fremd ist. Es sieht keinen einzelnen Uiguren, sondern stigmatisiert jeden, der dieser Ethnie entstammt, als einen zu bekämpfenden Feind (Ausgabe 51, S.48 ff.).

Im folgenden Teil werfen wir einen noch genaueren Blick auf die Funktionsweise des Sozialkredit-Systems Chinas am Beispiel des Modells der Stadt Roncheng, in dem jeder Bürger mit 1000 Punkten startet. (tk/as)

Quellen:

1. youtube.com, How China Tracks Everyone, 23.12.2019
2. youtube.com, Das überwachte Volk - Chinas Sozialkredit-System DOKU/DOKUMENTATION deutsch/german 2019 HD, 11.10.2019
3. nzz.ch, Bewerten, belohnen, bestrafen: China forciert die Einführung eines Sozialkreditsystems für das ganze Land, 27.11.2022
4. youtube.com, Xinjiang Police File Hack - Why China is Terrified, 31.05.2022

Punktevergabe im Sozialkredit-System Chinas - Beispiel der Stadt Rongcheng (in vielen anderen Städten Chinas fast identisch)

In der Küstenstadt Rongcheng wurde das digitale Sozialpunkte-System bereits eingeführt. Alle Bürger starten dort mit 1000 Punkten auf dem Konto. Dem YouTuber und China-Experten Laowhy wurden interne Dokumente zugespielt, die auflisten, was im Sozialkredit-System Chinas belohnt oder bestraft wird. Hier ein kleiner Ausschnitt der Kriterien:



1100

- + 100 Punkte: Das Erhalten einer nationalen Honorierung, z.B. ein hoher akademischer Grad
- + 100 Punkte: Spenden von Organen ohne Gegenleistung
- + 20 Punkte: Hilfe für die Polizei bei Überführung von «Kriminellen»
- + 20 Punkte: Gewinnen eines Preises für sportliche Leistungen durch Sohn oder Tochter
- + 10 Punkte: Das «Zurückgeben» von gefundenem Geld an die Regierung
- + 10 Punkte: Das Melden von «illegalem Verhalten». Dazu zählt, dem Staatsapparat mitzuteilen, wer noch die alten chinesischen Religionen praktiziert, wer Mitglied in «Kult-Organisationen» wie Falun Gong ist (siehe S.81 ff.), weiterhin das Anschwärzen von Umweltverschmutzern, von unrechtmässigen Bauvorhaben etc. - in anderen Worten: Belohnung für Denunziation
- + 10 Punkte: Das Auflösen eines Nachbarschaftsstreits
- + 5 Punkte: Beitritt eines Sohns oder einer Tochter zur Armee
- + 3 Punkte: Das Vermitteln von Informationen über Bewohner des Bezirks an den lokalen Vertreter der Kommunistischen Partei (De-facto-Spionagetätigkeit)



550

- 5 Punkte: Unautorisierte Renovierung der Wohnung
- 5 Punkte: Öffentlicher Tanz ohne Erlaubnis
- 5 Punkte: Das Zünden von Feuerwerkskörpern (interessanterweise wird darüber momentan auch in Deutschland diskutiert)
- 5 Punkte: Das Abspielen lauter Musik in der Öffentlichkeit
- 5 bis - 30 Punkte: Fehlverhalten gegenüber Vorgesetzten auf der Arbeit

- 10 Punkte: Zweimaliges Erhalten einer Strafe für Falschparken in relativ kurzem Zeitabstand
- 10 Punkte: Verkehrsdelikt wie z.B. eine geringe Geschwindigkeitsüberschreitung oder das Überfahren einer roten Ampel
- 10 Punkte: Starten einer Petition auf lokaler Ebene
- 20 Punkte: Starten einer Petition auf regionaler Ebene
- 50 Punkte: Starten einer Petition auf nationaler Ebene (obwohl das Petitionsrecht Teil der chinesischen Verfassung ist)
- 20 Punkte: Überziehen der Kreditkarte
- 20 Punkte: Mangelnde Kooperation mit den Behörden, z.B. wenn man ihnen die Wohnungstür nicht öffnet
- 40 Punkte: Widersetzung gegen Massnahmen zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums, z.B. gegen Zwei-/Ein-Kind-Politik oder gegen Zwangssterilisierung
- 50 Punkte: Illegaler Privatunterricht
- 50 Punkte: Das Verbreiten «negativer Information» auf sozialen Medien (z.B. die Nachricht «Ich verachte Xi Jinping» in der App WeChat)
- 100 Punkte: Steuerhinterziehung
- 100 Punkte: Der Bau eines zu grossen Grabsteins

Rutscht man einmal in die B-Kategorie ab (siehe S.31) und verhält sich nicht wie ein «braver Bürger», der allen Umerziehungsmassnahmen zustimmt, ist das Abrutschen in tiefere Kategorien beinahe vorprogrammiert. Somit kommt bei flächendeckender Einführung des Systems kein chinesischer Bürger daran vorbei, sich in bestimmtem Masse vor der Partei zu krümmen und sich bei ihr einzuschmeicheln. Durch das Punktesystem beginnt innerhalb der Bevölkerung ein Wettbewerb mit dem Ziel, dem Ideal des «neuen sozialistischen Menschen» besser zu entsprechen, was sich bei genauerer Betrachtung als Wettrennen in den Abgrund entpuppt! Seinen Punktestand im grünen Bereich zu halten, wird im Leben der Menschen zunehmend zum alleinigen Handlungsmotiv, womit die Partei pausenlos in den Köpfen der Bürger präsent ist.

Was die Minus-Punkte betrifft, wäre es verfehlt zu behaupten, die genannten «Vergehen» sollten allesamt ohne Konsequenzen bleiben. Die Liste enthält jedoch augenscheinlich «Delikte» wie das «Starten einer Petition» oder das Abhalten «illegalen Privatunterrichts», denen offenkundig keine rechtliche, sondern eine ideologische Basis zugrunde liegt. Das Sozialkredit-System verspottet die im Westen für natürlich erachteten Rechte des Individuums und untersteht allein der Willkür der KPCh. Sie behauptet, sie erziehe mit ihrem Punktesystem «moralische Bürger», wobei sie Moral mit bedingungsloser Konformität gleichsetzt. Kein mündiger, sondern ein kadavergehorsamer Bürger ist Ziel und Ergebnis des Sozialkredit-Systems.

Status im Sozialkredit-System Chinas (Beispiel Rongcheng)

AAA/AA

1050+ Punkte



Vorteile im Gesundheitssystem, bei der Arbeit und in der Bildung

Wer 1050 Punkte oder mehr hat, wird als Idealbürger behandelt. Er hat Vorteile bei der Bewerbung an Schulen und Universitäten. Auch in Krankenhäusern erhält er eine bevorzugte Behandlung und wird in vielen Jobs eher angenommen.

Im Westen undenkbar? Nein, eigentlich nicht. Noch im Oktober 2022 war auf der Webseite der Universität Graz unter «Ausgeschriebene Jobs» zu lesen: «Als Universität ist uns der Schutz der Gesundheit unserer Studierenden und Mitarbeitenden sehr wichtig. Aus diesem Grund wird Bewerberinnen und Bewerbern mit Nachweis einer vollständigen COVID-19 Schutzimpfung bei gleicher fachlicher Eignung der Vorzug gegeben.» ⁽¹⁾ Da die wissenschaftliche Datenlage keinerlei Beweis für Notwendigkeit, Sicherheit oder Wirksamkeit der Impfung hergibt, muss man von der Bevorzugung Geimpfter aufgrund politisch-ideologischer Gründe sprechen. So wie in China wird Staatstreue belohnt, auch wenn diese bisher nicht für jeden Einzelnen in einem digitalen Bewertungssystem registriert wird.

Quelle:

1. web.archive.org, tugraz.at, Ausgeschriebene Jobs: Ausgeschriebene wissenschaftliche Stellen (ausgenommen Professuren), 26.10.2022

A+/A/A-

960-1029



Vorteile in der Bildung

Wer in etwa auf dem Anfangsstand der 1000 Punkte bleibt, hat keine Probleme zu befürchten, sondern genießt sogar ebenfalls Privilegien. Wer sich mit einem «A»-Punktestand bei einer Universität bewirbt, wird einer Person mit gleichen Noten vorgezogen, die einen niedrigeren Punktestand hat. Das zeigt: Der Vorteil des einen ist auch immer der Nachteil des anderen. Ein Sozialpunkte-System kann unmöglich für eine Gruppe von Menschen Vorteile bringen, ohne dass eine andere Gruppe von Menschen Nachteile erleidet. Damit verpufft das oft im Westen vernommene Argument, die Vorzüge des «sozialkonformen» Verhaltens seien schlicht ein Bonus für diejenigen, die Lust haben, sich darauf einzulassen und den Rest der Bevölkerung müsse das Punktesystem ja nicht stören. Das Prinzip der «positiven Sanktionen», von denen Bolognas Stadtrat Massimo Bugani sprach (siehe S.32), ist ein Mythos.

Nicht nur das: Je mehr Leute sich im hohen A-Bereich bewegen und sich damit als mustergültige kommunistische Untertanen erweisen, desto geringer wird die Chance für jene, die sich in den Kategorien B, C und D wiederfinden, überhaupt noch einen Job oder einen Platz an der Universität zu erhalten. Es entsteht eine Art negativer Druck, der die Gesellschaft in Richtung Konformität verschiebt. Wenn sich ausreichend viele Leute auf das Punktesystem einlassen, wird das, was heute noch als übertriebene und unnötige Untertänigkeit gilt, morgen zur Pflicht und damit zur Normalität. Diese Dynamik scheint sich in China bereits verselbstständigt zu haben.

B

850-959



Sanfte Umerziehung

Schon ein Abrutschen in die B-Kategorie führt zu gelegentlichen Besuchen von Beamten, die den Betroffenen auf seinen relativ schlechten Punktestand hinweisen. Man wird zu «Resozialisierungskursen» eingeladen, an denen man besser teilnimmt, um nicht noch weiter abzurutschen. Wer einmal in das Rating B fällt, behält es mindestens zwei Jahre.

C

600-849



Strenge Überwachung durch die Regierung

Wer in die Kategorie C fällt, erhält noch weit mehr Besuche von Beamten als Personen mit einem B-Ranking. Auch die Umerziehungsmassnahmen gestalten sich weitaus langwieriger und intensiver. Man wird auf speziellen Listen geführt und als potenzielles Risiko eingestuft, das unter genauester Beobachtung gehalten werden muss. Wer die Kategorie C erreicht hat, ist daran für mindestens drei Jahre gebunden.

D

0-599



Nationale schwarze Liste

Wer in die niedrigste Punkte-Kategorie fällt, bekommt gewaltige Probleme. Man ist ständigen Besuchen von Beamten ausgesetzt; jede staatliche Leistung, die man erhält, kann willkürlich ausgesetzt werden; man gilt nicht mehr als kreditwürdig; wer einen akademischen Titel hat, verliert ihn; auch der Verlust des Arbeitsplatzes ist keine Seltenheit und eine neue Stelle zu bekommen, gestaltet sich als ausserordentlich schwierig; die Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt und vieles mehr. Die nationale schwarze Liste, auf die man gesetzt wird, ist öffentlich und im Internet für jeden einsehbar. Man ist für satte fünf Jahre in der Kategorie D gefangen, wenn man einmal in ihr landet. Die Bezeichnung «Bürger zweiter Klasse» für diese Kategorie ist leider noch zu sanft, sie gleicht einem Totalausschluss aus der Gesellschaft. Natürlich landet man auch wegen wahrhaftiger Verbrechen wie Diebstahl usw. in dieser Kategorie, doch wie die Liste auf Seite 29 zeigt, können auch kleinere Vergehen und «Meinungsverbrechen» schnell zu einem Problem werden, das den Punktestand gewaltig abrutschen lässt.

Chinas Sozialkredit-System als Modell für den Westen

Was viele vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätten, scheint sich nun langsam zu konkretisieren: Auch in den westlichen Ländern soll langfristig ein Sozialkredit-System nach chinesischem Vorbild installiert werden. Und die ersten Pilotprojekte sind bereits gestartet. Eines davon begann im September 2022 in Bologna (Norditalien) und läuft unter dem Namen «Smart Citizen Wallet». Das System soll den Bürgern ermöglichen, mittels einer App «Tugendpunkte» zu sammeln. Diese erhält man etwa durch nachweisliches Mülltrennen, durch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, durch energiesparendes Wirtschaften; dadurch, dass man keine Strafen von den Behörden bekommt oder seine Freizeit mit Besuchen von kulturellen Veranstaltungen verbringt. ⁽¹⁾ Vorerst soll die Teilnahme an dem Projekt auf freiwilliger Basis erfolgen und man möchte nur auf «positive Sanktionen» setzen. Bolognas Stadtrat Massimo Bugani erklärt: «Tugendhaftes Verhalten wird mit einer Punktezahl belohnt, die die Bologneser dann für bestimmte Preise «ausgeben» können» – zum Beispiel Rabatte im ÖPNV oder beim städtischen Energieversorger HERA. ⁽²⁾ Über die zugrundeliegende, totalitäre Natur des Konzeptes kann jedoch nicht hinwegge-



Foto: Shutterstock/Akarat Phasura

täuscht werden. Denn Tatsache ist: Auch wenn das Sammeln der Punkte «freiwillig» erfolgt («Nudging», siehe S.9), haben wir es hier mit einer völlig neuen Ebene des lenkenden Eingriffes in die Gesellschaft zu tun. Je nachdem, wie substanziell die Vorteile sind, in deren Genuss die Teilnehmer des Programmes geraten, ist es auch mit der «Freiwilligkeit» nicht weit her. In letzter Konsequenz verursachen die «positiven Anreize» zwingend steuergeldfinanzierte

Kosten und diese werden dann auch von jenen Bürgern mitgetragen, die dem Punktesystem fernbleiben möchten. So entsteht letztendlich doch ein Zwang, sich am Sammeln der Sozialpunkte zu beteiligen.

Einfallstor

Auf jeden Fall hat das System eine Messung und Belohnung von Gehorsam zur Folge sowie die rapide wachsende, persönliche Digital-Akte eines jeden einzelnen Bürgers. Konsequenz zu Ende gedacht, mutiert die Gesellschaft auf diese Weise zu einer vom Staate gelenkten Verschiebemasse – zu einer Herde von zu verwaltenden Nutztieren, und das Recht auf volle Teilnahme an der Gesellschaft erhält nur noch derjenige, der sich überwachen lässt und sein Leben «politisch korrekt» im Sinne der Obrigkeit lebt. Ein Pilotprojekt dieser Art gibt es nicht nur in Bologna, sondern auch in der italienischen Hauptstadt Rom. Dort befindet sich die sogenannte «Citizen Wallet» bereits in ihrer experimentellen Phase. Die Webseite der Stadt hält auch nicht mit der Information hinterm Berg, welcher übergeordneten Agenda die Wallet letztlich dient. Es heisst dort: «Die Citizen Wallet ist eine Belohnungsplattform, die tugendhaftes Verhalten der Stadtnutzer fördert, um die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Stadt im Einklang mit den Zielen der [UN-]Agenda 2030 [für nachhaltige Entwicklung] zu verbessern.» ⁽³⁾ Dass das heute vielbeschworene Schlagwort «nachhaltig» nichts anderes als ein Einfallstor zur Kontrolle des Individuums darstellt, wurde inzwischen bereits in mehreren Ausgaben ausführlich thematisiert.



Matteo Lepore (links), der Bürgermeister von Bologna, stellt gemeinsam mit Massimo Bugani, dem Stadtrat für die Digitale Agenda, das Sozialpunkte-Bonusprogramm vor, welches die Bürger Bolognas zu «wünschenswertem» Verhalten animieren soll. Damit leistet eine europäische Stadt der UN-Agenda 2030 Vortrieb, senkt die Hürden zur Durchsetzung in anderen Städten oder Regionen der westlichen Welt und tritt in die Fussstapfen des sozialistischen chinesischen Staates, der diese Technologie in einem fortgeschrittenen Stadium nachweislich zur extremen Gängelung seiner Bürger einsetzt.

Öko-Token

DIE ZEIT

Nein, Bayern bereitet keine Überwachung chinesischer Art vor

zeit.de, 27.07.2022

Eine Zeit-Autorin zieht die, wie auf diesen Seiten ausgeführt, mehr als berechtigten Sorgen über die Schritte Bayerns in Richtung einer Art «Belohnungssystem» für staatskonformes Verhalten ins Lächerliche. Sie nennt die Wortmeldungen gar eine «unnötige Übertreibung» und «rechte Propaganda», informiert den Leser letztlich jedoch zugleich, dass der Freistaat plane, den Grad des «umweltfreundlichen Verhaltens» der Bürger mithilfe der Blockchain-Technologie (Ausgabe 51, S.16 ff.) aufzeichnen zu wollen.

Deutschland macht mit

Ähnliche Tendenzen wie in Italien finden sich in fast allen westlichen Staaten und so beispielsweise auch in Deutschland. Die vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgearbeitete Studie «Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land» stellt insgesamt sechs Szenarien vor, wie die deutsche Gesellschaft ab dem Jahr 2030 aussehen könnte. Eines davon trägt den Namen «Das Bonus-System». Beschrieben wird dieses Modell als «eine Gesellschaft, in der digitale Parameter die Rahmenbedingungen setzen, in der soziales Engagement über ein Punktesystem entsprechend erfasst und belohnt wird, die aber auch eine Tendenz der Desintegration und Spaltung enthält». Und das klingt nicht nur nach China, sondern der Einsatz des chinesischen Sozialkredit-Systems wird in der Studie tatsächlich explizit erwähnt und als «erfolgreich» bewertet. ⁽⁴⁾ Sehr konkrete Schritte in Richtung eines Sozialpunkte-Systems ging auch das deutsche Bundesland Bayern. Im sogenannten «Massnahmenpaket» zur «Klimaschutzoffensive», erschienen im Jahr 2019, führt das bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz das Modell eines Nachhaltigkeits- oder Öko-Tokens ins Feld. Die Beschreibung desselben klingt ähnlich wie die der App aus Italien: «Entwicklung eines Dokumentationssystems samt Bewertungsrahmen, bei dem Nutzer entsprechend ihres umweltbewussten Verhaltens Pluspunkte in Form der Nachhaltigkeits- oder Öko-Tokens sammeln können; diese können dann bei Partnern für Vergünstigungen eingesetzt werden (Theater, Schwimmbad, ggf. Biomarkt).» ⁽⁵⁾ (as)



Werbung der Schweizer Supermarkt-Kette Coop für ihr neues «Öko-Label», das die Umweltbelastung von Coop-Eigenmarken aufzeigen soll.

Wenn Lebensmittel bereits heute ein «Nachhaltigkeits»-Rating verpasst bekommen, ist der Schritt nicht weit, eines Tages auch die Käufer dieser Lebensmittel für ihr «umweltbewusstes» Kaufverhalten zu belohnen oder zu bestrafen.

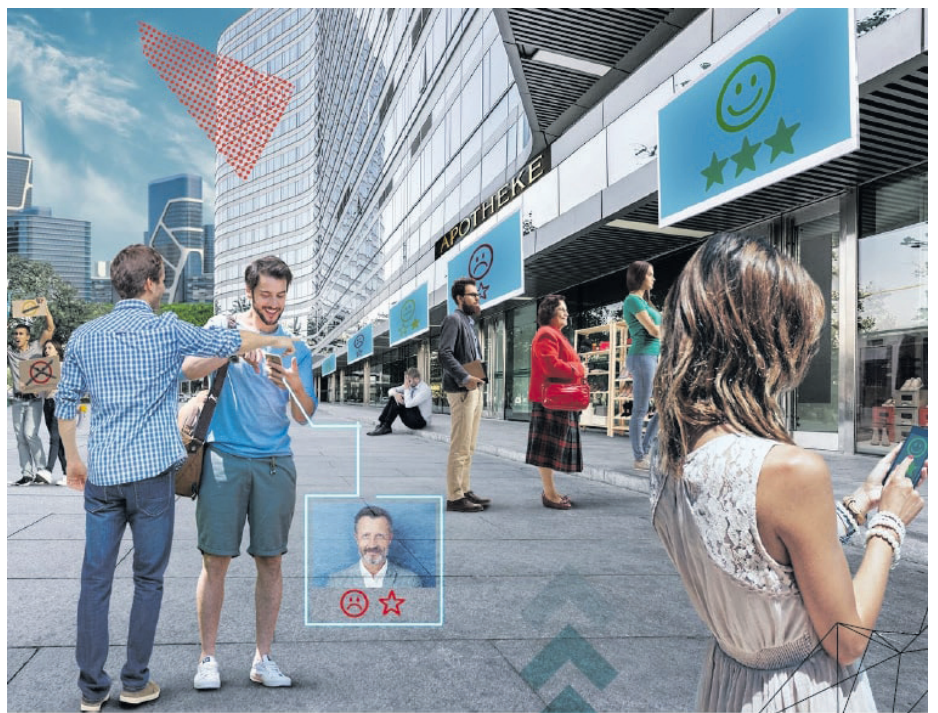


Bild aus dem unteren Dokument. Die deutsche Bundesregierung malt die Sozialpunkte-Welt in den buntesten Farben und verzichtet weitgehend auf die Erwähnung der Schattenseiten.



Die Studie «Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land» vom deutschen Bildungsministerium evaluiert mögliche Zukunftsszenarien für Deutschland. Auch ein Zusammenleben auf Basis eines Sozialkredit-Systems wird skizziert und das chinesische Pendant in diesem Zusammenhang sogar als «erfolgreich» bewertet - eigentlich ein Grund zum Aufschrei.

Quellen:

1. youtube.com, China-Modell bald in Österreich: Sozialkredit-System bringt uns die totale Überwachung!, 22.05.2022
2. cicero.de, Leben im Jahr 2030: smart, nachhaltig - und totalüberwacht, 01.05.2022
3. comune.roma.it, Citizen Wallet: la piattaforma che ti premia, Abgerufen am: 13.10.2022
4. vorausschau.de, Studie (Langfassung): Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land, 17.02.2021
5. stmuv.bayern.de, Anlage zur MRat-Vorlage des StMUV «Klimaschutzoffensive - Massnahmenpaket» Langfassung, 18.11.2019, S.92-93

UNO und WEF gingen 2019 eine «Strategische Partnerschaft» ein

Dass die Ziele der Vereinten Nationen voll und ganz durch Klaus Schwab und sein Weltwirtschaftsforum unterstützt werden, lässt sich bereits unschwer erkennen, wenn man die UN-Agenda 2030 und den Great Reset inhaltlich miteinander vergleicht (Ausgabe 42). Im Juni 2019 unterzeichneten UN-Generalsekretär António Guterres und Klaus Schwab ein Rahmenwerk, das eine «Strategische Partnerschaft» zwischen den beiden Organisationen besiegelt. ⁽¹⁾ In dem Schriftstück wird dem Willen des WEF Ausdruck gegeben, die Implementierung der Agenda 2030 in den kommenden Jahren zu beschleunigen. Die Partnerschaft ist in sechs Punkte gegliedert und enthält mit den zwei Punkten «Klimawandel» und «Gesundheit» die beiden wichtigsten Narrative, um den globalen Sozialismus unter neuen Vorzeichen zu installieren. Hinzu kommt der Punkt «Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen», hinter dem sich nachweislich die marxistische Gleichschaltung der Geschlechter und die Bekämpfung traditioneller Strukturen verbergen (Ausgabe 26). Die weiteren drei Punkte geben Rückschluss darauf, welche entscheidende Rolle das WEF für die UNO spielt. Dass die Davoser Organisation fast alle grossen Banken, Vermögensverwalter und Grosskonzerne unter einem Dach versammelt, macht sie zu einer finanzstarken Ressource, die es aus Sicht der UNO anzupapfen gilt. Das gelang wohl sehr erfolgreich, denn «Die Agenda 2030 finanzieren» ist ein Punkt des Rahmenwerks.

Sozialismus mit digitalem Antlitz

Neben dem nötigen Kapital hat kaum eine andere Organisation mehr in Sachen Digitalisierung anzubieten als das WEF. Immerhin ist es der Frontmann Schwab,



Klaus Schwab und UN-Generalsekretär António Guterres im Juni 2019 nach der Unterzeichnung des Rahmenwerks zur «Strategischen Partnerschaft» zwischen UNO und WEF. Links von ihnen: Borge Brende, Präsident des WEF. Rechts von ihnen: Amina J. Mohammed, stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen.

der den Begriff «Vierte Industrielle Revolution» (Zukunftsprojekt zur umfassenden Digitalisierung) popularisiert hat wie kein Zweiter. Das unterschriebene Rahmenwerk enthält nicht nur die Absicht des WEF, die Agenda 2030 voranzutreiben, im Punkt «Digitale Kooperation» macht sich die UNO gleichzeitig mit der Umsetzung der «Vierten Industriellen Revolution» gemein. Den Vereinten Nationen wird kaum entgangen sein, dass digitale Technik eine Schlüsselkomponente darstellt, um ihre «Global Governance» zu verwirklichen. Nur mit einem vollends transparenten Bürger besteht die Möglichkeit, die Agenda 2030 auch weltweit effizient umzusetzen, indem Bürger für «nachhaltiges» Verhalten belohnt bzw. bestraft werden können. Folglich ist das

Zusammenspiel von «Vierter Industrieller Revolution» und Agenda 2030 nicht nur nützlich; es ist eigentlich unabdingbar, die UN-Ziele mit digitaler Technik zu kombinieren, um dem natürlichen Freiheitsdrang der Bevölkerung Herr zu werden. Deshalb könnte man den Great Reset auch als «Umsetzung der Agenda 2030 mit digitalen Mitteln» umschreiben.

In Ausgabe 51 nutzten wir praktische Beispiele, um aufzuzeigen, dass «Digitales Zentralbankgeld» kaum noch etwas mit der ursprünglichen Bedeutung des Wortes «Geld» zu tun hat und man es vielmehr als Lenkungs- bzw. Erziehungsinstrument der Herrschenden verstehen muss. Führt man sich jetzt noch vor Augen, dass die Agenda 2030 in ihren Ursprüngen auf dem Bericht

INVESTMENT ACTIONS

Integrating the UN SDGs in investments

BlackRock®

Auch BlackRock («Strategischer Partner» des WEF, Ausgabe 51, S.31 ff.) bekennt sich auf seiner Webseite zu den SDGs (Sustainable Development Goals, zu Deutsch: Ziele für Nachhaltige Entwicklung) der UN-Agenda 2030. Der Titel «Die SDGs in Investments integrieren» ist eine Umschreibung der ESG-Kriterien (Ausgabe 51, S.29 ff.), die BlackRock vorantreibt.

«Unsere gemeinsame Zukunft» basiert, der von Gro Harlem Brundtland, der Vizepräsidentin der Sozialistischen Internationalen, federführend erstellt wurde, dann treten die sozialistischen Wurzeln der Agenda 2030 geradezu überdeutlich zutage. Als Brundtland ihren Bericht 1987 vorlegte, fehlte jedoch das entscheidende Werkzeug, um den «neuen sozialistischen Menschen» zu formen. Zu viele Erdbewohner konnten sich damals noch dem Zugriff des Systems entziehen. Mit CBDCs und digitaler Identität, die an ein Bestrafungs- und Belohnungssystem für konformes Verhalten gekoppelt werden, könnte der unheilige Traum Realität werden, die gesamte Menschheit zu sozialistischen Ideal-Untertanen heranzuzüchten – zumindest, wenn sich nicht schleunigst eine ausreichend grosse Gegenöffentlichkeit zu den gefährlichen Planungen entwickelt.

UNO als Befehlskörper der Digitalisierung?

Einen Plan, wie eine digitale Identität in den kommenden Jahren unter der Ägide der UNO weltweit ausgerollt werden könnte, stellte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) im Februar 2022 mit einem Bericht namens «Digitale Strategie (2022-2025)» vor. «Das UNDP hat Mitte 2019 seine erste digitale Strategie gestartet, um die digitale Transformation innerhalb der Organisation zu nutzen», steht in dem Dokument geschrieben. Auffälligerweise wurde auch Mitte 2019 die «Strategische Partnerschaft» zwischen UNO und WEF beschlossen. Zufall?

Im selben Jahr richtete das UNDP ein «Digitales Hauptbüro» ein, dessen Aufgabe laut dem Papier die allumfassende weltweite Einführung der digitalen Identität sein soll. ⁽²⁾ Schon die «Corona»-Krise hat gezeigt, dass einer UN-Organisation die Rolle als wichtiger globaler Befehlskörper zukam – nämlich der WHO (Ausgaben 32,33,38,40,42). Wenn die UNO durch ihren UNDP-Arm auch beim Übergang zur digitalen Identität eine globale Führungsrolle beanspruchen würde, wäre dies ganz und gar nicht überraschend. (tk)

Quellen:

1. weforum.org, World Economic Forum and UN Sign Strategic Partnership Framework, 13.06.2019
2. digitalstrategy.undp.org, United Nations development programme: Digital Strategy 2022-2025, abgerufen am: 12.01.2023



António Guterres und Klaus Schwab
2017 in Davos

Das Logo der 17 «Nachhaltigkeits»-Ziele der Agenda 2030 (Ausgabe 42) ist vor allem bei Politikern als Anstecker am Revers sehr beliebt.



Foto: Granada (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20180630_Tesla_Model_S_70D_2015_midnight_blue_left_front.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

HANDELSZEITUNG

E-AUTO

Tesla drosselt Reichweite und verlangt für Freischaltung 4500 Dollar

Tesla hat einem Gebrauchtwagenkäufer nachträglich 30 Prozent Reichweite genommen. Sein Tesla fuhr plötzlich 129 Kilometer weniger weit. Unabhängig von den Hintergründen des individuellen Falles: Wenn Tesla die Reichweite seiner Fahrzeuge per Fernsteuerung drosseln kann, kann es sie bestimmt auch auf 0 Kilometer drosseln – eines Tages vielleicht bei «Klimasündern» oder Lockdown-Brechern?



Das Sozialkredit-System Chinas befindet sich nach wie vor in einer Testphase, die sich vor allem auf die Millionenbevölkerung in den Grossstädten konzentriert. Die Entwicklung ist allerdings schon so weit fortgeschritten, dass man konkrete Aussagen über die Funktionsweise des Systems treffen kann. In der Küstenstadt Rongcheng und in vielen anderen Städten Chinas startet der Bürger mit 1000 Punkten. Wer den anfänglichen Punktestand halten kann oder ihn übertrifft, erhält u.a. eine bevorzugte Behandlung in Krankenhäusern und auch Vorteile bei der Bewerbung an Schulen und Universitäten. Schon das minimale Unterschreiten des Startwertes führt zu Beamtenbesuchen und «Einladungen» zu Resozialisierungskursen, die man besser annimmt, um nicht in noch tiefere Sphären abzurutschen. Geht der Abwärtstrend weiter, wird man bereits als potenzielles Risiko eingestuft und erhält noch häufigere und eindringlichere Heimbesuche durch KPCh-Leute. Wer weiterhin nicht imstande oder willens ist, den Abwärtstrend umzukehren, landet auf der «nationalen schwarzen Liste» und gilt quasi als Staatsfeind. Die Bezeichnung «Bürger zweiter Klasse» ist für diesen Punktestand eine Untertreibung. Die Bewertung gleicht einem Totalausschluss aus der Gesellschaft.

Bei der Implementierung des Programmes geht es der Partei nicht darum, die Rechte ihrer Bürger zu schützen, sondern sich den perfekten kommunistischen Untertanen heranzuzüchten – den «neuen sozialistischen Menschen». Faktisch wird ein Unrechtssystem mit modernster digitaler Technik umgesetzt und eben kein Strafvollzugssystem nach freiheitlichen Vorstellungen. Davon zeugt allein, welche Handlungen im Sozialkredit-System als «nicht vertrauenswürdig» sanktioniert werden. Darunter fällt unter anderem: das Starten einer Petition auf nationaler Ebene (obwohl das Petitionsrecht Teil der chinesischen Verfassung ist), das Verbreiten «negativer Information» auf sozialen Medien, illegaler Privatunterricht, das zu seltene Besuchen von Verwandten, das Freilaufenlassen von Hunden, das Kaufen von Alkohol oder zu vielen Videospielen, zu wenig Sport und vieles mehr. In einem Gesetzentwurf aus dem November 2022 geht hervor, erklärtes Ziel des Punktesystems sei es, «den Geist der wichtigen Anweisungen von Generalsekretär Xi Jinping» umzusetzen und den «Mechanismus der sozialen Steuerung zu erneuern». Deutlicher könnte man kaum formulieren, dass das Sozialkredit-System nach dem marxistischen Aberglauben der Partei ausgerichtet ist, dem sich das Volk unterzuordnen hat.

Bürger mit niedriger Punktzahl gelten als «nicht vertrauenswürdig» und damit nicht würdig, Kredite, Hotelzimmer, Reisegenehmigungen usw. zu erhalten. Es meldeten sich bereits zahlreiche Regierungskritiker zu Wort, die faktisch durch das Sozialkredit-System unter Hausarrest gestellt wurden. Zusätzlich gilt es zu beachten, dass chinesische Dissidenten sowieso jederzeit ohne fairen Prozess von der Regierung interniert werden können. Das Punktesystem ist neben der QR-Code-Tracking-App (siehe S.4 ff.) lediglich ein weiterer Baustein der Kontrolle, mit der jeder einzelne Normalbürger zu vorausseilendem Gehorsam erzogen wird.

Vieles deutet darauf hin, dass auch in den westlichen Ländern derartige Sozialkredit-Systeme nach chinesischem Vorbild installiert werden sollen. Die ersten Pilotprojekte in diese Richtung sind bereits gestartet. Ausdrücklich wird bei den Testphasen in Europa nicht von «Bestrafung» gesprochen, sondern von «Freiwilligkeit» und einem Bonus, den sich Bürger, wenn sie wollen, dazuverdienen können. Da die Projekte allerdings von der staatlichen Verwaltung durchgeführt werden, ist der Vorteil des einen immer der Nachteil des anderen. Ein Staat kann nur das Eigentum seiner Bürger als «Bonus» verschenken. Jeder «Bonus» oder Vorteil für die privilegierte Bürgerklasse entstammt der Umverteilung und muss daher auf Kosten der anderen – somit de facto benachteiligten – Bürger entwendet werden. In letzter Konsequenz verursachen die «positiven Anreize» zwingend steuergeldfinanzierte Kosten und diese werden dann auch von jenen Bürgern mitgetragen, die kein Teil des Punktesystems sein möchten. So entsteht letztendlich doch ein Zwang, sich am Sammeln der Sozialpunkte zu beteiligen.

In der italienischen Hauptstadt Rom befindet sich die sogenannte «Citizen Wallet» bereits in ihrer experimentellen Phase und die Webseite der Stadt hält auch nicht mit der Information hinter dem Berg, welcher übergeordneten Agenda die Wallet letztlich dient, nämlich der UN-Agenda 2030. Als Einfallstor zur staatlichen Kontrolle des Individuums wird im geplanten Sozialkredit-System des Westens «Nachhaltigkeit» und «klimabewusstes Verhalten» eine wichtigere Rolle spielen als in China – zumindest vorerst.

Die Verschmelzung von Digitalisierung und der Agenda 2030 wurde in ein Rahmenwerk gegossen, das im Juni 2019 von UN-Generalsekretär António Guterres und Klaus Schwab unterschrieben wurde. Es handelt sich um eine «Strategische Partnerschaft» zwischen UNO und WEF, die die Implementierung der Agenda 2030 in den kommenden Jahren beschleunigen soll. Das unterschriebene Rahmenwerk enthält nicht nur die Absicht des WEF, die Agenda 2030 voranzutreiben, im Punkt «Digitale Kooperation» macht sich die UNO gleichzeitig mit der Umsetzung der «Vierten Industriellen Revolution» gemein – dem Steckenpferd von Klaus Schwab. Den Vereinten Nationen wird kaum entgangen sein, dass digitale Technik eine Schlüsselkomponente darstellt, um die Agenda 2030 auch weltweit effizient umzusetzen, indem Bürger (z.B. in einem Sozialkredit-System) für «nachhaltiges» Verhalten belohnt bzw. bestraft werden können. Folglich ist das Zusammenspiel von «Vierter Industrieller Revolution» und Agenda 2030 nicht nur nützlich; es ist eigentlich unabdingbar, die UN-Ziele mit digitaler Technik zu kombinieren, um dem natürlichen Freiheitsdrang der Bevölkerung Herr zu werden. Deshalb könnte man den Great Reset auch als «Umsetzung der Agenda 2030 mit digitalen Mitteln» umschreiben.

Das Sozialkredit-System könnte leicht mit einer «Digitalen Zentralbankwährung» (CBDC) verbunden werden, deren totalitären Charakter wir bereits im ersten Teil der Doppelausgabe beschrieben haben und deren Entwicklungsfortschritt wir uns nun im nächsten Teil nochmals gesondert annehmen werden.

Auf einen Blick

► «Öffentlich-private Partnerschaften» (Public Private Partnerships, PPPs) sollen in der Welt der Zukunft eine Schlüsselrolle spielen. Auch bei der Einführung dieser «unheiligen Allianzen» aus Staat und Grosskonzernen ist China führend.

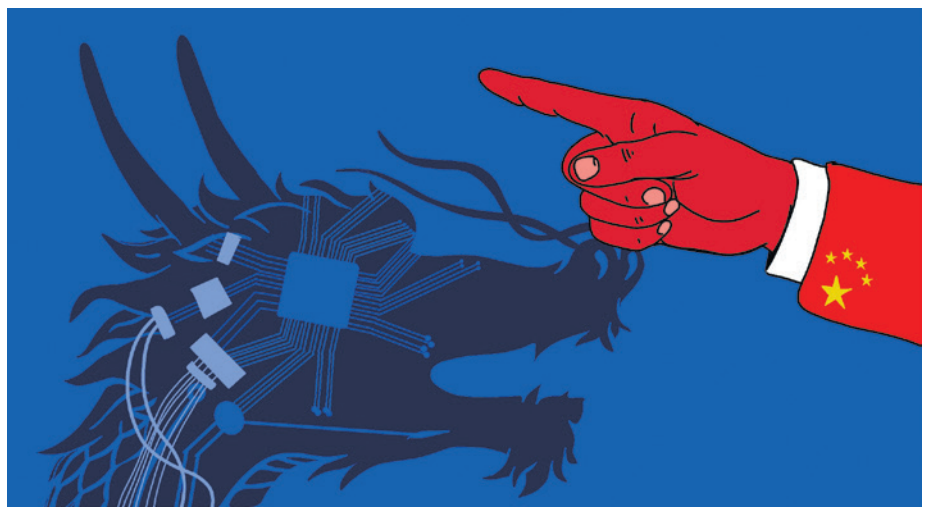
► Bargeld zu besitzen bedeutet, anonym bezahlen zu können. Aus diesem Grund ist dessen Abschaffung ein Ziel, das sowohl im Osten als auch im Westen forciert wird. Allerdings ist die KPCh den westlichen Regierungen auch hier um mehrere Schritte voraus.

► Selbiges gilt für die Einführung von «Digitalem Zentralbankwährung» (CBDC). In China befindet sich der «Digitale Yuan» bereits in der praktischen Erprobung, während «E-Euro» und «E-Dollar» erst noch die Projektphase durchlaufen müssen.

So verschleiern «öffentlich-private Partnerschaften» die Tyrannei

Wie wir bereits in unserer Ausgabe 40: «Great Reset: Schöne neue Weltordnung» herausgearbeitet haben, sollen sogenannte «öffentlich-private Partnerschaften» (Englisch: «Public Private Partnerships», PPP) in der Zukunftsvision des Weltwirtschaftsforums eine zentrale Rolle einnehmen. Bei einer PPP gewährt das staatliche Gewaltmonopol z.B. einer privaten Firma für eine bestimmte Aufgabe von öffentlichem Interesse ein Quasi-Monopol, was sogar ohne jeglichen Vertrag vonstattegehen kann, indem sich der Staat einfach aus Teilen seiner typischen Zuständigkeitsbereiche «zurückzieht». Für Befürworter von schlanken Staatsapparaten mag das Konzept der PPPs im ersten Moment vielleicht harmlos oder gar vernünftig klingen: Der Staat lagert gewisse Aufgaben an spezialisierte Unternehmen aus und macht sich deren Know-How zunutze – was soll schon schiefgehen? Doch bei genauerer Betrachtung entpuppt sich das Konzept als Trojanisches Pferd, durch welches Staat und Grosskonzerne in einer unheiligen Allianz miteinander verschmelzen und Korruption auf einem völlig neuen Niveau Tür und Tor geöffnet werden.

Das Paradebeispiel dafür liefert das kommunistische China, wo seit Jahren genau das vorangetrieben wird, was WEF-Oberhaupt Klaus Schwab unter PPPs versteht: Die Alibaba Group («Strategischer Partner» des WEF) hilft der chinesischen Regierung beispielsweise bei der Entwicklung von Algorithmen für das Sozialkredit-System (siehe S.26 ff.). «Private» Tech-Konzerne wie Tencent oder Alibaba haben der Regierung einen grossen Teil ihrer repressiven Arbeit abgenommen, z.B. auch durch die über WeChat (Tencent) laufende QR-Code-App (siehe S.5). Wie aus einem Artikel, der im März 2021



„Der chinesische Konzern Huawei soll in den vergangenen 25 Jahren etwa 75 Milliarden Dollar an Zuwendungen und Subventionen von der Volksrepublik erhalten haben, berichtet das «Wall Street Journal». Rund 46 Milliarden Dollar sollen in Form von Krediten an das Technologieunternehmen vergeben worden sein. Ausserdem habe das chinesische Regime dem Bericht zufolge dem Unternehmen durch massgeschneiderte Steuererlassungen 25 Milliarden Dollar erspart, die es sonst an den Fiskus hätte abführen müssen.“



Die Plattform Business Insider Ende Dezember 2019

Quelle: businessinsider.de, Bericht enthüllt, wie Chinas Regierung Huawei heimlich mit 75 Milliarden US-Dollar unterstützt hat, 27.12.2019

Eine «öffentlich-private Partnerschaft», wie sie im Buche steht. Kein Wunder, dass Huawei zu den «Strategischen Partnern» (Ausgabe 51, S.31 ff.) des WEF gehört. Da die Partei praktisch jeden chinesischen Konzern aus dem Hintergrund lenkt, könnte man China auch als das Musterland der öffentlich-privaten Partnerschaften bezeichnen.

von der französischen Presseagentur AFP veröffentlicht wurde, hervorgeht, gibt es in China heute offiziell gar keinen Zwang, die QR-Tracking-Apps zu benutzen, aber in der Praxis ist ein Leben ohne sie unmöglich. ⁽¹⁾ Die ARD berichtete im Juli 2022 über eine Anwältin namens Wang Yu, die als ausgesprochene Kritikerin der KPCh wie nie zuvor malträtiert wird, indem

ihr «Gesundheits»-QR-Code ständig auf Rot gestellt wird. Was Wang Yu schier in den Wahnsinn treibt: Denn alles basiert auf Willkür. Für den Einsatz der Gesundheits-App gibt es keine Gesetze. «Ich bin Anwältin. Ich liebe das Gesetz. Ich brauche genaue Regeln, denen ich folgen kann.» Das chinesische Parlament hat aber dazu nichts entschieden. «Es gibt nichts. ▶

► Kein Papier, keine Regelungen. Die Restriktionen durch die App sind damit komplett illegal», schlussfolgert Wang Yu.⁽²⁾

Das Schlechteste aus beiden Welten

Genau das ist es, was PPPs so gefährlich macht: Der Staat versteckt sich hinter den Konzernen, schaltet ihre Konkurrenz aus und sichert ihr Monopol. An der Oberfläche sieht es allerdings so aus, als würden private Konzerne ihre Interessen durchsetzen, was auch die Hemmung der Normalbevölkerung senkt, deren Anweisungen Folge zu leisten, denn die Unternehmen genießen einen besseren Ruf als die Partei. Die KPCh ist damit fein raus, denn sie muss keinerlei neue einschränkende Gesetze erlassen, die für Empörung sorgen könnten. Sie weist die Konzerne einfach aus dem Hintergrund an, welchen Massnahmen sich ihre Kundschaft zu unterwerfen hat. Gibt es Beschwerden wie im Fall des roten QR-Codes von Wang Yu, schreitet die Regierung nicht gegen Tencent ein. Ein Konzern wiederum kann sich vor seinen «Kunden» immer damit rechtfertigen, er könne machen, was er will, solange die Regierung nicht einschreite.

Was PPPs bedeuten, durften auch viele westliche Internetnutzer am eigenen Leib erfahren, als z.B. YouTube allein in Deutschland tausende Videos über die Widersprüche des offiziellen «Corona»-Narrativs entfernte (Ausgabe 51, S.85 ff.). Der Staat bzw. überstaatliche Organisationen wie die UN betrieben also ein Outsourcing der Zensur an private Konzerne, die sich daraufhin hinter der Ausrede verstecken konnten, die Löschung von Inhalten folge einem Verstoß gegen ihre privatrechtlich



Tencent-Mitarbeiter mit der KPCh-Flagge. Das Unternehmen veranstaltet jedes Jahr am 15. Juli den «Tag der Parteimitglieder», an dem KPCh-Mitglieder, die in den Büros in verschiedenen Teilen des Landes arbeiten, die «Errungenschaften» der kommunistischen Partei feiern. In China sind «Privatwirtschaft» und Partei längst zu einer Einheit verschmolzen.

festgelegten Nutzungsbedingungen und sei deshalb keine Zensur, sondern ihr gutes (Haus-)Recht.

Die den Unternehmen zugestandene Monopolstellung hat zur Folge, dass «der Kunde» – sprich die Allgemeinheit – keine Versorgungsalternative hat, und das vom Privatunternehmen bereitgestellte Gut beziehungsweise die Dienstleistung konsumieren muss. Ein Traum für den mit dem Staat verflochtenen Konzern, ein Albtraum für den Konsumenten einerseits, aber auch für die Menschen, die unternehmerisch tätig werden wollen, ohne sich mit der Regierung einzulassen. Gleichzeitig kann sich die Regierung, die ja zumindest lokal noch eine gewisse Nähe zu und Ver-

antwortlichkeit gegenüber den Bürgern hat, aus der Verantwortung stehlen. Wenn Staatsaufgaben an internationale Grosskonzerne delegiert werden, dann schwindet der direkte Zugriff des Bürgers auf die Regierung. Lokale Angelegenheiten werden von weit weg verwaltet, persönliche Beziehungen zwischen Volksvertretern und Volk abgebaut. Man könnte fast sagen: PPPs verbinden das Schlechteste aus beiden Welten – Regierungs- und Geschäftswelt. (as/th)

Quellen:

1. correspondent.afp.com, The new codes governing everyday life in China, 23.03.2021
2. tagesschau.de, Politische Kontrolle mit Corona-App, 17.07.2022

Endziel CBDCs - Die Bargeldabschaffung in Ost wie West schreitet voran

China hat längst riesige Schritte unternommen, um Bargeld in naher Zukunft vollkommen aus dem Verkehr zu ziehen. Zwar ist es als Zahlungsmittel immer noch ausdrücklich erlaubt, doch in der Praxis mittlerweile beinahe ausgestorben. Als ein Gericht in Guangdong «Rechtsbrechern» für fünf Jahre untersagte, mit dem Smartphone oder einer Debitkarte zu zahlen, und sie dazu verdonnerte, allein Bargeld zu benutzen, war auf dem chinesischen Twitter-Pendant Weibo zu lesen, das Urteil sei zu grausam. Allgemeiner Konsens: «Es

ist der soziale Tod.»

«Selbst in den entlegensten Teilen Chinas werden fast nur noch die beiden mobilen Bezahlssysteme Alipay des Fintech-Unternehmens Ant Group sowie WeChat Pay des Internetkonzerns Tencent genutzt. Auch etliche Strassenmusikanten und Bettler haben sich dem Zeitgeist angepasst. [...] Zahlungen mit Scheinen oder Münzen scheitern oft daran, dass das Gegenüber kein Wechselgeld hat», so die Schweizer Zeitung NZZ Ende 2020. Auf die Frage, ob die von der chinesischen Zentralbank entwickelte digitale Währung den Beginn der bargeld-

losen Gesellschaft bedeute, antwortete ein hochrangiger Mitarbeiter einer Denkfabrik, die den «Digitalen Yuan» (siehe S.40 ff.) entwickelt, Anfang 2021 so: «Den Zustand haben wir in China bereits erreicht. [Ich und meine Kollegin] nutzen kein Bargeld mehr.»

⁽¹⁾ Über Apps geht das digitale Bezahlssystem weit hinaus, denn in vielen Teilen Chinas reicht schon das Gesicht, um in einzelne Hotels einzuchecken oder ersetzt bei einer Fluggesellschaft den Boarding-Pass. Schätzungsweise 118 Millionen Chinesen haben sich bis 2019 für Systeme registriert, die das Bezahlen mit Gesichtserkennung erlauben.

Wie man sich denken kann, wird die Entwicklung zur biometrischen Zahlung in den nächsten Jahren mit Siebenmeilenstiefeln vorangetrieben werden. ⁽²⁾

Der Westen zieht nach

Auch im Westen wurde Scheinen und Münzen längst der Krieg erklärt, doch für die politischen Entscheider gilt es behutsamer vorzugehen, um Proteste zu vermeiden. Die Abschaffung wird durch viele kleine und unscheinbare Schritte vorangetrieben, aber dass sie kommen soll, scheint längst beschlossene Sache zu sein. Der Bürger wird dem Bargeld in kleinen Schritten entwöhnt: 14 EU-Länder haben bereits Bargeldobergrenzen festgelegt. Die niedrigste liegt bei 500 Euro in Griechenland, in Italien sowie Frankreich beträgt das Limit 1000 Euro. Bei einem grossen Geburtstagesessen mit der ganzen Familie oder beim Kauf eines neuen durchschnittlichen Computers führt in Griechenland also bereits jetzt kein Weg mehr an der Bank- oder Kreditkarte vorbei. Seit 2019 werden 500-Euro-Scheine von der Europäischen Zentralbank nicht mehr gedruckt. Bargeld wird nahezu überall verstärkt mit Gebühren belegt und Bürger werden andersherum belohnt, wenn sie digital bezahlen. Die EU-Kommission beschloss

absurd-kostspielige Prüfvorschriften für Kleinmünzen. Immer expliziter werden Bargeldhaltern und -nutzern pauschal kriminelle Absichten (allen voran Geldwäsche) unterstellt. Da die Abschaffung des Bargelds ein weiterer Mosaikstein in der Ausweitung flächendeckender Kontrolle und Überwachung ist, die von Organisationen wie dem WEF schon offen angekündigt wird, führt an ihrer Implementierung kein Weg vorbei.

Bislang hinkte Deutschland bei der Bargeldabschaffung gegenüber anderen europäischen Staaten hinterher, denn eine Bargeldobergrenze für Zahlungen bestand tatsächlich keine. Das soll sich bald ändern, da es die Europäische Union Ende 2022 schaffte, alle ihre Mitgliedsstaaten zur Einführung einer Mindest-Obergrenze zu veranlassen, die bald eingeführt werden soll. «Vertreter der EU-Staaten haben sich in Brüssel auf eine Bargeld-Obergrenze von 10'000 Euro verständigt. Wie der tschechische Finanzminister Zbynek Stanjura mitteilte, sollen Bargeldzahlungen über 10'000 Euro künftig nicht mehr möglich sein», berichtete der MDR. ⁽³⁾ Diese Obergrenze hatte die deutsche Innenministerin Nancy Faeser schon Monate zuvor mit Nachdruck eingefordert. Faesers Rechtsfertigung, wie man sie gleichfalls in Chi-

na hört: Es gehe es darum, «kriminelle Strukturen zu zerschlagen und ihnen kriminelle Einnahmen konsequent zu entziehen». ⁽⁴⁾ Faeser scheint mit «Kriminellen» deutlich weniger Probleme zu haben, wenn sie dem linksextremen Spektrum zuzuordnen sind. Wenige Monate vor ihrer Ernennung zur Innenministerin hatte sie für ein Blatt namens «Antifa» geschrieben. Jenes wird von der «Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten» (VVN-BdA) herausgegeben, die nach Grundgesetz eigentlich als kriminell einzustufen wäre, da ihre Mitglieder die Grundsäulen der parlamentarischen Demokratie ablehnen und die politische Ordnung der Bundesrepublik durch ein anderes System ersetzen wollen. ⁽⁵⁾

Trotz des eindeutigen Trends muss festgestellt werden: Die Entwicklung zur Bargeldabschaffung ist in China immer noch viel weiter fortgeschritten. Kein Wunder, dass technokratische Institutionen wie das WEF China regelmässig durch die Blume anpreisen, denn wo im Westen mühsames Vorgehen vonnöten ist, sind die meisten politischen und gesellschaftlichen Hürden für den vollkommen transparenten Zahlungsverkehr in China längst überwunden.





Eine Bettlerin in China erhält ihre Almosen per QR-Code. Das Bild machte bereits vor drei Jahren in sozialen Medien die Runde und die Entwicklung hin zur Bargeldabschaffung machte im Reich der Mitte während «Corona» weitere enorme Sprünge.



Teilnehmern und Gästen der Olympischen Winterspiele im Februar 2022 (siehe S.69 ff.) wurde das Angebot gemacht, ihr Bargeld oder das Geld auf ihrer Bankkarte in den «Digitalen Yuan» (CBDC) umzutauschen. Den Gästen wurde der Umtausch einfach gemacht, denn sie mussten keine App auf ihrem Smartphone installieren, sondern erhielten eine Karte, mit der sie innerhalb der extra für Olympia aufgebauten Infrastruktur bargeldlos bezahlen konnten. Deutlich auf der Karte zu erkennen: Visa («Strategischer Partner» des WEF, Ausgabe 51, S.31 ff.) unterstützte den Feldversuch an den Olympioniken aus aller Welt.



Es dürfte ein Leichtes sein, die sowieso schon nahezu 100% bargeldlose Zahlungsstruktur in China auf die neue digitale Zentralbankwährung umzustellen.

CBDCs

Zur sowieso seit Jahren vorangetriebenen Digitalisierung des Zahlungsverkehrs gesellt sich in China seit 2020 das neue «Digitale Zentralbankgeld» («Central Bank Digital Currency», CBDC) hinzu, welches in mehreren Regionen des Landes getestet wird. Die Chinesische Zentralbank (People's Bank of China, PBoC) hat bereits 2014 damit begonnen, sich im Detail mit dem Konzept von CBDCs (Ausgabe 51, S.25 ff.) zu beschäftigen. ⁽⁶⁾ Der heute immer noch im Test befindliche «Digitale Yuan» wurde während der Winterspiele im Februar 2022 (siehe S.69 ff.) den Besuchern aus aller Welt präsentiert, indem ihnen angeboten wurde, ihre Yuan oder ausländischen Währungen in den Digitalen Yuan der Zentralbank umzutauschen. «Chinas neue digitale Währung [...] wird bei der jüngsten Pilotphase während der Olympischen Winterspiele in Peking für Zahlungen in Höhe von 2 Millionen Yuan (ca. 315'000 Dollar) oder mehr pro Tag verwendet», verkündete ein hoher Beamter der chinesischen Zentralbank stolz. ⁽⁷⁾ In Sachen Grösse stellt der insgesamt chinesische Feldversuch den Rest der Welt weit in den Schatten: Nach Angaben der People's Bank of China hatte das digitale Zentralbankgeld Anfang 2022 schon 261 Millionen individuelle Nutzer. Darüber hinaus wurden Transaktionen im Wert von 87,5 Mrd. Yuan (13,78 Mrd. USD) über den Digitalen Yuan abgewickelt, und mehr als 8 Millionen Händler akzeptieren ihn inzwischen. ⁽⁸⁾ Die US-Zentralbank Federal Reserve hingegen hat den praktischen Feldversuch nicht einmal begonnen, genauso wenig die EZB.

Zwar verbirgt sich auch hinter chinesischen Tech-Unternehmen und den kleineren Geschäftsbanken, die sich bisher gemeinsam um die «normalen» digitalen Zahlungen kümmerten, letzten Endes die KPCh. Wird das neue «Digitale Zentralbankgeld» allerdings eines Tages flächendeckend eingeführt – wovon auszugehen ist – dann wächst die Macht der KPCh erheblich, denn sie muss nicht mehr Dutzende unterschiedlicher Privat- und Geschäftsbanken überwachen. Alle Zahlungsdaten fließen dann zur Zentralbank, in deren Datensätze die KPCh natürlich vollständigen Einblick hat. Der Nachrichtensender Bloomberg fasst zusammen: «Je mehr Leute den Digitalen Yuan annehmen, desto grössere Kontrolle wird die Regierung über finanzielle Transaktionen haben.» ⁽⁹⁾ Eine Plattform wie Bloomberg würde indes normalerweise in einem Bericht

BIZ-Oberhaupt: CBDCs bedeuten «absolute Kontrolle» für Zentralbanken



„Es besteht ein grosser Unterschied zwischen der Zahlung mit Cash und der mit einer Digitalen Zentralbankwährung. Bei Bargeld wissen wir gegenwärtig z.B. nicht, wer einen 100-Dollar- oder 1000-Peso-Schein benutzt. Der Schlüsselunterschied zwischen Cash und CBDCs ist, dass die Zentralbank die absolute Kontrolle über die Regeln haben wird, die bestimmen, wie dieses Geld ausgegeben werden darf. Und wir werden die Technologie haben, um diese Regeln durchzusetzen.“

Augustin Carstens, General Manager der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel («Zentralbank der Zentralbanken», Ausgabe 51, S.25 ff.), im Jahr 2020

Quelle: youtube.com, Bank for International Settlements head Augustin Carstens about CBDC and control, 01.01.2021

Im September 2022 starteten die schwedische, die norwegische und die israelische Zentralbank gemeinsam mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ein Projekt, um internationale Kleinbetrags- und Überweisungszahlungen mit digitalen Zentralbankwährungen zu testen, was das WEF direkt zu einem euphorischen Artikel darüber veranlasste.

Quelle: weforum.org, What are central bank digital currencies?, 31.08.2022

über westliche CBDCs auf ähnlich klare Worte verzichten, obwohl deren Prinzip völlig identisch ist mit dem Digitalen Yuan Chinas.

Bald «Geld» mit Verfallsdatum?

Die Vorteile, die eine Regierung aus der Einführung solchen Geldes zieht, liegen auf der Hand: Anders als dezentrale digitale Währungen wie beispielsweise Bitcoin bietet digitales Zentralbankgeld keinerlei Anonymität für die Nutzer und ist somit das ideale Instrument für die Über-

wachung von Transaktionen. Eine solche Währung würde es beispielsweise ermöglichen, verhängte Bussgelder direkt einzuziehen. Kontosperrungen uvm. bei Dissidenten wären leichter denn je. Auf den Punkt gebracht, erweitert eine derartige Währung das Instrumentarium der digitalen Dystopie um zig Elemente. Digitales Zentralbankgeld ist zudem programmierbar und Peking testet bereits die Möglichkeit einer laufenden Entwertung der Währung. Das soll Bürger dazu antreiben, ihr Geld schneller auszugeben, verhindert in der Konsequenz aber auch jede Form der

Wohlstandsakkumulation durch Sparen. ⁽¹⁰⁾ In einem Artikel aus dem Juli 2021, der das CBDC-Konzept in den Himmel lobte, pries die New York Times das «Geld» mit «Verfallsdatum» auch für die USA an: «Würde das Bargeld jedoch durch einen digitalen Dollar ersetzt, könnte die Federal Reserve einen Negativzins durchsetzen, indem sie die elektronischen Guthaben auf den Konten aller digitalen Währungen allmählich schrumpfen lässt und so einen Anreiz für die Verbraucher schafft, Geld auszugeben, und für Unternehmen, zu investieren.» ⁽¹¹⁾

CBDCs im Westen

Im Westen wie in China wird das «Digitale Zentralbankgeld» als «öffentlich-private Partnerschaft» (siehe S.37 f.) eingeführt. «Zusammen mit fünf Unternehmen untersucht die Europäische Zentralbank (EZB) das Potenzial zur Nutzung einer digitalen Zentralbankwährung (CBDC) [...]. Es handelt sich dabei einerseits um Amazon, um die spanische Caixa-Bank, die italienische Bank Nexi sowie andererseits um die französische Bezahlplattform Worldline sowie die European Payments Initiative (EPI),» schreibt die Online-Plattform «IT-Finanzmagazin». ⁽¹²⁾ Nebenbei sei erwähnt, dass die Europäische Kommission, das höchste Gremium des EU-Vorläufers EWG, am Geburtsbett des WEF stand. Klaus Schwab bat Anfang der 70er um Hilfe bei der Gründung einer «nicht-kommerziellen Denkfabrik für europäische Wirtschaftsführer». Die Kommission sagte umgehend zu, die Schirmherrschaft zu übernehmen und entsandte den späteren französischen Premierminister Raymond Barre als «intellektuellen Mentor». ⁽¹³⁾ Die EU sitzt bereits seit den Gründungstagen des WEF mit im Davoser Boot, und damit auch die 1998 gegründete EZB. ▶

Chinas populärste Anbieter für digitale Zahlungen

Anteil der Befragten, die sagten, sie hätten folgende Zahlungsanbieter in den letzten 12 Monaten genutzt



Basierend auf einer Umfrage auf dem chinesischen Festland mit 3100 Teilnehmern von 18 bis 64 Jahren zwischen Oktober 2020 und Juni 2021

Quelle: Statista Global Consumer Survey

statista



UN-Generalsekretär António Guterres hält 2019 eine Rede beim Seidenstrassen-Forum in Peking – ein winziger Ausschnitt, der den Blick freigibt auf die Freundschaft zwischen China und UNO, welche uns in kommenden Ausgaben noch beschäftigen wird. Unter anderem durch den globalen Handelsraum, der durch die «Neue Seidenstrasse» entsteht, ist China geradezu prädestiniert, eine neue Leitwährung zu stellen.

Die Bank of England lässt sich für ihr CBDC-Projekt von PayPal, Visa und Google beraten. Nicht überraschend: Amazon (Partner der EZB), PayPal, Google und Visa sind allesamt «Strategische Partner» des WEF (Ausgabe 51, S.31 ff.). Laut der Süddeutschen Zeitung will die EU ihre «Digitale Zentralbankwährung» erst im Jahr 2026 an den Start bringen. ⁽⁴⁴⁾ Nun scheint es, als würde dieser Prozess massgeblich beschleunigt. Die Frage nach einem «Ob» ist wohl längst durch die Frage nach einem «Wann» ersetzt worden. Wie das Handelsblatt im September letzten Jahres berichtete, macht sich speziell die deutsche Bundesregierung in einem zusammen mit Frankreich, Italien, Spanien und den Niederlanden verfassten Strategiepapier für die Einführung des digitalen Zentralbank-Euros stark. ⁽⁴⁵⁾ Die konkreten Bedenken von Daten- und Verbraucherschutzorganisationen, der E-Euro könnte sich im Nu zum perfekten Werkzeug der digitalen Überwachung mausern, werden systematisch unter den Teppich gekehrt. Immer wieder betont sowohl die EZB als auch die britische Zentralbank, die E-Währungen würden das Zentralbank-Bargeld (welches für sich bereits als völlig marode Währung bezeichnet werden muss, aber zumindest in seiner jetzigen Form noch eine gewisse Anonymität gewährt) nicht ersetzen, sondern parallel dazu genutzt werden. Für eine gewisse Zeit wird das sicherlich auch der Fall sein, was dem Prinzip des «Nudgings» entspricht (siehe S.9). Doch dass man derartigen Aussagen von Politikern und Ent-

scheidern langfristig nur wenig Vertrauen schenken kann, dürfte allseits bekannt sein. Exemplarisch sei an den inzwischen legendär gewordenen Satz von DDR-Staats- und Parteichef Walter Ulbricht erinnert, der am 15. Juni 1961 sagte: «Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!» Noch schneller stellten sich die Beteuerungen seitens der Bundesregierung im «Pandemie»-Jahr 2020, es werde so etwas wie Lockdowns nicht geben, als falsch heraus.

Neue Weltleitwährung?

Chinesische Technologieunternehmen wie Alibaba (über seine Tochtergesellschaft Ant Group), Tencent (Eigentümer von WeChat), Huawei, JD.com und UnionPay wurden 2017 eingeladen, um mit der Zentralbank bei der Entwicklung und Erprobung des Digitalen Yuan zusammenzuarbeiten. ⁽⁴⁶⁾ Bisher ist allerdings noch offen, welche Firmen sich für die endgültige «öffentlich-private Partnerschaft» (siehe S.37 f.) nach flächendeckender Einführung der CBDCs qualifizieren werden. Das gilt für Europa ebenso wie für China.

WEF-Oberhaupt Klaus Schwab oder Evelyn de Rothschild, der unlängst verstorbene Finanzberater der britischen Krone, deuteten beide bereits eine neue Weltleitwährung aus China an (Ausgaben 42,50). Eine Leitwährung zeichnet sich dadurch aus, dass sie als international wichtigste Transaktions-, Anlage- und Reservewährung fungiert. Da es schon seit Jahren beschlossene Sache zu sein scheint, dass

der strauchelnde US-Dollar seine heutige Stellung als Weltleitwährung verlieren wird, muss eine Alternative her. Kronzeuge hierfür ist abermals Klaus Schwab, der dem Dollar in seinem Buch «COVID-19: The Great Reset» «eine stark dezimierte geopolitische Rolle» prophezeit. ⁽⁴⁷⁾ Da China schon heute die grösste Wirtschaftsmacht des Planeten darstellt, liegt es nahe, dass in der Zukunft ein globales System einiger weniger «Digitaler Zentralbankwährungen» (z.B. Euro, Dollar, Afrikanische Währung etc.) entsteht, in welchem der «Digitale Yuan» eine führende Rolle spielen bzw. die neue Weltleitwährung darstellen wird. Man darf annehmen, dass derjenige, der das neue «Digitale Zentralbankgeld» landesweit zuerst einführt, auch derjenige sein könnte, der die Weltleitwährung für sich beansprucht. China führt dieses Rennen mit grossem Abstand an und wird es höchstwahrscheinlich auch gewinnen. Dafür spricht auch, dass durch den Ausbau der digitalen Seidenstrasse seit 2015 ein riesiges Netzwerk entstanden ist, über das der E-Yuan in zahlreichen Staaten Zentralasiens und Afrikas herausgegeben und dadurch sofort zu einem internationalen Zahlungsmittel erhoben werden könnte.

Totale Kontrolle

Wichtig ist allerdings zu verstehen, dass momentan weder das herkömmliche Digital-Geld noch der CBDC-E-Yuan in China mit dem Sozialkredit-System



„In den USA muss man immer noch ein paar Dollar-Scheine in der Hand haben. In China ist es wirklich so, dass man drei Blätter Salat mit dem Smartphone beim Gemüsehändler um die Ecke kauft oder auch den Strassenmusikanten über WeChat bezahlt. Da steht kein Hut mehr auf der Strasse, sondern der hat einen QR-Code.“

Frank Sieren, Journalist und China-Experte, im Juli 2022

Quelle: youtube.com, Sozialkredit-System: China-Experte Frank Sieren im Interview, 09.07.2022

77 «Viren auf Banknoten können eine Gefahr darstellen, wenn man sich nach dem Anfassen nicht die Hände wäscht und ins Gesicht greift.»⁽¹⁾

Mark Witschi, Leiter der Sektion Impfeempfehlung und Bekämpfungsmassnahmen im Schweizer Bundesamt für Gesundheit, kurz nach Beginn der «Corona-Pandemie»

77 «Der Anteil von Barzahlungen ist aber 2020 deutlich gesunken. Das liegt auch an der Corona-Krise. Sie beschleunigt den Trend zu mehr Kartentransaktionen.»⁽²⁾

Das Handelsblatt im Mai 2021

Quelle:

1. rnd.de, Werden Coronaviren durch Bargeld übertragen? Fragen und Antworten, 24.03.2020
2. handelsblatt.com, Verbraucher zahlen an der Ladenkasse nach wie vor am liebsten mit Bargeld, 05.05.2021



Foto: Shutterstock/DOERS

Ein wichtiger Schritt hin zur bargeldlosen Gesellschaft war auch die verlautebarte «Corona-Pandemie». Gerade in ihrer Anfangszeit erschienen zahlreiche Artikel und Aussagen politischer Schlüsselfiguren, die Barzahlungen mit der Übertragung von «Viren» und Bakterien verknüpften, um dem Publikum das anonyme Bezahlen mit Bargeld schlecht zu reden. Nachdem «Experten» allerdings verlautebarten, bei «Corona» handle es sich nicht um eine «Schmierinfektion», sondern um eine durch Aerosole (Tröpfchen) übertragbare Krankheit, war das Geldschein-Ansteckungs-Narrativ nur noch schwer aufrechtzuerhalten und wurde vorerst wieder auf Eis gelegt.

(siehe S.26 ff.) verbunden sind. Die Sanktionierung der Bürger findet nicht direkt monetär statt. Für die Staatsführung wäre es jedoch ein Leichtes, den neuen E-Yuan bald mit dem staatlichen Rating-System zu verschmelzen. Auch in Europa und den USA ist langfristig offenkundig geplant, dass verschiedene, heute noch als separat angesehene Projekte eines Tages weiter zentralisiert werden. Z.B. ist es naheliegender anzunehmen, dass der EU-Plan zur

Schaffung einer «Digitalen Identität» (siehe S.46 ff.) untrennbar mit dem Plan zur Schaffung einer digitalen Zentralbankwährung verknüpft ist. Wenn zwei Projekte nicht voneinander zu trennen sind, ist es zulässig, sie letztendlich als ein einziges Projekt zu betrachten, das final in der Erschaffung des vollkommen gläsernen EU-Bürgers gipfeln soll.

Der weltweite Plan sieht augenscheinlich vor, dass jeder Bürger nur noch ein

digitales Konto bei der Zentralbank unterhält und sämtliche Finanztransaktionen darüber vornimmt. Bei gleichzeitiger Abschaffung des Bargeldes könnten wir uns der vollständigen Kontrolle durch den Staat nicht mehr entziehen. Mit der geplanten Währungsreform wird man das Konsumverhalten der Empfänger gezielt steuern, ihnen das Sparen verunmöglichen und sie zwingen können, das Geld innerhalb vorgegebener Zeiträume auszugeben. Man wird regierungskonformes «Wohlverhalten» belohnen, Kritiker bestrafen und sogar von allen Finanzströmen abschneiden können. Digitales Zentralbankgeld wird der Kern eines gesellschaftlichen Zwangsregimes sein, das weitgehend ohne offene Gewalt auskommen wird, weil es jede Opposition bereits im Keim ersticken kann. Es ist ein fast perfektes Mittel zur Kontrolle, zur Manipulation und zur Konditionierung der Bevölkerung. Seine Einführung bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die am tiefsten in unser Leben eingreifende Währungsreform aller Zeiten. Eine Welt mit digitalem Zentralbankgeld ist nichts anderes als ein digital-finanzielles Gefängnis, in dem für individuelle Freiheit kein Platz mehr bleibt.⁽¹⁸⁾ (tk)



Chinesische Schüler bezahlen ihr Essen per Gesichtserkennung. Schätzungsweise 118 Millionen Chinesen haben sich bis 2019 für Systeme registriert, die das Bezahlen mit Gesichtserkennung erlauben.

Quellen:

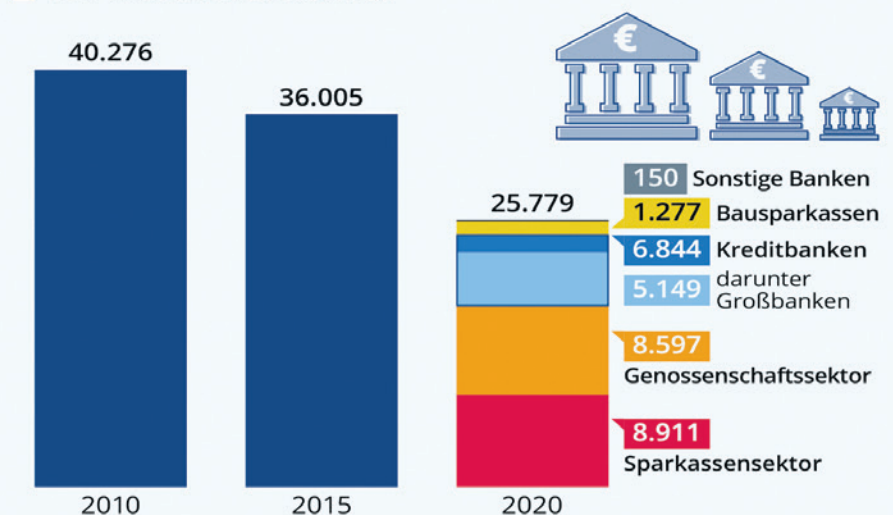
1. nzz.ch, Barzahlen gilt in China als harte Strafe, 15.11.2020
2. nzz.ch, Überwachung mit Gesichtserkennung: Made in China, erprobt in Xinjiang und weltweit exportiert, 03.12.2019
3. mdr.de, EU-Staaten verständigen sich auf Bargeld-Obergrenze von 10.000 Euro, 07.12.2022
4. focus.de, Innenministerin Faeser fordert Bargeldobergrenze von 10.000 Euro, 12.11.2022
5. cicero.de, Autoritäre Schlagseite, 15.12.2022
6. paymentandbanking.com, Der digital Yuan: China als Vorreiter bei CBDC, 19.02.2021
7. reuters.com, Over \$315,000 in digital yuan used every day at Olympics, PBOC official says, 16.02.2022
8. unlock-bc.com, China's CBDC grows to 261 million unique users, 21.01.2021
9. bloomberg.com, Trying China's Digital Yuan at the Olympics, 18.02.2022
10. wsj.com, China Creates Its Own Digital Currency, a First for Major Economy, 05.04.2021
11. nytimes.com, Cash Will Soon Be Obsolete. Will America Be Ready?, 22.07.2021
12. it-finanzmagazin.de, CBDC: Europäische Zentralbank erprobt den digitalen Euro - zusammen mit Amazon, 19.09.2022
13. apolut.net, Wer ist eigentlich Klaus Schwab? | Von Ernst Wolff, 09.08.2021
14. sueddeutsche.de, Abgehängt vom Karibikstaat, 30.05.2021
15. handelsblatt.com, Deutschland treibt den digitalen Euro voran, 18.09.2022
16. forbes.com, Alibaba, Tencent, Five Others To Receive First Chinese Government Cryptocurrency, 27.08.2019
17. Klaus Schwab und Thierry Malleret, «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.82
18. apolut.net, Meine nicht gehaltene Rede auf der Berliner Pfingstdemo | Von Ernst Wolff, 31.05.2021

Die «Better Than Cash Alliance»: Bargeldabschaffung längst beschlossene Sache?

Wussten Sie, dass die Bundesregierung Deutschlands seit Jahren eine Initiative unterstützt, die aktiv gegen das Bargeld kämpft? Die Regierung tut das über das Entwicklungshilfeministerium und natürlich mit dem Einsatz von Steuergeldern der Bundesbürger, von denen mittlerweile bereits über eine Million Euro in das Projekt versenkt wurden. Der Name der Initiative ist Programm: «Better Than Cash Alliance» (Besser-als-Bargeld-Allianz). Zum deutschen Entwicklungshilfeministerium gesellen sich Finanziers wie sein amerikanisches Pendant (USAID), die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, Visa und Mastercard (bis auf USAID alles «Strategische Partner» des WEF). Der Beschreibungstext auf der Webseite der Allianz lässt kaum Fragen offen: «Die bei den Vereinten Nationen angesiedelte Better Than Cash Alliance ist eine Partnerschaft von Regierungen, Unternehmen und internationalen Organisationen, die den Übergang von Bargeld zu verantwortungsvollen digitalen Zahlungen beschleunigt, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.»⁽¹⁾

Wenige Monate nach ihrer Gründung im Jahr 2013 wurde der Allianz vom Weltwirtschaftsforum der rote Teppich ausgerollt und eine Roundtable-Diskussion mit ihren Vertretern und Finanzministern aus aller Welt einberufen.⁽²⁾ Im Falle der «Besser-als-Bargeld-Allianz» erübrigt sich eigentlich jede weitere Erläuterung, denn allein ihre Finanziers, ihr Name und ihre Selbstauskunft bestätigen, dass die Abschaffung des Bargelds auf globaler Ebene das erklärte Ziel der Hochfinanz ist. Ähnlich wie bei Henry Kissinger sind auch die Verbindungen von ihrem Finanzier Bill Gates zur Rockefeller-Familie, die China öffentlich als «Labor» und «Experiment» identifizierte, offenkundig (Ausgaben 33,50). Eine «Weltregierung» forderte Bill Gates 2015 in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung⁽³⁾, und genau diese wird uns durch die «Ziele für nachhaltige Entwicklung» aufgezwungen, die wiederum im Mittelpunkt der Better Than Cash Alliance stehen. (tk)

Anzahl der Bankfilialen in Deutschland *



* rechtlich selbstständige Kreditinstitute (Kopfstellen) einschließlich deren Zweigstellen
Quelle: Deutsche Bundesbank



statista 

Es wäre zu undifferenziert, die schwindende Anzahl an Bankfilialen rein negativ zu betrachten. Technischer Fortschritt bringt Veränderung mit sich und Onlinebanking vereinfacht das persönliche Finanzmanagement für Kunden ungemein. Ordnet man die Entwicklung allerdings vor dem historischen Kontext ein und vergegenwärtigt man sich die bereits konkret werdenden Bestrebungen, das Bargeld vollkommen abzuschaffen, das Geld vollständig zu digitalisieren und die Geschäftsbanken weitgehend zu entmachten, wird die Entwicklung unheimlich. Je mehr Bankfilialen schon im aktuellen System verschwinden, desto günstiger ist dies für die langfristigen Pläne der Hochfinanz.

Räuber sprengen immer mehr Schweizer Bankomaten

 Nau.ch

nau.ch, 15.10.2022



Schon in **Ausgabe 15 - Digitale Überwachung: Aus Bequemlichkeit in die Tyrannei** - berichteten wir über obskure Einbruchsserien in Schweden, die verdächtig nahe an dem Prinzip «Problem - Reaktion - Lösung» wichtige Schritte gegen das Bargeld in dem skandinavischen Land zur Folge hatten. Aktuell sticht ins Auge, dass sich die Sprengungen von Bankautomaten in der Schweiz innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt haben. Egal, was dahinterstecken mag: Schlagzeilen darüber rücken Bargeld in ein negatives Licht, weshalb das Thema wohl auch besonders prominent in den Schweizer Medien behandelt wird.

Quellen:

1. betterthancash.org, abgerufen am: 13.01.2023
2. betterthancash.org, The Global Movement of Electronic Payments at WEF, 23.01.2013
3. sueddeutsche.de, «Den täglichen Tod nehmen wir nicht wahr», 28.01.2015

«Am 24. März 2023 endet die Ära der schwedischen Krone, lautet die Prognose eines Forschungsberichts, den der schwedische Handelsrat in Auftrag gegeben hat. Zu diesem Zeitpunkt, heisst es in der Studie, rentiere es sich für Händler nicht mehr, Münzen oder Scheine anzunehmen. Die Entwicklung ist durch zwei Faktoren bedingt: Zum einen sind weder Banken noch Geschäfte verpflichtet, Bargeld zu akzeptieren. Ob Café, Kiosk, Shoppingtour oder Busticket – an vielen Stellen können Kunden bereits jetzt nur noch mit Kredit- oder EC-Karte zahlen. Zum anderen nutzen die technikbegeisterten Schweden lieber Apps und Karten als Zahlungsmittel. Entsprechend gibt nur noch die Hälfte der Bankfilialen überhaupt Bargeld aus.»



Die Techniker-Krankenkasse auf ihrer Webseite am 05.01.2022

Quelle: tk.de, Prognose: Schweden schafft das Bargeld ab, 05.01.2022

Führendes EU-Mitglied in der Bargeldabschaffung ist Schweden – und das nicht aufgrund einer besonders niedrigen Bargeldobergrenze, sondern durch gesetzliche Anreize und eine unkritische Bevölkerung, die ganz freiwillig auf Bargeld verzichtet. Die Parallelen zu China sind frappierend.

KURIER

Italien belohnt bargeldloses Bezahlen

Italiener die bargeldlos bezahlen können jährlich bis zu 300 Euro vom Staat retournbekommen.

kurier.at, 07.12.2020

Mit solcherlei Belohnungen werden Anreize geschaffen, um die Abschaffung des Bargelds so «freiwillig» wie möglich zu vollenden. Mal wieder ein Paradebeispiel für «Nudging» (siehe S.9).

Bild aus dem Jahr 2019: Ein Stockholmer Café lehnt Bargeld ab.



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Repression und Überwachung nehmen weltweit zu, und die erklärten Ziele sind in Ost und West mehr oder minder identisch. China ist bei der Umsetzung der Agenda dem Westen aber in den allermeisten Fällen gleich mehrere Schritte voraus. Für die Pläne von entscheidender Bedeutung ist die Implementierung von «öffentlich-privaten Partnerschaften» (Public Private Partnerships, PPPs), die auch in der Zukunftsvision des Weltwirtschaftsforums eine zentrale Rolle einnehmen. Das zugrundeliegende Konzept hinter diesen PPPs besteht darin, dass der Staat gewisse Aufgaben an spezialisierte Unternehmen auslagert und sich deren Know-How zunutze macht. Was im ersten Moment vielleicht noch harmlos klingen mag, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als eine unheilige Verschmelzung von Staat und Grosskonzernen, die Korruption auf einer völlig neuen Ebene möglich macht. Man lehnt sich also nicht zu weit aus dem Fenster, wenn man feststellt: Die Einführung der PPPs ist absolut nicht im Interesse des einfachen Bürgers. Obgleich Klaus Schwabs WEF und andere subversive Organisationen solcherlei Partnerschaften massiv vorantreiben, ist China bei der Umsetzung dieses Konzeptes weltweit führend. So haben im Reich der Mitte mittlerweile «private» Tech-Konzerne wie Tencent oder Alibaba der Regierung einen grossen Teil ihrer repressiven Arbeit abgenommen – z.B. durch die über WeChat (Tencent) laufende QR-Code-App, die im Zuge der «Corona-Pandemie» geradezu omnipräsent wurde.

Auch bei der Abschaffung des Bargeldes – ein Ziel, das auf beiden Seiten angestrebt wird – reichen sich Staat und Konzerne die Hand. Im Konkreten ist diese Entwicklung im Westen im vollen Gange, in China aber bereits nahezu abgeschlossen. Selbst in den entlegensten Regionen werden fast nur noch die beiden mobilen Bezahlssysteme Alipay des Fintech-Unternehmens Ant Group sowie WeChat Pay des Internetkonzerns Tencent genutzt. Das seiner Natur nach anonyme Bargeld ist dort also bereits jetzt so gut wie verschwunden und die meisten politischen und gesellschaftlichen Hürden für den vollkommen transparenten Zahlungsverkehr sind längst überwunden. Ein Zustand, den auch westliche Regierungen herstellen möchten und auf den man sich langsam aber kontinuierlich zubewegt. Seit einigen

Jahren versuchen die Entscheidungsträger im Euro-Raum Digitalzahler zu belohnen und Bargeldzahlern das Leben schwer zu machen. So werden seit 2019 keine 500-Euro Scheine mehr gedruckt und die EU steuert auf eine Bargeldobergrenze von 10'000 Euro zu. Bereits seit Jahren unterstützt die deutsche Bundesregierung die sogenannte «Better Than Cash Alliance» – eine Partnerschaft zwischen Regierungen, Unternehmen und internationalen Organisationen, die sich dem Ziel verschrieben hat, die bargeldlose Gesellschaft zu verwirklichen.

Eng verbunden mit dem Thema Bargeldabschaffung ist die Einführung von «Digitalem Zentralbankgeld» (CBDC) und auch bei diesem Thema ist China dem Westen ein beträchtliches Stück voraus, denn der «Digitale Yuan» befindet sich dort bereits in der Praxiserprobung. Nach Angaben der People's Bank of China hatte das Digitale Zentralbankgeld schon Anfang 2022 261 Millionen individuelle Nutzer, und darüber hinaus wurden Transaktionen im Wert von 87,5 Mrd. Yuan (13,78 Mrd. USD) digital abgewickelt. Die westlichen Pendanten – vorangetrieben von FED und EZB – befinden sich zwar in der Planungsphase, doch von einem praktischen Feldversuch, wie er in China bereits stattfindet, ist man hierzulande noch weit entfernt. In Anbetracht der globalen Umstände erscheint es denkbar, dass der Digitale Yuan in Zukunft zur neuen Weltleitwährung aufsteigt. Doch egal, ob Digitaler Yuan, Digitaler Euro oder Digitaler Dollar, die Einführung einer derartigen Währung würde das Leben, wie wir es bisher kennen, grundlegend verändern. Wie wir auch schon in der Vorgängerausgabe 51 herausgearbeitet haben, würde die Einführung von CBDCs bei der gleichzeitigen Abschaffung des Bargeldes dem Staatsapparat ein völlig neues Repressions-Instrumentarium an die Hand geben, mit welchem es ihm möglich wäre, das Konsumverhalten der Bürger gezielt zu steuern und «Wohlverhalten» zu belohnen sowie «Fehlverhalten» zu bestrafen.

Im nächsten Teil der Ausgabe wenden wir uns nochmals dem Thema «Digitale Identität» zu und gehen konkret der Frage nach, welche Schritte zu deren Implementierung bereits unternommen wurden.

►► Fortsetzung auf Seite 52

Auf einen Blick

► In China sind es nur noch wenige Schritte bis zur finalen digitalen Identität. Doch auch in der EU preschen die Entscheider mit Siebenmeilenstiefeln in diese Richtung vor.

► Die digitale Identität soll das ganze Leben der EU-Bürger durchdringen. Vor allem das bequeme Reisen wird im Rahmen des «Known Traveller»-Programms als trojanisches Pferd verwendet.

► UN, Rockefeller, Gates und Co. möchten den digitalen Impfpass unter dem Namen «ID2020» weltweit um eine digitale Identität erweitern.

► In Indien werden derweil bettelarme Menschen zur Registrierung für das staatliche digitale Identitätssystem «Aadhaar» genötigt - eine allumfassende und automatisierte Datenbank, entwickelt von einer WEF-Partnerfirma.

Europaweite Einführung der digitalen Identität

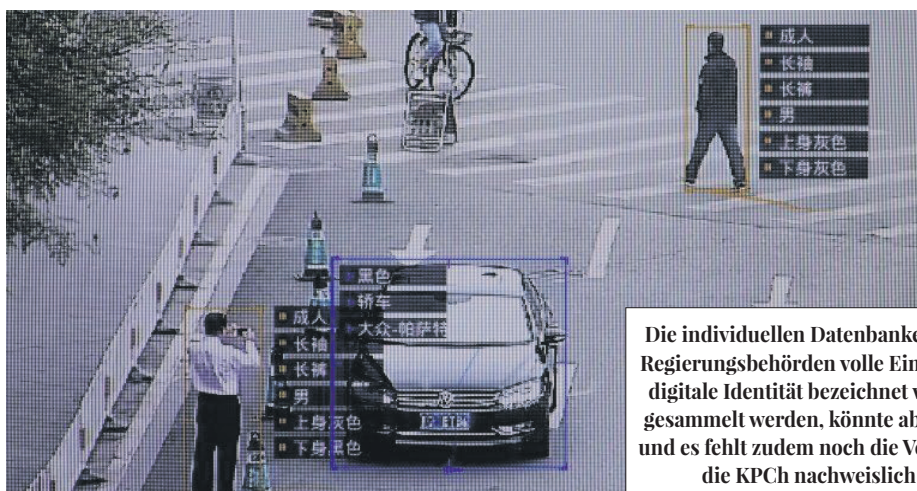
Wenn man sich nochmals die aktuelle Situation in China vergegenwärtigt, so muss man feststellen, dass es bisher noch keine digitale Identität gibt, wie sie den UN-, EU- und WEF-Verantwortlichen vorschwebt, nämlich ein offizielles, digitales Profil, auf dem zentral alle denkbaren persönlichen Informationen gespeichert und Finanzen verwaltet sind. Dennoch sollte ganz klar betont werden, dass die Chinesen gefährlich nahe vor der Verwirklichung dieses Konzeptes stehen, denn die dafür notwendige Infrastruktur inkl. der Akzeptanz der Bevölkerung ist schon seit Jahren geschaffen: Bargeld ist dort fast gänzlich aus dem öffentlichen Leben verbannt, Zahlungen laufen schon jetzt weitgehend über die zwei Apps WeChat und Alipay. Der Zugang zu digitalen Zahlungsmöglichkeiten wird sogar teils auf Basis einer richterlichen Anordnung gesperrt, um strafrechtlich verurteilte Chinesen durch Ausschluss vom öffentlichen Leben zu malträtieren. Die Bewegungsfreiheit ist seit «Corona» an einen QR-Code auf dem Smartphone gebunden, den man selbst zum Betreten seiner eigenen Wohnung benötigt und der mittlerweile auch nachweislich zur Bestrafung staatlich nicht gebilligten Verhaltens «missbraucht» wird. Auch über ein bereits vielerorts implementiertes Sozialkredit-System wird nicht-kon-

formes Verhalten sanktioniert. Biometrische Daten, die bspw. durch mit entsprechender Gesichtserkennungssoftware ausgestatteten Kameras (oder anderen Geräten wie Mikrofonen, Wärmebildkameras etc.) erhoben werden, dienen den Staatsbeamten zur Überwachung und Verfolgung der Menschen. Es zeigt sich: Digitalisierung, Zentralisierung, Verwaltung, Überwachung, Sanktionierung - all die Eckpfeiler der digitalen Identität sind bereits in die chinesische Gesellschaft eingeflochten und müssten bloss noch in wenigen Schritten unter einer ge-

meinsamen, auf der Blockchain-Technologie basierenden, digitalen Identität zusammengeführt werden.

Selbstverständlich gibt es in Europa bereits ebenfalls die Bestrebung, den Bürgern mit der Einführung eines Sozialkredit-Systems (siehe S.26 ff.) auch eine digitale Identität zuzuweisen. Ein solches Ausweis- und Aufzeichnungssystem im digitalen Raum ist die Voraussetzung für Überwachung im grossen Stil und die Europäische Union ist in deren Erschaffung bereits erschreckend weit fortgeschritten. Am 03. Juni 2021 schlug die EU-Kommission die Einführung einer solchen digitalen Identität für alle Europäerinnen und Europäer vor.

⁽¹⁾ Mit blumigen Worten soll den Bürgern das schmackhaft gemacht werden, was sie letztlich vor dem Staat vollkommen gläsern werden lässt: Man wird die Identität «überall in Europa nutzen können, um alles zu tun, vom Steuern Zahlen bis hin zum Fahr-



Die individuellen Datenbanken eines jeden chinesischen Bürgers, in welche die Regierungsbehörden volle Einsicht haben (siehe S.11 ff.), könnten bereits als eine digitale Identität bezeichnet werden. Der Umfang an Informationen, die digital gesammelt werden, könnte aber auch in China noch erheblich erweitert werden und es fehlt zudem noch die Verknüpfung aller Daten in einer Blockchain, woran die KPCh nachweislich mit Hochdruck arbeitet (Ausgabe 51, S.17 f.).

Erinnerung an «Pflichtimpfung»

In einem Promo-Video der Thales Group, das eine digitale Identität bewirbt, wird die Protagonistin an den «Termin für ihre Pflichtimpfung» erinnert, den sie «noch vereinbaren muss». Der originale englische Wortlaut «mandatory vaccination» könnte genauso als «Zwangsimpfung» übersetzt werden. Das war gut ein Jahr, bevor das Thema «Impfpflicht» medial und politisch überhaupt ins Rollen kam. Das erstaunliche Vorwissen des Thales-Clips deutet bereits darauf hin, dass «private Anbieter» für digitale Identitäten als verlängerter Arm der Regierung agieren werden, was das WEF als «öffentlich-private Partnerschaft» (siehe S.37 f.) bejubelt.



Identitätsnachweis bei einem Universitätsexamen



Identitätsnachweis beim Arzt



Identitäts- und Altersnachweis vor einer Bar

Die Thales Group mit Sitz in Paris ist ein börsennotierter Rüstungskonzern mit Aktivitäten in Militärtechnik, Luft- und Raumfahrt sowie Sicherheit und Transport. Der Konzern mit Milliardenumsatz arbeitet an der Verwaltung einer digitalen Identität und veröffentlichte dazu im Herbst 2020 ein Promo-Video: Die Protagonistin weist sich darin mit ihrer «Digital Wallet» (Digitale Brieftasche) von Thales aus, registriert ihre Gesundheitsdaten und ihren Führerschein online und fordert eine digitale Version ihres Ausweises an, ohne dass sie dafür bei den Behörden erscheinen müsste. Da die Thales Group offensichtlich die Zustimmung von Regierungen braucht, um solcherlei Daten in ihre Digitale Brieftasche zu integrieren, muss es sich bei dem Projekt um eine «öffentlich-private Partnerschaft» (siehe S.37 f.) handeln. Möglicherweise erscheint die digitale Identität von Thales bald als freiwilliges Angebot, um die westliche Bevölkerung vom Komfort des elektronischen Identitätsmanagements zu überzeugen («Nudging», siehe S.9).

Quelle: youtube.com, Digital ID Wallet - Thales, 22.10.2020

rad Mieten», sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede aus dem Jahr 2020. ⁽²⁾ Man muss sich vergegenwärtigen, welch dramatischer Schritt hinter einer solchen «Vereinheitlichung» digitaler Daten tatsächlich steckt. Denn auch wenn bereits im jetzigen Zustand für die grossen Geheimdienste, Plattformen und Datenaggregatoren Unmengen an Informationen über fast jeden verfügbar sind, finden sich diese zurzeit noch in sehr vielen unterschiedlichen Formaten und sind aufgrund einer ungenauen Identifizierung nur begrenzt automatisch analysierbar. Eine einheitliche digitale Identität wäre ein riesiger Schritt zur Perfektion des Überwachungsstaates.

Hinterlegung der biometrischen Daten

Laut dem EU-Abgeordneten Patrick Breyer soll im Zuge dieser «Europäischen Digitalen Identität» nicht nur jeder Person eine eindeutige Personenkennziffer zugewiesen werden, sondern auch biometrische Daten wie Fingerabdruck oder Iris-Scan erfasst werden. ⁽³⁾ Ausgehend davon ist es nur noch ein kleiner Schritt, bis auch noch andere biometrische Eigenschaften wie Gesichtsform, individueller Herzschlag, Stimme, Gangmuster und ähnliches hinzugefügt werden, was es etwa einer Überwachungskamera ermöglichen würde, eine aufgenommene Person zu identifizieren

und die so gewonnenen Überwachungsdaten automatisiert der digitalen Akte der entsprechenden Person zuzuordnen. Wie wir in China bereits jetzt sehen, sind die Möglichkeiten des modernen, digitalen Überwachungsstaates nahezu unbegrenzt und die westlichen Länder bewegen sich in Riesenschritten auf ähnliche Verhältnisse zu. (as/fb)

Quellen:

1. ec.europa.eu, Kommission schlägt vertrauenswürdige und sichere digitale Identität für alle Europäerinnen und Europäer vor, 03.06.2021
2. ec.europa.eu, Präsidentin von der Leyens Rede zur Lage der Union bei der Plenartagung des Europäischen Parlaments, 16.09.2020
3. patrick-breyer.de, Europäische Digitale Identität (e-ID), Abgerufen am: 13.10.2022

«Known Traveller» und «ID2020»: Das WEF treibt die digitale Identität voran

Das Projekt «Digital Identity Alliance», kurz «ID2020», an dem unter anderem die Rockefeller Stiftung, die Beratungsfirma Accenture, Microsoft und die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung (ausser der Rockefeller-Stiftung alle «Strategische Partner» des WEF; Ausgabe 51, S.31 ff.) beteiligt sind, plant digitale Impfnachweise mit einer biometrischen Identität zu verknüpfen. Diese digitale Identifikation der Bürger soll dabei sowohl global als auch auf Lebenszeit umgesetzt werden. Auf dem ID2020-Gipfel 2017 – ausgerichtet von den Vereinten Nationen, Accenture und Microsoft – wurde ein erster Prototyp dieser digitalen Ausweislösung vorgestellt, die biometrische Identifikation (Fingerabdruck, Iris-Scan etc.) mit einer dezentralen Speicherung von Identitätsdaten, basierend auf Blockchain-Technologie (Ausgabe 51, S.16 ff.), verknüpft. ⁽¹⁾ Dass Biometrie und digitale Identität auch beim ID2020-Projekt untrennbar miteinander verwoben sind, unterstreicht erneut, dass es sich bei digitaler Identität keineswegs um ein banales Ausweispapier handelt, das jetzt eben auf dem Smartphone gespeichert ist, anstatt als physisches Dokument vorzuliegen. Wenn es die Technik eines Tages möglich macht, dass Menschen überall per Gesichtsscan identifizierbar werden, wird unsere Existenz lückenlos digital aufgezeichnet und nachverfolgbar werden, ohne dass wir ein digitales Gerät mitführen müssten. Unser Gesicht alleine würde ausreichen, um zu bezahlen oder um Ländergrenzen legal überschreiten zu können.



Der Prototyp für die digitale Identität von ID2020 basierte auf einer Blockchain von Accenture und lief auf der Cloud-Plattform Azure von Microsoft, die auch von BlackRock für sein Finanzanalysesystem namens Aladdin genutzt wird (Ausgabe 51, S.32). Ursprünglich wurde die Grundlage des Systems entwickelt, um die Identitäten von Migranten zu registrieren. Das Projekt wurde damals von Accenture für den Hochkommissar der Vereinten Nationen entwickelt. Millionen von Migranten wurden mithilfe des Systems mit biometrischen Merkmalen erfasst und gespeichert. In den Entwicklungsländern wird ID2020 vor allem dafür verwendet, im Rahmen von Impfprogrammen Kinder biometrisch zu erfassen.

Im September 2019 hat ID2020 zusammen mit der von der Gates-Stiftung massgeblich finanzierten Impfallianz GAVI eine Kooperation mit der Regierung von Bangladesch verkündet. Im Rahmen der Kooperation sollte die Impfung als Gelegenheit genutzt werden, um digitale Identitäten zu etablieren. ⁽²⁾ «In Bangladesch hat nur jedes fünfte Kind eine Geburtsurkunde», berichtete Dakota Gruener, Leiterin von ID2020. «Wir und GAVI erstellen digitale Impfnachweise für Kinder und geben ihnen so auch eine digitale Identität.» ⁽³⁾ Das System, das Microsoft und Accenture im Rahmen von ID2020 entwickeln, soll letztlich dazu geeignet sein, Milliarden Erdenbürger zu erfassen und den Zugriff auf deren Daten zu verwalten. Dem Konzept nach sollen die digitalen Identitätsnachweise diejenigen ergänzen und auch ersetzen können, die von den Regierungen der einzelnen Heimatländer ausgestellt werden. ⁽⁴⁾



Von links nach rechts: EZB-Chefin Christine Lagarde, Kanadas Premier Justin Trudeau (Ausgabe 51, S.11-12, siehe S.7), Mark Rutte, Ministerpräsident der Niederlande, BlackRock-Geschäftsführer Larry Finck (Ausgabe 51, S.27 ff.) und Blackstone-Gründer Stephen A. Schwarzman (siehe S.17 f.). Das Pilotprojekt «The Known Traveller Digital Identity» fand durch eine Kooperation niederländischer und kanadischer Flughäfen statt.

Der digitale Reisepass

Zu Anfang des Jahres 2018 wurde auf der Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums in Davos das Pilotprojekt «The Known Traveller Digital Identity» vorgestellt, welches vom Weltwirtschaftsforum in Zusammenarbeit mit der US-Innenbehörde Homeland Security ausgearbeitet wurde. Es soll dazu dienen, international Reisende dazu zu bringen, Daten über sich zu sammeln und diese bei Grenzübertritten «freiwillig» herauszugeben. ⁽⁵⁾ Der Reisende soll also selbst eine Datenbank mit Informationen über sich anlegen und laufend ergänzen. Dazu sollen die Reisehistorie, Bankdaten, Hotelübernachtungen, Mietwagenbuchungen, Dokumente von Universitäten, Ämtern etc. gehören. Wer eine Grenze überschreiten will, der gibt den Behörden einen Zugang zu diesen Daten, damit sie sich vorab von der Harmlosigkeit und der tatsächlichen Identität des Reisenden überzeugen können. Das Online-Portal der Wochenzeitung Zeit beschreibt das langfristige Ziel des Projekts folgendermassen: «Schon vor der Reise kann man den Behörden alle nötigen Dokumente per App zur Verfügung stellen, und bei der Einreise läuft man einfach durch, statt nach langem Anstehen dem Blick eines skeptischen Zollbeamten standhalten zu müssen – denn die Identität wurde schon per Gesichtserkennung bestätigt.» ⁽⁶⁾ Wörtlich heisst es im Bericht zum Known-Traveller-Konzept: «Die Reisenden müssen die Gelegenheit bekommen, die passive Rolle zu verlassen und zu einer aktiven partnerschaftlichen Rolle im Sicherheitsprozess wechseln. Indem die Reisenden freiwillig ihre digitale Identität preisgeben, werden sie in den Sicherheitsprozess eingebunden und profitieren von einer personalisierten und reibungslosen Reise.» ⁽⁷⁾ Im Umkehrschluss bedeutet das in Zukunft langwierige Torturen für diejenigen, die sich gegen den digitalen Reisepass entscheiden, womit Fluggäste nicht gezwungen, aber offensiv gedrängt werden, sich für das Known-Traveller-Konzept zu entscheiden. Doch wäre ein derartiges System erstmal etabliert, kann man sich leicht ein Szenario ausmalen, in welchem die digitale Datenfreigabe eines Tages vielleicht doch erzwungen bzw. schlichtweg unabdingbar wird, um Ländergrenzen zu passieren, da man sich ansonsten in so grosse Schwierigkeiten bringt, dass niemand eine andere Option nutzen wird.

Aber: Nachdem eine Transparenzanfrage in Kanada ergeben hatte, dass die Regierung plane, ab 2021 gut 100 Millionen kanadische Dollar auszugeben, um zusammen mit dem Weltwirtschaftsforum das Known-Traveller-Projekt voranzutreiben, wurde Anfang Oktober 2022 überraschenderweise das Ende

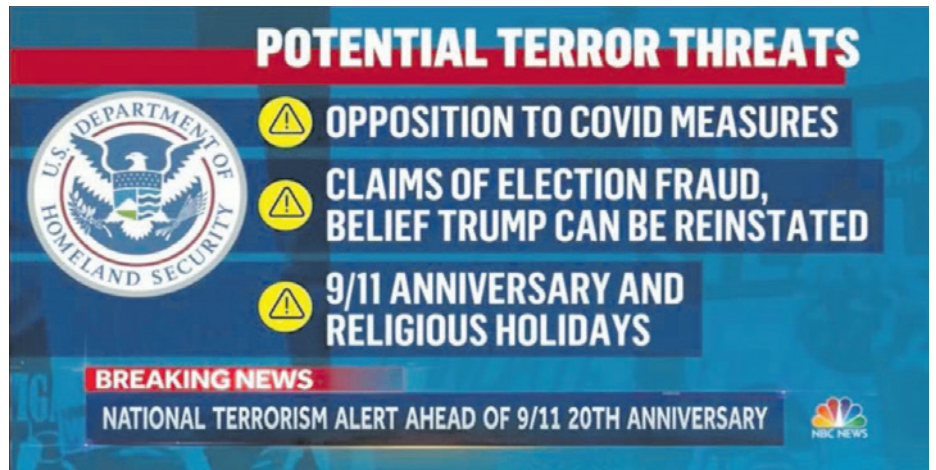
You might soon be travelling without a passport – this is how



Foto: Shutterstock/mehmet ali poyraz

Das Weltwirtschaftsforum titelte im Juni 2019 auf seiner Webseite: «Sie könnten bald ohne Reisepass reisen – so geht's». Im Artikel wurde das Projekt «The Known Traveller Digital Identity» vorgestellt.

Das WEF lockt mit dem Ende anstrengender Passkontroll-Verfahren an Flughäfen, wenn der Kunde sich bereit erklärt, seine Dokumente vorher bereits digital zur Verfügung zu stellen. Auch das Known-Traveller-Konzept scheint verlockenden Komfort als Eintrittstor für Kontrolle zu nutzen (Ausgabe 51, S.44 ff.).



Auf dem Sender NBC wurde im August 2021 berichtet, die «Heimatschutzbehörde» Homeland Security liste folgendes als «potenzielle Terrorgefahr»:

- «- Opposition zu den Corona-Massnahmen
- Behauptungen von Wahlbetrug und der Glaube, Trump könnte wieder ins Amt gebracht werden
- Der 9/11-Jahrestag und religiöse Feiertage»

Die Beteiligung von Homeland Security am WEF-Projekt «The Known Traveller Digital Identity» sollte deutlich machen, welch Geistes Kind bei der Schaffung einer digitalen Identität am Werk ist. Genauso wie die KPCh die die nach Freiheit strebenden Uiguren in Xinjiang als «Terrorgefahr» betrachtet und rücksichtslos verfolgt (Ausgabe 51, S.48 ff.), könnten analog dazu in Zukunft auch Sezessions- und Dissidentenbewegungen in Amerika zu einer zu bekämpfenden Gruppierung erklärt werden. Die «Homeland Security» wäre dann einer der Arme des Systems, der gegen diese «Feinde» vorgeht. Mit welchen technischen Mitteln ein derartiger Kampf im 21. Jahrhundert ausgetragen wird, zeigt ein Blick nach Xinjiang.

des Pilotprojekts bekanntgegeben. ⁽⁸⁾ Die vorläufige Einstellung wird jedoch kaum etwas an der geplanten Einführung eines digitalen Reisepasses ändern. Die in dem Projekt gewonnenen Erkenntnisse werden sicherlich weiterverwendet und uns bestimmt bald unter neuem Namen begegnen.

Entmachtung der Nationalstaaten

Durch «Known Traveller» oder ID2020 soll es zur Norm werden, dass Identität teilweise oder ganz von den nationalen Regierungen unabhängig wird, wodurch ein «Weltbürger-Status» eingeführt werden

soll, der die Menschen mindestens teilweise von ihren jeweiligen nationalstaatlichen Regierungen emanzipiert. Die Daten liegen dann nämlich in aller Regel auf Servern der Tech-Grosskonzerne, insbesondere auf denen der beiden führenden Cloud-Dienstleister Amazon und Microsoft. Die technischen Standards werden dabei von diesen Firmen bestimmt und auch die zentral verwalteten Zugänge zu den Identitätsdaten werden von diesen Unternehmen kontrolliert. Die Konzerne, welche die Blockchain-Architektur des Programms bestimmen, können die Daten von Individuen oder Unternehmen auslesen, sie theoretisch auch blockieren ▶

oder anderweitig manipulieren, sodass die davon Betroffenen handlungsunfähig werden. Selbst wenn sie es wollten, könnten die Regierungen der Heimatländer ihnen dann nicht helfen.

Auch an dieser Stelle soll nicht abgestritten werden, dass die digitale Identität ihre Vorteile bietet und das nervige Organisieren der Geldbörse mitsamt der enthaltenen Ausweis-, Versicherungs- und Kreditkarten sowie Geldscheine und Münzen durch sie der Vergangenheit angehört. Wer sein Gesicht als Identifikationsmittel benutzt, kann natürlich denkbar bequem rei-

sen und muss sich keine Gedanken um den Verlust irgendwelcher Ausweispapiere und -karten oder von Bargeld machen – ein in einer idealen, freien, friedfertigen und leider erträumten Welt sicherlich wünschenswerter Weg. Aber, wie schon beschrieben (Ausgabe 51, S.44 ff.), ist es in der Realität nicht lohnenswert, sich der totalen Fremdbestimmung auszuliefern, um den persönlichen Komfort zu steigern. Spätestens, wenn das digitale Gefängnis der Zukunft finalisiert wurde, wird sich auch das Versprechen von einem unkomplizierteren und besseren Leben als haltlos entpuppen. (as)

Quellen:

1. heise.de, ID2020: Blockchain-Ausweis für Milliarden, 06.2017
2. biometricupdate.com, ID2020 and partners launch program to provide digital ID with vaccines, 20.09.2019
3. srf.ch, Die Blockchain weiss alles – kommt die totale Überwachung?, 17.10.2020
4. cio.de, ID2020: Die UNO-Weltidentität, 03.09.2020
5. weforum.org, The Known Traveller: Unlocking the potential of digital identity for secure and seamless travel, 23.01.2018
6. zeit.de, Können Sie die bald vergessen?, 14.01.2021
7. weforum.org, The Known Traveller: Unlocking the potential of digital identity for secure and seamless travel, 23.01.2018
8. biometricupdate.com, No plans to revive World Economic Forum's user-controlled airport digital ID pilot, 07.10.2022

Digitale Identität «für Arme»

Während es im Westen oder China vor allem darum geht, analoge Personendaten zu digitalisieren, ist die Dynamik bei den ärmsten Bewohnern der Dritten Welt eine andere, denn sie gilt es überhaupt erst einmal staatlich zu erfassen. «Für die schätzungsweise eine Milliarde Menschen weltweit, die keinen legalen Ausweis besitzen, bieten digitale Identitätsprogramme eine einmalige Chance für mehr Inklusion, eine bessere finanzielle Beteiligung und einen breiteren Zugang zu staatlichen Ressourcen und Initiativen», schreibt das WEF auf seiner Webseite ⁽¹⁾, womit es indirekt wohl sagen will: Die bettelarmen Bewohner der Dritten Welt sind eine ungenutzte Ressource, die es noch anzupapfen gilt, um die technokratischen Fantasien von Schwab, Gates und Co. wahr werden zu lassen. In der Tat: Die digitale Transformation der Dritten Welt ist in vollem Gange, doch da sich die vorliegende Ausgabe auf die Parallelen zwischen China und dem Westen beschränkt, wollen wir



Der digitale «Aadhaar»-Ausweis mit persönlicher Identifikationsnummer kann mit Leichtigkeit auf das eigene Smartphone transferiert werden. Das «Aadhaar»-System ist seit 2016 in Indien verpflichtend, um sämtliche Staatsleistungen in Anspruch nehmen zu können. Ausgerechnet der Schwiegervater von Grossbritannien-Premier Rishi Sunak wurde zum Milliardär mit der Firma Infosys, die «Aadhaar» entwickelte.

uns nicht auf die Länder selbst, sondern darauf konzentrieren, was westliche Entscheidungsträger über die digitalen Überwachungssysteme der Dritten Welt sagen, um Rückschlüsse auf ihre Pläne für den Westen ziehen zu können.

«Aadhaar»

Im Juli 2022 berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, Millionen Kindern, die sich nicht für das digitale Identitätssystem «Aadhaar» der indischen Regierung registriert hatten, werde der Zugang zu staatlichen Schulen verweigert. An «Aadhaar», das mit der Speicherung von biometrischen (Fingerabdruck- und Augen-Scans) und biographischen Daten in einer zentralen Datenbank einhergeht, sei auch der Zugang zu kostenlosen Mahlzeiten für Kinder und schwangere Frauen geknüpft. Da viele arme Bürger Indiens von solcherlei «Geschenken» abhängen und ihre Kinder selbstverständlich in die Schule schicken wollen, wird der ausgeübte Druck offenkundig, sodass man bei «Aadhaar» zweifellos zu einer Nötigung zum Beitritt sprechen muss. ⁽²⁾ Wirft man einen kritischen Blick auf Aadhaar, ist es in vielen Bereichen der digitalen Überwachung und dem Sozialkredit-System Chinas recht ähnlich, doch bewegt es sich meist ausserhalb der kritischen medialen Betrachtung, da sich



Bill Gates neben Aadhaar-Entwickler Nandan Nilekani und seiner Ehefrau. Ähnlich wie Bill Gates und seine (Ex-)Frau Melinda inszeniert sich das Paar in Indien als «Philanthropen».

Rishi Sunak, Premierminister Grossbritanniens

Foto: Simon Walker/HM Treasury/Open Government Licence v3.0

Während er Finanzminister war, begann die Bank of England ihr CBDC-Projekt (siehe S.41 f.), das Sunak der Öffentlichkeit anpries.

Er arbeitete vor seinen politischen Ämtern für diverse Hedgefonds und für Goldman Sachs.

Er und seine Ehefrau haben hunderte Millionen Pfund auf dem Konto, da der Vater seiner Frau ein Co-Gründer des Konzerns Infosys ist, der die digitale Identität «Aadhaar» in Indien entwickelte. Bill Gates bezeichnete einen anderen Infosys-Gründer als «Helden».

Er kündigte rigorose «Klimaschutz»-Massnahmen an und verpflichtete Unternehmen bereits zur Emissionsberichterstattung an die Regierung.



westliche Medien normalerweise auf China als Fixstern ihrer Aufmerksamkeit beziehen und sich dabei, wie schon erwähnt, in allerhöchster Heuchelei üben. Die Huffington Post berichtete im Mai 2020 über ihr zugespielte Regierungsdokumente aus Indien, aus denen hervorgeht, die Regierung von Premierminister Narendra Modi sei dabei, «eine allumfassende, sich automatisch aktualisierende und durchsuchbare Datenbank zu erstellen, in der jeder Aspekt des Lebens der über 1,2 Milliarden Einwohner Indiens erfasst werden kann». «Wenn die Pläne von Modis Bürokraten und Beratern umgesetzt werden, wird dieses System automatisch erfassen, wenn ein Bürger von einer Stadt in eine andere umzieht, den Arbeitsplatz wechselt, eine neue Immobilie kauft, wenn ein Familienmitglied geboren wird, stirbt oder heiratet und in die Wohnung des Ehepartners zieht. Die Interoperabilität moderner Datenbanksysteme bedeutet, dass es keine technischen Grenzen für den Umfang der Daten gibt, die von dieser Master-Datenbank der Datenbanken erfasst und indexiert werden können», fährt der Artikel fort. ⁽³⁾ Das klingt doch gar nicht so weit entfernt vom digitalen Überwachungssystem Chinas, oder?

Aadhaar und der Westen

Für den Westen ist die Digitalisierung des indischen Staates unter anderem deshalb relevant, weil hochrangige Agenda-Vorantreiber wie Bill Gates in den höchsten Tönen von Aadhaar sprechen. Mehrmals lobte er Indien in seiner Vorreiterrolle in Sachen digitale Identität. Nandan Nilekani, den Co-Gründer des IT-Unternehmens «Infosys», der Aadhaar entwarf, bezeichnete Gates auf seinem YouTube-Kanal in einem 2019 hochgeladenen Video gar als «seinen

Freund» und einen «Helden». ⁽⁴⁾ Wer jetzt noch glaubt, man könne daraus keine Rückschlüsse darauf ziehen, was auf die Bevölkerung des Westens zukommt, den überzeugt vielleicht die Tatsache, dass die Ehefrau des gewählten Oberhauptes Grossbritanniens, Premierminister Rishi Sunak, die Tochter eines anderen Co-Gründers von Infosys ist: N.R. Narayana Murthy. ⁽⁵⁾ Wie hoch das auf 730 Millionen Pfund geschätzte Vermögen des neuen Premiers und seiner «First Lady» wohl ohne Aadhaar wäre? Kaum ein anderes Projekt hat Infosys mehr Geld in die eigenen Kassen gespült als das digitale Erfassungssystem des indischen Staates.

«Überraschung»: Auch Infosys gehört zum erlesenen Kreis der knapp über hundert «Strategischen Partner» des WEF, und es kommt noch «besser», denn in seiner vorherigen Rolle als Schatzkanzler Gross-

britanniens hatte sich Rishi Sunak besonders für die Einführung einer «Digitalen Zentralbankwährung» (CBDC) stark gemacht und das zugehörige Projekt (siehe S.41 f.) der Öffentlichkeit vorgestellt. Das sollte deutlich machen, warum man aus der Digitalisierung Indiens oder auch Afrikas Rückschlüsse auf die Zukunft des Westens ziehen kann. *(tk)*

Quellen:

1. weforum.org, Why a ruling on digital ID by Kenya's High Court has global implications for online privacy, 31.03.2022
2. reuters.com, FEATURE-Indian children without Aadhaar digital ID shut out of school, 29.07.2022
3. huffpost.com, EXCLUSIVE: Documents Show Modi Govt Building 360 Degree Database To Track Every Indian, 16.03.2020
4. youtube.com, Bill Gates's Heroes in the Field: Nandan Nilekani, 31.01.2019
5. outlookindia.com, The Millionaire Prime Minister: Rishi Sunak's Wealth, Infosys Connection And More, 26.10.2022



Das Projekt der Weltbank, um die digitale Identität in die Dritte Welt zu transportieren, trägt den Namen «ID4D». «Identitätsnachweis für die 1,5 Milliarden Menschen, die keinen haben», ist auf diesem PR-Bild der Weltbank zu lesen. Wie zu erwarten ist, steht auch bei der Weltbank die Verknüpfung von digitaler Identität und der Agenda 2030 (siehe S.34 f.) an oberster Stelle. ID4D wird zudem von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung finanziert und Bill Gates bezeichnete den Entwickler des indischen Aadhaar-Systems als «Helden».

77 «Constance Chioma ruft ihren Sohn jeden Morgen an, um sich zu vergewissern, dass es ihm gut geht [...]. Anfang dieses Monats kam sie nicht durch. Später stellte sie fest, dass ihre SIM-Karte eine von etwa 73 Millionen ist – mehr als ein Drittel der 198 Millionen in Nigeria – die nicht für ausgehende Anrufe zugelassen sind, weil sie nicht in der nationalen digitalen Identitätsdatenbank registriert wurden.»



REUTERS

Die Nachrichtenagentur Reuters am 20. April 2022

Quelle: reuters.com, FEATURE-Nigeria blocks 73 million mobile phones in security clampdown, 20.04.2022

Nigeria ist kein Ausnahmefall. Überall auf der Welt verlangen Regierungen mittlerweile von ihren Bürgern, die SIM-Karte ihres Handys mit ihrer realen Identität zu verknüpfen. Es handelt sich dabei um einen von vielen Schritten hin zu einem vollständigen Handlungsprofil jedes Menschen, welches durch die Bezeichnung «digitale Identität» eigentlich verharmlost wird, denn vielmehr lautet das langfristige Ziel Totalüberwachung, wie wir sie in China schon vorfinden.



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Wenn man sich nochmals die aktuelle Situation in China vergewärtigt, so muss man feststellen, dass es bisher zwar keine digitale Identität im endgültigen Sinne gibt, doch sehen sich die Bürger mit einer alsbald drohenden finalen Verwirklichung konfrontiert, denn die dafür notwendige Infrastruktur (Digitalisierung, Überwachung etc.) inkl. der Akzeptanz der Bevölkerung ist schon seit Jahren geschaffen und wartet bloss noch auf die Zusammenführung unter einer einheitlichen, auf der Blockchain-Technologie basierenden digitalen Identität.

Auch die EU ist diesbezüglich bereits erschreckend weit fortgeschritten. Am 03. Juni 2021 schlug die EU-Kommission die Einführung einer solchen digitalen Identität für alle europäischen Bürger vor. Man wird die Identität «überall in Europa nutzen können, um alles zu tun, vom Steuern Zahlen bis hin zum Fahrrad Mieten», sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede. Eine einheitliche digitale Identität wäre ein riesiger Schritt zur Perfektion des Überwachungsstaates, den die politischen Verantwortlichen in Europa offenbar nur allzu gerne verwirklicht sehen wollen. Die sog. «Europäische Digitale Identität» soll für jede Person eine eindeutige Personenkennziffer sowie biometrische Daten wie Fingerabdruck oder Iris-Scan enthalten, und es ist davon auszugehen, dass dies nur den Anfang darstellt.

Auf internationaler Ebene, also gleichsam die EU betreffend, werden weitere Projekte diskutiert, die die Möglichkeiten zur Überwachung der Menschen potenzieren und den Weg zur Realisierung einer digitalen Identität ebnen sollen. Zum Beispiel bemühen sich die Rockefeller Stiftung, die Beratungsfirma Accenture, Microsoft und die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung in dem Projekt ID2020 darum, digitale Impfnachweise mit einer biometrischen Identität und digitaler Speicherung, basierend auf Blockchain-Technologie, zu verknüpfen. In den Entwicklungsländern wird ID2020 vor allem dafür verwendet, im Rahmen von Impfprogrammen Kinder biometrisch zu erfassen. Die Impfung wird in diesem Fall nachweislich als Gelegenheit genutzt, um digitale Identitäten zu etablieren.

Des Weiteren treibt das Weltwirtschaftsforum in Zusammenarbeit mit der US-Innenbehörde Homeland Security ein Pilotprojekt namens «The Known Traveller Digital Identity» voran. Es wurde auf der WEF-Jahrestagung 2018 der Weltöffentlichkeit vorgestellt und soll dazu dienen, international Reisende dazu zu bringen, Daten über sich zu sammeln und diese bei Grenzübertreten «freiwillig» an die Behörden herauszugeben. Das Online-Portal der Wochenzeitung Zeit beschreibt das langfristige Ziel des Projekts folgendermassen: «Schon vor der Reise kann man den Behörden alle nötigen Dokumente per App zur Verfügung stellen, und bei der Einreise läuft man einfach durch, statt nach langem Anstehen dem Blick eines skeptischen Zollbeamten standhalten zu müssen – denn die Identität wurde schon

per Gesichtserkennung bestätigt.» Die Reisehistorie, Bankdaten, Hotelübernachtungen, Mietwagenbuchungen, Dokumente von Universitäten, Ämtern etc. gehören zu den Informationen, die die Reisenden künftig teilen sollen. Die als «frei» bezeichnete Wahl, dies nicht in Anspruch zu nehmen, dürfte in der Folge zu einer so unangenehmen Behandlung und Benachteiligung führen, dass die Menschen nahezu zur Teilnahme genötigt werden. Zwar wurde das Projekt Anfang Oktober 2022 überraschenderweise für beendet erklärt, doch wird die vorläufige Einstellung wohl kaum etwas an der geplanten Einführung eines digitalen Reisepasses ändern. Durch derartige Initiativen soll es zur Norm werden, dass die Identitätsnachweise immer weniger durch nationale Regierungen bereitgestellt werden, wodurch sich die Menschen zunehmend in «Weltbürger» verwandeln, da eine Weltregierung das erklärte Ziel der Agenda ist.

Während es im Westen oder China vor allem darum geht, analoge Personendaten zu digitalisieren, ist die Dynamik bei den ärmsten Bewohnern der Dritten Welt eine andere, denn sie gilt es überhaupt erst einmal staatlich zu erfassen. «Für die schätzungsweise eine Milliarde Menschen weltweit, die keinen legalen Ausweis besitzen, bieten digitale Identitätsprogramme eine einmalige Chance für mehr Inklusion, eine bessere finanzielle Beteiligung und einen breiteren Zugang zu staatlichen Ressourcen und Initiativen», schreibt das WEF auf seiner Webseite. In Indien werden im Rahmen einer solchen Aktion bettelarme Menschen zur Registrierung für das staatliche digitale Identitätssystem «Aadhaar» genötigt. Es handelt sich um eine allumfassende und automatisierte Datenbank, die laut Regierungsdokumenten auf lange Sicht jeden Aspekt des Lebens der über 1,2 Milliarden Einwohner Indiens erfassen und verwerten soll und die vom chinesischen Überwachungssystem nicht weit entfernt ist. Das ist für den Westen insofern relevant, als dass Bill Gates und andere in den höchsten Tönen von Aadhaar sprechen. Zudem ist die Ehefrau des gewählten Oberhauptes Grossbritanniens, Premierminister Rishi Sunak, «zufälligerweise» die Tochter eines Co-Gründers von Infosys, demjenigen Unternehmen, welches Aadhaar entwarf und auch zu den «Strategischen Partnern» des WEF gehört.

Es soll nicht abgestritten werden, dass die digitale Identität ihre Vorteile bietet und vor allem in puncto Bequemlichkeit trumps. Aber, wie schon beschrieben (Ausgabe 51, S.44 ff.), ist es nicht lohnenswert, sich der totalen Fremdbestimmung auszuliefern, um den persönlichen Komfort zu steigern.

Das heutige China dient hier erneut als Menetekel, denn die Illusion, der Staat nutze die Digitaltechnik um den Bürgern als wohlwollender Beschützer zu dienen und die chinesischen Konzerne seien lediglich komfortable Dienstleister, muss aktuell auch für den naivsten westlichen Beobachter zerplatzen. Was momentan China stattfindet, verdient nicht weniger als die Bezeichnung «Terror».

►► Fortsetzung auf Seite 73

Auf einen Blick

► Während der unmittelbare «Corona»-Massnahmenterror im Westen inzwischen an Intensität verloren hat, regiert er in China noch immer. Nach wie vor hält das Reich der Mitte an einer rigoros verfolgten «Null-COVID-Strategie» fest und drangsaliert seine Bürger aufs Brutalste.

► Doch es wäre verfehlt anzunehmen, China besäße das weltweite Monopol auf diese Art von Schikane im Namen der «Volksgesundheit». In besonders unrühmlicher Weise tat sich Australien hervor: Die Stadt Melbourne hält den Rekord für den längsten Lockdown am Stück und die australischen «Quarantänecamps» unterscheiden sich kaum von den chinesischen.

► In China rammten 2022 drakonische Lockdowns das Wirtschaftswachstum in den Boden. In Europa und vor allem Deutschland könnte Putins Verknappung von Gas genutzt werden, um die Bevölkerung im Namen des Energiesparens und des «Klimaschutzes» zu gängeln und damit eine Umstellung von Privatwirtschaft auf Planwirtschaft realisieren, wie sie auch in China stattzufinden scheint.

China 2022: Die «Neue Normalität» des «Corona»-Terrors

Ein gelungener Dystopie-Roman entsteht, wenn es dem Autor gelingt, Zustände zu beschreiben, die dem Leser als absurd und furchterregend zugleich erscheinen. Der Erzähler hat sein Ziel erreicht, wenn der Rezipient ständig den Kopf schüttelt, und darüber erleichtert ist, nicht in dieser Dystopie leben zu müssen. Gleichzeitig sollte ihn die Frage beschäftigen, ob es dunklen Kräften in einer weit entfernten Zukunft vielleicht doch gelingen könnte, das beschriebene alpträumhafte Szenario Wirklichkeit werden zu lassen. Wäre vor einigen wenigen Jahrzehnten ein fiktiver Roman darüber erschienen, was im heutigen China wirklich passiert, der Autor hätte sich wohl vor Komplimenten für die erfolgreiche Ausführung einer stimmigen und zugleich absurden dystopischen Horrorvision kaum retten können. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, erscheint die Dystopie jedoch immer nur «von aussen» als absurd. Liest man fiktive Bücher oder schaut Nachrichtenberichte aus anderen Ländern, ist es einfach, Abwegiges als abwegig und Totalitäres als totalitär zu erkennen. Nahm die Dystopie allerdings in der eigenen Lebensumgebung Form an, dann war die Mehrheit der Menschen fast immer blind für sie.

Leider muss festgestellt werden, dass die Dystopie in China bittere Realität wurde. Von aussen betrachtet erscheint die Konformität, mit der die Mehrheit der Chinesen dem offiziellen marxistischen Dogma begegnet, wahnhaft und psychotisch. Und mittlerweile sind die chinesischen Bürger nicht mehr nur einer grössenswahn sinnigen Politikerkaste unterworfen, die jeglichen Dissens unterbindet und die an einer inhärent lebensfeindlichen Ideologie festhält; im Jahr 2020 wurde der totalitäre Werkzeugkasten der KPCh auch noch um irrwitzige «Corona»-Massnah-



men ergänzt, die das normale Leben der Chinesen restlos zu einer Abfolge quälender und vollkommen sinnloser Torturen transformiert haben. Was wir in unserer Doppelausgabe 43/44 zum Thema «Massenpsychose» primär für den Westen beschrieben haben, wird im Reich der Mitte auf die Spitze getrieben – und das derzeit mehr denn je.

Lockdown-Jahr 2022

Von westlichen Medien wurde der Shanghaier Lockdown im März 2022 als «härtester Lockdown der Welt» bezeichnet. Wie aus dem Nichts verkündete die kommunistische Führung das Programm «Null COVID» und zog wieder die Saiten auf, die sie in den Anfangstagen des «Corona-Ausbruchs» an den Tag legte. Während Europa 2021 unter Knallhart-Lockdowns und erpresserischer Impfpolitik litt, schien die «Pandemie» in China schon längst überwunden. Inzwischen haben sich die Verhältnisse wieder umgekehrt: Europa lockert und China verschärft auf jeder Ebene. In

Shanghai berief sich die KP auf eine angebliche «Omikron-Welle», die durch das Land rolle und die als Rechtfertigung für das drakonische Vorgehen herangezogen wurde.

Obwohl die Massnahmen, die über Europa verhängt wurden, als gesetzes- und menschenrechtswidrig zu verurteilen sind, gilt es trotzdem festzuhalten, dass die Bevölkerung Shanghais beim «härtesten Lockdown der Welt» weit Schlimmeres ertragen musste als der Westen. Die Bewohner der 26-Millionen-Metropole wurden wochenlang buchstäblich in ihren Wohnungen gefangen gehalten. Per Dekret wurde die gesamte Metropole augenblicklich zum Megagefängnis umgewandelt. Eine Blaupause, die später in dieser Form noch in zahlreichen weiteren chinesischen Grossstädten wiederholt wurde. Belebte Landeszentren wurden von einem Tag auf den anderen zu Geisterstädten.

Im Gegensatz zu den Lockdowns hierzulande wurden in China auch Supermärkte längerfristig geschlossen. Wer nicht genug zu essen daheim hatte, ►



Menschenleere Strassen in Shanghai während des Lockdowns im April 2022. Metropolen wurden zu Geisterstädten.



Bild aus einem chinesischen «Quarantänelager» ohne Privatzimmer

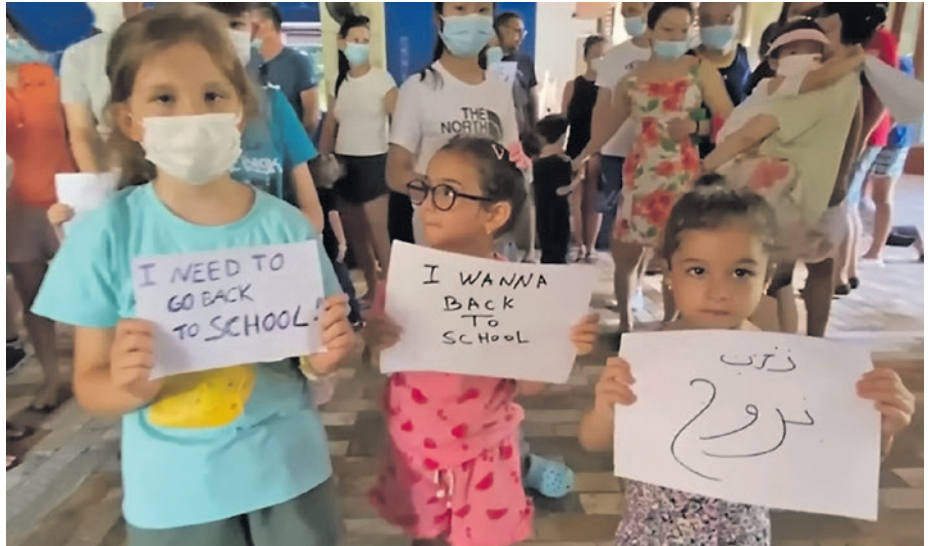
► musste auf Lebensmittellieferungen hoffen, die oft genug nicht kamen. Menschen protestierten an ihren Fenstern, weil ihr Kühlschrank leer war. Selbst die zurückhaltenden Chinesen brüllten verzweifelt aus ihren Wohnungen: «Ich kann es nicht mehr aushalten» oder «Beendet die Quarantäne». «Ich hatte zunächst Angst vor dem Virus. Dann realisierte ich jedoch, dass Viren dich nicht töten – aber der Hunger sehr wohl», sagte ein Bewohner Shanghais in einem April 2022 veröffentlichtem Video.⁽¹⁾ In einigen Teilen der Stadt soll es zu Plünderungen von Supermärkten und Lebensmittellagern gekommen sein, weil verzweifelte Eingespernte sich nicht mehr anders zu helfen wussten. Videos von Polizisten, die in Schutzanzügen Wohnungstüren einschlugen, um Bewohner festzunehmen, die sich weigerten, in ein «Quarantänelager» umzuziehen, machten in westlichen sozialen Medien die Runde. Der Müll türmte sich meterhoch auf den Shanghaier Strassen, denn nicht einmal die Müllabfuhr durfte arbeiten.

Absperrung von Wohngebieten

Chinas Hauptstadt Peking machte es Shanghai wenige Wochen später nach. Die dort beobachtbaren Szenen waren nicht minder dramatisch. Eine App zeigte die «Risikogebiete» in Peking auf, die sich von Tag zu Tag veränderten. Wenn bei nur einem einzigen Bewohner eines Wohnviertels ein PCR-Test positiv anschlug, konnte dieses vollständig abgeriegelt werden. Für zwei Wochen wurden dann hunderte, wenn nicht tausende von Menschen in Geiselhaft genommen und erst wenn danach kein Einwohner mehr positiv auf «Corona» getestet wurde, wurde der lokale Lockdown beendet. Bei den plötzlichen Absperrungen kamen Menschen nicht mehr aus ihrer Wohnung heraus, um ihrem Alltag nachzugehen. Schlimm genug, doch wer sich ausserhalb seiner Wohnung befand, während der Lockdown verhängt wurde, konnte nicht mehr in die eigene (!) Wohnung zurückkehren. Wer Glück im Unglück hatte, fand Zuflucht bei Freunden und Verwandten. Wer doppeltes Pech hatte, wurde für längere Zeit zum Obdachlosen und das bei keineswegs dauerhaft warmen Temperaturen in vielen chinesischen Städten. Natürlich versties dieses Vorgehen gegen die bestehenden Gesetze, doch diese gelten in China im Ernstfall eben nur auf dem Papier. Zu zusätzlichen Tragödien kam es, als die abgesperrten Wohnsiedlungen auch noch mit Gitterzäunen voneinander abgetrennt wurden. Ein dadurch verursachtes Drama

ereignete sich in der Stadt Urumtschi in Xinjiang. Während des dort herrschenden Lockdowns brach in einem Hochhaus ein Feuer aus und aufgrund der Absperrungen verzögerte sich der Löscheinsatz, sodass am Ende mindestens zehn Menschen dem Brand zum Opfer fielen, die unter anderen Umständen wahrscheinlich hätten gerettet werden können. Im Nachhinein wurde dieser Brand von vielen Beobachtern als der Auslöser der Proteste gegen die «Corona»-Massnahmen im Dezember 2022 identifiziert. ⁽²⁾ Selbst Chinas führender Epidemiologe, Zhong NanShan, 2020 von Präsident Xi Jinping höchstpersönlich mit dem «Orden der Republik» ausgezeichnet, schrieb in einem wissenschaftlichen Artikel, dass man «Null COVID» auf lange Sicht nicht aufrechterhalten könne. Doch die Debatte darüber wollte die Parteiführung nicht einmal zulassen: Sie liess die Publikation einfach zensieren. ⁽¹⁾

Die Abriegelung der Wohngebiete wird heute noch von staatlichen Mitarbeitern vorgenommen. Weit effizienter würde die Kontrolle funktionieren, hätte man eine allumfassende digitale Identität mit Bewegungserkennung und einer Koppelung an eine digitale Währung (Ausgabe 51, S.31 ff.) bereits installiert. Wäre dies der Fall, so bräuhete es keine Polizeikräfte mehr, die die Abriegelung einer «Risikozone» vornehmen würden. Jedem Bewohner wäre klar, dass ihm eine Bezahlsperre, ein bedeutender Abzug von seinem Zentralbank-Konto oder eine anderweitige verheerende Bestrafung droht, wenn er sein Wohngebiet verlässt – und zwar garantiert und augenblicklich. Die Durchsetzung der Ausgangssperre würde fast ausschliesslich



Familien, die nach über einer Woche immer noch in ihren Hotelzimmern auf der chinesischen Urlaubsinsel Hainan eingesperrt sind, organisieren eine Demonstration in der Lobby. «Ich muss zurück zur Schule» und «Ich will zurück zur Schule» steht auf den Zetteln, die die Kinder in der Hand halten (September 2022).

mit digitalen Mitteln stattfinden und die Bürger hätten kaum eine Chance, sich zu widersetzen.

«Quarantänelager»

Mit einem «Corona-Ausbruch» ging auch die massenhafte Testung der Bevölkerung einher. Beispielsweise mussten sich alle 20 Millionen Einwohner von Peking über mehrere Monate dreimal pro Woche einem PCR-Test unterziehen, wofür sie sich vor Testzentren in einer oft hunderte Meter langen Schlange anstellen mussten. Wenn das Nachbarschaftskomitee – manchmal mitten in der Nacht – zum Appell rief, hatten sie sich umgehend zu den Teststationen zu begeben. Kinder, Senioren, Schwangere – egal – wer auch immer positiv getes-

tet wurde, wurde in ein «Quarantänelager» oder Krankenhaus verfrachtet. Teilweise wurden sogar positiv getestete Kinder von ihren Eltern getrennt und in Krankenhäuser eingepfercht. Über das ganze Land verstreut wurde ein riesiges Netzwerk von neuen «Quarantänelagern» errichtet, in denen tausende Menschen mindestens zwei Wochen in winzigen Containern isoliert leben mussten. Das schockierende, im Internet verbreitete Filmmaterial zeigt die Menschen in den winzigen Containern. Sie sind lediglich mit einem Holzbett und einer Toilette ausgestattet. Meist unterscheidet sie wenig von einer Gefängniszelle. Ein Lager-Bewohner sagte gegenüber dem Fernsehsender BBC: «Hier gibt es nichts, nur das Nötigste [...]. Niemand ist gekom- ▶



Der radikale Kommunist Shen Dingli ist augenscheinlich «Beitragender» bei Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum



Shen Dingli
Professor and Associate Dean, Institute of International Studies, Fudan University

1983, BSc in Physics, Department of Physics, Fudan University, Shanghai, China; 1989, PhD in Physics, 1989-91, Postdoctoral Fellow, Center for Energy and Environmental Studies, Princeton University. With Fudan University: since 1996, Professor; since 1992, Director, Program on Arms Control and Regional Security, Centre for American Studies; since 1998, Supervisor of PhD students; since 2003, Adviser of Postdoctoral Fellows in Politics, and Executive Dean, Institute of International Studies; since 2006, Director, Centre for American Studies. Vice-President: Chinese Association of South Asian Studies; Shanghai Association of International Relations; Shanghai Institute of International Strategic Studies; Shanghai Association of American Studies; Shanghai UN Research Association; Shanghai Public Affairs Research Association; Shanghai Committee of Pacific Economic Cooperation.

„Wäre der Terrorismus [Unabhängigkeitsbestreben der Uiguren] ein Virus, würden wir nach Infizierten suchen. Die würden wir nicht töten, sondern unter Quarantäne stellen. Sie bräuheten eine kostenlose Behandlung vor Ort, um sich schnell zu erholen. Doch bei einem ideologischen Virus lässt sich schwerer feststellen, wer infiziert ist. Was also ist zu tun? Man kann die Betroffenen für gewisse Zeit an einen Ort schicken, an dem ihnen sowohl ideologischer Unterricht als auch eine Berufsausbildung zuteilwird.“

Shen Dingli, chinesischer Universitätsprofessor in Shanghai und Regierungsberater

Quelle: youtube.com, China: Das Drama der Uiguren | Doku HD Reupload | ARTE, 02.09.2022

Schon vor der «Corona-Pandemie» bezeichnete Xi Jinping den Drang der Uiguren nach Unabhängigkeit als ein «Virus» und auch bei der Aussage von seinem Berater Shen Dingli, die sich eigentlich um die Umerziehungslager in Xinjiang dreht (Ausgabe 51, S.51 ff.), verschwimmen die Grenzen zwischen «Seuchenschutz» und der Verfolgung von Oppositionellen.

► men, um nach uns zu sehen, was ist das für eine Quarantäne? Sie haben uns in der Nacht hierhin gebracht, mehr als tausend Leute, und viele von uns sind ältere Leute und Kinder. Sie haben keine richtigen Vorkehrungen getroffen und uns einfach sorglos [hier] platziert.» Andere, die diese dystopischen Einrichtungen erlebt haben, berichten, dass ihnen in den oft eiskalten Metallcontainern nur wenig Nahrung zur Verfügung stand. Um sich vor dem bestialischen Gestank der Sanitäreinrichtungen in wieder anderen, grossräumiger und offen gestalteten Lagern zu schützen, hingen die Internierten behelfsmässig Decken auf.

Fast erhält man den Eindruck, der Terror des «Grossen Sprungs» und der Kulturrevolution sei unter neuen Vorzeichen, und zwar unter dem Deckmantel des Seuchenschutzes, wieder nach China zurückgekehrt. Wer mit den «Corona»-Befehlen nicht kooperiert, landet im Gefängnis oder Laogai-Lager (Ausgabe 50); wer kooperiert und positiv getestet wird, landet im «Quarantänelager». Ein zusätzlicher, auf perfide Weise installierter Baustein der Tyrannei.

Damoklesschwert Lockdown

Der Lockdown- und Massnahmen-Terror ist inzwischen fest in den chinesischen Alltag integriert: Nach dem Lockdown ist vor dem Lockdown. Beispielsweise wurden im August 2022 über Teile der chinesischen Ferienin-



Die «Quarantänelager» in China könnten als eine neue Version des kommunistischen Gefängnis-systems, das in China in Form der Laogai-Lager (Ausgabe 50) sowieso schon besteht, bezeichnet werden. Man könnte von einem weiteren Baustein der Tyrannei sprechen.

sel Hainan Ausgangs- und Flugverbote verhängt. Zehntausende Touristen, die aus ihrem Urlaub zurückfliegen wollten, wurden daraufhin in ihren Hotelzimmern eingesperrt. Diese Zwangshaft mussten sie wohlgerne selbst bezahlen – mit der «grosszügigen» Geste einer Preisreduzierung von 50%. Die Hotel-In-sassen konnten ihren Urlaub nicht beenden, wurden über mehrere Tage isoliert, mussten sich täglich testen lassen und dafür auch noch bezahlen, denn, wie man sich denken kann, sind Hotelzimmer auf Hainan, dem «Hawaii Chinas», nicht ge-

rade günstig. Ein Urlauber aus Shanghai, welcher dem plötzlich erlassenen Lockdown zum Opfer gefallen war, berichtete dem ZDF: «Das hatten wir nicht eingeplant. Du planst [deinen Urlaub] für einen bestimmten Zeitraum und plötzlich musst du so viel Geld ausgeben, das du nicht eingeplant hast.» ⁽³⁾ Nach der Urlaubsmetropole Hainan war am ersten September die Stadt Chengdu an der Reihe. Nach 132 «Corona-Infektionen» wurde allen 21 Millionen Einwohnern verboten, vor die Türen zu gehen. ⁽⁴⁾ Erst nach fast drei Wochen wurde der Lockdown für be-



Dramatische Szenen, die in den chinesischen sozialen Medien nicht lange überlebten: Ein Video zeigt eine Frau in Shanghai, die darum fleht, dass ihr kranker Mann den Wohnblock während eines Lockdowns verlassen darf. Es wurde anscheinend nicht gestattet und später schrieb die Frau online, ihr Mann sei verstorben.

endet erklärt. Danach galt wie üblich: Wer öffentliche Orte betreten oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren will, muss einen höchstens 72 Stunden alten negativen «Corona-Test» vorweisen. Ähnliche Regeln wurden davor schon in Peking und Shanghai eingeführt. ⁽⁵⁾ Hinter dem pervertierten Slogan «Rückkehr zum Alltag», der nach solcherlei Torturen von den chinesischen Medien verkündet wird, lauert die bittere Wahrheit, dass der halbwegs normale Alltag in China ein Relikt des marktwirtschaftlichen Zwischenspiels ist, das heute langsam aber sicher sein Ende findet (Ausgabe 50). Nichts wird je wieder «normal» werden, wenn der hemmungslosen Willkürherrschaft der KPCh nicht entschlossen entgegengetreten wird.

Da dies bisher nicht ausreichend geschah, nimmt die «Corona»-Psychose im Reich der Mitte immer absurdere Züge an: Als Ikea-Kunden in Shanghai nichts ahnend in dem Kaufhaus flanierten, verriegelte die Gesundheitsbehörde aufgrund eines einzigen (!) «COVID»-Verdachtsfalls unvermittelt die gesamte Filiale. Es kam zu tumultartigen Szenen. Nachdem die Ikea-Besucher erfahren hatten, dass über das Gebäude ein Lockdown verhängt worden war, versuchten viele von ihnen die Flucht zu ergreifen. Angestellte der Gesundheitsbehörde und Sicherheitskräfte bemühten sich, die Türen zu schliessen und die Menschen im Geschäft einzusperren. ⁽⁶⁾ Seit neuestem werden die Bewohner Chinas also mit «Blitz-Lockdowns» malträtiert, bei denen Gebäude von einem Moment auf den anderen mit einer Ausgangssperre belegt werden. Glücklicherweise kann sich derjenige schätzen, der es noch rechtzeitig bis zur Hintertür schafft, bevor das Gebäude abgeriegelt wird. Auf solcherlei dystopische Ideen sind selbst die kreativsten Belletristen der Vergangenheit nicht gekommen.

«Ich liebe den Grossen Bruder», bekannte Winston Smith, der Protagonist in Orwells Roman 1984, nachdem man ihn tagelang gefoltert hatte und er schlicht nicht mehr anders konnte als aufzugeben. Fast könnte man die Lockdown-Strapazen als traumabasierte Gedankenkontrolle interpretieren: Lassen die «Seuchenschutz-Massnahmen» für eine Weile nach, lebt der Chinese immer noch in einem totalitären Polizeistaat, der sich in Relation zu dem vergangenen Psychoterror aber fast wie Freiheit anfühlt. So entwickelt der Untertan Dankbarkeit für Phasen, in denen er immerhin mal nicht daheim eingesperrt wird und beginnt dadurch, das Regime auf pathologische Weise zu lieben.



«Gesundheitsbeamte» verfrachten einen Mann, dessen QR-Code rot ist, vom Hainan-Flughafen per Rollwagen-Zelt in ein «Quarantänelager».

Eine Schlange an einer Teststation in Shanghai. Zur Arbeit erschienen durfte nur derjenige, der ein negatives Testergebnis vorweisen konnte.



Keine Planungssicherheit, keine Zivilisation

Die totale Willkürlichkeit der «Ausbrüche» und Lockdowns bedeutet auch die totale Entrechtung und Entzivilisierung der Gesellschaft. Zu einer funktionierenden Marktwirtschaft in einem zuverlässigen Rechtsstaat gehört Planungssicherheit, die nicht gegeben ist, wenn durch vermeintlich medizinisch begründete Beschlüsse Flughäfen lahmgelegt, Kaufhäuser geschlossen und Menschen zu Millionen eingesperrt werden können. Mit dem Damoklesschwert eines Lockdowns, das stetig über dem eigenen Haupt schwebt, kann jegliche unternehmerische Initiative zunichtegemacht werden. Das Risiko, in einen Lockdown oder ähnliche Massnahmen zu geraten, ist schlicht zu hoch. Damit ist die einzige Organisation, die noch etwas planen kann, diejenige Organisation, die über die Ausgangssperren entscheiden kann und das ist in China die KPCh.

Man erhält den Eindruck, im heutigen China könnten Menschenrechte per «Knopfdruck» ein- und ausgeschaltet werden, so als würden die Herrschenden nach Lust und Laune über sie verfügen. Erinnert man sich an die Aussagen des Präsidenten der Rockefeller-Stiftung zurück, China biete «den Sozialwissenschaften» ein «Labor, in dem Experimente unter kontrollierten Bedingungen durchgeführt werden können», dann könnte man meinen, die Chinesen würden bis heute als Laborratten fungieren, die man aufgrund ihrer totalen Rechtlosigkeit jedem beliebigen Szenario aussetzen kann. Jenes Szenario, auf das die Versuchsobjekte «am besten» ansprechen, blüht dann wohl einige Jahre später auch dem Westen.

Der neue alte Totalitarismus

Der Lockdown wurde im März 2022 auch über Shenzhen verhängt – das Technologiezentrum Chinas, aus dem Firmen wie Tencent und Huawei stammen. ►



Eines der weiträumigsten «COVID-Quarantänelager» in China. Schon allein die schiere Grösse des Komplexes hinterlässt einen geradezu surrealen Eindruck.



Mit Laborratten kann man tun und lassen, was man will, und fast wirkt es so, als würden die Chinesen als solche identifiziert werden. Schon David Rockefeller sprach 1973 von einem «sozialen Experiment».

► Die Millionenstadt hat eine ungefähre Einwohnerzahl in der Grösse Nordrhein-Westfalens und in etwa das Bruttoinlandsprodukt von Südafrika. Neben anderen lässt auch das westliche Unternehmen Apple seine iPhones dort zusammenbauen. Wenn die Behörden diese Stadt lahmlegen, dann nimmt Chinas Wirtschaft enormen Schaden.

Vor diesem Hintergrund gilt daran zu erinnern, dass die oberste Maxime, nach der die KPCh agiert, eben nicht das Erreichen von maximalem Wohlstand und Wirtschaftswachstum für «ihre» Bevölkerung ist, sondern vielmehr die «Verwirklichung des Kommunismus», wie auch ihrem Parteistatut klar zu entnehmen ist (Ausgabe 50). Nicht zum ersten Mal in der kommunistischen Geschichte, könnte momentan ein Wechsel von einer zwischenzeitlich kontrolliert eingeführten Marktwirtschaft zu einem kommunistischen Totalitarismus stattfinden, der allerdings unter der Rechtfertigung des «Seuchenschutzes» und in Kombination mit neuester Digitaltechnik eine noch grössere Macht über den Geist und das Leben der Menschen gewinnt. Bedenkt man das Konzept der Kommunistischen Langzeitstrategie (Doppelausgabe 41/42) und der chinesischen Supraplanung (Ausgabe 50), ist die Umstellung von einer vorübergehenden Marktwirtschaft zu einer nahezu allumfassenden Planwirtschaft nur konsequent und passt in den strategischen Zeitplan. Das sollte westliche Betrachter beunruhigen, denn das Ende des marktwirtschaftlichen Zwischenspiels in China wie auch in Russland bedeutet laut sowjetischen Überläufern den Übergang in die finale Phase Vier der Langzeitstrategie, in der die beiden Staaten gemeinsam mit weiteren Verbündeten aus der «Dritten Welt» den konkreten Versuch unternehmen, die sozialistische Weltregierung zu errichten. Dass dem Aufstieg eines neuen Totalitarismus in China auch eine neue Feindseligkeit gegenüber dem Westen folgt, die mit konventioneller und hybrider Kriegsführung einhergeht, lässt sich erstens bereits erkennen und liegt zweitens in Anbetracht der Gesamtplanung auf der Hand. (tk)

🌐 Quellen:

1. taz.de, Die Dystopie lebt, 24.04.2022
2. dw.com, Brandkatastrophe in Xinjiang - warum gab es so viele Tote?, 02.12.2022
3. youtube.com, Gefangen im Paradies - Corona-Lockdown auf Hainan I Auslandsjournal, 04.09.2022
4. bild.de, China sperrt 21 Millionen Menschen ein, 01.09.2022
5. tagesschau.de, Lockdown in Chengdu aufgehoben, 19.09.2022
6. blick.ch, Kunden versuchen aus Ikea-Filiale zu fliehen, 15.08.2022



Kunden flüchten aus einem Shanghaier Ikea, nachdem wegen eines einzigen positiven Tests ein Lockdown verhängt und durch die Behörden umgehend durchgesetzt wurde.



Ein online kursierendes Video zeigt Chinesen, die wie Schweine auf dem Weg zum Schlachter in ihre Quarantäne-Pferche transportiert werden.



«Corona»-Lager wurden meilenweit entlang einer Hauptstrasse in der Stadt Henan errichtet.



Der Müll türmte sich meterhoch auf den Shanghaier Strassen, denn während des Lockdowns im April 2022 durfte nicht einmal die Müllabfuhr arbeiten.



Foto: Shutterstock/Oksana Kuznetsova Dnepr

Australien hält den weltweiten Rekord für den längsten Lockdown am Stück. In wahrscheinlich keinem anderen westlich geprägten Land waren die «Corona»-Freiheitseinschränkungen so streng.

Chinesisches Exklusivrecht auf «Corona»-Terror?

Dass alle Nationen und Völker dieser Erde einer einheitlichen Agenda unterworfen werden, die lediglich von Land zu Land unterschiedlich weit fortgeschritten ist, haben wir in dieser und zahlreichen anderen Ausgaben dargelegt. Wir zeigten auf, dass eine gemeinsame Handschrift erkennbar ist und diese sich auf die immer wieder gleichen Personenkreise zurückführen lässt. Exemplarisch dafür stehen allen voran die Namen Rothschild und Rockefeller, die um Netzwerker wie WEF-Mann Schwab, den politischen Allrounder Henry Kissinger und «Grossinvestor» George Soros sowie Politiker wie einst Mao oder heutzutage Biden, Putin und Xi ergänzt werden können. Die vermeintlich feindlich gesinnten Lager, die ein Alexander Dugin in Form von «Globalisten» auf der einen und den angeblich guten Kräften des «Grossen Erwachens» auf der anderen Seite herbeiredet (Doppelausgabe 45/46), existieren hinter dem Vorhang mitnichten, sondern bestehen nur oberflächlich betrachtet im Rahmen der Hegel'schen Dialektik. Alle Völker werden gleichermaßen durch autoritäre, mit Nichts zu rechtfertigenden und die menschliche Freiheit mit den Füßen der Exekutive tretenden «Anti-Corona-Massnahmen» geplagt und malträtiert. Hier und da unterscheidet sich, wie gesagt, das Ausmass – teilweise signifikant – doch daraus zu

schliessen, dass die Hintermänner des digitalen Gefängnisses nicht global operieren, wäre fahrlässig.

Und wieder: Negativbeispiel Australien

So blicken wir erneut nach Australien (Ausgabe 51, S.89 f.), da es sich in gewissen Aspekten in besonderem Masse als Negativbeispiel hervortut, um zu belegen, dass jene zuvor beschriebenen dystopi-

schen Zustände (siehe S.53 ff.) keineswegs exklusiv der Volksrepublik China vorbehalten sind. Beginnen wir damit festzustellen, dass Australien eine der striktesten Lockdown-Politiken der Welt durchsetzte. «Null-COVID-Strategie» – ein chinesischer Alleingang? Mitnichten. Auch Australien verfolgte diese Strategie im Kampf gegen das angebliche «Killer-virus» – und schloss dabei sogar seine Landesgrenzen für nahezu jedermann. Fast 600 Tage lang, gut eineinhalb Jahre,



In vielen Teilen Australiens ging die Bevölkerung gegen die im Westen unübertroffenen «Corona»-Massnahmen der Regierung auf die Strassen und wurde dort teilweise mit Polizeigewalt konfrontiert, die eigentlich für Schwerverbrecher angemessen wäre. Das Plakat einer Demonstration in Sydney sagt: «Es geht hier nicht um ein Virus. Es geht um die totale Kontrolle der Regierung über die Menschen.»

waren die Menschen von der Aussenwelt abgeschottet und somit verhindert, Freunde und Angehörige zu sehen, die sich ausserhalb des Landes aufhielten, bis die Regelungen Ende 2021 gelockert wurden. Die Aufhebung des Ein- und Ausreiseverbotes war jedoch auch nach der Lockerung an den Impfstatus der gesamten Bevölkerung des entsprechenden Bundesstaates gekoppelt und galt deshalb nur in bestimmten Gebieten. Diejenigen Staaten, welche in den Augen der Obrigkeit eine zu niedrige Impfquote aufwiesen, blieben der harten Regelung unterworfen. Selbst die Tatsache, dass chinesische Urlaubsgäste in Hainan ihren staatlich verordneten, zwangsweise verlängerten Urlaub zu einem «grosszügigen» 50-Prozent-Rabatt aus eigener Tasche bezahlen mussten, ist nichts exklusiv Chinesisches. Australier hatten es vergleichsweise kaum besser, denn falls sie sich zum Zeitpunkt der Grenzschliessung gerade im Ausland befanden, durften sie, wenn überhaupt, nur mit einer Ausnahmeerlaubnis und unter der Bedingung einer 14-tägigen Hotel-Quarantäne, wieder zurück zu ihren Familien reisen. Und diesen Quarantäneaufenthalt, welcher sich nicht selten auf mehrere tausend Dollar belief, mussten auch sie aus eigener Tasche bezahlen.⁽¹⁾ Später durften nur geimpfte Australier ohne die besagten Quarantänebedingungen einreisen. Dass viele sich diese finanzielle und auch sonstige Tortur nicht leisten konnten oder wollten und deshalb quasi im Ausland strandeten, Menschen ihre im Sterben liegenden Angehörigen nicht persönlich verabschieden konnten und Beziehungen an der räumlichen Trennung kaputt gingen, dürfte einleuchten. Die Wiederöffnung der Grenzen Ende 2021 führte daher zu emotionalen Szenen an den australischen Flughäfen. Der menschenverachtende Charakter des Vorgehens der «Corona»-Regime in West wie auch Ost ist unverkennbar.

Lockdown wegen einem «Fall»

Einige Monate zuvor wurde im Speziellen potenziellen Reiserückkehrern aus Indien, wohlgerne australischen Staatsbürgern, der Rückflug in die Heimat Australien gelinde gesagt unattraktiv gemacht, indem ihnen mit bis zu fünf Jahren Gefängnis und umgerechnet 42'000 Euro Strafe gedroht wurde. Alles im Namen des angeblichen Schutzes australischer Bürger vor dem «tödlichen Virus», welches aus dem



Drohnenaufnahmen des «Quarantänelagers» in der westaustralischen Metropole Perth. Seit Monaten steht es leer, wurde aber bisher nicht abgebaut und könnte jederzeit wieder mit Insassen - Verzeihung: mit «Infizierten» - gefüllt werden.

«Hotspot» Indien hätte eingeschleppt werden können. Anstatt sich grundlegend empört über die totalitären Auswüchse und ihre komplett haltlosen Rechtfertigungen zu zeigen, hatten Kritiker nichts Besseres im Sinn, als sich über den «diskriminierenden» und «rassistischen» Charakter dieser Verordnungen auszulassen, weil viele der Betroffenen ethnische Inder waren.

In Bezug auf den australischen «Corona-Terror» wusste auch die Süddeutsche Zeitung im Mai 2021 zu berichten: «Dabei macht die Quarantäne in Hotels immer wieder Probleme. Seit November wurden 16 Fälle registriert, in denen Einreisende positiv getestet wurden, nachdem sie die Quarantäne nach 14 Tagen verlassen hatten. Sie hatten sich offenbar in dieser Zeit angesteckt. Erst am vergangenen Wochenende wurde wegen eines solchen Falls ein mehrtägiger Lockdown über die westaustralische Millionenstadt Perth verhängt. Kritiker monieren, dass in diesen Hotels vielerorts immer noch keine ausreichende Schutzausrüstung für das Personal verfügbar sei und es keine Vorkehrungen gebe,

die Lüftungssysteme auf Virensicherheit zu überprüfen.»⁽²⁾ Dass die Möglichkeit eines falsch-positiven Ergebnisses der Tests nicht in Betracht gezogen wurde, und zugleich umgehend ein mehrtägiger, stadtweiter Lockdown aufgrund eines (!) derartigen, sich zuvor in zweiwöchiger Quarantäne befindlichen Falles verhängt wurde, erinnert in der Tat exakt an das, was die Kommunistische Partei bis heute in China veranstaltet.

Neuseeland tat es China und Australien übrigens gleich und verhängte im Rahmen seiner «Null-COVID-Strategie» nach nur einem (!) testpositiven «Fall» 2021 einen erneuten landesweiten (!) Lockdown.⁽³⁾ Denkt man an die Laborterminologie, die von den Rockefeller für China gewählt wurde, fällt auf, dass sich sowohl Neuseeland als auch Australien durch ihre räumliche Distanz vom Rest der Welt auszeichnen. Denkt man an die Laborterminologie, die von den Rockefeller für China gewählt wurde, fällt auf, dass sich sowohl Neuseeland als auch Australien durch ihre räumliche Distanz vom Rest der Welt auszeichnen. Im ►

► Falle Australiens ist wiederum die Abgeschiedenheit der Region Westaustralien (WA), wo die Hardcore-Massnahmen hervorstachen, von den anderen Ballungszentren hervorzuheben: die Stadt Perth (WA) bspw. ist ca. 2700 km von der nächstgelegenen Grossstadt Adelaide entfernt (etwa die Strecke Hamburg – Lissabon). Jedes Labor – so wohl auch diejenigen sozialer Natur – sollte von externen Einflüssen isoliert sein. Möchte man besonders rigide Einschnitte in die bürgerlichen Freiheiten vornehmen, so liesse sich dies wohl am besten dort bewerkstelligen, wo sich die potenzielle Gegenwehr der Betroffenen nicht wie ein soziales Lauffeuer verbreitet, weil die Situation «fernab» der Heimat der Beobachter – z.B. Europa und den USA – stattfindet und dies das solidarische Nachahmen der Proteste zumindest hemmt.

Genauso könnte auch die räumliche Nähe zu China, die mit intensiven geschäftlichen und politischen Verbindungen einhergeht, eine Rolle gespielt haben.

Überraschenderweise geht auch der Preis für den längsten Lockdown am Stück nicht etwa ans Reich der Mitte, sondern an Australien: Die Millionenstadt Melbourne befand sich sage und schreibe 262 Tage lang im Ausnahmezustand der Ausgangssperre. Schulen, Restaurants und Bars, Friseure; alles, was zu einem zivilisierten gesellschaftlichen Leben dazugehört, war fast ein Dreivierteljahr am Stück aufgrund von politischen Direktiven geschlossen. Diesbezüglich kann nicht mal das sonst so erbarmungslose China mithalten, denn der zweite Platz geht ebensowenig an eine chinesische Stadt, sondern an die argentinische Hauptstadt Buenos Aires, womit sich

bestätigt, dass das KPCh-Regime die brutalen «Corona»-Massnahmen eben nicht gepachtet hat.⁽⁴⁾

«Quarantänecamps» und Polizeistaat

Nun, dafür ist China allein auf weiter Flur mit seinen berühmt-berüchtigten «Quarantänelagern», möchte man zumindest annehmen. Doch auch dem ist nicht so, denn ein erneuter Blick nach Australien offenbart: In Down Under gibt es sehr ähnlich organisierte Einrichtungen. Beispielsweise liess die Regierung des Bundesstaates Queensland in der Nähe von Brisbane ein «Quarantänelager» mit etwa 1000 Betten bauen. Das Lager sollte die Hotel-«Quarantäne» ersetzen und Einreisende aus «Corona-Hotspots» sowie nicht geimpfte Einreisende für eine zweiwöchige «Quarantäne» aufnehmen. Das Sicherheitspersonal und die Polizeibeamten, die für die Überwachung der Anlage zuständig waren, hausten gleich mit auf dem Gelände. Im Vergleich zur Hotel-«Quarantäne» dürfte sich der dortige Aufenthalt für die «Insassen» deutlich mehr nach einem Gefängnis angefühlt haben, als es in einer Hotelumgebung der Fall ist. Der Stellvertretende Ministerpräsident von Queensland, Steven Miles, erdreistete sich obendrein noch anzupreisen, dass durch die Einrichtung lokale Unternehmen, die Lebensmittel- oder sonstige Dienstleistungen für die Insassen erbringen, profitieren würden.

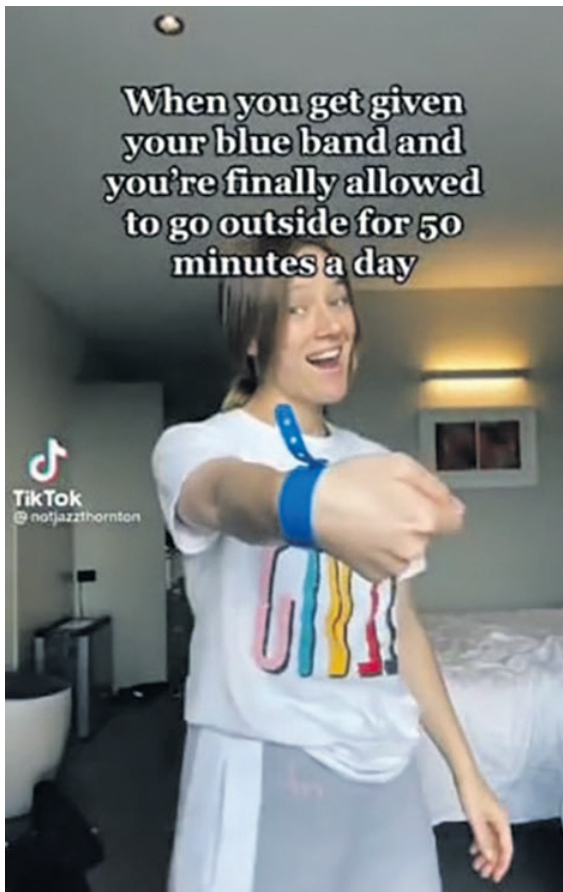
⁽⁵⁾ Obwohl «Faktenchecks», wie z.B. jene von der Plattform Correctiv, sich wiederholt darum bemühten, die Zustände in Australien zu relativieren und versuchten, besorgten Beobachtern den Wind aus den Segeln zu nehmen, klappte das in Summe meist mehr schlecht als recht. So wurde in den «Faktenchecks» betont, dass die angeblichen Quarantänecamps, entgegen der von manchen vorgebrachten Behauptung, nicht ausschliesslich für Ungeimpfte gebaut worden seien, sondern dass sie auch für die Aufnahme von geimpften Einreisenden aus «Hotspot»-Gebieten vorgesehen waren. ⁽⁶⁾ Schlussendlich offenbart sich in diesem Beispiel eine typische Vorgehensweise dieser Portale. Zwar widerlegte der «Faktencheck» eine falsche Behauptung, doch gesteht er implizit ein, dass man mittlerweile an einen Punkt angelangt ist, an dem die Regierung einer westlichen Industrienation ungeimpfte Reisende bei ihrer Rückkehr vorerst für zwei Wochen zwangsweise in bewachte Lager interniert – und das stellt doch den eigentlichen Grund der Empörung dar. Die Tatsache,



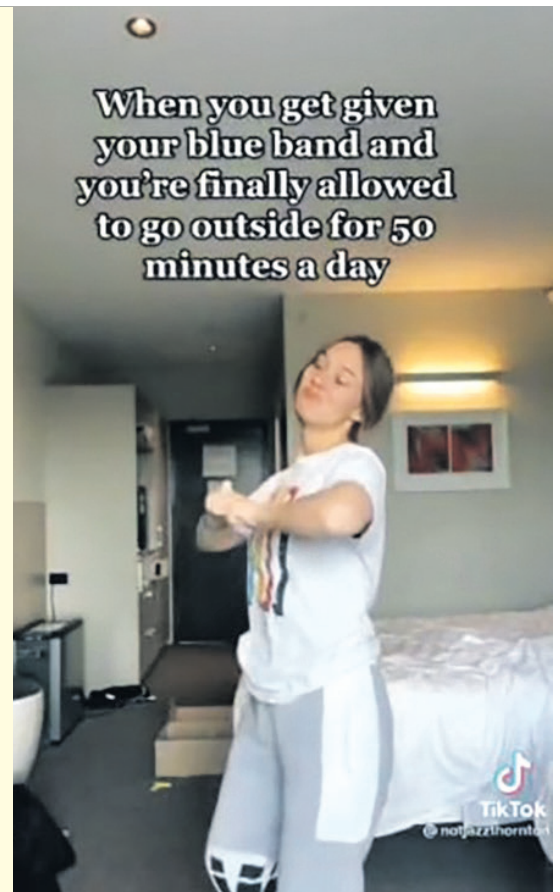
«In den letzten Stunden wurden Polizei-Checkpoints um [das «Quarantänelager»] Howard Springs aufgebaut, wie man auf diesen Bildern sehen kann. Es wurden gründliche Durchsuchungen von Autos und Bussen durchgeführt.»



Als drei Jugendliche im Dezember 2021 aus dem «Quarantänelager» Howard Springs in Nordaustralien flüchteten, wurde darüber im australischen Fernsehen berichtet, als herrsche ein nationaler Notfall vor und das Trio habe sich eines schweren Vergehens schuldig gemacht. Je mehr Widersprüche des offiziellen «Corona»-Narrativs ans Licht kommen, desto lächerlicher und gleichzeitig empörender wirkt diese übertriebene Reaktion.



Die augenscheinlich völlig gesunde neuseeländische Tiktokerin Jazz Thornton (fast 50 Millionen Follower) sendet Anfang 2022 aus ihrer Zwei-Wochen-Hotel-Quarantäne in ihrer Heimat. Nachdem sie ein blaues Band in die Kamera zeigt, das ihr erlaubt, für 50 Minuten am Tag ihr Zimmer zu verlassen, führt sie einen peinlichen Freudentanz auf. Die KPCh-Führung, der TikTok untersteht, wird sich die Hände reiben. Am 19. Januar 2023 postete Jazz Thornton auf ihrem Twitter-Profil ein gemeinsames Bild von sich selbst mit der gerade zurückgetretenen Premierministerin Neuseelands, Jacinda Ardern – natürlich voll des Lobes für die WEF-Handlangerin (siehe S.64).



die Correctiv in vermeintlich relativieren-der Absicht anführt – nämlich dass auch Geimpfte aus «Hotspot»-Gebieten das gleiche Schicksal erleiden müssen – entschuldigt nichts, sondern macht die Gesamtsituation nur noch absurder. Wenn Correctiv zudem verlautbart, dass die Unterbringung «unabhängig von der Impfung» geschieht, dann kann man dies als mindestens irreführend, wenn nicht gar als grob falsch bezeichnen: Ungeimpfte kommen um den Lageraufenthalt bei der Einreise garantiert nicht herum, Geimpfte unter bestimmten Bedingungen aber schon.

Aufenthalt im Lager

Wirft man einen Blick auf den Aufenthalt in einem der «Quarantänelager», so zeigt sich ein abschreckendes Bild. Zwar mögen die kleinen Unterkünfte, in denen die Menschen untergebracht sind, etwas wohnlicher ausschauen als vergleichbare Anlagen in China, doch erinnern die Einrichtungen auch hier in erster Linie an Gefängnis-komplexe. Das Video einer unfreiwilligen «Bewohnerin», welches im Dezember 2021 veröffentlicht wurde, gewährt uns einen Einblick in den Lageralltag.⁽⁷⁾ Die Frau, die die Videoaufnahme online teilte, nahm mit ihrem Handy eine Szene auf, in der sie drei von Kopf bis Fuss verhüllte Mitarbeiter des Lagers damit konfrontieren, dass sie die Regeln einzuhalten hat – offenbar hat sie

eine mit gelbem Klebeband auf dem Boden markierte Linie ohne Maske und «triftigen Grund» überschritten – ansonsten drohe ihr eine Strafe in Höhe von 5000 Dollar, die man ihr schon jetzt hätte verpassen können, aber aus Gutmütigkeit zuerst das Gespräch suche. Als die Frau auf die Unsinnigkeit der Regeln eingeht, entgegnet man ihr: «Nochmal, es muss keinen Sinn ergeben. [...] Ob es Ihnen nun unsinnig oder nicht richtig erscheint; das ist die Grenze [auf dem Boden], so ist das Gesetz, und so läuft es hier.» Die ersten Insassen des besagten Lagers «Howard Springs» waren zumeist Ureinwohner, die Ende 2021 von der Armee in Lastwagen abgeholt und zur «Quarantäneeinrichtung» gebracht wurden – ob freiwillig oder gegen ihren Willen ist aufgrund unterschiedlicher Aussagen der Betroffenen unklar.⁽⁸⁾ Begründet wurde die Massnahme damit, dass sie von einem «COVID-Ausbruch» betroffen seien, und das, obwohl sie aus sehr abgelegenen Gemeinden stammten.

Normalbürger werden zu Schwerverbrechern

Im Dezember 2021 machte auch ein Bericht die Runde, dass es drei Männern gelungen sei, aus dem «Howard-Springs-Quarantänelager» auszu-brechen und über den Zaun zu fliehen.⁽⁹⁾ Das zeigt den gefängnisartigen Charakter

dieser Lager auf, da es sich um Einrichtungen handelt, die polizeilich überwacht werden und ein Verlassen der Anlagen nur durch einen Ausbruch möglich ist, der auch als ein solcher gewertet und dementsprechend strafrechtlich verfolgt wird. Die Polizei ergriff himmelschreiende Massnahmen, um die Flüchtigen zu verhaften; in Form von aufwändig errichteten Check-points auf den umliegenden Strassen, wo alle passierenden Autos einer gründlichen Kontrolle und Durchsuchung unterzogen wurden – ganz so, als handelte es sich um Schwerverbrecher. Eines wurde dadurch nach nicht einmal zwei Jahren «Pandemie» klar: Wer sich der gesundheitsdiktatorischen Staatsgewalt und ihren «sanitären Massnahmen» zu entziehen versucht, wird als Staatsfeind und «Sozialschädling» deklariert und auch so behandelt.

Diktatur ins Gesetz gegossen

Schlussendlich lässt sich sagen, dass Australien in den letzten Jahren riesige Schritte in Richtung Unfreiheit ging und mittlerweile sicherlich keine allzu attraktive Destination für chinesische Flüchtlinge des KP-Regimes darstellt – zumindest im Bundesstaat Western Australia (WA). Denn dort wurde kürzlich durch Premierminister Mark McGowan der «Corona»-bedingte 920-tägige Aus- ▶

„«In den letzten zehn Jahren haben wir [in Neuseeland] Gesetze verabschiedet, die von der Einführung der Homo-Ehe und dem Verbot der Konversionstherapie [Therapie mit dem Ziel, homosexuelle Neigungen zu reduzieren] über die gesetzliche Verankerung des 1,5-Grad-Klimaziels und dem Verbot halbautomatischer militärischer Sturmgewehre bis hin zur Entkriminalisierung der Abtreibung reichen.»

Jacinda Ardern bei einer Rede an der Harvard-Universität im Mai 2022

Quelle: youtube.com, Jacinda Ardern receives standing ovation for Harvard speech on gun control and democracy, 27.05.2022



Die «Internationale Union der Sozialistischen Jugend», deren Präsidentin Jacinda Ardern von 2008 bis 2010 war, ist der Zusammenschluss von sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen aus mehr als 100 Staaten der Welt. Die Rose in ihrem Logo ist seit den 1880ern ein verbreitetes sozialistisches Symbol.

Jacinda Ardern beim WEF in Davos, 2019



Jacinda Ardern war bis vor Kurzem die Premierministerin von Neuseeland. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass sie Teil von Klaus Schwabs Kaderschmiede «Young Global Leaders» ist ⁽¹⁾, bereits mit 27 Jahren Präsidentin der «International Union of Socialist Youth» wurde, die der Sozialistischen Internationale angehört, und dass sie Aussagen wie die oben zitierte trifft, dann verwundert es kaum, dass den Neuseeländern unter ihrem Diktat überaus rigide «Corona»-Massnahmen aufgebürdet wurden. Im Rahmen der dortigen «Null-COVID-Strategie» wurde im Jahr 2021 beispielsweise nach einem einzigen (!) testpositiven «Fall» ein landesweiter (!) Lockdown verhängt.

Quelle: 1. younggloballeaders.org, Community: Jacinda Ardern, Abgerufen am: 16.01.2023

► nahmzustand beendet – nur um ihn durch ein Gesetz zu ersetzen, welches nun, ähnlich dem deutschen Infektionsschutzgesetz, die Polizei von WA mit weitreichenden Befugnissen ausstattet. Ab sofort kann der Polizeikommissar höchstselbst entsprechende gesetzliche Ausnahmeregelungen oder ähnliche Direktiven erwirken. Dabei muss sich die Polizei zwar den «Rat vom Gesundheitsminister einholen und diesen auch veröffentlichen – muss ihm aber nicht Folge leisten», womit die parlamentarische Kontrolle ausgehebelt wird, monieren Kritiker. Allen Beteuerungen der Regierung zum Trotz, die Befugnisse würden nur für «niedrigschwellige Kontrollen wie die Durchsetzung der Isolation Positiv-Getesteter oder der Maskenpflicht» eingesetzt werden, handelt es sich um äusserst autoritäre Gesetzesänderungen. Der Abschnitt, welcher besagt, dass durch den Polizeikommissar Autori-

sierte selber alle Massnahmen ergreifen könnten, die «vernünftigerweise erforderlich sind, um die mit COVID-19 verbundenen Risiken zu verhindern, zu kontrollieren oder zu mindern», lässt Böses erahnen. Konkret bedeutet dies eben, dass Menschen nicht nur verpflichtet wären, ihren Namen, ihre kürzlichen Aufenthaltsorte und Kontaktpersonen wahrheitsgetreu preiszugeben, sondern auch, dass entsprechend autorisiertes Personal der Exekutive berechtigt ist, «die Kontrolle über jedweden Ort, Fahrzeug oder Sache zu übernehmen oder sich diese zunutze zu machen» – selbstverständlich auch ohne Zustimmung des Eigentümers bzw. momentanen Nutzers. Darunter fiel z.B. die Konfiszierung eines Hauses oder Fahrzeuges ohne richterlichen Beschluss im Namen des «Seuchenschutzes». Der Gesetzesentwurf wurde übrigens, ganz in Manier eines Unrechtsstaates, innerhalb

eines Tages durch das Parlament geboxt, den Abgeordneten also wissentlich viel zu wenig Zeit eingeräumt, sich damit adäquat auseinanderzusetzen. ⁽¹⁰⁾ Wie im kommunistisch regierten China des 21. Jahrhunderts zeichnen sich in Australien (und natürlich in sämtlichen anderen Nationen des Westens und der Welt) Entwicklungen ab, die die Planungssicherheit und Eigentumsrechte der Bürger und damit ihren Wohlstand und ihre Freiheit unterminieren und auf fatale Weise gefährden. Dauerhaft scheint von nun an das Damoklesschwert der Massnahmen gegen «Corona» oder kommender «Pandemien» über den Menschen zu schweben (auch übertragbar auf «Klimaschutzmassnahmen» und ähnliches, siehe S.65 ff.). Wenn sich diese Dynamik weiter entfaltet, so müssen wir davon ausgehen, dass die chinesische Blaupause international angewendet, ausgeweitet und intensiviert wird. (f)

Quellen:

1. tagesschau.de, Premier verspricht schnelle finanzielle Hilfen, 09.01.2023
2. sueddeutsche.de, «Das ist wirklich widerlich», 01.05.2021
3. tagesspiegel.de, Lockdown nach nur einem Corona-Fall: Erste Experten zweifeln an Neuseelands No-Covid-Strategie, 18.08.2021
4. tagesspiegel.de, Millionenmetropole Melbourne: Nach 262 Tagen - der längste Lockdown der Welt endet, 21.10.2021
5. abc.net.au, Wellcamp quarantine hub near Toowoomba to take travellers by year's end, 08.10.2021
6. correctiv.org, Queensland, Australien: Quarantänezentrum ist für Einreisende, nicht für Ungeimpfte, 05.11.2021
7. youtube.com, Woman Threatened With \$5,000 Fine Inside Australia's Quarantine Camp, 03.12.2021
8. dailymail.co.uk, Inside the town with the world's strictest lockdown where residents are bundled into vans, driven to a quarantine camp and banned from going for a WALK or buying food - as Indigenous elders issue a frightening warning, 14.11.2021
9. bbc.com, Howard Springs: Australia police arrest quarantine escapees, 01.12.2021
10. abc.net.au, How new laws to remove WA's COVID-induced state of emergency will work, 21.09.2022

Energie-Terror statt Lockdown-Terror - Modell für den Westen?

Da für die kalten Monate des Jahresbeginns ein akuter Energiemangel in Europa droht, stimmt die Politik ihre Bürger bereits jetzt für eine lange Zeit der Entbehrungen ein. Schon während des ersten Lockdowns im März 2020 frohlockten viele Politiker und «Umweltschutzorganisationen» über die gesparte Energie. «Wissenschaftler haben 2020 eine Welle der Ruhe rund um den Planeten beobachtet», freute sich das Weltwirtschaftsforum (WEF) im Februar 2021, als es ein Video mit dem vielsagen- den Titel «Lockdowns verbessern still und heimlich Städte rund um die Welt» ver- öffentlichte. ⁽¹⁾ Ein entscheidender Unter- schied zwischen Anfang 2020 und Anfang 2023 liegt darin, dass das Energiesparen 2020 als positiver Nebeneffekt registriert wurde, während 2023 eigentlich kein Weg mehr daran vorbeiführt – zumindest, wenn Politiker weiter eine Strategie der Eskalation verfolgen und die gangbaren Wege hin zur Energiesouveränität konse- quent verweigern (Ausgabe 48). Dass z.B. die Ampelkoalition aus Grünen, FDP und SPD weiterhin auf die vermehrte Nut- zung herkömmlicher Energiequellen im Inland verzichtet, überrascht nicht, wenn man sich vor Augen führt, dass WEF & Co. in gewisser Weise auf einen Zusam- menbruch der öffentlichen Ordnung an- gewiesen sind, um eine neue Welt- und



Foto: Shutterstock/Frank Lambert

Geldordnung mit digitaler ID, CBDCs und einem Sozialkredit-System erschaffen zu können (siehe S.87 ff.). Was wir zurzeit erleben, mag auf den ersten Blick hilflos und dilettantisch wirken, tatsächlich aber könnte es einer eiskalten Logik folgen, nämlich der des Great Reset.

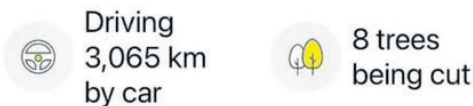
Eintrittstor für CBDCs?

Die Zerschlagung der alten Wirt- schaftsordnung ist erwünscht und mo- mentan findet sich kaum ein besserer Schlaghammer als die eigentlich schon feststehende Verknappung von Energie für Industrie und Privatpersonen. Das Bundesverfassungsgericht stellte im April

2021 klipp und klar fest, dass die persön- lichen Freiheiten der Deutschen jederzeit für den Kampf gegen CO2 eingeschränkt werden dürfen. Wörtlich: «**Künftig kön- nen selbst gravierende Freiheitsein- bussen zum Schutz des Klimas verhält- nismässig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein; gerade deshalb droht dann die Gefahr, erhebliche Freiheits- einbussen hinnehmen zu müssen.**» ⁽²⁾ Das gilt sicher auch für das solidarische Frie- ren «gegen Putin», das mit dem «Schutz des Klimas» sowieso Hand in Hand geht. Während in China 2022 drakonische Lock- downs das Wirtschaftswachstum in den Boden rammten, könnten Europa und ▶

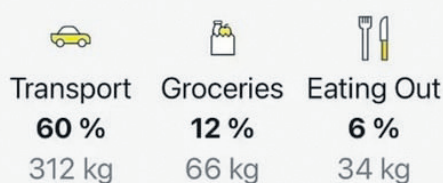
Der «Kohlen- stoff-Fussab- druck» eines Kunden wird in einer App der australischen Commonwealth Bank berechnet, und dann wird eine «äquiva- lente» Metrik angezeigt, um den Kunden ein schlechtes Gewissen zu machen, z.B. dieses oder jenes entsprä- che «8 gefällten Bäumen».

Your October footprint is equivalent to



Category breakdown

The main spending categories contributing to your carbon footprint



October footprint 520

in kilograms of CO2 equivalent



National average: 1,280*

* Sustainable footprint: Approx. 200kg/month

Der Oktober-«CO2-Fussabdruck» eines App-Nutzers liegt mit 520 kg weit unter dem australischen Durchschnitt von 1280 kg. Um wirklich «nachhaltig» zu sein, gilt es aber laut dem Zähler 200 kg pro Monat zu erreichen.

► vor allem Deutschland Putins Verknappung von Gas nutzen, um die Umstellung von Privatwirtschaft auf Planwirtschaft vorzunehmen. Wenn Hunger und Chaos die Folgen einer wirtschaftlichen Rezession darstellen, dann werden die europäischen Bürger höchstwahrscheinlich bereit sein, in den sauren Apfel zu beissen, und ein bedingungsloses Grundeinkommen akzeptieren, das an eine digitale Identität und CBCDs gekoppelt sein wird. Das wäre zumindest einer von vielen gangbaren Wegen in die totalitäre Zukunft des Great Reset.

Da passt es ins Bild, dass der momentan hoffnungslos überfordert wirkende Wirtschaftsminister Robert Habeck schon 2019 in einem Interview meinte, «zentralistische Systeme» wie China, in denen der Bürger nichts zu sagen hat, hätten ihre Vorteile – sie seien «schneller» und «effizienter». ⁽³⁾ Taumelt Habeck möglicherweise aktuell mit voller Absicht in die Krise, um danach sein präferiertes System realisiert zu sehen? Denkbar wäre aber auch, dass es sich bei ihm um einen authentischen Idealisten handelt, der tatsächlich glaubt, was er sagt. Durchaus vorstellbar, dass ihm unwissentlich die undankbare Aufgabe aufgebürdet wurde, der Steuermann in einer vorbereiteten Krise zu sein, die er gar nicht abwenden könnte, für die er aber letztlich mindestens zum Teil verantwortlich gemacht werden wird. Überhaupt kann man sich mit Blick auf die amtierende deutsche Politiker-Kaste kaum des Eindrucks erwehren, dass man es hierbei mehrheitlich mit einer Brigade von Bauernopfern zu tun hat, die nicht wissen, wie ihnen geschieht und was die Folgen ihres Tuns sind.

CO₂-Fussabdruck

Was die Völker des Westens und Ostens nach dem gelungenen Reset erwartet, könnte der Präsident des chinesischen Alibaba-Techkonzerns auf dem Weltwirtschaftsforum 2022 vorweggenommen ha-

The world needs smarter, more sustainable energy. When we work together, small actions can make a big difference. Use our calculator to find out how much carbon you use each year - and take the first step towards shrinking your footprint.

Get started

bp target neutral

Seit 2019 stellt das britische Mineralölunternehmen BP einen Rechner für den individuellen «CO₂-Fussabdruck» zu Verfügung. Dazu schreibt es: «Die Welt braucht intelligentere, nachhaltigere Energie. Wenn wir zusammenarbeiten, können kleine Massnahmen einen grossen Unterschied machen. Nutzen Sie unseren Rechner, um herauszufinden, wie viel Kohlenstoff Sie pro Jahr verbrauchen – und machen Sie den ersten Schritt, um Ihren Fussabdruck zu verkleinern.» Ein typischer Fall von «Nudging» (siehe S.9) und zudem einer von vielen Belegen, dass die angeblich so «turbokapitalistische» «Öl-Lobby» doch mehr mit der im Kern sozialistischen Klima-Agenda (Ausgaben 9,27,44,47/48,67) verbindet, als man auf den ersten Blick vermuten mag.

ben: «Wir entwickeln eine Technologie, mit der die Verbraucher ihren eigenen Kohlenstoff-Fussabdruck messen können. [...] Das heisst, wohin sie reisen, wie sie reisen, was sie essen, was sie auf der Plattform konsumieren. Individueller Kohlenstoff-Fussabdruck-Tracker!» ⁽⁴⁾ Worte eines Chinesen? Nein, sie stammen aus dem Mund von J. Michael Evans – einem Kanadier, der nach 20 Jahren Mitarbeit für die US-Investmentbank Goldman Sachs zum Präsidentenposten von Alibaba («Strategischer Partner» des WEF) wechselte. Ein weiterer Beleg dafür, dass sich chinesische

Hightech-Unternehmen und die Hochfinanz bestens miteinander verstehen – und ganz ähnliche Ziele verfolgen.

Kürzlich hat eine grosse australische Bank, die Commonwealth Bank of Australia (CBA), damit begonnen, Kundentransaktionen mit einem «CO₂-Fussabdruck» zu verknüpfen. Der Kunde kann dann probieren unter dem australischen Durchschnitt von 1280 Kilogramm CO₂-Emissionen pro Monat zu bleiben, was jedoch immer noch weit entfernt ist von der «nachhaltigen Idealzahl» von 200 Kilogramm. Man wolle den «Kunden mehr Transparenz [...] bieten, so

Nau.ch EU-Verbrenner-Verbot: Nun ab 2035 endgültig
nau.ch, 03.11.2022

arte

“ «2025 wird die Digitalisierung knapp 6% der Emissionen verursachen – fast so viel wie die Automobilindustrie.»

Aus einer ARTE-Dokumentation vom Dezember 2022

Quelle: youtube.com, Frankenstream, das digitale Monster | Doku HD | ARTE, 21.12.2022

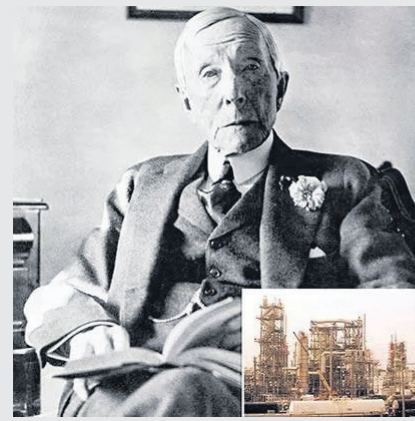
Die Digitalisierung wird mit mehr anstatt weniger Energiebedarf einhergehen. Solch eklatante Widersprüche im Narrativ lassen erkennen, dass es den Akteuren letztendlich weder um Umweltschutz noch um die Reduzierung von Emissionen geht, sondern um die Kontrolle über das Individuum.

dass sie handlungsfähige Schritte unternehmen können, um ihren ökologischen Fussabdruck zu reduzieren», sagte Angus Sullivan, Geschäftsführer der CommBank Group, in einer Mitte 2022 ausgegebenen Erklärung.⁽⁵⁾ Es handelt sich um ein Paradebeispiel für «Nudging» (siehe S.9), wobei man schon heute davon ausgehen kann, dass das «Umweltbewusstsein» des durchschnittlichen Westlers auf freiwilliger Basis schnell an seine Grenzen geraten wird, wenn er erfährt, welche Einschränkungen des alten Lebensstandards er vornehmen müsste, um wirklich «klimaneutral» zu leben.

Von der Freiwilligkeit zum Zwang

Zu befürchten bzw. zu erwarten ist, dass solche Programme eines Tages verpflichtend werden könnten. Kunden, die ihr «Kohlenstoffkontingent» überschreiten, könnten für ihre Einkäufe plötzlich Beschränkungen auferlegt werden, obwohl das Zählen der Emissionen anfangs als bequeme Möglichkeit vermarktet wurde, seine Konsumgewohnheiten und deren angebliche Auswirkungen auf die Umwelt eigenverantwortlich zu überwachen. Besonders leicht gestaltet sich diese Kontrolle natürlich über Digitales Zentralbankgeld, an dem bereits über 100 Staaten arbeiten. Sanft drängt das WEF in diese Richtung, wenn es titelt «Diese Kreditkarte hat ein Ausgabenlimit für Kohlendioxidemissionen» und auf seiner Webseite über einen WEF-Musterkonzern schreibt: «Das schwedische Fintech-Unternehmen Doconomy hat eine neue Kreditkarte auf den Markt gebracht, die den CO₂-Fussabdruck ihrer Kunden überwacht – und ihnen den Geldhahn zudreht, wenn sie ihr Kohlenstoffmaximum erreicht haben. [...] Ziel ist es, die Menschen zu ermutigen, ihren CO₂-Fussabdruck aktiv zu verringern und zu zeigen, welche Auswirkungen kleine Veränderungen auf die Umwelt haben können.» Auch, dass Airlines ihren Passagieren die Möglichkeit bieten, einen Aufpreis für ihre Kohlenstoffemissionen zu zahlen, hebt der 2019 erschienene Artikel hervor.⁽⁶⁾

Dass aus einer Möglichkeit, einer Ermutigung oder einem Angebot schnell ein Zwang werden kann, erfuhr man schon im Rahmen der «Corona-Pandemie». Derartige Zwangsmassnahmen sind langfristig wohl auch im Namen des «Klimaschutzes» zu erwarten. Vier «Umweltexperten» haben im Jahr 2021 in der Wissenschaftszeitschrift Nature einen solchen Vorschlag gemacht. «Alle Erwachsenen würden ▶



John D. Rockefeller (links), Gründer des Standard-Oil-Imperiums, und seine Erben Rebecca Rockefeller Lambert und Peter Gill Case.



Mitglieder der Organisation «Just Stop Oil» beschmieren ein Gemälde von Vincent van Gogh in der britischen Nationalgalerie mit Tomatensuppe. «Just Stop Oil» erhält Gelder vom «Climate Emergency Fund», der mit Millionen Dollar von Öl-Erben wie Aileen Getty unterstützt wird.



Viele Klima-Kleber in Berlin tun es „hauptberuflich“

berliner-zeitung.de, 18.11.2022

Berliner Zeitung

Der Artikel nimmt Bezug auf eine Demonstrantin, die in einer RBB-Sendung zugab, die «Letzte Generation» finanziere sich über den «Climate Emergency Fund». Auf die Frage, ob man sich das so vorstellen könne, dass sie ein Gehalt bekomme, antwortete sie: «Ja, so könnte man es sehen.»



«Die Letzte Generation in Deutschland verweist auf ihrer Website da-

DER STANDARD

rauf, dass ein Grossteil der Mittel für Recruitment, Training und Weiterbildung aus dem Climate Emergency Fund stamme. Der in Kalifornien ansässige Fonds unterstützt mutige Aktivistinnen und Aktivisten, die die Öffentlichkeit für den Klimanotstand aufwecken», heisst es auf der offiziellen Seite. [...] Zu den Unterstützerinnen zählen unter anderem auch Rory Kennedy, Dokumentarfilmerin und jüngste Tochter des US-Politikers Robert F. Kennedy, die den Climate Emergency Fund mitgründete, und die Rockefeller-Familie, darunter Rebecca Rockefeller Lambert und Peter Gill Case, die 30 Millionen Dollar ihres persönlichen Vermögens der Equation Campaign versprochen – einem Fonds, der ähnliche Ziele verfolgt wie der Climate Emergency Fund.»

Die österreichische Zeitung Der Standard im November 2022

Quelle: derstandard.de, Warum die neuen Klimabewegungen auch von Öl-Erbinen unterstützt werden, 07.11.2022

Die Erben von David Rockefeller, der das maoistische China 1973 in einem New-York-Times-Artikel als ein gelungenes «soziales Experiment» betitelte, bleiben den sozialplanerischen Zielen ihrer Eltern und Grosseltern weiterhin treu. Sie finanzieren den global angelegten Sozialismus unter «grünem» Deckmantel (Ausgabe 42) bzw. diejenigen, die dessen Einführung als «nützliche Idioten» (Begriff von Lenin) den Weg ebnen.

Visa Announces the "Visa Eco Benefits" Sustainability Bundle to Empower Issuers to Meet Climate-Conscious Consumer Demand



Die Zahlungskartenfirma Visa schreibt am 11. September 2021 auf ihrer Webseite: «Visa kündigt das Nachhaltigkeitspaket «Visa Eco Benefits» an, um die Kartenausgeber zu ermächtigen, die Nachfrage klimabewusster Verbraucher zu erfüllen».

Visa-Kunden, die den CO₂-Fussabdruck ihrer Zahlungen messen lassen, werden bei relativ «klimafreundlichem» Zahlungsverhalten belohnt. Wie bereits in Bezug auf das chinesische Sozialkredit-System betont wurde, muss eine Belohnung für die eine Seite zwangsläufig zu Nachteilen auf der anderen Seite führen. Das gilt auch für ein Unternehmen wie Visa, das über begrenzte Ressourcen verfügt. Man kann jemandem nicht ein grösseres Stück eines Kuchens zugestehen (Belohnung für «klimafreundliches» Zahlungsverhalten), ohne dass jemand anderes ein kleineres Stück erhält. Die nicht «klimafreundlichen» Kunden, die Geschäftsführung oder die Mitarbeiter von Visa müssen in irgendeiner Form Verzicht üben, wenn «klimafreundliche» Kunden mehr bekommen. Je höher die Belohnung sich gestaltet, desto grösser wird auch der Anreiz sein, seinen CO₂-Fussabdruck zu reduzieren. Visa («Strategischer Partner» des WEF) ist ebenfalls am CBDC-Projekt der Bank of England beteiligt (siehe S.41 f.) und Teil der «Better Than Cash Alliance» (siehe S.44 f.).

► ein gleiches handelbares Kohlenstoffkontingent erhalten, das sich im Laufe der Zeit entsprechend den nationalen [Kohlenstoff-]Zielen verringert», heisst es darin. Die Strategie wäre eine «nationale verbindliche Politik», so die Autoren. Jeder, der den Grenzwert überschreitet, müsste weitere Einheiten auf dem persönlichen Kohlenstoffmarkt von Personen kaufen, die mehr zu bieten haben. Die Kohlenstoffeinheiten würden «bei jeder Zahlung von Kraftstoffen, Heizstoffen und Stromrechnungen vom persönlichen Budget abgezogen». In dem Vorschlag wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Methoden zur Berechnung der Kohlenstoffeinheiten «auf der Grundlage der Verfolgung der Bewegungshistorie des Nutzers» funktionieren würden. Nach Ansicht der Autoren hat die weit verbreitete Einhaltung der «COVID-19»-Sperrvorschriften den Weg geebnet, dass «die Menschen möglicherweise eher bereit sind, die mit den Zertifikaten verbundenen Verfolgungen und Einschränkungen zu akzeptieren, um ein sichereres Klima zu erreichen». ⁽⁷⁾ Wem 2021 aufgrund einer fehlenden Impfung verboten wurde, ein Flugzeug zu betreten, dem könnte dieselbe Dienstleistung bald verweigert werden, weil er angeblich «zu viel CO₂» ausgestossen haben soll. (tk)



„«Kohlensäuregas aus Kohleverbrennung verändert die hitzereflektierenden Eigenschaften der Atmosphäre.»

Andrei Sacharow, sowjetischer Pseudo-Dissident, 1968, lange bevor die «menschengemachte Klimaerwärmung» zum Massenthema gemacht wurde

Quelle: Andrei Sacharow, Wie ich mir die Zukunft vorstelle, Diogenes Verlag, 1968, S.34 ff.

„«Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, Andrei Sacharow, einer der couragiertesten Köpfe unserer Zeit, den dieses Parlament so sehr bewundert, glaubte felsenfest an die verborgene Kraft des menschlichen Geistes. [...] Wir wissen, dass wir etwas ändern müssen – und wir wissen, dass es machbar ist. Der European Green Deal ist unser Konzept für diese Wende. Sein Herzstück ist unser Ziel, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Welt zu werden.»

„«Jedes Mal, wenn eine Webseite uns auffordert, eine neue digitale Identität zu erstellen oder uns bequem über eine grosse Plattform anzumelden, haben wir in Wirklichkeit keine Ahnung, was mit unseren Daten geschieht. Aus diesem Grund wird die Kommission demnächst eine sichere europäische digitale Identität vorschlagen.»

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede aus dem September 2020

Quelle: ec.europa.eu, Präsidentin von der Leyens Rede zur Lage der Union bei der Plenartagung des Europäischen Parlaments, 16.09.2020

Quellen:

1. youtube.com, Lockdowns are quietly improving cities around the world, 27.02.2021
2. bundesverfassungsgericht.de, Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich, 29.04.2021
3. youtube.com, Robert Habeck - Grüner Autoritarismus voraus? (ZDFPrecht), 21.06.2019
4. youtube.com, individual carbon footprint tracker, 25.05.2022
5. commonbank.com.au, CommBank customers set to view their personalised carbon footprint, 26.07.2022
6. weforum.org, This credit card has a carbon-emission spending limit, 13.05.2019
7. nature.com, Personal carbon allowances revisited, 16.08.2021

Ausgerechnet der Sowjet-Agent Andrei Sacharow, der die CO₂-Lüge (Ausgabe 67) als einer der ersten für die weltweite Einführung einer sozialistischen Gesellschaft heranzog, wird von Ursula von der Leyen am Anfang einer Rede rühmlich erwähnt, in der sie den Kampf gegen das CO₂ mit einer digitalen Identität verbindet. Wird das individuelle Datenprofil von Personen bald genutzt werden, um ihnen anzuzeigen, wieviel CO₂ sie angeblich emittieren, um ihnen daraufhin vorzuschreiben, wieviel Energie sie noch verbrauchen dürfen?

Die Horror-Winterspiele: Ein Vorgeschmack auf die dystopische Zukunft des Westens

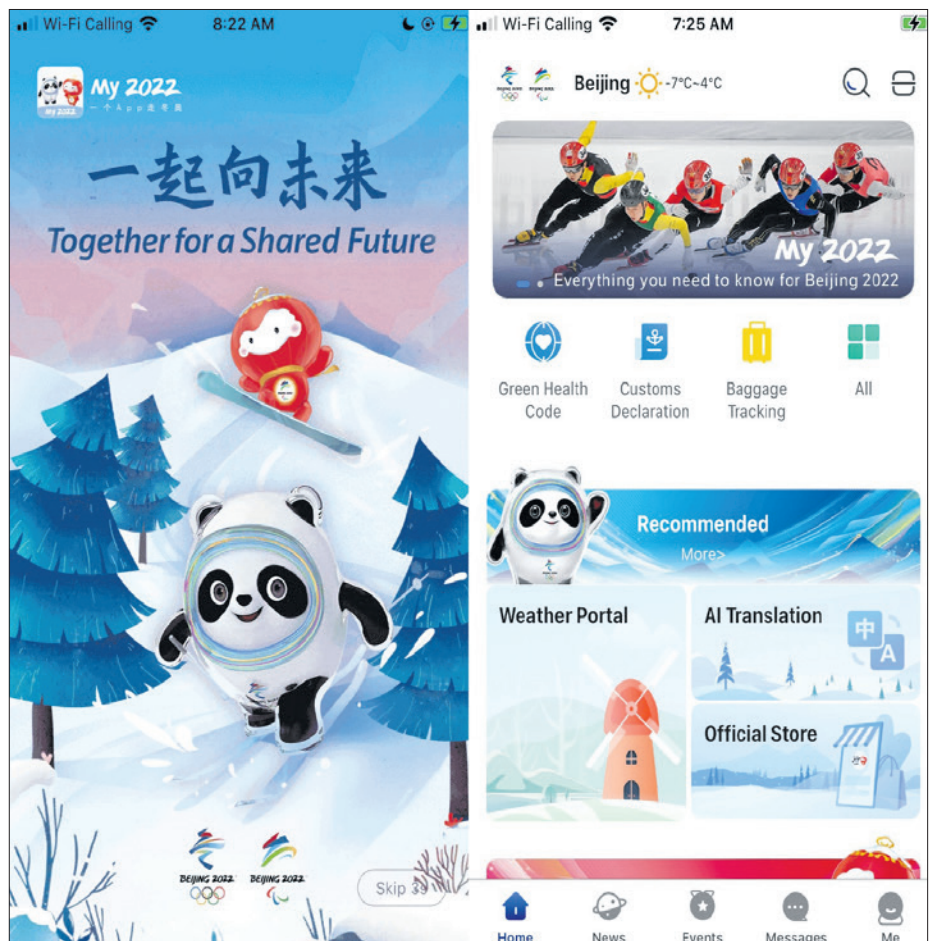
Die 2022 in China abgehaltenen Olympischen Winterspiele endeten für die KP im Desaster. Als Sportereignis erregten sie kaum Interesse, während Tausende westlicher Gäste dort mit der nackten Tyrannei konfrontiert wurden, zu der China sich inzwischen wieder zurückentwickelt hat. Selbst die von zwei Jahren «Corona-Diktatur» malträtierten West-Athleten zeigten sich schockiert von der Totalüberwachung und den allgemein schlechten Zuständen im Reich der Mitte.

Die Medienberichte über gelinde gesagt unschöne Erfahrungen häuften sich: Positiv getestete Athleten wurden in ihre Hotelzimmer gesperrt, die sie tagelang nicht mehr verlassen durften. Mehr als 360 an den Spielen beteiligte Personen, darunter 142 Athleten, wurden bei ihrer Ankunft auf dem internationalen Flughafen Peking positiv getestet und sofort in Quarantäne gesperrt. Journalisten, die die totalitären «Corona»-Massnahmen hierzulande unterstützten oder gar verschärft sehen wollten, bekamen in China ihre eigene Medizin zu schmecken. Isolation, Social Distancing, PCR-Testungen, Temperatur-Messungen, Masken, Barkeeper in Ganzkörperschutzanzügen, Tracking mit QR-Codes, kein freier Ausgang – kurzum, die Reporter bekamen mit voller Wucht zu spüren, wie sich das «Pandemie»-Freiultgefängnis anfühlt, das sie und ihre Kollegen im Westen herbeischreiben wollten.

«Diese Isolationsentscheidungen basieren nicht auf Medizin oder Wissenschaft, es sind eher kulturelle und politische Entscheidungen», sagte der finnische Arzt Maarit Valtonen zur mehrtägigen Quarantäne-Isolation des finnischen Eishockeyspielers Marko Anttila. Der finnische Cheftrainer Jukka Jalonen verlautbarte, die Situation beeinträchtige mittlerweile Anttilas psychische Gesundheit. «Wir wissen, dass er völlig gesund ist, und deshalb denken wir, dass China aus irgendeinem Grund sein Menschenrecht nicht respektiert, und das ist keine gute Situation», so Jalonen. ⁽¹⁾ Wieder einmal ist der horrende Doppelstandard westlicher Beobachter festzustellen, denn wo sie in China politischen Missbrauch hinter den «Corona»-Massnahmen zulasten der Menschenrechte vermuten, wagen ▶



Selbst Barkeeper in Hotels für Journalisten mussten «Corona-Sicherheitskleidung» tragen – für jeden noch so massnahmentreuen Westler ein befremdlicher Anblick.



Über die App «My2022» mussten die Teilnehmer ihren Gesundheitszustand mitteilen. Selbst so manches, ansonsten chinafreundliches Mainstream-Medium schrieb offen darüber, dass die Software gewaltige Sicherheitslücken aufwies und ein Einfallstor für Überwachung zu sein schien.

► sie es nur selten, diese Erkenntnisse auch auf den Westen zu übertragen. Wie bereits dargelegt, erkennen die Menschen die Dystopie meist nur ausserhalb ihrer gewohnten Umgebung und sind für die Zustände in ihrer Heimat meistens blind. So wohl auch der finnische Arzt Valtonen. Auf die logische Frage, inwieweit die Einschränkungen in Europa dann gänzlich auf «Medizin und Wissenschaft» basierten, gibt es nämlich keine schlüssige Antwort.

Hungernde Athleten

Selten war es offensichtlicher, dass eine Sportveranstaltung in einem Land stattfindet, in dem Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Allerdings wurde im Februar 2022 eine neue Stufe erreicht, denn sogar die Athleten selbst wurden wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Während seit mehreren Jahren im Fussball darüber diskutiert wird, ob es moralisch in Ordnung ist, eine Weltmeisterschaft in Katar auszurichten, erfuhr die Menschenrechtsdiskussion bezüglich des Sportevents in China weit weniger Aufmerksamkeit.

Dabei entpuppten sich die Zustände in den olympischen Dörfern als teilweise völlig unzumutbar. Die finnische Skilangläuferin Katri Lyytynperä postete ein Video auf ihrem Instagram-Profil, in dem ein Teil ihrer Unterkunft überflutet wurde und das Wasser die Wände hinunterlief. Sie betitelte das Video mit der simplen Botschaft «Hilfe». Lyytynperä behauptete wenig später, sie sei dazu gedrängt worden, die Aufnahmen zu löschen.

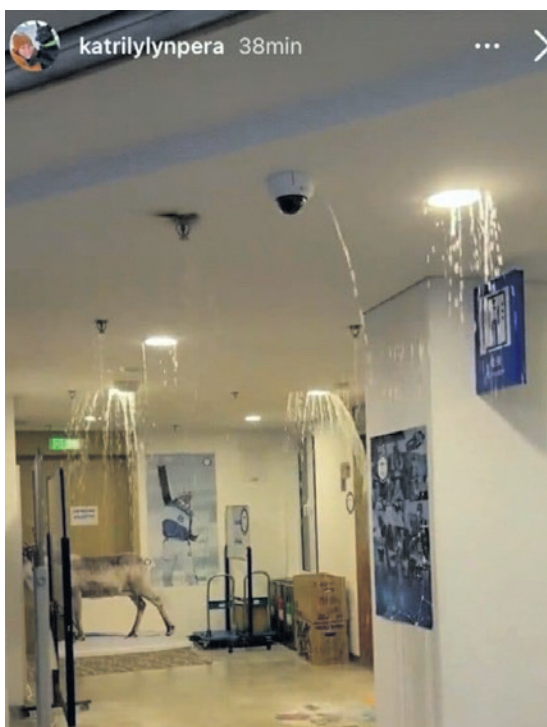


Foto: N509FZ ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Big_Air_Shougang_\(20220207093457\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Big_Air_Shougang_(20220207093457).jpg))
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Die Rampe für Snowboard-Freestyle und Freestyle-Skiing wurde mitten in einem Industriegebiet errichtet, was bei den Teilnehmern für reges Kopfschütteln sorgte.

Ihre Videos gehörten zu einer Reihe von peinlichen Vorfällen, die das Gastgeberland zu verantworten hatte. Zuschauer in aller Welt waren über die Umgebung des Austragungsortes der Big-Air-Veranstaltungen schockiert. In den sozialen Medien fielen Begriffe wie «AKW-Brachland» (siehe Bild oben).⁽²⁾ Der Alpin-Skifahrer Christian Schwaiger sagte gegenüber Reportern: «Die Verpflegung ist äusserst fragwürdig, denn eigentlich ist es gar keine Verpflegung. [...] Ich hätte erwartet, dass das Olympische Komitee in der Lage ist, warme Mahlzeiten anzubieten»⁽³⁾ Bestätigt wurde seine Aussage von der russischen Biathlon-Teilnehmerin Valeria Vasnetsova, die auf Instagram aus

einem der Quarantäne-Hotels in Peking postete, dass ihr der Magen wehtue, weil kein hochwertiges Essen geliefert werde. Sie schrieb: «Ich bin sehr blass und habe riesige schwarze Kreise um meine Augen. Ich will, dass das alles aufhört. Ich weine jeden Tag. Ich bin sehr müde.» Vasnetsova postete auch ein Foto des in der Tat übel aussehenden Essens, das sie erhalten hatte (siehe Bild auf S.71), und behauptete, dies sei «schon seit fünf Tagen Frühstück, Mittag- und Abendessen». Sie habe einen Teil der Nudeln gegessen, aber es sei «unmöglich», den Rest zu verzehren. Sie fügte hinzu: «Meine Knochen sind schon zu sehen», weil sie in Peking so viel Gewicht verloren habe.⁽³⁾ Eine pol-



Die finnische Skilangläuferin Katri Lyytynperä postete ein Video auf ihrem Instagram-Profil, in dem ein Teil des Athletendorfes überflutet wurde und das Wasser die Wände hinunterlief. Sie betitelte das Video mit der simplen Botschaft «Hilfe». Dass Infrastruktur und Wohnraum in China nicht richtig funktionieren, ist symptomatisch, denn, wie in jedem kommunistischen System, mangelt es an persönlicher Verantwortung. Wer etwas sein Eigen nennen kann, der fühlt eine persönliche Verpflichtung, es im bestmöglichen Zustand zu halten, schon allein um den Wert nicht zu mindern. Wenn Eigentumsverhältnisse nicht klar zugeordnet sind, entsteht ein Vakuum der Verantwortlichkeit, in dem sich niemand zuständig fühlt, wodurch notwendige Instandhaltungsarbeiten nicht erledigt werden.

nische Eiskunstläuferin gab an, sie habe in einer Isolierstation in Peking in Angst gelebt und «geweint, bis ich keine Tränen mehr hatte». ⁽⁴⁾

Totalüberwachung der Athleten

Jeder Teilnehmer wurde nach seiner Einreise verpflichtet, die Smartphone-App «My2022» herunterzuladen, über welche Teilnehmer, Funktionäre und Gäste der Winterspiele ihren Gesundheitszustand dokumentieren sollten. Die kanadische Organisation Citizen Lab entdeckte grosse Sicherheitsmängel in der Software. Die Verschlüsselungstechnologie sei einfach zu umgehen, sodass Dritte an personenbezogene Daten gelangen können. Für eine eingebaute Chatfunktion bestehe zudem eine Stichwortliste zensierter Begriffe, die häufig mit Kritik an Chinas Regierung zu tun hatten. ⁽⁵⁾ Da China die Olympischen Spiele als Prestigeveranstaltung betrachtete, wurde die Online-Zensur im Vorfeld und während der Spiele besonders hochgefahren. Als die chinesische Eiskunstläuferin Zhu Yi während ihres Wettkampfs unglücklich fiel, sah sich die Plattform Weibo kurzerhand gezwungen, 41'000 Beiträge und 850 Accounts zu löschen, angeblich um die Athletin vor Hass und Hämie zu schützen. ⁽⁶⁾ Die ausländischen Reporter warteten teils Stunden auf die uigurischen Teilnehmer, die letzten Endes dann doch nicht für ein Interview auftauchten – wohl kaum aus Schüchternheit, sondern weil sie schlicht nicht mit ausländischer Presse reden durften.

Offensichtlicher Betrug

Der Sport trat weiter in den Hintergrund, als in mehreren Fällen klar wurde, dass die chinesischen Teilnehmer in diverser Hinsicht betrogen hatten und als Gastgeber dafür unsanktioniert blieben. Neben den bereits üblichen und aus der Vergangenheit bekannten Lügen, was das Alter der Teilnehmer angeht, tat sich die chinesische Eisschnellläuferin Fan Kexin hervor, die der Kanadierin Alyson Charles während des 500-Meter-Rennens absichtlich einen Marker in die Kufen warf, woraufhin Charles stürzte. ⁽⁷⁾ Ein zweiter bedeutender Zwischenfall ereignete sich im 1000-Meter-Finale der Eisschnellläufer. Als der Ungar chinesischer Abstammung Liu Shaolin und der Chinese Ren Ziwei in die letzte Kurve einbogen, kollidierten die beiden und Ziwei zog Liu mit seinen Armen zu Boden, was für jeden mit einem Grundverständnis dieser



China hatte tatsächlich den Nerv, eine uigurische Skilangläuferin (links) das olympische Feuer entzünden zu lassen. Ein Schlag ins Gesicht für die Minderheit im Westen Chinas, an der gerade ein Völkermord begangen wird (Ausgabe 51, S.48 ff.) und vermutlich eine Aktion, die dem Westen suggerieren sollte, das Verhältnis zwischen Chinesen und Uiguren sei absolut harmonisch.

Sportart als ein klarer Verstoss erkennbar sein dürfte. Trotz des klaren Regelbruchs entschieden die Kampfrichter zu Gunsten von Ziwei, da der für Ungarn antretende Liu unrechtmässig die Spur gewechselt, den Kontakt verursacht und er Ziwei mit seinem linken Arm behindert hätte, bevor er stürzte. Liu wurde mit zwei Strafen belegt und disqualifiziert, während Ziwei überhaupt nicht bestraft wurde. ⁽⁸⁾

Ein chinesischer Eiskunstlaufkampfrichter, der 2018 wegen der Bevorzugung seiner Landsleute suspendiert worden war, wurde bei den Olympischen Winterspielen in Peking als technischer Kampfrichter wieder zugelassen und urteilte 2022 so voreingenommen wie zuvor. ⁽⁹⁾ Zieht man all dies in Betracht, liegt der Verdacht nicht mehr weit, dass hinter der jämmerlichen Verpflegung ausländischer Athleten System gesteckt haben könnte, denn schlechte Ernährung führt natürlich auch zu einer körperlich wie geistig stark verminderten Leistungsfähigkeit. Dazu kam, dass das Internationale Olympische Komitee für China in die Presche sprang und probierte, jeden Akt des Betrugs (z.B. YouTube-Videos der Handgreiflichkeiten beim Eisschnelllauf) aus dem Internet verschwinden zu lassen.

Das sollte als Zusammenfassung der wohl bizarren und tyrannischsten Olympischen Spiele aller Zeiten genügen, und als Warnung dienen, sich im Westen bloss keinen Schritt mehr weiter auf die Blaupause China zuzubewegen. Die zurückgekehrten Athleten und Journalisten haben ihre Lektion hoffentlich gelernt. (tk)



Die russische Biathlon-Teilnehmerin Valeria Vasnetsova postete dieses Bild von ihrer Verpflegung im Quarantäne-Hotel auf Instagram. Solch unappetitlich aussehende Portionen bekäme sie morgens, mittags und abends.

Quellen:

1. orf.at, Üble Bedingungen plagen Athleten, 08.02.2022
2. foxsports.com.au, China orders Olympics star to delete photos, 12.02.2022
3. reuters.com, Alpine skiing-Cold food riles Germany coach, U.S. bring own pasta, 06.02.2022
4. blick.ch, Athleten kritisieren Kälte, Essen und harte Isolation, 07.02.2022
5. deutschlandfunk.de, Angst vor Datenspionage über Olympia-App, 05.02.2022
6. itechpost.com, Weibo Deletes 41,000 Posts Related to Beijing Winter Olympics 2022 and Banned 850 Accounts; Here's Why, 02.09.2022
7. mirror.co.uk, Chinese skater accused of deliberately tripping Canadian opponent in Winter Olympics chaos, 08.02.2022
8. knowyourmeme.com, Questionable Calls Bring Accusations Of Chinese Cheating To 2022 Beijing Winter Olympics, 08.02.2022
9. reuters.com, Chinese figure skating judge banned for bias back at Beijing Games, 31.01.2022



Na sowas aber auch: Die chinesische Tennisspielerin Peng Shuai beschuldigte den ehemaligen Vizepremier der Volksrepublik China, Zhang Gaoli, des sexuellen Missbrauchs, bevor sie verschwand und danach reumütig zurückruderte. Wie es scheint, ist Zhang Gaoli an Sportlerinnen und Sport interessiert. Er traf sich 2016 mit Thomas Bach, dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees. Es wird spekuliert, dass die gute Beziehung zwischen Zhang Gaoli und Thomas Bach dazu führte, dass China die Winterspiele 2016 zugesprochen bekam.

Eileen Gu ist eine in den USA geborene Freestyle-Skierin, die seit Juni 2019 für China startet. Sie war eines der chinesischen Aushängeschilder für die Olympischen Winterspiele 2022. Ihr Antreten für China muss mindestens als opportunistisch, wenn nicht gar als verräterisch bezeichnet werden, denn während sie in den USA eine von vielen ist, wird ihre Teilnahme für China mit weit mehr Aufmerksamkeit und sicherlich auch höheren Geldsummen entlohnt. Während der Winterspiele blamierte sie sich auf Instagram. Ein Nutzer hatte Gus Post kommentiert und sie gefragt, warum sie die Social-Media-Plattform nutzen könne, während die Menschen in China keinen Zugang zu Instagram, Twitter und Facebook hätten. Sie antwortete: «Jeder kann einen VPN herunterladen, der buchstäblich kostenlos im App Store erhältlich ist.» Damit setzte sie sich gewaltig in die Nessel, denn in China kann man für das Herunterladen eines VPN leicht ins Gefängnis kommen. Die Aussage ist sowieso absurd, denn alleine die Tatsache, dass überhaupt ein VPN benötigt wird, um westliche Webseiten zu besuchen, verrät, dass in China im grossen Stil zensuriert wird. Gus Antwort wurde mittlerweile wieder gelöscht und auch die chinesische Nachrichtenplattform Weibo löschte Postings, die darauf verwiesen.



 cilla.chan Why can you use Instagram and millions of Chinese people from mainland cannot, why you got such special treatment as a Chinese citizen. That's not fair, can you speak up for those millions of Chinese who don't have internet freedom

12小时 21次赞 回复

— 隐藏回复

 eileen_gu_ @cilla.chan anyone can download a vpn its literally free on the App Store

12小时 298次赞 回复



Die chinesische Eisschnellläuferin Fan Kexin brachte ihre Konkurrentin Alyson Charles absichtlich zu Fall. Ein klarer Akt des Betrugs.



Der ungarische Läufer chinesischer Abstammung (links) wird vom chinesischen Läufer (rechts) weggedrückt. Ein klarer Regelverstoss, der auch Millionen von Fernsehzuschauern aufgefallen war. China erzielte sich damit die Goldmedaille im Eisschnelllauf.



Im Verlauf der letzten Monate wurden die Daumenschrauben, die der westlichen Welt durch die «Anti-Corona-Massnahmen» angelegt wurden, deutlich gelockert und bisweilen sogar gänzlich aufgehoben. Vollkommen anders gestaltet sich die Situation in China. Während der Westen längst auf einen sanfteren Kurs einschwenkte, terrorisiert die Kommunistische Partei ihre Bürger weiterhin mit einer rigoros verfolgten und zahlreiche Opfer fordernden «Null-COVID-Politik». Die Abriegelung ganzer Wohngebiete in Grossstädten gehört zum Alltag. Zuweilen reicht ein einziger positiver PCR-Test aus, um einen wochenlangen lokalen Lockdown auszulösen, der dann auch mit aller Härte durchgesetzt wird. Man verwehrt Menschen den Zugang zu ihren eigenen Wohnungen, Supermärkte werden längerfristig geschlossen, belebte Landeszentren von einem Tag auf den anderen in Geisterstädte verwandelt. In den westlichen sozialen Medien kursieren Videos von Polizisten, die in Schutzanzügen Wohnungstüren einschlagen, um Bewohner festzunehmen, die der Anordnung, sich in ein «Quarantänelager» zu begeben, nicht Folge geleistet haben. Fast erhält man den Eindruck, der Terror des «Grossen Sprungs» und der Kulturrevolution sei unter neuen Vorzeichen, und zwar unter dem Deckmantel des Seuchenschutzes, wieder nach China zurückgekehrt. Wer mit den «Corona»-Massnahmen nicht kooperiert, landet im Gefängnis oder Laogai-Lager (Ausgabe 50), wer kooperiert und positiv getestet wird, landet im «Quarantänelager». Ein zusätzlicher, auf perfide Weise installierter Baustein der Tyrannei. Die Situation gipfelte schliesslich darin, dass selbst die ansonsten so leidensfähigen Chinesen an ihre Grenzen getrieben wurden. Protestbewegungen begannen sich zu formieren und zunehmend wurden Stimmen laut, welche die grundlegende Sinnhaftigkeit der «Null-COVID-Politik» in Frage stellten. Die Herrschaft der KP wird dadurch aber zumindest bis anhin nicht in Frage gestellt. Nach wie vor sitzt sie fest im Sattel und es gelingt ihr mit Erfolg, sowohl die Proteste als auch die Stimmen der Zweifler zu unterdrücken. Viele Chinesen haben sich mittlerweile an die «Neue Normalität» gewöhnt, in der immer wiederkehrende Lockdowns schlichtweg zum Alltag gehören. Einen regelrechten Kulturschock diesbezüglich erhielten westliche Beobachter im Zuge der Olympischen Winterspiele, die 2022 in China abgehalten wurden. Im Nachhinein darf man zurecht behaupten, dass diese sich für die KP zu einem lupenreinen PR-Debakel auswuchsen. Westliche Sportler, Journalisten und Beobachter, von denen man meinen möchte, sie wären nach mehr als zwei Jahren «Corona»-Terror in ihrer eigenen Heimat an einiges gewöhnt, zeigten sich entsetzt ob der offen totalitären Zwangsmassnahmen, mit denen sie in China «Willkommen geheissen» wurden. Isolation, Social Distancing, PCR-Testungen, Temperatur-Messungen, Masken, Tracking mit QR-Codes, kein freier Ausgang – China spulte das volle Programm ab und viele berichterstattende Reporter, die harte «Corona»-Massnahmen in ihrem eigenen Land befürwortet hatten, mussten mit einigem Entsetzen feststellen, dass die erlassenen Bestimmungen aus medizinischer Perspektive im Grunde unhaltbar und nicht etwa epidemiologisch, sondern schlichtweg ideologisch motiviert waren.

Doch trotz der Tatsache, dass China in Sachen Massmenterror niemandem so schnell das Wasser reichen kann und sich auch westliche Medien zunehmend kritisch zur dort verfolgten «Null-COVID-Strategie» positionieren, sollte man nicht den Fehler machen zu glauben, China besässe das weltweite Monopol auf derart rigoros umgesetzte Zwangsmassnahmen. In der westlichen Welt bietet insbesondere Australien ein unrühmliches Beispiel dafür, dass man sich seiner Freiheit auch hierzulande nicht zu sicher sein darf, nur weil das Regime, dem man untersteht, nicht Chinesisch spricht und sich nicht offen zum Marxismus bekennt. Noch immer hält die australische Millionenstadt Melbourne mit 262 aufeinanderfolgenden Tagen den traurigen Rekord für den längsten Lockdown am Stück. Schulen, Restaurants und Bars, Friseure – alles, was zu einem zivilisierten gesellschaftlichen Leben dazugehört, war fast ein Dreivierteljahr am Stück aufgrund von politischen Direktiven geschlossen. Auch errichtete Australien – genau wie das Reich der Mitte – «COVID-Quarantänecamps», die ihrem Aussehen und ihrer Funktion nach weit mehr mit Gefängnislagern zu tun hatten. Wie in China wurden auch in Down Under Lockdowns zuweilen wegen eines einzigen positiven Testergebnisses verhängt und erbarmungslos umgesetzt. Während China seinen «COVID»-Kurs aber noch immer aufrechterhält, wurde es in der westlichen Welt mittlerweile etwas ruhiger um dieses Thema. Trotzdem darf die gesamtgesellschaftliche Situation noch immer als angespannt bezeichnet werden. Die sich nach wie vor zuspitzende Inflation und eine potenzielle Energiekrise liegen als latent lauende Gefahr in der Luft und bestimmen auf bewusste oder unbewusste Weise den Alltag der Menschen. Bedenkt man die Great-Reset-Pläne von WEF und Co., so kann man sich dem Gedanken kaum verweigern, dass hier möglicherweise an einer multidimensionalen Krise gebastelt wird, die in Summe jenen Kataklysmus darstellt, der gebraucht wird, um den «Grossen Umbruch» einzuleiten. Für die geplante Zerschlagung der alten Wirtschaftsordnung findet sich kaum ein besserer Schlaghammer als die eigentlich quasi schon feststehende Energieverknappung für Industrie und Privatpersonen. Während in China 2022 drakonische Lockdowns das Wirtschaftswachstum in den Boden rammten, könnten Europa und insbesondere Deutschland Putins Verknappung von Gas nutzen, um die Umstellung von Privatwirtschaft auf Planwirtschaft vorzunehmen. Wenn Hunger und Chaos als Folgen einer wirtschaftlichen Rezession regieren, dann werden die europäischen Bürger höchstwahrscheinlich bereit sein, in den sauren Apfel zu beissen, und ein bedingungsloses Grundeinkommen akzeptieren, das an eine digitale Identität und Zentralbankwährung (CBDC) gekoppelt sein wird. Das wäre zumindest einer von vielen gangbaren Wegen in die totalitäre Zukunft des Great Reset.

Im nächsten Abschnitt der Ausgabe wenden wir uns erneut dem Thema der Massenüberwachung zu und beschäftigen uns mit der Frage, wie weit sich der Westen bereits an einen Zustand des vollkommen gläsernen Bürgers angelehnt hat. Weiterhin wird die in China verfolgte Glaubensgemeinschaft Falun Gong thematisiert und aufgezeigt, wie die freiheitlichen Werte unaufhörlich torpediert werden.

Auf einen Blick

➤ Zur Schaffung des «neuen sozialistischen Menschen» war es seit jeher bedeutsam, vor allem die traditionelle Familie als Urquelle gesunder und souveräner Individuen und die damit einhergehende Privatsphäre zu vernichten.

➤ Jene Privatsphäre erleidet vielfältige Angriffe, sowohl mit analogen als auch digitalen Methoden. China dient als Extrembeispiel, aber auch die westlichen Bürger haben sich durch Smartphones und Co. längst selbst «verwanzt».

➤ Die Überwachungstechnik für die eigenen vier Wände wird im Rahmen «digitaler Altenheime» in China weiter perfektioniert – unter dem Vorwand, pflegebedürftige Menschen zu ihrer Sicherheit auf Schritt und Tritt kontrollieren zu müssen.

➤ Konservativ-freiheitliche Werte werden in China z.B. durch die Verfolgung von Falun-Gong-Anhängern zerstört. Auch hierzulande steht es an sämtlichen Fronten schlecht um das traditionelle Wertegefüge.

Die eigene Wohnung: Wie überwindet man den «toten Winkel» der Überwachung?

Bereits in ihren frühen Schriften bekannten die Urväter der kommunistischen Ideologie, dass es zur Umsetzung ihrer Gesellschaftsvision von Nöten sei, die Privatsphäre des Menschen restlos abzuschaffen. In der Programmskizze «Grundsätze des Kommunismus», die 1847 von Friedrich Engels als wichtige Vorarbeit für das Manifest der Kommunistischen Partei verfasst wurde, lesen wir beispielsweise schon als Forderung: «Errichtung grosser Paläste auf den Nationalgütern als gemeinschaftliche Wohnungen für Gemeinden von

Staatsbürgern, welche sowohl Industrie wie Ackerbau treiben [...]»⁽¹⁾ Gemeinschaftliches Wohnen und stets geöffnete Türen sollten den «neuen sozialistischen Menschen» zu einem offenen Buch für die Partei machen.

Nur einige Jahrzehnte später wurde die Chance ergriffen, die Utopie wahr werden zu lassen. Nachdem die ideologischen Nachfolger von Marx 1917 in Russland die Macht ergriffen hatten, wurde versucht, das kollektivistische Lebensmodell ohne private Abgrenzung in die Tat umzusetzen. In dem Buch «Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens: Modelle des Zusammen-

lebens» erfahren wir: «In der Zeit nach der Russischen Revolution 1917 entwickelten sich in der Sowjetunion nennenswerte Wohnobjekte mit kollektiven Wohnräumen, die grossen Einfluss auf die weitere Entwicklung des gemeinschaftlichen Wohnens in Mitteleuropa hatten. Grundlage für diese Wohnobjekte waren die sozialistischen Utopien der neuen Regierungsmacht, welche die Entwicklung einer modernen sowjetischen Gesellschaft anstrebte, einer sogenannten neuen Lebensweise für das Arbeitervolk, das sich im Kollektiv entfalten sollte. Daraus bildeten sich vier Formen des kollektiven Wohnens, die sich vor allem in den 1920er- und 1930er-Jahren etablierten: die Hauskommune, auch Kommunalka genannt, die Jugendkommune, die Übergangskommune und das Kommunehaus mit vollständiger Vergesellschaftung. Nach der Revolution wurde in Städten wie Moskau und Leningrad die Kommunalka zur vorherrschenden Wohnform. Diese sollte die erste Stufe des gemeinschaftlichen Wohnens darstellen, wobei es noch nicht um die Kollektivierung des gesamten Lebens und die Infragestellung der Familie ging.»⁽²⁾ Ein sozialistischer Parteisoldat, der sich auf Trozki's Ideen bezog, meinte während der revolutionären Jahre in Russland: «Ich muss klarstellen, dass ich das Zimmersystem nicht für unbedingt nötig halte; ich meine, dass unter einem Zimmer nur die Wohnfläche eines einzelnen Menschen zu verstehen ist. Denn ein kollektivistischer Mensch kann durchaus auf die Isolierung in einem Zimmer verzichten.»⁽³⁾

Chinas «Volkskommunen»

Im Zusammenhang mit der Verkündung der Politik des «Grossen Sprungs» (Ausgabe 50) kam es 1957 unter Mao zu einem weiteren megalomanen Versuch, die Privatsphäre der Menschen zu zerschlagen. In



Gemeinschaftsversorgung in einer chinesischen «Volkskommune» (1958)

den «Volkskommunen» wurde eine Vielzahl von Dörfern zusammengeschlossen, die Arbeitskräfte wurden dann zentral verwaltet und in Arbeitsbrigaden eingeteilt, die keine Bindung mehr an den ihnen vertrauten Grund und Boden besaßen.⁽⁴⁾ Der US-Historiker Rudolph Rummel schreibt in seinem Buch «China's Bloody Century»: «Die Volkskommunen rauben den Bauern jegliche Privatsphäre. Die Bauern müssen allen Besitz abgeben und werden als Fabrikarbeiter behandelt, organisiert in Teams und Brigaden. Sie müssen die Arbeit machen, zu der sie befohlen werden. Sie müssen in Kantinen essen, und oft müssen sie zusammen in Baracken schlafen. Familienleben und Traditionen, persönlicher Besitz und Privatsphäre, persönliche Initiative und individuelle Freiheiten werden für ein Siebtel der Bevölkerung zerstört.»⁽⁵⁾ Sowohl in Russland als auch in China scheiterten die kollektiven Wohnmodelle jedoch langfristig, und das trotz des Machterhalts der Kommunisten in diesen Ländern. Die geschundenen Untertanen drängten zurück ins Privatleben, um sich wenigstens einen einzigen Schutzraum gegen den roten Terror zu sichern. Immer wenn man den Menschen die Sphäre des Privaten nahezu komplett entzog, stellten sich Tod und Verderben ein. Spätestens hier zerbrach der Traum von der sozialistischen Utopie, in der alle Menschen alles teilen und jede Tür für die «Genossen» geöffnet bleibt – wobei die Utopie wohl immer nur dazu diente, eine Ideologie anziehend oder den Untertanen ihre Unterdrückung schmackhaft zu machen.

Die Partei zu Besuch

Dass der Kommunismus in China lebendiger denn je ist, wiesen wir in Ausgabe 50 nach. Damit wird auch weiterhin am Traum von der totalen Durchdringung des Lebensraums jedes Einzelnen festgehalten, was sich an zahlreichen Beispielen belegen lässt. Ganz ohne die digitalen Instrumentarien, die den roten Sozialplanern völlig neue Möglichkeiten für ihre lebensfeindlichen Ideen in die Hand legen, zeigt ein Beispiel aus der Region Xinjiang, wie invasiv sich die KPCh bis heute verhält. In der Arte-Dokumentation «Das Drama der Uiguren» erfährt der Zuschauer von einer schockierenden Absurdität: «Trotz der Überwachungstechnik, mit der Xinjiang überzogen ist, bleibt ein toter Winkel, den die chinesische KP nicht einsehen kann: Der engste Familienkreis. Das hat die Partei auf eine Idee gebracht: Da das Verhältnis zwischen Han-Chinesen und Uiguren nicht immer harmonisch ist, müssen sie gezwungen werden, sich besser kennenzulernen. Zu diesem Zweck veran-



Ein Han-Chinese beim Zwangsbesuch eines sichtlich «begeisterten» Uiguren-Ehepaars

„Es gibt nichts Schöneres im Leben als die Verbindung zwischen Ehemann und Ehefrau – die Freuden der nuklearen Familie. Westberliner glauben immer noch stark an preussische, bourgeoise Werte: Harte Arbeit, Loyalität, Gehorsam, Ordentlich- und Sauberkeit. [...] Doch 1967 bricht in Westberlin [...] die Hölle los. Dort wird eine neue Herangehensweise an das Leben demonstriert: Das Leben in einer Kommune.»



Eine Dokumentation des Rundfunk Berlin Brandenburg über die sozialistische Wohngemeinschaft «Kommune 1», die sich nachweislich an Mao Tse-tungs Volkskommunen orientierte

Quelle: the-berlin-wall.com, 1967: Kommune 1 und the extraparlimentary opposition, abgerufen am: 17.01.2023



Die 68er-Soft-Version von Maos Volkskommunen: Die «Kommune 1» war eine politisch motivierte Wohngemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die versuchte, das Modell der Kleinfamilie durch eine gemeinschaftliche Lebensgemeinschaft von «Genossen» zu ersetzen. Eindeutig waren die Bewohner der «Kommune 1» von Mao Tse-tungs kollektivistischen Experimenten inspiriert, weshalb die Wände der Wohngemeinschaft auch mit Mao-Postern gespickt waren.

staltet die chinesische Führung sogenannte «Wochen der ethnischen Einheit». Einmal im Monat erhalten uigurische Familien Besuch von einem Han-Chinesen, der für einige Tage ihren Alltag teilt. Videos in den sozialen Netzwerken zeigen scheinbar glückliche Menschen. In Wirklichkeit sollen diese falschen chinesischen Freunde die Parteitreue

der Familienmitglieder beurteilen.» Sophie Richardson, die China-Beauftragte von Human Rights Watch, kommentiert: «Das dient ganz klar der Überwachung. Um zu sehen, wer im Haus lebt und wer nicht, wie religiös die Bewohner sind und ob die Kinder chinesisch oder uigurisch sprechen. All diese Daten werden aktenkundig. Können ▶

► Sie sich vorstellen, dass in Ihrem Land Funktionsträger der regierenden Partei uneingeladen in Ihr Haus ziehen, an Ihrem Tisch sitzen und in Ihrem Bett schlafen? Sollte die Hightech-Überwachung scheitern, ist die Partei also weiter informiert – auch ohne moderne Technologien.» Seit 2016 hat die Kommunistische Partei auf diese Weise und zum Zweck der Spionage bereits über eine Million Han-Chinesen in uigurische Haushalte geschickt.⁽⁶⁾ So verstörend sie auf den Betrachter wirken mögen, finden diese Parteibesuche allerdings nur vorübergehend statt und garantieren keine vollumfängliche Beobachtung der Uiguren in ihrem Wohnraum. In West wie Ost werden es wohl längerfristig die neuen digitalen Spielzeuge sein, die es «Big Brother» erlauben werden, sich ununterbrochen an den Esstisch von Familien zu setzen. Welche Möglichkeiten sich diesbezüglich eröffnen, soll kurz auf den kommenden Seiten angerissen werden. (tk)

Quellen:

1. mlwerke.de, Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus, abgerufen am: 17.01.2023
2. Susanne Schmid, Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens: Modelle des Zusammenlebens, 21.10.2019
3. Igor R. Schafarewitsch, Der Todestrieb in der Geschichte, Lichtschlag Medien Düsseldorf, 1975/2016, S.316
4. de.wikipedia.org, Volkskommune, abgerufen am: 17.01.2023
5. Rudolph Joseph Rummel, China's bloody century, 1991
6. arte.tv, China: Das Drama der Uiguren, 01.09.2022



Shanghai im Mai 2022: Mitarbeiter dürfen die Fabrik bei Feierabend nicht verlassen und müssen am Arbeitsplatz schlafen.

tagesschau¹

77 «Sie schlafen in den Werkshallen, bleiben Tag und Nacht bei der Arbeit. Das war die Bedingung, dass sie hier überhaupt wieder produzieren durften. [...] Allein in Shanghai haben inzwischen 4000 Fabriken die Arbeiter auf dem Gelände eingesperrt.»

Die ARD-Tagesschau am 29. Mai 2022

Quelle: tagesschau.de, Essen, waschen, schlafen in der Fabrik, 29.05.2022

Das gemeinsame Schlafen in der Fabrik und das strikte Einhalten der Befehle von oben wecken Erinnerungen an Maos Volkskommunen. Das teils über Wochen andauernde Einsperren der Arbeiter aufgrund von hohen «Corona-Fallzahlen» scheint bis heute weiter stattzufinden. Der Apple-Zulieferer Foxconn riegelte ein Werk in Zhengzhou im Oktober 2022 ab, was Ausschreitungen und zahlreiche Kündigungen zur Folge hatte.

Hightech-Altenheime statt traditioneller Familienstruktur im heutigen China



In dieser Kommandozone eines Hightech-Altenheims in China laufen die Daten von ca. 160'000 Senioren, die sich nach wie vor in ihrem Zuhause oder einem naheliegenden Gebäude befinden, zusammen: Ihr Blutdruck, ihre Herzfrequenz, ihre Bewegungen und vieles mehr. Auch ihr Verbrauch von Wasser und Elektrizität wird analysiert. Ein Testfeld für die geplante Zukunft aller Chinesen oder gar der Weltbevölkerung?

Die Lobeshymnen des kommunistischen Sprachrohrs Alexander Dugin, der sich in seinem Werk «Das Grosse Erwachen» (2021) dazu versteigt, China als «traditionelle Gesellschaft» und konservativen Gegenpol zum zerfallenden Westen anzupreisen, können getrost in das Reich der haltlosen Propaganda verwiesen werden (Ausgabe 46). Im Januar 2021 erreichte die Geburtenrate in China einen historischen Tiefstand. Es wurden weniger Kinder geboren als noch zu Zeiten von Maos «Grossem Sprung nach vorn» Anfang der 1960er-Jahre.⁽¹⁾ Laut einer im medizinischen Fachmagazin «The Lancet» veröffentlichten Studie wird sich die Bevölkerung Chinas – mit derzeit 1,4 Mrd Menschen nach wie vor das bevölkerungsreichste Land der Welt – bis zum Jahr 2100 wahrscheinlich halbieren. In der Folge führt das zu einer «urnenförmigen Bevölkerungspyramide». Diese demografische Verteilung – die nebenbei be-

merkt in Deutschland bereits Realität wurde – stellt eine Nation vor ein grundsätzliches Problem, denn sie ist dadurch charakterisiert, dass eine kleine Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter vor der Aufgabe steht, eine riesige Anzahl von Rentnern zu versorgen.⁽²⁾

Eigentlich bedürfte es keiner weiteren Erläuterung. Da die Abschaffung der traditionellen, nuklearen Familie bereits seit Marx und Engels ein fester Bestandteil der kommunistischen Ideologie war, sollte es eigentlich nicht überraschen, dass ein kommunistisch geführter Staat wie China in der Praxis keine gesunden Familien hervorbringt und dies auch gar nicht für nötig befindet. Allein die über Jahrzehnte durchgeführte Ein- bzw. Zwei-Kind-Politik sollte als Beweis ausreichen, um zu erkennen, dass die Familie als Grundpfeiler der traditionellen bürgerlichen Gesellschaft auch in China unter massivem Beschuss steht.

Ähnlich wie im Westen ist es der wirtschaftliche Druck, der viele Frauen dazu bewegt, auf Kinder zu verzichten, denn mehr Kinder kosten mehr, und sie verlieren zunehmend ihre Rolle als Altersabsicherung. Eine ARD-Reportage berichtet über eine zweifache Mutter aus Peking, die jedoch mittlerweile alleine leben muss. Wir erfahren: «Ihre beiden Söhne wohnen in Peking. Noch bis vor Kurzem wäre normal gewesen, dass sie bei einem ihrer Kinder einzieht. Der Nachwuchs galt über Generationen quasi als Rentenversicherung, aber das ändert sich gerade in China.» Dann kommt die alte Dame selbst zu Wort und meint: «Die Arbeitsbelastung ist für Beamte, Angestellte und Arbeiter inzwischen gross. Als Eltern möchte man keine zusätzliche Bürde sein.»⁽²⁾

Eintritt ins Zuhause

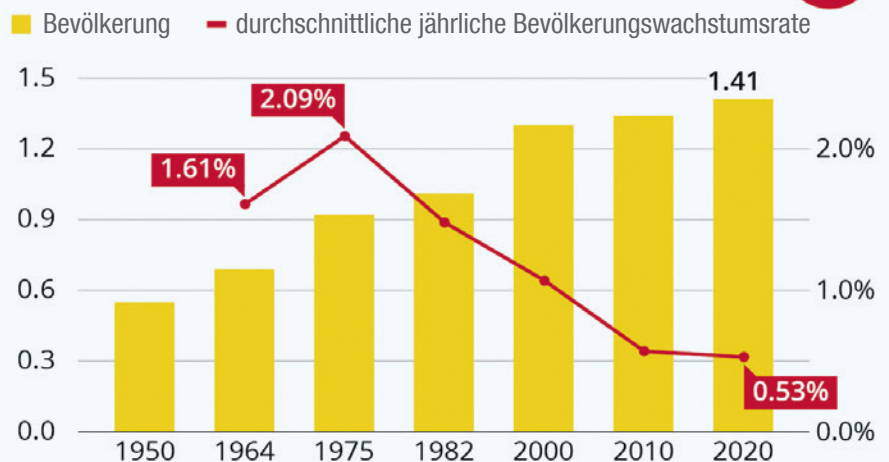
Durch die zunehmende Erosion der herkömmlichen Familienstrukturen entstehen mit vollster Unterstützung der KPCh immer mehr «virtuelle Altenheime». Dabei handelt sich um Kommandozentralen, von denen aus einsame alte Menschen, die entweder noch selbstständig in ihrem Zuhause oder einem naheliegenden Gebäude wohnen, auf Schritt und Tritt von Mitarbeitern digital überwacht werden. Teilweise kümmern sich diese Zentralen um über 100'000 Rentner auf einmal. Alle Kunden dieser Altenheime stehen in ihrem Zuhause unter Dauerbeobachtung. Ihr Blutdruck, ihre Herzfrequenz, ihre Bewegungen, ihr Wasser- und Stromverbrauch usw. werden gemessen und an die Hauptzentrale übertragen. Wenn z.B. lange Zeit kein Wasser fließt oder Bewegungssensoren in den Wohnun-



Xi Jinping beim Besuch eines Altenheims in der chinesischen Stadt Langzhou, 2013

China erlebt langsamstes Bevölkerungswachstum seit Jahrzehnten

Bevölkerung insgesamt und durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstumsrate in Chinas nationaler Volkszählung*



*Hongkong und Macau nicht miteingeschlossen
Quelle: Nationales Statistik-Büro Chinas



statista

Setzt sich der Trend fort, wird die chinesische Bevölkerung bald zu schrumpfen beginnen.

gen lange nicht anspringen, löst der Computer Alarm aus und das Call-Center übernimmt, ruft an, fragt, ob der Betreute Hilfe braucht. Damit hat man viele Rentner zu dem gemacht, was man sich schon in den Utopien von Marx und Engels unter einem kommunistischen Idealbürger vorstellte: oft ohne Familie, dauerüberwacht und den Händen des Staates hilflos ausgeliefert (siehe S.74 ff.). So eignen sich die «virtuellen Altersheime» prächtig dazu, die digitale Totalüberwachung in den Wohnungen zu testen, zu der sich bald auch der Rest der

chinesischen Bevölkerung bereiterklären könnte bzw. eines Tages vielleicht bereiterklären muss. Kein Wunder, dass die digitalen Heime vom chinesischen Staat zu Vorzeigeprojekten erklärt wurden, denen sogar Xi Jinping gelegentlich persönliche Besuche abstattet.⁽³⁾ (tk)

Quellen:

1. epochtimes.de, Eine frauenlose Gesellschaft: Chinas Ein-Kind-Politik und ihre Folgen, 16.08.2022
2. youtube.com, Chinas Altenpflege: Wenn der Roboter nach Oma schaut, 26.11.2021
3. daserste.de, China: Hightech-Altenheime, 17.10.2021

„«[...] unter Xi Jinping begannen nationale Trends in der chinesischen Politik zu wachsen. Peking nutzte die <offene Welt>, um seine eigenen nationalen und sogar zivilisatorischen Interessen zu verfolgen.»⁽¹⁾

„«In der Tat ist China eine traditionelle Gesellschaft mit einer tausendjährigen Geschichte und einer stabilen Identität. Und es hat offenkundig die Absicht, das auch in der Zukunft zu sein. Das ist ganz besonders offensichtlich bei der Politik von Chinas aktuellem Führer Xi Jinping.»⁽²⁾

Wladimir Putins «Chef-Ideologe» Alexander Dugin in seinem Buch «Das Grosse Erwachen gegen den Great Reset», 2021

Quellen:

1. Alexander Dugin, Das Grosse Erwachen gegen den Great Reset, Arktos, London, 2021, S.15
2. Ebenda, S.42



Foto: Fars Media Corporation

Von wegen: Auch in China zerfallen die traditionellen Familienstrukturen. Berufstätige haben weder Mittel noch Zeit, um ihre Eltern zu versorgen. Für sie springen «virtuelle Altenheime» ein, die die Senioren mit digitaler Technik dauerüberwachen. Darüber hinaus hat die KPCh grosse Teile der Geschichte und Kultur des chinesischen Volkes zerstört. Alexander Dugins verlogene China-Lobgesänge nahmen wir in Ausgabe 46 unter die Lupe.

Das Eindringen des Staates ins Private

«Fehlinformation findet in unserem Freundes- und Familienkreis statt. Wir müssen also Strategien finden, um sie erstens zu erkennen. Und zweitens müssen wir als aktive Bürger, so wie wir Masken tragen, um andere zu schützen, der gute Bürger sein, der aktive Vektor, der sich in unserem täglichen Leben wehrt.» Mit diesen Worten zitiert die Webseite des WEF den Journalisten und Unternehmer Mark Little, der passenderweise einst bei Twitter gearbeitet hat und sich dann dazu entschied, einen eigenen «Faktenchecker» namens «Storyful» ins Leben zu rufen sowie das Unternehmen «Kinzen» zu gründen, welches auch Künstliche Intelligenz im «Kampf gegen Gerüchte und Lügen im Internet» einsetzt.⁽¹⁾ Seine Ausführungen besagen letztlich nichts anderes, als dass die Damen und Herren in Unternehmen und Institutionen, die der WEF-Agenda Folge leisten, darum bemüht sind, das staatliche Narrativ bis in die Wohnzimmer der Menschen zu transportieren. Alle abweichenden Meinungsäusserungen sollen im Keim, also im Rahmen von privaten Gesprächen innerhalb der Familie oder dem Freundeskreis, erstickt werden. Man sollte sich an dieser Stelle erneut bewusst machen, dass es die seit jeher existierende Bestrebung aller Tyrannen ist, die absolute Kontrolle über die Gedanken und gesprochenen Worte eines jeden Menschen zu erlangen (Ausgabe 51, S.6 ff.).

Betrachtet man die allgemeine Tendenz im Verlauf der letzten Dekaden, so lässt sich mühelos feststellen, dass die Bürger der westlichen Länder zuneh-

mend gläsern werden. In unserer fortschreitend digitalisierten Welt ist Anonymität mittlerweile beinahe zu einem Fremdwort geworden. Der Trend zeigt immer deutlicher in Richtung flächendeckender Überwachung und findet seinen vorläufigen Höhepunkt in Projekten wie der geplanten Einführung einer digitalen Identität oder in der Überlegung, Sozialpunkte-Systeme einzuführen. Den meisten von uns dürfte bewusst sein, dass wir mit unseren Smartphones bereits jetzt eine voll funktionsfähige Überwachungsapparatur mit uns herumtragen, die ihren Voraussetzungen nach all das erfüllt, was eine Wanze und ein Peilsender können muss. Genauso legen wir durch unsere Social-Media-Präsenz und Internet-Suchverläufe unsere Interessen und Persönlichkeiten völlig offen. Wie eine Studie aus dem Jahr 2015 nachwies, gelingt es mittels Auswertung von Facebook-Likes die Persönlichkeit von Personen besser zu beurteilen, als dies na-

hestehende Freunde und die Familie zu leisten imstande sind.⁽²⁾ Aus dieser Perspektive betrachtet, erleben wir jetzt auch in unseren Breiten ein Stadium der Überwachung, das ohne Zweifel als bedrohlich betrachtet werden muss und sich gar nicht so fernab von dem chinesischen Modell befindet. Allerdings wird dieser Zustand von den meisten Menschen inzwischen als «normal» abgetan und die wenigsten verschwenden einen zweiten Gedanken daran, wie absurd und einzigartig diese Situation im historischen Kontext ist. Als Einfallstor für die Überwachung dient im Westen ein unreflektiertes Bedürfnis nach Komfort und Bequemlichkeit. Alles soll «smart» sein und «smart» funktionieren: smarte Autos, smarte Haushalte, smarte Alltagsgeräte, der smarte Verkehr, die smarte Stadt. Alles muss miteinander vernetzt sein und die Technik soll uns sprichwörtlich jeden Wunsch von den Lippen ablesen. Doch Obacht: Wann immer von «smar-



Foto: Shutterstock/Chesky

SPIEGEL

Fragwürdige Mitschnitte

Amazon-Mitarbeiter hören sich Privatgespräche mit Alexa an

Um die virtuelle Amazon-Assistentin zu verbessern, transkribieren und analysieren Mitarbeiter jeden Tag Tausende von aufgezeichneten Gesprächen. Wird es zu privat, sollen sie offenbar aufhören. Die Kunden wissen nichts davon.

spiegel.de, 11.04.2019

Foto: Ajay Suresh from New York, NY, USA
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Amazon_Alexa_-_Echo_Dot_%284967552878%29.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en



ter» Technologie gesprochen wird, dann geht es am Ende des Tages meist darum, buchstäblich alles über das Internet miteinander zu vernetzen und daraufhin künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen einzusetzen, um jeden Aspekt der Gesellschaft zu kontrollieren.

Alexa: Die Wanze im Wohnzimmer

Es ist heute in zunehmendem Masse normal, elektronische Geräte mittels Sprachsteuerung zu aktivieren. Damit Apples iPhone-Assistent Siri auf den Sprachbefehl «Hey Siri» reagiert oder die Spielekonsole Xbox sich nach der Nennung ihres Namens automatisch einschaltet, müssen die Mikrofone der Geräte dauerhaft lauschen und analysieren – denn sonst könnten sie nicht aufs Wort folgen. Zwar versprechen die Hersteller in

den meisten Fällen, dass die Daten nicht übertragen werden oder dass zumindest für optimalen Datenschutz gesorgt ist. Nachprüfbar ist das aber nicht und es gab bereits Fälle, in denen eine Speicherung der Sprachdaten sehr wohl nachgewiesen wurde. So geriet etwa im Jahr 2019 die virtuelle Assistententechnologie Amazon Alexa in die Kritik, als bekannt geworden war, wie im Rahmen von Amazons Spracherkennungsforschung menschliche Mitarbeiter Aufzeichnungen des digitalen Assistenten Alexa anhörten und abtippeten. Und nicht nur Amazon zeichnet die Spracheingaben seiner Nutzer systematisch zur späteren Auswertung auf. Google verfährt genauso. Sämtliche Sprachbefehle in allen Google-Diensten werden mit einem Nutzerprofil verknüpft und abgelegt. ⁽³⁾ Offiziell sollen die Daten für eine Verbesserung der Spracherken-

nung gespeichert werden, aber dass dieselbe Technologie zeitgleich für Überwachungszwecke missbraucht werden kann, liegt auf der Hand. In den Vereinigten Staaten etwa wurde Amazon bereits mehrfach im Rahmen von Gerichtsprozessen dazu aufgefordert, nachträglich die Aufzeichnungen einzelner Nutzer aus einem bestimmten Zeitrahmen herauszurücken, was das Unternehmen bereitwillig tat.

Informant Google

In Deutschland existiert im selben Schema eine Kollaboration zwischen Strafverfolgungsbehörden und Google. Wie das Online-Portal der Zeitung Die Welt in einem 2019 erschienenen Artikel berichtet, legt Google in seinem halbjährlichen Transparenzbericht offen, «dass allein in den ersten sechs Monaten ▶

WELT

So schleicht sich Amazon in 40 Millionen Haushalte

«Der schwarz-goldene Staubsauger-Roboter arbeitet sich zielstrebig durchs Wohnzimmer, lässt dabei keine Ecke aus, weicht geschickt Hindernissen wie Tischbeinen oder Mehrfachsteckdosen aus. Roomba S9+ heisst das Gerät des Herstellers iRobot. Er staubsaugt nicht nur, sondern erstellt dabei mit Kameras und Lasersensoren eine genaue digitale Karte des jeweiligen Raumes. [...] Roboter wie der Roomba S9+ wissen, wie gross die Wohnungen ihrer Nutzer sind, sie kennen die Inneneinrichtung und wissen, wann jemand zu Hause ist und wann nicht. Die Heim-Roboter könnten künftig einer der wichtigsten Bausteine im Wettbewerb um den Smart-Home-Markt sein.»

Welt-Online im August 2022

Ein Schelm, wer glaubt, Amazon («Strategischer Partner» des WEF, Ausgabe 51, S.31 ff.) - ein Unternehmen, das bereits des illegalen Abhörens überführt wurde (siehe oben) - speichere die von den Staubsaugern erstellten Karten des Wohnraums ihrer Kunden heimlich.

Quelle: welt.de, So schleicht sich Amazon in 40 Millionen Haushalte, 08.08.2022

Der autonome Staubsauger «Roomba» der Firma «iRobot», die gerade erst von Amazon übernommen wurde



Foto: © Cephoto, Uwe Aranas

Handelsblatt

Amazon kauft „Roomba“-Hersteller iRobot für 1,7 Milliarden Dollar

handelsblatt.com, 05.08.2022

Foto: grantsewell (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nest_Diamond_Thermostat.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



Ein «smartes» Thermostat von Google Nest

► des Jahres 2018 deutsche Behörden gut 7400 entsprechende Anfragen stellten. Rund 6000 Nutzerkonten legte der Konzern allein in Deutschland von Januar bis Juni 2018 offen. Darin sind neben E-Mails auch Details wie die Standorthistorie von Android-Smartphones oder eben Aufzeichnungen des Google Assistant oder der Spracheingabe der Android-Tastatur enthalten.»⁽³⁾ Das freiwillige Nutzen dieser Überwachungstools in den eigenen vier Wänden muss als gegligcktes «Nudging» (siehe S.9) der Technokraten registriert werden.

Ist man sich der offen zugestanden- en Übertretung der Privatsphäre durch Google und Amazon bewusst, dann beunruhigt ihre Rolle im Mittelpunkt der zahlreicher Zukunftsprojekte noch mehr: Amazon ist sowohl der britischen als auch der Europäischen Zentralbank bei

der Entwicklung ihrer «Digitalen Zentralbankwährung» behilflich (siehe S.41), und Google, das sich beim Aufbau des chinesischen Überwachungsstaats hervortat (Ausgabe 51, S.61 ff.), kooperiert mit Amazon bei ersterem Projekt mit der Bank of England. Beide Unternehmen sind «Strategische Partner» (Ausgabe 51, S.31 ff.) von Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum.

Handy als Peilsender

Wie eingangs bereits kurz angerissen, ist das perfekte Überwachungstool mittlerweile aber das Smartphone, welches aus der modernen Gesellschaft bereits wenige Jahre nach seiner Einführung nicht mehr wegzudenken ist. Seit Jahren unternehmen auch europäische und US-amerikanische Staaten alle möglichen Anstrengungen, um das Handy oder die SIM-Karte eines Nutzers mit seiner Iden-

tität zu verknüpfen. Z.B. müssen deutsche Mobilfunkkunden seit dem 1. Juli 2017 beim Kauf einer Prepaid-SIM-Karte ihren Ausweis vorlegen.⁽⁴⁾ Das Smartphone ist im Prinzip der wahr gewordene Traum eines jeden Überwachungsstaates, und wie das Auswerten der Google-Daten wurde auch das Auswerten der Smartphone-Daten mittlerweile zum Standard bei den Behörden. In den USA reicht ein einfaches Nachfragen bei Google von Seiten der Staatsgewalt aus, um zu erfahren, welche Android-Telefone sich zu einem gewissen Zeitpunkt an einem Tatort befanden. Ein ähnliches Verfahren nutzen auch deutsche Behörden mit den sogenannten Funkzellenabfragen, bei denen die Mobilfunkprovider alle Nutzer in der Reichweite eines oder mehrerer Mobilfunkmaste nennen müssen. Dass sich eine solche Technologie auch ohne weiteres missbräuchlich

77 «Während einer glühenden Hitzewelle vor dem Labor-Day-Wochenende verloren tausende Kunden von Xcel Energy die Kontrolle über ihre smarten Thermostate, als Colorados grösster Energieversorger versuchte, die Belastung des Stromnetzes zu verringern.»

CPR News

Die Webseite «Colorado Public Radio» im September 2022

Quelle: cpr.org, A heat wave wasn't the only reason Xcel Energy locked customers out of their thermostats - their largest coal plant broke down, 12.09.2022

Mit «smarten» Thermostaten kann den Kunden offensichtlich die Kontrolle darüber entzogen werden, ob «sie» ihre Heizung oder Klimaanlage nach oben oder unten stellen - von der Überwachbarkeit gar nicht erst zu sprechen. Das Vorgehen des Stromanbieters war in dem konkreten Fall nachvollziehbar und in der Situation einer aussergewöhnlichen Hitzewelle angemessen. Es geht nicht darum, den Konzern anzuklagen, sondern zu erkennen, welch mächtiges Werkzeug er durch «smarte» Technologie in seiner Hand hält.

77 «Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, hält den ab heute coronabedingt geltenden 15-Kilometer-Bewegungsradius für schwer kontrollierbar. Als Alternative schlägt der Abensberger Bürgermeister vor, Bewegungsprofile aus Handys auszulesen.»

Der Bayrische Rundfunk Anfang 2021 über den Politiker Uwe Brandl

Quelle: br.de, 15-Kilometer-Regel: Brandl fordert Auswertung von Handy-Daten, 11.01.2021

Als wäre es ein böser Albtraum gewesen, vergisst man leicht, wie weit Politiker den technokratischen Überwachungsstaat eigentlich bereits treiben wollten. Zu den besonders dystopischen Blüten dieses Kontrollwahns gehörte die Einschränkung des Bewegungsradius auf 15 Kilometer, den mehrere Bundesländer einführen. Die Überschreitung dieses Radius wollte der CSU-Mann Uwe Brandl durch die Auswertung von Handydaten kontrolliert sehen. Das ist genau das «Holz», aus dem das digitale Gefängnis der Zukunft geschnitzt sein soll.

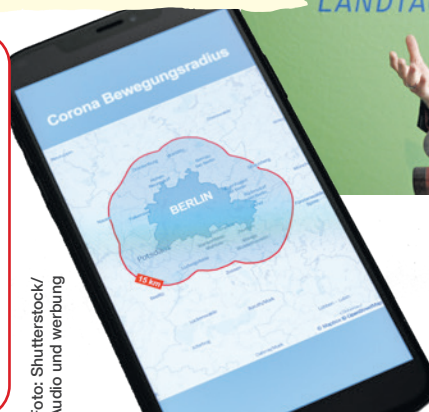


Foto: Shutterstock/
Audio und Werbung



Uwe Brandl, der eigentlich CSU-Politiker ist, vor einem für seine Person deutlich passenden Hintergrund

Foto: GrüneFraktionBayern
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Uwe_Brandl.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

verwenden lässt, ist offensichtlich. Über die letzten Jahre wurde in neuen Polizeigesetzen der deutschen Bundesländer die Schwelle zum Einsatz solcher Möglichkeiten immer weiter abgesenkt. Beispielsweise wurde 2019 bekannt, die Polizei in Sachsen dürfe künftig Bewegungsprofile aus Smartphonedaten erstellen und auch Emails oder Telefonmetadaten abfragen – und all das bereits im «Gefahrenvorfeld», sprich bei unbescholtenen Bürgern!

«Precrime»

Ein Überwachungsapparat wird nicht mit dem Argument ausgebaut, man wolle den Bürger kontrollieren, sondern die Rechtfertigung für den Ausbau lautet stets, man wolle das Leben der Bürger sicherer machen und Verbrechen verhin-

dern – und hierfür bedarf es folgelogisch des Ausbaus von Präventionsmassnahmen. Die Bezeichnung für diese moderne Art der Verbrechensbekämpfung, nämlich potenzielle Taten zu verhindern, bevor diese sich überhaupt ereignen, lautet «Precrime» (siehe S.14 f.). Die dahinterstehende Logik ist nicht zu beanstanden und in einer ursprünglichen Form findet das Konzept seit jeher in der Polizeiarbeit Verwendung. Beispielsweise besteht ohne Zweifel die Möglichkeit, bei einer Fahnung nicht erst aufgrund eines konkreten Verdachts gegen eine bestimmte Person vorzugehen, sondern auf der Grundlage generalisierter Verdachtsmerkmale, wie z.B. «verdächtige Gegend», «verdächtiges Aussehen», «verdächtiges Benehmen» etc. Allerdings gleitet dieses prinzipiell

vernünftige Verfahren in Zeiten, in denen allein das Äussern von kritischen Meinungen von Regierungsseite zum Verbrechen erklärt wird und das Überwachen dieser Äusserungen dank technischer Möglichkeiten ohne Weiteres realisierbar ist, im Nu in die perfekte Dystopie ab, die man in China bereits erlebt und die im Westen in Windeseile ausgebaut wird. (as/fp)

Quellen:

1. [weforum.org](https://www.weforum.org), There's no vaccine for the infodemic - so how can we combat the virus of misinformation?, 26.11.2020
2. [focus.de](https://www.focus.de), Facebook kennt uns besser als Familie und Freunde, 13.01.2015
3. [welt.de](https://www.welt.de), Als würde jeder Deutsche freiwillig einen Peilsender tragen, 13.04.2019
4. [verivox.de](https://www.verivox.de), Ausweispflicht für SIM-Karten kommt: 7 Fragen und Antworten, Abgerufen am: 17.01.2023

Die Zerstörung konservativ-freiheitlicher Werte in Ost und West

Die Ideologie des Kommunismus impliziert durch ihren kollektivistischen und antifreiheitlichen, weil Zwang und Gewalt befürwortenden Kern, dass das menschliche Individuum grundsätzlich inhärent wertlos, und nur als Teil einer pseudohaften gemeinschaftlichen Entität von Bedeutung ist. Daraus wiederum ergibt sich die logische Schlussfolgerung, dass einzelne Individuen oder auch beliebig grosse Gruppen zum vermeintlichen Wohle der Nation (das heisst übersetzt: der Verwirklichung des Kommunismus) «gerechter- und legitimerweise» mit Gewalt überzogen werden dürfen, wenn ihre Denkweise massgeblich von der sozialistischen abweicht. Dass die kommunistische Ideologie, die in China den Ton angibt, inhärent gewalttätig ist, lässt sich in der Volksrepublik unschwer erkennen. Ähnlich deutlich wie bei den Laogai-Gulags (Ausgabe 50) tritt dieser Fakt zutage, wenn man sich die Positionierung zu und den Umgang mit bestimmten andersdenkenden Minderheiten auf dem chinesischen Staatsgebiet durch die KPCh und ihre Anhänger und Handlanger anschaut.

Falun Gong

Falun Gong, auch Falun Dafa genannt, ist eine spirituelle Praxis, die auf das chinesische Qigong zurückgeht und sich auf die Werte Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit (bzw. Mitgefühl) und Nachsicht (bzw. Toleranz) beruft. Sie wurde durch Li Hongzhi be-



Falun Gong (bzw. Falun Dafa) ist eine spirituelle Praxis, die auf das chinesische Qigong zurückgeht und sich auf die Werte Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit (bzw. Mitgefühl) und Nachsicht (bzw. Toleranz) beruft. Sie lehrt unter anderem, dass es eine universelle Schöpferkraft gibt, die hinter aller Existenz steckt – sehr naheliegend, dass die Bewegung der KPCh allein deshalb schon ein Dorn im Auge ist.

Foto: [longtrekhome \(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Falun_Dafa_the_second_exercise_standing_meditation.jpg\)](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Falun_Dafa_the_second_exercise_standing_meditation.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

gründet und 1992 in China publik gemacht. Das «Falun Dafa Informationszentrum» beschreibt Falun Gong als eine buddhistische Selbstkultivierungspraxis, die die Angleichung der Praktizierenden an die «höchsten kosmischen Eigenschaften» – die zuvor genannten Werte Wahrhaftigkeit (Zhen), Barmherzigkeit (Shan) und Nachsicht (Ren) – bezweckt, den Menschen lehrt, seine Moral zu verbessern, sich dem Guten zuzuwenden und in Harmonie zu leben.⁽¹⁾ In der

ersten Zeit nach der öffentlichen Bekanntmachung Falun Gongs durch den Gründer Li Hongzhi wurde die Praxis wie auch ihr Urheber durch chinesische Staatskanäle interessanterweise stark beworben, gelobt und sogar ausgezeichnet. Doch bereits nach wenigen Jahren, als sich abzeichnete, dass die Bewegung stark im Wachsen begriffen war, unternahm die KPCh eine Kehrtwende und bezog eine feindselige Stellung gegenüber der spirituellen Lehre und ihrer ▶



► Anhängerschaft. Schätzungen der chinesischen Regierung bezifferten die Zahl der Praktizierenden im Jahr 1999 bereits auf etwa 70 Millionen, womit sie die Zahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei überstieg. ⁽²⁾ Es ist zu vermuten, dass der zunehmende Kontrollverlust über die Aktivitäten der Falun-Gong-Anhänger und letztlich über deren Gedankengut die KPCh zu dem Schritt der brutalen Verfolgung veranlasste. Warum sie die Bewegung vorerst jedoch unterstützte und ob dahinter eventuell sogar ein taktisches Vorgehen im supraplanerischen Rahmen (Ausgabe 50) steckte, bleibt fraglich. Eine Möglichkeit wäre, dass die Bewegung künstlich aufgebaut wurde, um all jene Chinesen nach und nach zu bekämpfen, die sowohl die Tendenz zu spirituellen, freiheitsliebenden Denkweisen haben als auch den Mut und den Willen, diese Überzeugungen auszuleben und dafür einzustehen – ähnlich wie im Fall der «Operation Trust», bei der sich Sowjetagenten als Widerständler tarnten, um Mitglieder des echten Widerstands in ihre Falle laufen zu lassen (Ausgabe 45). Doch hierbei handelt es sich ausdrücklich um eine Spekulation, die sich nicht wasserdicht belegen lässt.

Jiang Zemin tritt die Verfolgung los

Auf der Webseite des «Falun Dafa Informationszentrums», der offiziellen Pressestelle für Falun Gong, lesen wir



Verhaftung eines Falun-Gong-Praktizierenden



«Verleumdet ihren Ruf. Ruiniert sie finanziell. Und zerstört sie körperlich!»

Jiang Zemin, ehemaliger Präsident der VR China, über die Anhänger von Falun Gong

Quelle: faluninfo.net, Terror Unleashed, abgerufen am: 21.11.2022



Diese Worte vom damaligen chinesischen Staatschef Jiang Zemin im Zusammenhang mit dem Start der Verfolgungskampagne gegen Falun Gong und seine Anhänger lassen keinen Raum für Interpretationen.

über die Hintergründe der Verfolgung: «Die Entscheidung, Falun Gong zu verfolgen, wurde fast ausschliesslich vom Vorsitzenden der KPCh, Jiang Zemin, getroffen. Andere Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros schlugen eine diplomatischere Herangehensweise vor, da sie wussten, dass Falun Gong friedlich

ist und keinerlei politische Ambitionen hegt. Jiang Zemins Gegnerschaft bezüglich Falun Gong war persönlicher Art. Sie wurzelte in seinem Neid auf die Beliebtheit der Praktik. Auch wurde berichtet, dass er glaubte, mit einer Zerstörungskampagne im Stil der Kulturrevolution seine Macht festigen zu können.» Das macht

Die Kinder von internierten Uiguren werden oft in Umerziehungsheime gesteckt



Wir sind die Erben der Kommunistischen Partei Chinas!



Kein uigurisches Kind entgeht der Umerziehung durch die KPCh. Doch die Partei geht noch weiter: Seit 2018 werden Kinder von Häftlingen, die in den Umerziehungslagern («Berufsausbildungszentren») einsitzen, vom Rest ihrer Familie getrennt und in Einrichtungen gesteckt, wo sie nach der Parteidoktrin erzogen werden.

Ein junger Uigure, der seinen Eltern weggenommen wurde, singt ein «patriotisches» Lied auf Chinesisch.

Werbetafel in
London mit
der Aufschrift:
«Stellen Sie
sich eine nicht
so überfüllte
Stadt vor.
Leisten Sie
Ihren Anteil,
lassen Sie sich
sterilisieren!
Yay!»



In der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wurde im Juli 2022 ein grossflächiges Plakat montiert, welches sich im Namen der «Künstlerin» Sophia Schütze und der Universitätsinstitute mit folgender Botschaft zum Thema Abtreibung bekennt: «Meine Blutlinie endet mit mir.» Darauf zu sehen ist eine Frau, welche mit einem Skalpell auf eine Gebärmutter einsticht.

Zwangssterilisierungen in China

"Das ist unvorstellbar"

Die chinesische Staatspartei KP unterhält in der Region Xinjiang Internierungslager für die muslimische Minderheit der Uiguren. Dort werden Frauen offenbar zur Sterilisierung und sogar zur Abtreibung gezwungen.

SPIEGEL

spiegel.de, 01.07.2022

Ist es wirklich so «unvorstellbar», dass Frauen im Westen eines Tages zur Sterilisierung gezwungen werden? Immerhin werden sie aktuell schon mit tausenden propagandistischen Nadelstichen dazu gedrängt («Nudging», siehe S.9).

durchaus Sinn, denn es bestehen grosse Überschneidungen zwischen Falun Gong und den konfuzianischen Prinzipien, die während Maos Kulturrevolution unter die Räder kamen. Mit den Worten eines Menschenrechtsforschers: «Jiang wollte demonstrieren, dass er sich die Partei gefügig machen könnte.»⁽³⁾

Laut dem Informationszentrum liess die chinesische Regierung über ihr als Nachrichtenagentur verkleidetes Propaganda-Sprachrohr Xinhua in Bezug auf die Verfolgung der Falun-Gong-Anhänger verkünden, dass «das sogenannte Wahrheit-Güte-und-Toleranz-Prinzip, das Li Hongzhi [Gründer von Falun Gong] predigt, [...] nichts mit dem sozialistischen, ethischen und kulturellen Fortschritt gemein [hat], den wir zu erreichen bestrebt sind». Wertgefüge wie jene, die im Rahmen von Falun Gong transportiert werden, sollen bekämpft und zerstört werden, um einen «neuen sozialistischen Menschen» zu schaffen, der sich der Willkür-Diktatur der (künftigen) kommunistischen Weltregierung bereitwillig unterwirft. Spätestens die globale «Corona»-Politik hat gezeigt, dass Wahrheit, Güte und Toleranz keinerlei Platz in jenem System haben, welches Rockefeller, Schwab und Co. vorschwebt und welches seit dem Jahr 2020 in eine neue Phase des Totalitarismus übergegangen ist. Genau das Gegenteil hat

die vergangenen nunmehr fast drei Jahre geprägt: Die Wahrheit wurde missachtet, stattdessen war die Lüge allgegenwärtig und wurde mit allen Mitteln propagiert; Güte ist nahezu vollends einer gewalttätigen und verachtenden Haltung gegenüber denjenigen, die das Narrativ anzweifeln, gewichen; und Intoleranz gegenüber den Andersdenkenden wurde als solidarische Bürgerpflicht hochgehalten – diese Erfahrung haben keineswegs nur die Menschen in China, sondern auch die in den westlichen Ländern gemacht.

Pendants zu Falun Gong und Co.

Im Wettstreit um das Vernichten konservativ-freiheitlicher Werte legte der deutsche Staat kürzlich den nächsten Gang ein, als ein Gericht in Trier die Ablehnung eines Polizei-Bewerbers aus Rheinland-Pfalz in einem richtungsweisenden Urteil bestätigte. Grund für die Ablehnung war ein Tattoo auf dem Rücken des Anwärters, das die Worte «Loyalty, Honor, Respect, Family» (Loyalität, Ehre, Respekt, Familie) abbildete, was die Polizei über die «charakterliche» Eignung des Bewerbers ins Zweifeln brachte. Das Verwaltungsgericht in Trier war offenbar gleicher Meinung, denn es erklärte, dass das Tattoo aufgrund der Schriftart «Old

English» in Kombination mit den vier Werten den Eindruck eines «Ehrenkodexes» erwecke. Dies liesse darauf schliessen, dass der Mann ein «archaisches und überkommenes Wertesystem vertrete, in welchem der Loyalität zu einer bestimmten Person oder Personengruppe und der Aufrechterhaltung einer wie auch immer gearteten «Ehre» eine übersteigerte Bedeutung zukomme», und dass ein derartiger Ehrenkodex nicht mit den Werten einer «modernen Bürgerpolizei» vereinbar sei.⁽⁴⁾ Es spielt hier ganz offensichtlich die Befürchtung eine Rolle, dass der Bewerber sein persönliches Wertesystem über das staatliche stellen könnte, womit eindeutig zutage tritt, dass der Staat keine wertorientierten und prinzipientreuen Mitarbeiter beschäftigen will, sondern Beamte benötigt, die zu jeder Zeit und ohne zu hinterfragen die Vorgaben der herrschenden Entscheidungsträger übernehmen und exekutieren.

Angriff auf konservative Werte

Loyalität, Ehre, Respekt und Familie – führte man eine Umfrage auf deutschen Strassen durch, so würden wohl die meisten Menschen diese Begriffe (noch) als durchaus positiv bewerten und als Werte einstufen, die es hochzuhalten und an- ▶

► zustreben gilt. Dass sowohl Polizei als auch Verwaltungsgericht in einem deutschen Bundesland der Bevölkerung diese Werte symbolisch regelrecht um die Ohren hauen, offenbart, wie weit fortgeschritten die sozialistische Ideologie auf institutioneller Ebene bereits ist. Es handelt sich um Werte, welche von den Kommunisten als verdammenswert angesehen und gnadenlos bekämpft werden. Überlegt man genauer, was diese Werte für die Menschen und das gesellschaftliche Zusammenleben bedeuten, so tritt der Grund für die Abneigung von sozialistischer Seite zutage. All diese Begriffe deuten auf etwas, das den Menschen eine innere Konstante und einen übergeordneten Sinn verleiht. Sie verbinden Menschen miteinander, statt sie zu trennen. Sie stehen Verlogenheit und Sprunghaftigkeit entgegen und geben den Menschen somit Halt – sowohl in inneren als auch äusseren Konfliktsituationen. Ein diktatorischer und invasiver Staatsapparat, der den Menschen Untreue und Missgunst gegenüber anderen, Inkonsistenz, Kritiklosigkeit, Selbstverachtung und das Aufgeben jeglicher Ansprüche und Zukunftsträume abverlangt, kann allem, was Stabilität und Souveränität bietet, nur feindlich gesinnt sein. Es leuchtet ein: Wenn Staatsbeamte von heute auf morgen mit immer wieder neuen und oftmals widersprüchlichen «Gesetzen», «Vorgaben» und «Verordnungen» konfrontiert und zu deren Durchsetzung aufgerufen sind, können Prinzipientreue und Konstanz im Denken dem nur im Wege stehen. Gleiches gilt für die Bürger, die jene Diktate möglichst widerstandslos zu befolgen haben. Man strebt die totale Kontrolle an, und dafür muss eine auf Werten basierende Nonkonformität der Masse beseitigt werden.

Die Perversion des Wertegefüges schreitet bereits seit Jahrzehnten aufleisen Sohlen voran: Der Kampf gegen die Familie wurde schon im Kommunistischen Manifest ausgerufen (staatliche Hoheit über die Kindeserziehung) und findet an allen Fronten statt (Ausgaben 3,7,12,13,26,31). Es ist erschreckend, alarmierend und bezeichnend, dass eine polizeiliche Einrichtung und ein deutsches Verwaltungsgericht, durch sein Urteil einen Präzedenzfall schaffend, diese Werte, die eigentlich in jeder gesunden Gesellschaft mit offenen Armen begrüsst werden sollten, zurückweist und gar als «archaisch und überkommen» bzw. nicht mit der «modernen Bürgerpolizei» in Einklang zu bringen bezeichnet. Die Richtung ist beängstigend und die Zukunftsaussichten düster – egal ob in China, den USA oder Mitteleuropa. (fb)



Polizisten bei der Festnahme von Heinrich XIII. Prinz Reuß, der an Plänen eines gewaltsamen Umsturzes in der Bundesrepublik durch eine Gruppe sogenannter Reichsbürger beteiligt gewesen sein soll.

«[Die Razzien waren politisch gewollt.] Ein Journalist sagte mir, er wäre drei Monate [vor den Razzien] informiert worden. Er hat immer wieder nachgefragt, wann es denn losginge und wann er endlich vor Ort sein dürfe. Wenn so etwas stattfindet, ist es rechtsstaatswidrig, weil die Beschuldigten – egal, was man Ihnen vorwirft – haben auch Rechte. Und das erinnert mich schon fast an chinesische Schaufestnahmen oder -prozesse, wo vor laufenden Kameras Leute, die ange-schuldigt werden, festgenommen werden. Das darf in einem Rechtsstaat nicht passieren.»

Hans-Georg Maaßen, Ex-Verfassungsschutzpräsident der BRD, bei der Diskussionssendung «Klartext» vom 14.12.2022, ausgestrahlt von ServusTV

Quelle: servustv.com, Reichsbürger und Klimakleber – wie wehrhaft ist die Demokratie?, 14.12.2022



Foto: Bundesministerium des Innern/Sandy Thieme
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hans-Georg_Maa%C3%9Fen_01.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>

Am 07. Dezember 2022 wurden 25 Mitglieder einer mutmasslich rechts-extremen Terrorgruppe verhaftet, denen vorgeworfen wird, sie hätten in Deutschland einen Staatsstreich anführen wollen. Die Gruppe mit dem Namen «Patriotische Union» soll vorgehabt haben, in der BRD wieder eine monarchistische Regierung in der Tradition des Deutschen Reichs zu errichten. Der Vorwurf des Juristen Hans-Georg Maaßen, die Verhaftung der Gruppe erinnere an Schauprozesse nach chinesischem Vorbild, scheint in Anbetracht der Umstände wirklich nicht weit hergeholt, denn nachdem 3000 Polizei- und Spezialkräfte 150 Orte in ganz Deutschland durchsucht hatten, fand man nicht viel mehr Waffen, als man sie wohl bei 150 Zufallsbesuchen in deutschen Immobilien aufgefunden hätte. Es handelte sich um einige Dutzend Jagdgewehre und Pistolen, dazu Armbrüste und Schreckschusswaffen. 2016 schafften es in der Türkei mit Kriegsgerät bewaffnete Militärs nichtmal die Regierung zu stürzen. Die 25 Verhafteten waren praktisch alle im Rentenalter. Es fällt also schwer, das dazu aufgestellte Polizei- und Presseaufgebot nicht als absurd zu bewerten.

Quellen:

1. de.faluninfo.eu, Was ist Falun Dafa?, abgerufen am: 22.12.2022
2. archive.nytimes.com, In Beijing: A Roar of Silent Protesters, 27.04.1999

3. de.faluninfo.eu, Warum verfolgt?, abgerufen am: 22.12.2022
4. lto.de, Polizeibewerber wegen «Ehrenkodex»-Tattoos abgelehnt, 30.09.2022



Wussten Sie...

...dass China unter Mao Tse-tung etwas in die Wege leitete, was der «Operation Trust» (Ausgabe 45) in der Sowjetunion zum Verwechseln ähnlich war? In einer Rede vom April 1956 forderte Mao sein Volk auf, Missstände des Systems aufzuzeigen und Kritik an der Regierung zu üben. Jeder Kritiker solle sich als Teil der «Hundert-Blumen-Bewegung» verstehen. Die Chinesen liessen sich nicht lange bitten und sparten nicht mit der scheinbar gewünschten Kritik. Allerdings wurde die «Hundert-Blumen-Bewegung» nur 10 Monate später von Mao als «rechts» deklariert und die neue «Anti-Rechts-Bewegung» verbannte eine bis zwei Millionen Kritiker in die Erziehungshaft, wenn sie nicht gleich hingerichtet wurden. Die Erklärung, dass es von Anfang an das Ziel Maos gewesen war, mittels der «Hundert-Blumen-Bewegung» Intellektuelle und Mitglieder anderer kritischer Gruppen aus der Reserve zu locken, damit diese sich öffentlich zeigten und sie in Folge auf effiziente Weise mundtot gemacht werden konnten, gilt mittlerweile als eine valide Perspektive auf die damaligen Vorkommnisse. Das Vorgehen war der «Operation Trust», bei der sich Sowjetagenten als Widerständler tarnten, um Mitglieder des echten Widerstands in ihre Falle laufen zu lassen, ähnlich. Ob Falun Gong, das verdächtigerweise anfangs von der chinesischen Regierung bekanntgemacht wurde, auch als eine kontrollierte Opposition dieser Art herangezogen werden kann, ist nicht wasserdicht belegbar, sollte aber zumindest als Möglichkeit in Betracht gezogen werden.

Quelle: de.wikipedia.org, Hundert-Blumen-Bewegung, abgerufen am: 21.11.2022

Die von Mao losgetretene «Hundert-Blumen-Bewegung» forderte das Schreiben von kritischen Briefen an die Regierung.



继承毛主席遗志
掀起学习马列和毛主席著作的新高潮



«Seit Jahren sperrt China die islamische Minderheit der Uiguren in sogenannte Umerziehungslager. Doch dort werden längst nicht mehr nur Tradition, Sprache und Religion ausgelöscht, sondern langsam und unblutig auch die Menschen selbst. Und die Welt schaut schweigend zu.»

N-TV-Online im September 2020

Quelle: n-tv.de, Völkermord ohne Aufschrei: China vernichtet Uiguren, die Welt schaut zu, 07.09.2020

Diese Aufforderung zur Zivilcourage in allen Ehren, aber warum darf die Welt laut 99% aller deutschen Mainstream-Medien zuschauen, wenn die deutsche Sprache (z.B. durch Gender Mainstreaming), die deutsche Kultur (z.B. durch Bevölkerungsaustausch, «Replacement Migration») und auch das spirituelle Rückgrat (ob man es Religion oder Glaube an etwas Höheres nennt) systematisch durch marxistische Politik von Innen ausgehöhlt und dadurch langfristig auch zerstört werden? Warum wird «das Eigene» im Inland verteuftelt, aber im Ausland als rettenswert dargestellt?



Darüber, wie die ethnischen und kulturellen Minderheiten Chinas bei lebendigem Leib ausgeweidet werden, berichteten wir bereits in **Ausgabe 21 - Thema: Hirntod und Organspende: Mord im Namen des Lebens?**

Ein japanischer Journalist berichtete der Zeitung Epoch Times im Juni 2022 über Erfahrungen, die er 2007 in einem Peking Krankenhaus bei einer Organtransplantation für den Bruder eines Freundes gemacht hatte:

«Der Arzt, der zuvor in Japan studiert hatte und fließend Japanisch sprach, sagte mir, dass der Spender im Nebenzimmer sei. Er fragte, ob ich einen Blick hineinwerfen wolle. Er zog den Vorhang auf und ich sah einen jungen Mann im Bett liegen. Sie sagten, er sei 21 Jahre alt. Weil sie ihm ein Narkosemittel gegeben hatten, war er nicht ansprechbar. Er erzählte mir, dass der Spender ein sehr schlechter Mensch sei, ein Verbrecher, der zum Tode verurteilt worden sei. Da er früher oder später sterben würde, könne er einen Beitrag leisten, indem er seine Organe vor dem Tod spende. Der Arzt sagte zu mir: «Er ist sehr jung und hat eine sehr gesunde Leber.» Ich fragte den Arzt, was der junge Mann getan hatte, das zu einem Todesurteil führte. Er sagte, er sei Mitglied einer terroristischen Organisation. Ich fragte weiter, was genau er getan habe. Der Arzt sagte, er gehöre zu Falun Gong. Da wurde mir klar, dass China Gefangene für die Organentnahme nutzt. [...] Er lag da. Seine Hände und Füße waren mit Verbänden umwickelt. Sie hatten ihm am Vortag die Sehnen in den Händen und Füßen durchgeschnitten. Der Arzt sagte, das sollte ihn am Weglaufen hindern. Ausserdem würden sich Menschen zusammenrollen, wenn sie Angst hätten, und das würde die Qualität des Organs bei der Entnahme beeinträchtigen. Deshalb wurde bei ihm eine Schnendurchtrennung durchgeführt. [...] Als ich ihn sah, war er noch am Leben. Aber er würde sterben, nachdem sie sein Organ entfernt hatten. Es hiess, die Erfolgsquote sei am höchsten, wenn die Organentnahme zur gleichen Zeit wie die Transplantation stattfand. Was sie mit seinem Körper gemacht haben, weiss ich nicht.»

Aus einem Artikel der Epoch Times Wochenzeitung, Ausgabe Nr. 53, vom 16. Juli 2022



Schon in ihren frühen Schriften bekannten sich die Urväter der kommunistischen Ideologie dazu, in das Allerprivateste der Menschen eindringen und ihnen jegliche Form des Privatlebens entreissen zu wollen. Gemeinschaftliches Wohnen und stets geöffnete Türen sollten den «neuen sozialistischen Menschen» zu einem offenen Buch für die Partei machen. So kam es 1957 unter Mao bspw. zu dem Versuch, die Privatsphäre der Menschen zu zerschlagen, indem eine Vielzahl von Dörfern in «Volkskommunen» zusammengeschlossen wurde. Die Arbeitskräfte wurden zentral verwaltet und in Arbeitsbrigaden eingeteilt, die keine Bindung mehr an den ihnen vertrauten Grund und Boden besaßen. Sowohl in Russland als auch in China scheiterten die kollektiven Wohnmodelle jedoch langfristig – und das trotz des Machterhalts der Kommunisten in diesen Ländern – schlicht und ergreifend deshalb, weil das Bedürfnis nach Familienleben und Privatsphäre zu tief in der menschlichen Natur verwurzelt scheint. Doch die etwaigen Bemühungen der KPCh reissen nicht ab. In einer Arte-Dokumentation erfährt der Zuschauer: «Trotz der Überwachungstechnik, mit der Xinjiang überzogen ist, bleibt ein toter Winkel, den die chinesische KP nicht einsehen kann: Der engste Familienkreis. Das hat die Partei auf eine Idee gebracht: Da das Verhältnis zwischen Han-Chinesen und Uiguren nicht immer harmonisch ist, müssen sie gezwungen werden, sich besser kennenzulernen. Zu diesem Zweck veranstaltet die chinesische Führung sogenannte «Wochen der ethnischen Einheit». Einmal im Monat erhalten uigurische Familien Besuch von einem Han-Chinesen, der für einige Tage ihren Alltag teilt. Videos in den sozialen Netzwerken zeigen scheinbar glückliche Menschen. In Wirklichkeit sollen diese falschen chinesischen Freunde die Parteitreu der Familienmitglieder beurteilen.» Seit 2016 hat die Kommunistische Partei so über eine Million Han-Chinesen zur offensichtlichen Überwachung in uigurische Haushalte geschickt.

Eine vollumfängliche Kontrolle ist so jedoch nicht möglich, weshalb langfristig digitale Methoden bevorzugt werden. Ein hierfür geeignetes Testfeld stellen «digitale Altenheime» in China dar: Unter dem Deckmantel des Umsorgens pflegebedürftiger Bürger kommt es dabei zu einer Remote-Überwachung aus einer «Pflege»-Zentrale, die sich Hightech-Installationen bedient, um die Senioren in ihren Wohnungen auf Schritt und Tritt zu beaufsichtigen. Bspw. werden Blutdruck, Herzfrequenz und Bewegungsdaten sowie Wasser- und Stromverbrauch in der Wohnung erfasst, analysiert und ggf. wird ein Alarm ausgelöst, auf den die Zentrale entsprechend reagiert. Xi Jinping wertschätzte dieses Testfeld der digitalen Überwachung mit wiederholten Besuchen jener Einrichtungen.

Auch im Westen befinden sich die Bürger gefährlich nahe an der Verwirklichung der digitalen Totalüberwachung. Das WEF zitiert den Journalisten und Gründer von Unternehmen zur Bekämpfung von «Fake News» sowie ehemaligen Twitter-Mitarbeiter Mark Little: «Fehlinformation findet in unserem Freundes- und Familienkreis statt. Wir müssen also Strategien finden, um sie erstens zu erkennen. Und zweitens müssen wir als aktive Bürger, so wie wir Masken tragen, um andere zu schützen, der gute Bürger sein, [...] der sich in unserem täglichen Leben wehrt.» Dabei dürfte sich künftig am liebsten nicht auf petzende Mitbürger, sondern auf Überwachungstechnologie für die «eigenen» vier Wände verlassen werden. Hierzulande sind entsprechende Geräte bereits in fast jedem Haushalt vorhanden, nämlich Smartphones und andere Apparate, die per Sprachsteuerung funktionieren.

Amazons «Alexa» bspw. erstellt ebenso wie der «Google Assistant» umfangreiche Datenpools der sprachgesteuerten Nutzung und es zeigte sich bei beiden Anbietern nachweislich, dass diese Informationen auf datenschutzrechtlich inakzeptable Weise verarbeitet und gar an Behörden weitergegeben wurden. Auch auf Bewegungsprofile, welche durch Mobilfunknetzanbieter erstellt werden, erhalten die Strafverfolgungsbehörden immer ausgedehnteren Zugriff – und das sogar bei Verdachtsfällen im Vorfeld einer möglichen Straftat, sodass auch potenziell unbescholtene Bürger Opfer von Überwachung werden können. «Precrime» bezeichnet eine Methode, die im Westen und in China auf dem Vormarsch ist. Durch umfangreiche Datenerhebung und -analyse sollen auf KI-Basis künftige «Verbrechen» vorhergesagt und damit verhindert werden. Präventive Arbeit in der Verbrechensbekämpfung mag sicherlich eine grundsätzlich sinnvolle Idee sein, doch wenn sie dystopische Züge annimmt und von derart vertrauensunwürdigen Behörden eingesetzt wird, ist die Gefahr des Missbrauchs zulasten unschuldiger Bürger zu gross.

Seine diesbezügliche Unwürdigkeit stellte das KPCh-Regime schon weit öfter als der Westen unter Beweis, unter anderem durch die Verfolgung von Falun-Gong-Anhängern. Falun Gong ist eine spirituelle Praxis, die den Menschen lehrt, auf Basis von Harmonie, Friedfertigkeit und Wahrhaftigkeit zu leben. Derartige Werte sind den chinesischen Kommunisten ein Dorn im Auge, weshalb sie die Sympathisanten gnadenlos bekämpfen. Doch auch eine Parallele zur sowjetischen «Operation Trust», bei der die Menschen in eine künstliche Oppositionsbewegung gelockt und anschliessend ausgeschaltet wurden, drängt sich auf. Dies ist jedoch eine nicht wasserdicht belegbare Spekulation.

In jedem Fall zeigt sich in China die Zerstörung konservativ-freiheitlicher Werte, die auch im Westen schon lange ihren Einzug hielt. Dass die Familie und ähnlich geartete Wertegefüge hierzulande unter Beschuss stehen, legten wir vielfach dar (Ausgaben 3,7,12,13,26,31), und erhalten dafür immer wieder Bestätigung: So lehnte die rheinland-pfälzische Polizei im vergangenen Jahr 2022 einen Bewerber ab, der die Worte «Loyalty, Honor, Respect, Family» (Loyalität, Ehre, Respekt, Familie) als Tattoo auf dem Rücken trug. Die Polizei zweifelte deshalb an seiner «charakterlichen Eignung» und das zuständige Verwaltungsgericht erklärte, dass die Tätowierung den Eindruck eines «Ehrenkodexes» erwecke. Dies liesse darauf schliessen, dass der Mann ein «archaisches und überkommenes Wertesystem veretre, in welchem der Loyalität zu einer bestimmten Person oder Personengruppe und der Aufrechterhaltung einer wie auch immer gearteten «Ehre» eine übersteigerte Bedeutung zukomme», und dass ein derartiger Ehrenkodex nicht mit den Werten einer «modernen Bürgerpolizei» vereinbar sei. Ein sozialistischer, invasiver Staatsapparat, der den Menschen Untreue und Missgunst gegenüber anderen, Inkonsistenz, Kritiklosigkeit, Selbstverachtung und das Aufgeben jeglicher Ansprüche und Zukunftsträume abverlangt, kann allem, was Stabilität und Souveränität bietet, nur feindlich gesinnt sein.

Zum Ende der vorliegenden Doppelausgabe bringen wir dieses kommunistische Gedankengut erneut mit der global agierenden Hochfinanz zusammen und erläutern, warum diese einen Zusammenbruch des Finanzsystems sowohl im Westen als auch im fernen Osten herbeisehnen müsste und dies wahrscheinlich auch tut, obwohl sie öffentlich vorgibt, den «Crash» verhindern zu wollen.

Auf einen Blick

- ▶ Chinas Wirtschaftsdaten scheinen das Papier nicht wert, auf dem sie veröffentlicht werden. Vieles deutet auf ein Schneeballsystem gigantischen Ausmasses hin.
- ▶ Staatliche Fehlinvestments, «Geisterstädte», gefälschte Statistiken, Insolvenzverschleppung, um ihr Ersparnis geprellte Bürger - die KPCh steckt in einer misslichen Lage. Ist ein Krieg gegen Taiwan der einzige Ausweg?

- ▶ Sollte die chinesische Finanzblase platzen, droht eine nie dagewesene Weltwirtschaftskrise mit dem Potenzial, unsägliches Leid zu verursachen, das Ende der US-Leitwährung zu besiegeln und die Installierung einer neuen Weltordnung einzuleiten.
- ▶ Ist diese Situation - getreu dem Motto «Phönix aus der Asche», «Ordnung aus dem Chaos» - möglicherweise absichtlich herbeigeführt worden? Der «perfekte Sturm» scheint bevorzustehen.

Chinas «Geisterstädte»: Ein Drama bahnt sich an

Im Juli 2022 formierten sich in der zentralchinesischen Provinz Henan einige hundert aufgebrachte Chinesen zu Protesten, und wenn man erfährt, was der Grund für ihren Unmut war, schlägt es einem schier die Sprache. Der österreichische Standard berichtete über das Anliegen der Demonstranten, die wohlgerneht zur chinesischen Mittel- und Oberschicht gehören und die in dem totalitären Polizeistaat selbstverständlich ein hohes Risiko eingehen, indem sie ihren Dissens kundtun. Eigentlich hatten sie - wie so viele andere Chinesen auch - ihre Ersparnisse gewissenhaft in Immobilien gesteckt, doch «Anfang dieses Jahres stellten die Wohnungsbesitzer fest, dass sich der Bau ihrer Apartments - die sie bereits abbezahlt hatten - verzögerte und schliesslich ganz stoppte. [...] Seit Juni nämlich kommt es im ganzen Land zu Zahlungsboykotts. Wütende Bürger wollen kein Geld mehr an Immobilienkonzerne überweisen, die bereits verkaufte Wohnungen nicht bauen.»⁽¹⁾ Unglaublich, aber wahr: Während zahlreiche hochrangige westliche «Ökonomen» jahrelang, vom chinesischen «Wirtschafts-



Hinter der chinesischen Geschäftswelt hält sich die KPCh versteckt und deren oberste Maxime lautet keinesfalls Rendite, sondern Weltkommunismus.

wunder» berauscht, felsenfest überzeugt versichert hatten, in China entstehe eine neue guthürgerliche Mittelschicht, wie man sie aus den besten Zeiten der BRD kannte, sieht die Realität im Reich der Mitte doch gewaltig anders aus. Zwar lebt ein Grossteil der chinesischen Bevölkerung auch nach dem wirtschaftlichen Kurswechsel unter

Deng Xiaoping (Ausgabe 50) in bitterer Armut und von der Hand in den Mund, doch neben dieser Mehrheit entwickelte sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte eine neue, verhältnismässig wohlhabende Schicht, die man wohl im weitesten Sinne als mittelständisch bezeichnen könnte. Auch wenn diese neue «Klasse» im direkten Vergleich mit dem Mittelstand westlicher Industrieländer immer noch nicht wirklich als vermögend bezeichnet werden kann, ist sie doch immerhin in der Lage, in beschränktem Masse zu investieren und legt ihr hart verdientes Geld meist in Immobilien an. Bei den aufgebrachten Leuten, die sich vor der Bank von Henan zum Protest versammelt hatten, handelte es sich um Angehörige dieser relativ jungen sozialen Schicht, die sich nun mit der Tatsache konfrontiert sahen, dass ihre Investitionen plötzlich wertlos waren.

Nebenbei sei noch darauf aufmerksam gemacht, dass der Verlauf dieser Demonstration ein Paradebeispiel dafür bietet, wie effizient es der KP gelingt, den «Corona-Seuchenschutz»-Hebel zur Massenkontrolle zu verwenden. Denn ▶

Foto: Shutterstock/UTENKOV ALEKSEI



Das System in West wie Ost erweist sich als Papiertiger bzw. Papierdrache, da es auf einem Geldsystem aufbaut, das die reale Wirtschaft nur bedingt widerspiegelt. Es spült einer kleinen Kaste von Menschen, die das aus dem Nichts geschöpfte Zahlungsmittel («Fiat-Geld») verwalten, Billionensummen in die Hände, während die normale, arbeitende Bevölkerung schrittweise an Wohlstand verliert. Früher oder später ist ein Zusammenbruch unvermeidbar, welcher jedoch durchaus eingeplant sein könnte und das Potenzial hat, einem neuen System den Weg zu ebnen (siehe S.96 ff.).



Leere Hochhäuser im chinesischen Bezirk Kangbashi, deren Bau seit Jahren stillsteht. Für solche Betonwüsten hat sich die Bezeichnung «Geisterstadt» eingebürgert. Chinas «Geisterstädte» sollen mittlerweile 65 Millionen leerstehenden Wohnungen umfassen.

► genau bei diesen geprellten Investoren, die keinen anderen Ausweg sahen, als ihrem Unmut öffentlich kundzutun, wurde kurz danach der QR-Code in der «Gesundheits»-App auf Rot gestellt (siehe S.4 ff. u. S.53 ff.), was normalerweise Hausarrest und zahlreiche weitere persönliche Einschränkungen nach sich zieht. Wer keine unmittelbare Verhaftung riskieren wollte, suchte schnell das Weite und der Protest zerstreute sich wie von Zauberhand.

Pyramidensystem

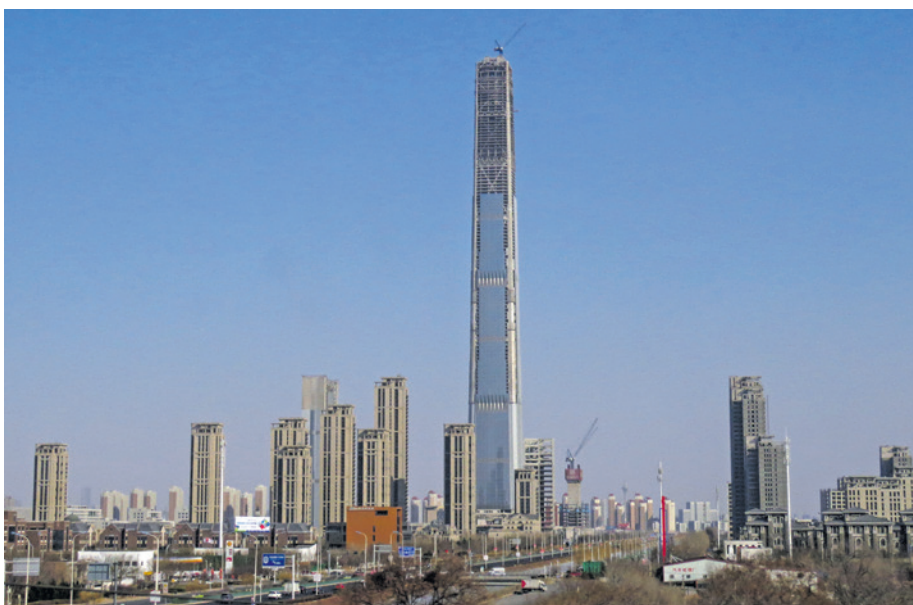
Allmählich kommt ans Tageslicht, in welches Schlamassel sich die chinesische Bevölkerung manövrieren liess: Das wenige Geld, das die Normalchinesen nach

westlichen Standards verdienen, investieren sie normalerweise – wenn sie dies überhaupt können – in Immobilien, um sich für das Alter abzusichern. Zumindest bis anhin war das für «normale Leute» in China die nahezu einzig valide Möglichkeit, um ihr Geld gewinnbringend anzulegen. Etwa 75 Prozent aller Ersparnisse der chinesischen Bevölkerung stecken in Immobilien.⁽²⁾ Das ist ein weitaus höherer Anteil als in westlichen Volkswirtschaften.⁽³⁾ Für chinesische Kunden war es lange Zeit nichts Ungewöhnliches, Immobilien zu kaufen, die noch gar nicht gebaut waren. Die Käufer erhielten lediglich das Versprechen, eines Tages ein Eigenheim zu besitzen und da die Immobilienpreise aufgrund der Nachfrage sowie der Kre-

ditausweitung, d.h. des ständigen Nachfließens von Geld, immer weiter anstiegen, konnte dieses Versprechen auch über einen langen Zeitraum gewinnbringend weiterverkauft werden. Die «Eigenheimbesitzer» ohne fertiggestelltes Eigenheim konnten also aus ihrer Investition Profit schlagen, solange sich ein Käufer fand, der ihnen die Immobilie (meist ein Apartment) über ihrem Einkaufspreis abnahm. «Junge Ehepaare kratzen ihr ganzes Geld zusammen und auch noch das ihrer Eltern und manchmal des Dorfes, aus dem sie stammen. Dazu noch ein Kredit von der Bank. Nach dem Kauf sind alle glücklich, weil sie wissen, dass sie jetzt reich werden, denn nächstes Jahr ist die Wohnung ja wieder zwanzig Prozent mehr wert. So war es doch immer. Sie kennen es nicht anders. Sie haben seit dem Aufbruch Chinas nicht erlebt, dass Immobilienpreise nachhaltig gefallen sind», so der bekannte deutsche Börsenmakler Dirk Müller.⁽⁴⁾

Ein böses Erwachen

Das entwickelte sich allerdings immer mehr zu einem Schneeballsystem, denn heute stellt sich langsam aber sicher heraus, dass viele der Anleger den ihnen versprochenen Wohnraum nie erhalten werden. Es lässt sich auch längst nicht mehr nachvollziehen, in welchen Kanälen ihr Geld konkret versickert ist. Allerdings ist klar festzustellen, dass diesen verkauften, aber nicht gebauten Wohnungen das mittlerweile berühmt gewordene Phänomen der «Geisterstädte» gegenübersteht. «Ein Fünftel der Wohnungen in China – mindestens 65 Millionen Stück – stehen leer», berichtet die Plattform Business Insider.⁽⁵⁾ Die unheimlichen, praktisch menschenleeren «Geisterstädte» bieten einen geradezu surrealen Anblick. Auf



«Goldin Finance 117» ist ein Wolkenkratzer im Stadtbezirk Xiqing der chinesischen Stadt Tianjin. Würde er fertiggestellt werden, wäre er das sechsthöchste Gebäude der Welt. Das Problem: Die Arbeiten am Gebäude wurden gestoppt und werden vielleicht nie wieder fortgesetzt. Er ist Teil einer der sogenannten «Geisterstädte» Chinas, die weitgehend leer stehen.

Foto: N509FZ ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Goldin_Finance_117_under_construction_\(20180210142905\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Goldin_Finance_117_under_construction_(20180210142905).jpg))
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

riesigen Bauarealen befinden sich Dutzende Hochhäuser, die auf den ersten Blick so wirken, als handle es sich um Rohbauten, die demnächst fertiggestellt werden. In Wahrheit sind die Baustellen jedoch längst aufgegeben und verwaist. Ein auf bittere Weise passendes Sinnbild für ein Land, das unter einem inhärent korrupten System leidet.

Viele der Letztkäufer von Apartments etc. stehen heute vor dem Nichts. In eine «Geisterstadt» können sie nicht ziehen, denn die Betongräber wurden mit minderwertigem Material gebaut, Wasser- und Elektroleitungen wurden nicht verlegt. Wo das Geld ist, mit dem dies hätte gemacht werden müssen, weiss von den Investoren keiner. Man müsste in den höheren Rängen nachfragen, um stichhaltige Antworten zu erhalten, bis dahin kann man nur informierte Spekulation anstellen: Dass in einer Planwirtschaft Fehlinvestitionen getätigt werden, die durch ein planwirtschaftliches «Fiat-Geld»-System noch verstärkt werden, mag das Phänomen «Geisterstädte» zum Teil erklären. Eine Planwirtschaft wie die chinesische eröffnet jedoch auch die Möglichkeit, Gelder in die Taschen der Regierenden oder in strategische Projekte der Regierung umzuleiten, womit sich die Frage aufdrängt, ob die Vermögen der Bevölkerung etwa in die Kriegswirtschaft flossen oder in das globale Infrastrukturprojekt «Seidenstrasse» (sicherlich Thema von zukünftigen Ausgaben) investiert wurden, das China künftig die Weltmacht sichern soll.

Fest steht: Selbst die leidensfähigen Chinesen könnten unpässlich werden, wenn ihre gesamten Ersparnisse im Nichts verschwinden. Der Finanz-Experte Dirk Müller schrieb schon 2018: «Käme es zu einem Crash der Immobilienpreise wie in Japan Ende der 1980er-Jahre, würden über zehn Billionen Dollar des chinesischen Mittelstandes pulverisiert. Wenn diese chinesische Wirtschaftsblase, die Mutter aller Wirtschaftsblasen, endgültig platzt, wird die Schockwelle alles in den Schatten stellen, was wir nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges je an Wirtschaftskrise erlebt haben.»⁽⁶⁾ Im Reich der Mitte kündigen sich gewaltige Unruhen an und es scheint fraglich, ob die chinesische Partei einen Weg finden wird, für den Volkszorn ein Ventil zu schaffen. Oft genug in der Geschichte haben es totalitäre Herrscher schon hinbekommen, ihre unter Armut leidende Bevölkerung noch rechtzeitig in einen Krieg zu manövrieren, der innenpolitisch sprichwörtlich den



Chinesen protestieren im November 2022 im Zentrum Shanghais gegen Xi Jinpings «Null-COVID»-Politik.

Panzer rollen 1989 über den Tian'anmen-Platz.



Im November kam es zu den grössten Demonstrationen im chinesischen Inland seit den Protesten auf dem Tian'anmen-Platz, die damals von Deng Xiaoping blutig zerschlagen wurden (Ausgabe 50). Laut Berichten von ausländischen Medien verhielten sich die Sicherheitskräfte vor Ort relativ defensiv. Das leuchtet ein, denn warum sollte man ein PR-Desaster wie 1989 riskieren, wenn das digitale Kontrollnetz die einzelnen Teilnehmer identifizieren und lokalisieren kann? Weitaus geschickter ist es, einfach zu warten, bis die mediale Aufmerksamkeit verebbt ist. Dann können die digital erfassten Teilnehmer immer noch verhaftet werden - einer nach dem anderen, ohne den Schutz der Gruppe und ohne Wirbel in den sozialen Medien.

Druck vom Kessel nahm. Ein Angriff auf Taiwan wäre eine wirksame Ablenkung von den Verfehlungen der KPCh. Die Wut könnte möglicherweise durch Kriegspropaganda gegen den pazifischen Nachbarn

von innen nach aussen kanalisiert werden. Wird China diesen Weg einschlagen und vielleicht einen ökonomischen Zusammenbruch nutzen, um auf Kriegswirtschaft umzustellen? (tk/as)

Quellen:

1. derstandard.de, Chinas Immobilienkrise hat die Mittelschicht erfasst, 02.08.2022
2. Dirk Müller, Machtbeben: Die Welt vor der grössten Wirtschaftskrise aller Zeiten, Heyne Verlag, 2018, S.201
3. de.finance.yahoo.com, In China stehen mindestens 65 Millionen Wohnungen leer - Genug, um die gesamte Bevölkerung Frankreichs unterzubringen, 17.10.2021
4. Dirk Müller, Machtbeben: Die Welt vor der grössten Wirtschaftskrise aller Zeiten, Heyne Verlag, 2018, S.200
5. businessinsider.com, China has at least 65 million empty homes - enough to house the population of France. It offers a glimpse into the country's massive housing-market problem, 14.10.2021
6. Dirk Müller, Machtbeben: Die Welt vor der grössten Wirtschaftskrise aller Zeiten, Heyne Verlag, 2018, S.201

China: Das grösste aller Finanz-Schneeballsysteme?



Foto: Shutterstock/klublu

Nicht zufällig war es Henry Kissingers «Vorgesetzter» Richard Nixon (Ausgabe 50), der in seiner Rolle als US-Präsident zeitgleich zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit China auch eine entscheidende Änderung im US-Währungssystem vornahm, die sich massgeblich auf die ganze Welt auswirkte. Nixon koppelte 1971 den US-Dollar, der als Weltleitwährung eine ganz besondere Rolle im internationalen Wirtschaftsgefüge spielte (und zumindest bis jetzt noch immer spielt), vom Gold ab. Die von ihm aufgelöste Dollar-Gold-Bindung hatte zuvor dafür gesorgt, dass sich der US-Dollar nur bedingt beliebig vermehren liess, da er zum festen Wechsel-

kurs an eine limitierte Goldmenge gebunden war. Das änderte sich nach Nixons Entscheidung, die Golddeckung des Dollars zu beenden, was als «Nixon-Schock» in die Geschichte einging. Als die Regel fiel, dass jeder Staat seine Währungsreserven bei der US-Zentralbank Federal Reserve in Gold umtauschen konnte, war der Weg frei, um die Welt mit aus dem Nichts geschaffener Währung («Fiat-Geld») zu überfluten. Seitdem flossen Billionensummen an US-Dollar in das Reich der Mitte.

Chinas Aufstieg zur Wirtschaftsnation ist demnach untrennbar mit beliebig vermehrbarem Zentralbankgeld verbunden; und wie Ökonomen der liberalen Sorte zurecht warnen, führt diese planwirtschaftliche Art der Geldproduktion zu

ungeheuren Verwerfungen und Problemen. Schon Karl Marx, dessen Ideen allesamt in der Praxis «scheiterten», empfahl in seinem Kommunistischen Manifest die Errichtung einer Zentralbank, die in der Lage sein sollte, unbegrenzte Mengen an legalem Zahlungsmittel herauszugeben. Da sowohl die US-Zentralbank Federal Reserve als auch die chinesische Zentralbank nach diesem Modell funktionieren, ist es kein Wunder, dass sich diese mit Marx verknüpfte Geschichte des «Scheiterns» bis in die Gegenwart fortsetzt. Der Ausdruck «Scheitern» ist dabei jedoch relativ, denn für die Profiteure der Geldschöpfung aus dem Nichts könnte das System nicht besser funktionieren – es erfüllt seinen Zweck.



红色

Demonstranten halten Transparente mit der Aufschrift «Gebt mir mein Geld zurück» vor einem Gebäude der chinesischen Zentralbank in Zhengzhou, Provinz Henan, am 10. Juli 2022. Später wurde ihr «Gesundheits»-QR-Code auf Rot geschaltet.

Gefälschte Bilanz

Der Aufstieg Chinas in den letzten 30 Jahren wird präsentiert als das vielleicht grösste Wirtschaftswunder der Geschichte. Nach der schrittweisen Öffnung des Landes unter Deng Xiaoping kletterte die Volkswirtschaft des Landes in rasender Geschwindigkeit nach oben. Es herrschte eine regelrechte Goldgräberstimmung vor. Die jährlich verkündete Wachstumsrate lag meist im zweistelligen Bereich – die Investoren dieser Welt verfielen fast in einen Rausch: Jeder wollte ein Stück vom «Kuchen China» abhaben.

Obgleich die Wirtschaft der Volksrepublik seit der Öffnung ohne Zweifel einen rapiden Aufschwung hinlegte, ist es doch mehr als zweifelhaft, ob die verlautbarten Wachstumszahlen der Realität entsprechen. Tatsächlich tendiert die diesbezügliche Wahrscheinlichkeit sogar eher gegen null. Wirtschaftskennzahlen sind in China höchst sensible Daten, von denen die Karriere, der Aufstieg oder die Entlassung der Kaderfunktionäre abhängt. In der Folge entsteht für die Lokalregierungen ein Anreiz, völlig überzogene Wirtschaftsdaten an die Peking Zentrale zu melden, und da diese Zentrale nur über begrenzte Möglichkeiten zur Kontrolle der lokalen Funktionäre verfügt und selbst auch von aufgeblasenen Zahlen profitiert, wird der Betrug förmlich zum Selbstläufer.

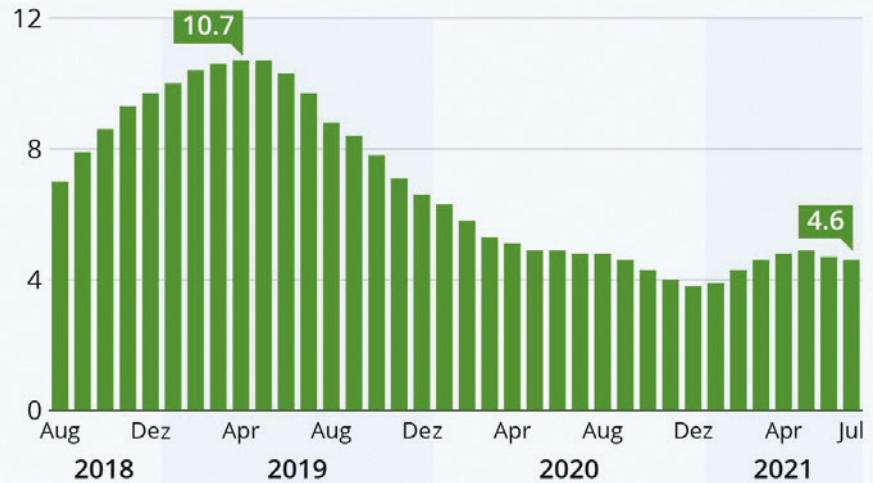
Im Januar 2017 wurde das beinahe offiziell, als ein Provinzgouverneur aus Liaoning – eine der wirtschaftsstärksten Regionen Chinas – einräumte, jahrelang viel zu hohe Wirtschaftsdaten an die Zentrale in Peking gemeldet zu haben. Allein in den Jahren 2011 bis 2014 sollen die von ihm weitergegebenen Daten um mindestens 20 Prozent zu hoch gewesen sein. Der Gouverneur wird wie folgt zitiert: «Liaoning war in einen gross angelegten Finanzbetrug auf kommunaler und Bezirksebene verwickelt, der über lange Zeit anhielt und an dem viele Leute beteiligt waren.» Und siehe da: Nachdem diese Region neue Daten vorlegte, war es plötzlich nichts mehr mit dem Wachstum, sondern Liaoning war über Nacht die angeblich einzige Region Chinas, die sich in einer Rezession befand. Selbst der Chef der zentralen chinesischen Statistikbehörde sah sich gezwungen zuzugeben, dass in seinem Land auf zahllosen Ebenen getrickst wurde und weiterhin wird. ⁽¹⁾

Scheinriese?

Trotzdem steht ohne Zweifel fest, dass Chinas Wirtschaft seit den Zeiten

Chinas Immobilienmarkt: Platzt die Blase bald?

Preisanstieg von Wohngebäuden gegenüber demselben Monat im Jahr davor in den 70 grössten Städten Chinas (in Prozent)



Quelle: National Bureau of Statistics of China via Tradingeconomics.com

statista

Allmählich offenbart sich die planwirtschaftliche Katastrophe in Chinas Immobiliensektor. Den hohen Preisen stand oft keine reale Immobilie gegenüber und bereits abbezahlte Objekte werden einfach nicht fertiggebaut.

Maos, die von Hunger und Chaos geprägt waren, enorme Sprünge gemacht hat. Spätestens das Phänomen der «Geisterstädte» (siehe S.87 ff.) zeigt uns heute allerdings, dass der wirtschaftliche Boom in einer planwirtschaftlich verwalteten Gesellschaft immer mit höchster Skepsis einzuschätzen ist, denn die Nichtexistenz von freien Märkten steht einem gesunden und nachhaltigen Wirtschaftswachstum im Wege, weshalb der Normalbürger von diesem vermeintlichen Wachstum nur sehr eingeschränkt profitiert und ein solcher «Boom» nach nicht allzu langer Zeit in sich zusammenfällt wie ein wackliges Kartenhaus. Ineffiziente Planwirtschaft und aus dem Nichts geschaffenes, unendlich vermehrbare «Fiat-Geld» gehen Hand in Hand und erzeugen die berühmten «Finanzblasen», die eines Tages immer «platzen».

Unter anderem durch die Entkopplung von Dollar und Gold drängten seit den 70er-Jahren mehr und mehr Dollar auf den chinesischen Markt, was zu steigenden Preisen führte. Typisch für das Papiergeld-Schneeballsystem kam es zu zahlreichen unsinnigen Investitionen in Projekte, die aus sich heraus keinen wirtschaftlichen Sinn ergaben und die nur der Spekulation auf immer höhe-

re Preise dienten. So spielte es während Chinas Immobilienboom z.B. absolut keine Rolle, ob ein gekauftes Haus oder Apartment überhaupt vermietet war oder nicht (siehe S.88 f.). Eine Immobilie ohne Mieter brachte zwar keine Mieterträge, aber wenn sie aufgrund des ständig neu nachschliessenden Geldes jedes Jahr um zwanzig Prozent im Preis stieg, konnte es dem Käufer völlig egal sein, ob er Mieter hatte oder nicht. Man konnte sich zu niedrigen Zinsen ein unvermietetes Apartment kaufen und verkaufte es ein Jahr später für zwanzig Prozent Aufschlag an den nächsten Glücksritter weiter. Ein klassisches Schneeballsystem, das funktioniert, solange immer neues Geld nachfließt. In dem Moment, in dem kein Geld mehr nachkommt und noch immer keine entsprechenden Mietverträge unterschrieben sind – oft, weil die Wohnung im Falle Chinas schlicht noch gar nicht gebaut worden ist – bricht das System in sich zusammen und die planwirtschaftliche Katastrophe wird offenbar. Das heutige China scheint nicht weit von dem Punkt entfernt zu sein, an dem die «Blase platzt». Die riesigen «Geisterstädte» (siehe S.87 ff.) stehen exemplarisch für die unfassbare Misswirtschaft des chinesischen Giganten. ▶



IMMOBILIENKÖNIGIN WHITNEY DUAN

20min.ch, 02.10.2021

Warum Chinas reichste Frau nach vier Jahren plötzlich wieder aufgetaucht ist

2017 aus Luxushotel verschwunden

China schickt Milliardär 13 Jahre ins Gefängnis

n-tv.de, 19.08.2022, über Xiao Jianhua



Regierungskritiker Ren Zhiqiang



REUTERS

Chinesischer Immobilienmagnat zu 18 Jahren Haft verurteilt

reuters.com, 11.12.2015

manager magazin

Gründer von Chinas Firmenjäger Fosun verschwunden

manager-magazin.de, 22.09.2020

Die Wirtschaft ist in China nicht die tonangebende Stimme. Wer sich nicht der KPCh-Agenda unterwirft, wird auf die eine oder andere Weise aus dem Weg geräumt. Daher wäre auch ein Ende des chinesischen Wirtschaftsbooms für die «Rote Aristokratie» verkraftbarer, als dies viele westliche Beobachter glauben.

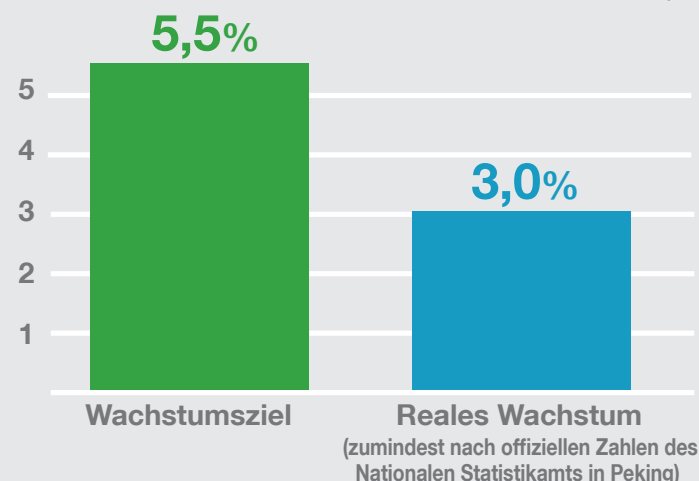
► «Zombieland»

Diese Fehlinvestitionen wurden mit immer neuen Krediten getätigt – Kredite, denen oft kein Ertragsgeschäft gegenübersteht und deren Tilgungen mit immer neuen Krediten bezahlt werden. Welche Dimensionen das inzwischen angenommen hat, weiss aufgrund der sowieso verfälschten Wirtschaftsdaten, die kommuniziert werden, niemand! Alle Unternehmen in China sind durch die Kontrolle der KPCh letztendlich Staatsbetriebe. Hier wird in einem nie gesehenen Umfang falsch investiert, wobei «falsch» im Auge der KPCh auch «richtig» sein könnte, wenn hinter dem Zusammenbruch System steckt (siehe S.96 ff.). Im Jahr 2013 sollen fast die Hälfte der chinesischen Bruttoinvestitionen Fehlinvestitionen gewesen sein. Investitionen

in Autobahnen, auf denen kein Auto fährt; in Städte, in denen niemand lebt und in Flughäfen, von denen kein Flugzeug startet. Wer in einer freien Marktwirtschaft ein Unternehmen führt und in die roten Zahlen gerät, der wird alles tun, um sein Unternehmen umzubauen. Er wird einsparen, Mitarbeiter entlassen, die Produktion verändern und nichts unversucht lassen, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Wer aber sein Unternehmen in China hat und ein treuer Parteikader ist, kann sich die Mühe sparen. Er kann Verluste machen und direkt einen neuen Kredit aufnehmen. Der Staat hält die Banken dazu an, das zu tun, damit die Unternehmen nicht pleitegehen und keine Mitarbeiter entlassen werden – denn das wäre schliesslich schlecht für das Image und das «Wirtschaftswachstum».

Jedes Jahr nimmt China neue Kredite auf (aus den USA, Europa oder von chinesischen Banken selbst) und bezahlt damit die Verluste. Die Schulden Chinas wachsen und wachsen, aber solange immer frisches Geld ins Land strömt, gelingt es, das Problem zu vertuschen. Im Westen sprechen die Experten offiziell vom Phänomen der «Zombiefirmen» – Unternehmen, die eigentlich schon pleite und geschlossen sein müssten, aber irgendwie durch immer neue Kredite am Leben gehalten werden. China hingegen scheint ein ganzes «Zombieland» darzustellen. ⁽²⁾ Ende 2020 lag die offizielle (!) Gesamtverschuldung des Landes bei rund 290 Prozent des eigenen BIP. Hiervon entfielen mit 160 Prozent der Grossteil auf den Unternehmenssektor, etwa 67 Prozent auf den Staat sowie 61 Prozent auf private Haushalte. Damit ist

Wirtschaftswachstum in China (2022)



Quelle: deutschlandfunk.de, China: Wirtschaftswachstum 2022 mit 3,0 Prozent unter Zielmarke der Staatsführung, 18.01.2023

Bis 2010 lag das chinesische Wirtschaftswachstum meist im zweistelligen Bereich. Der mittlerweile feststellbare Abwärtstrend deutet auf harte Zeiten für die chinesische Normalbevölkerung hin. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, muss das der Macht der KPCh aber nicht zwingend abträglich sein, denn Machtsstrategen sehen Krisen als willkommenes Ereignis, um ihre Agenda zu beschleunigen. Man denke an die Aussage des ehemaligen BRD-Finanzministers Wolfgang Schäuble in Bezug auf die Euro-Krise: «[...] wenn die Krise grösser wird, werden die Fähigkeiten, Veränderungen durchzusetzen, grösser.» ⁽¹⁾

Quelle: 1. youtube.com, Zeit-Forum mit Schmidt und Schäuble, 12.11.2012

die Unternehmensverschuldung in China fast doppelt so hoch wie in den USA und etwa 40 Prozent höher als in der Eurozone. Im April 2021 forderte der Internationale Währungsfonds die Volksrepublik auf, die hohen Unternehmensschulden anzugehen, die durch die lockere Geldpolitik während der «Corona-Pandemie» noch weiter in die Höhe getrieben wurden. ⁽³⁾ Bringen wir das jetzt noch mit den längst nachgewiesenen Zahlenmanipulationen in Zusammenhang, dann können wir davon ausgehen, dass diese Zahlen die Situation noch immer eher zu positiv darstellen. Der chinesische Analyst Niu Dau nannte China deshalb «die grösste Blase der Weltwirtschaftsgeschichte». ⁽⁴⁾

Der Crash ist die Lösung

Aus rein ökonomischer Sicht wäre eine schwere inländische Wirtschaftskrise, die sich momentan klar am Horizont abzeichnet, für China fatal. Die KPCh denkt aber nicht in den Kategorien «Wohlstand», «Stabilität» oder «Fortschritt». Alles, was für die Parteikader zählt, ist die Errichtung eines globalen kommunistischen Systems und dafür scheint die Staatsführung auch bereit, den eigenen ökonomischen Aufstieg vorerst jäh zu beenden. Dass hinter einem wirtschaftlichen Zusammenbruch System stecken kann, wissen wir vom Beispiel des Rubelcrashs in Russland Mitte der 90er, den der sowjetische Überläufer Jan Sejna schon 1982 unter dem Oberbegriff «Zerschlagung der Hoffnung auf falsche Demokratie» angekündigt hatte (Ausgaben 42,45). Mit diesem etwas unpräzise formulierten Begriff meinte er die gezielte Diskreditierung der Marktwirtschaft nach Ende des Eisernen Vorhangs, um die russische Bevölkerung zurück in die Arme der Kommunisten zu treiben. Da sogar viele Chinesen selbst ihr System mittlerweile fälschlicherweise als «kapitalistisch» verstehen, könnte ein Staatsbankrott in ihnen die Überzeugung wecken, dass das, was in China nun im Begriff ist zu scheitern, die freie Marktwirtschaft gewesen sei. Die verarmte Bevölkerung sähe keine andere Perspektive mehr, als eine Rückkehr zur knallharten Planwirtschaft wie zu Maos Zeiten oder gar einen Eroberungsfeldzug gegen den Westen zu befürworten.

«Der Crash ist die Lösung», so lautet der Name eines erfolgreichen Finanzbestsellers aus deutschen Landen. Die titelgebende Devise des Buches könnte genauso für die chinesische Staatsführung gelten, denn aus einem Finanzcrash könnte das Land langfristig als unangefochtene neue Weltmacht hervorgehen, was den Verdacht

Wohneigentumsquote

China	89,7%	Daten von 2018 ⁽¹⁾
Deutschland	51,1%	Daten von 2019 ⁽²⁾

Quellen:

1. laprogressive.com, The American Dream Is Alive and Well - in China, 15.06.2019
2. Eurostat

Die «Wohneigentumsquote» ist in China offiziell fast doppelt so hoch wie in Deutschland. Der Haken daran: Eigentum im ursprünglichen Sinne existiert im Reich der Mitte nicht, sondern nur ein «Recht der Benutzung von Grund und Boden», das jederzeit entzogen werden kann. Noch schwerer wiegt allerdings folgendes: Allmählich stellt sich für die chinesischen Käufer heraus, dass viele ihrer Wohnungen nur auf dem Papier existieren. Soll der sich abzeichnende Immobiliencrash einem neuen System den Weg ebnen?



«Nach der Einführung eines digitalen Rubels Anfang nächsten Jahres plant



REUTERS

Russland, die Währung für gegenseitige Abrechnungen mit China zu verwenden, um die globale finanzielle Hegemonie Washingtons zu verringern, sagte ein hochrangiger russischer Gesetzgeber am Montag. [...] Die Zentralbank führte bereits digitale Rubeltests mit Banken durch, und das zu einer Zeit, in der die Sanktionen gegen Moskau wegen seines Vorgehens in der Ukraine den Zugang Russlands zu grossen Teilen der globalen Finanzmarktinfrastuktur eingeschränkt hatten.»

Reuters am 26. September 2022

Quelle: reuters.com, Russia plans to use digital rouble in settlements with China, says lawmaker, 26.09.2022

Das ist hochbrisant, denn schon allein die Grösse von Chinas Binnenwirtschaft würde den E-Yuan (siehe S.41 ff.) geradezu prädestinieren, zur neuen Weltleitwährung aufzusteigen. Würde sich China dann allerdings auch noch mit Russland und anderen Staaten zu einem neuen Handelsraum zusammenschliessen, der auf dem gegenseitigen Austausch von CBDCs basiert und damit die Vorherrschaft des Dollars endgültig in Frage stellt, würde wohl kein Weg mehr an der Weltleitwährung aus China vorbeiführen. Aufgrund der westlichen Sanktionen bleibt zumindest Russland momentan gar nichts anderes übrig als die Erschaffung dieses Handelsraums zu forcieren. Da China dem Westen immer mehr den Rücken zukehrt, scheint die Umsetzung einer neuen Wirtschaftszone unter Ausschluss von EU sowie USA nur eine Frage der Zeit zu sein.

nahelegt, dass sich China sehenden Auges und mit voller Absicht so hoch verschuldet. Denn egal, wie gewaltig die Schulden auch sein mögen – China verfügt aktuell über genug Energierohstoffe (Ausgabe 48), Nahrungsreserven (Ausgabe 49), eine funktionierende Schwerindustrie und nicht zuletzt auch über die grösste Armee der Welt. Aus strategischer Perspektive ist China also stabil aufgestellt und darauf kommt es letzten Endes an.

Wer interessiert sich für Staatsschulden, wenn er so mächtig ist, dass niemand

ihn zwingen kann, diese zurückzuzahlen? Man muss Mao Tse-tungs Aussage, Macht komme «aus den Läufen der Gewehre» leider zustimmen und sie ernstnehmen. Chinas Armee ist gewaltig und in Summe verfügen die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), die mittelfristig einen neuen «Ostblock» formieren könnten, über weitaus mehr «Gewehrläufe» als der Westen. In mühsamer strategischer Kleinarbeit wurden sogar Energiereserven, Nahrung und wirtschaftliche Prozesse zu hybriden Gewehrläu- ▶

The New York Times

„«Präsident Nixon hat sich selbst als »jetzt ein Keynesianer in der Wirtschaft« bezeichnet, so Howard K. Smith von der American Broadcasting Company, einer der vier Fernsehkommentatoren, die den Präsidenten am Montagabend in einer Fernsehsendung interviewten. [...] Andere Quellen bestätigten, dass Nixon diese Aussage getätigt hatte. Unter Hinweis darauf, dass die grundlegende Wirtschaftsphilosophie von Nixons republikanischer Partei ein ausgeglichener Haushalt sei, kommentierte Smith, dass die Annahme der Keynes-Doktrin von expansiven öffentlichen Ausgaben und einem defizitären Haushalt durch den Präsidenten so sei, als würde ein Christ sagen: »Alles in allem denke ich, dass Mohammed recht hatte.« Er fügte hinzu, Präsident Coolidge würde sich »im Grab umdrehen.«»

Die New York Times im Januar 1971

Quelle: nytimes.com, Nixon Reportedly Says He Is Now a Keynesian, 07.01.1971



Richard Nixon speist 1972 bei seinem China-Besuch mit Premierminister Zhou Enlai (links).

Der Kommentar der New York Times trifft den Nagel auf den Kopf. Dass sich der Republikaner Nixon als Keynesianer outete, spricht Bände, denn Keynes war bekennender Sozialist ⁽¹⁾ und befürwortete als absoluten Kern seiner Wirtschaftsphilosophie ausgiebige Staatseingriffe in den freien Markt. Wirft man einen Blick auf das heutige China und seine enorme Staatsverschuldung (siehe S.92), ist das Keynesianismus in Reinform. Die bis heute omnipräsente Fehlannahme, welche - grob zusammengefasst - lautet, man müsse sich Wohlstand nicht erarbeiten, sondern könne ihn durch stetige Geldvermehrung »herbeidrucken«, geht auf Keynes zurück. Das Wissen darum, dass Keynes' Philosophie dem ursprünglichen amerikanischen Gedanken von freien Märkten und freien Menschen diametral entgegensteht, scheint zur damaligen Zeit bei den Republikanern noch präsent gewesen zu sein. Heute wird die unbegrenzte Erzeugung von immer neuen Dollars durch die Zentralbank Federal Reserve auch von den »Konservativen« stillschweigend hingenommen. Nixons Kurswechsel vom Antikommunisten zum China-Freund ging einher mit einem Wechsel von klassisch liberaler Wirtschaftsphilosophie zum Keynesianismus - ein Unterschied wie Tag und Nacht. Wenige Monate nach seinem Outing als Keynesianer löste Nixon den Dollar von seiner Goldbindung und gab der US-Zentralbank so die Möglichkeit zur beinahe uneingeschränkten Gelddruckerei - ein entscheidendes Instrument, um das natürliche Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu verzerren und um Kontrolle über die Menschen zu erlangen.

Quelle: 1. die-marktradikalen.cc, Keynes bezeichnete sich selbst als Sozialist. Er hatte recht., 01.09.2021

► fen transformiert. Geld kann man nun mal nicht essen, man kann damit nicht den Tank füllen und weder andere Länder angreifen noch sich damit verteidigen, womit anzunehmen ist, dass es Chinas Partei relativ egal ist, wie ihre Staatsbilanzen aussehen. Was ist also, wenn der Zusammenbruch des chinesischen Finanzsystems schlicht eingeplant ist, um einen globalen Systemwechsel zu vollziehen?

Relativ zeitgleich zur Hiobsbotschaft, die zahlreichen Chinesen überbracht wurde, dass ihre Investitionen wertlos geworden sind, verhängte China seit Februar 2022 strenge Lockdowns über das ganze Land. Wer gegen die flächendeckenden Ausgangssperren verstösst, wird hart bestraft. Geht es bei diesen Massenquarantänen vielleicht in Wahrheit darum, die Proteste der geprellten Immobilien-«Besitzer» zu verhindern und Widerstand im Volk zu unterbinden bzw. diejenigen auszusortieren, die sich gegen das kommunistische System zur Wehr setzen? Denkbar wäre auch, dass die Lockdowns eine neue Phase des Handelskriegs gegen den Westen eingeläutet haben. Die zivile chinesische Wirtschaft scheint stillzuste-

hen und was dabei meist übersehen wird, ist, dass viele westliche Industrienationen längst am chinesischen Tropf hängen und in Teilen genauso von einer gesunden chinesischen Wirtschaft abhängen wie China selbst. Gerade Länder wie Deutschland benötigen die Exporte der »Werkbank der Welt« dringend, um die eigene Industrie am Laufen zu halten. Wird die Wirtschaft in Fernost etwa heruntergefahren, um die westliche Industrie aus der Ferne stillzulegen?

Vom Crash zum Krieg?

Möglicherweise konnte China im Schatten der Lockdowns eine Umstellung von der Zivil- zur Kriegswirtschaft vollziehen, denn ein kommender Angriffskrieg gegen Taiwan steht seit langer Zeit als zunehmend realistisch werdendes Szenario im Raum. Als Reaktion auf einen Taiwan-Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, hatte China Anfang August 2022 grossangelegte Militärübungen rund um die Inselrepublik durchgeführt und dabei auch eine mögliche Eroberung der Insel geübt. China werde stets grosse Anstrengungen

unternehmen, eine »friedliche Wiedervereinigung« mit Taiwan zu erreichen, hiess es in einem von der chinesischen Regierung veröffentlichten Weissbuch zur Taiwan-Frage. »Aber wir werden nicht auf die Anwendung von Gewalt verzichten, und wir behalten uns die Möglichkeit vor, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen«, hiess es weiter. Die Anwendung von Gewalt sei »unter zwingenden Umständen« der »letzte Ausweg«. Man werde keine ausländische Einmischung in Taiwan tolerieren, so die chinesische Führung. »Wir werden jeden Versuch, unser Land zu spalten, vereiteln«, hiess es. »Das historische Ziel der Wiedervereinigung unseres Heimatlandes muss und wird verwirklicht werden.« ⁽⁵⁾ Die »Wiedervereinigung« - sprich: die Annexion eines souveränen Staates durch China - ist innerhalb der KP also bereits beschlossene Sache. Die Frage ist nur noch, ob mit »friedlichen« Mitteln oder durch einen herkömmlichen Krieg. Würde die Übernahme gelingen, dann stünde der grösste Produzent von Computerchips weltweit - Taiwan Semiconductor Manufacturing Company Limited (TSMC) - unter Chinas Kontrolle, was dem

Regime für den Aufbau seines digitalen Überwachungsstaates sehr gelegen käme.

Weltwährung aus China?

Käme es zum endgültigen «Platzen» der chinesischen «Immobilienblase» und einem Krieg gegen Taiwan, dann stünde auch die globale Finanzordnung, wie wir sie kennen, vor ihrem Ende. Die Wirtschaftsmärkte Chinas und des Westens sind aufs engste miteinander verwoben. Sollte China wirtschaftlich implodieren und einen Krieg beginnen, können wir uns auf den «perfekten Sturm» einstellen, der wie eine Schockwelle um die Welt fegen wird. Am Ende dieses «Sturms» stünde wohl ein neues digitales Währungssystem unter der Ägide der BRICS-Staaten – mit China in einer führenden Rolle.

Schon Klaus Schwab und Evelyn de Rothschild deuteten an, der chinesische Renminbi könne eines Tages die Vormachtstellung des US-Dollars infrage stellen und langfristig ablösen (Ausgabe 50). Der Zusammenbruch des global vernetzten Finanzsystems – wie so oft in der Geschichte einhergehend mit einem oder mehreren Kriegen – wäre der Startschuss, um eine neue Weltordnung zu installieren, in der wenig übrig sein wird von der einstigen Freiheit und dem bürgerlichen Wohlstand des Westens. Allerdings ist und bleibt Weltpolitik ein nicht zu 100 Prozent planbares Feld, in dem das Eintreten von «zufälligen», nur schwer vorhersehbaren Ereignissen eher die Regel denn die Ausnahme darstellt und allein schon deshalb ist Resignation fehl am Platz. Die Situation mag düster scheinen, doch die vielzitierte Aussage: «Ich weiss nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll», hat durchaus etwas für sich. Vieles muss zu diesem Thema noch geschrieben und gesagt werden. Denn die Art und Weise, wie China den Westen infiltriert, seine Souveränität untergräbt und alle Hebel in Bewegung setzt, um zu verhindern, dass jemand seinen Weltmachtambitionen etwas entgegensetzt, ist ein riesiges Thema für sich, das uns in einer zukünftigen Ausgabe (jedoch nicht der nächsten) beschäftigen wird. (tk/as)



David Rockefeller
1973 neben
Mao Tse-tungs
zweitem Mann
Zhou Enlai

„In einem Anflug von Nachdenklichkeit sprach Deng über seine Vision von der Welt. Er sah das 21. Jahrhundert als das ‚Jahrhundert Asiens‘ und Lateinamerika auf dem Weg, eine Macht zu werden. Er sah sogar eine Zeit, in der Afrika eine Weltmacht sein würde. Die Sterne Europas und der Vereinigten Staaten hingegen würden seiner Meinung nach verblassen, obwohl er sich darüber im Klaren war, dass China noch eine ganze Weile vom Kapital und von den Technologien der westlichen Welt abhängig sein würde. Zum Ende des Treffens erklärte er schliesslich noch einmal, dass China keine andere Wahl habe, als Reformen durchzuführen und die Beziehungen mit der entwickelten Welt zu verbessern. Er drängte seine Nachfolger, schnell zu handeln. Deng räumte ein, dass Fehler gemacht würden, aber dass er das Gefühl habe, die Reformbemühungen sollten dadurch nicht behindert werden. ‚China sollte keine Angst davor haben, Fehler zu machen‘, erklärte er. ‚Aber es sollte vermeiden, sie zu wiederholen.‘ Damit deutete er, wie sich herausstellte, unheilverheissend an, dass er, sollten zu viele Fehler gemacht werden, nicht zögern würde, seinen Machteinfluss wieder geltend zu machen, um Veränderungen in der Führung seines Landes vorzunehmen. Das war eine schreckliche Prophezeiung. Ein Jahr später schickte Deng Panzer auf den Platz des himmlischen Friedens, um die Dissidenten zu zermahlen. Dieser verwerfliche Akt hat Dengs Ansehen in der Geschichte getrübt, aber er sollte nicht über seine zentrale Rolle beim Bruch mit Chinas jüngerer Vergangenheit hinwegtäuschen. Man muss daran erinnern, dass es Deng war, der die Abschaffung des unwirtschaftlichen Landwirtschafts-systems anordnete, das Land für den Aussenhandel und Investitionen öffnete und der, wenn auch nur still und langsam, den Prozess der politischen Dezentralisierung und Demokratisierung in Gang setzte. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist China eine weit offenere und tolerantere Gesellschaft geworden als die, die ich 30 Jahre zuvor kennengelernt hatte.“

David Rockefeller in seiner Autobiographie über ein Treffen mit dem chinesischen Staatschef Deng Xiaoping im Jahr 1988

Quelle: David Rockefeller, Erinnerungen eines Weltbankiers, 2007, Finanzbuch-Verlag, S.362-363

Mit diesen Zeilen gab David Rockefeller preis, dass ihm schon 1988 der strategische Plan der Kommunisten, die gesamte Welt (Asien, Lateinamerika, Afrika) zu erobern, offengelegt wurde. Auch, dass der «Reformer» Deng Xiaoping Reformen nur unter der Bedingung der totalen Kontrolle seiner Partei zugelassen hatte, konnte Rockefeller eigentlich nicht entgehen. Seine Behauptung, China sei in den 2000ern eine «weit offenere und tolerantere Gesellschaft» geworden, spielte der KPCh in die Hände, denn sie verschleierte die eigentlichen Ziele des Machtapparats. Ein Schelm, wer dabei glaubt, Rockefeller habe bis zu seinem Tod insgeheim ganz bewusst den kommunistischen Weltmachtplänen zugearbeitet.

Quellen:

1. Dirk Müller, Machtbeben: Die Welt vor der grössten Wirtschaftskrise aller Zeiten, Heyne Verlag, 2018, S.185-186
2. Ebenda, S.192-193
3. gta.de, Chinas Unternehmensverschuldung rückt in den Fokus, 07.10.2021
4. Dirk Müller, Machtbeben: Die Welt vor der grössten Wirtschaftskrise aller Zeiten, Heyne Verlag, 2018, S.193
5. tagesschau.de, China beendet Militärübungen - vorerst, 10.08.2022

Ist der Crash in West wie Ost von der Hochfinanz erwünscht?

Das Fiat-Geldsystem scheint heute weltweit an seinem historischen Ende angelangt und nicht mehr dauerhaft aufrecht zu erhalten.

Was mehr als naheliegt, ist ein Vorgehen nach dem Konzept «Problem – Reaktion – Lösung»: Da Staat, Banken und Konzerne durch ihre radikalen Eingriffe in die Wirtschaft und massive Fehlinvestitionen mit dem beliebig vermehrbaren Papier- und Digitalgeld über die letzten Jahre ein Meer von Millionen Verarmten und Arbeitslosen kreiert haben (Problem), schreit die Bevölkerung nach einer Alternative (Reaktion). Diese Alternative könnte den Menschen bald in Form der bereits beschriebenen CBDCs schmackhaft gemacht werden (Lösung). Ein gangbarer Weg wäre hierbei das Angebot eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches an die Digitale Zentralbankwährung gekoppelt werden würde. Wer würde einem solchen Angebot widerstehen können, wenn es den einzigen Ausweg aus dem finanziellen Ruin darstellen würde? Sobald man das Heer an Verarmten und Arbeitslosen in die neue Digitalwährung getrieben hätte, könnte man alle möglichen Bedingungen sowohl an das Grundeinkommen als auch die Nutzung der CBDC selbst knüpfen. «Das universelle Grundeinkommen ist die Antwort auf die von COVID-19 aufgedeckten Ungleichheiten», titelte das WEF im April 2020. ⁽¹⁾ Deshalb gilt es zu verstehen, dass es für die Erschaffer des aktuellen Finanzsystems absehbar sein musste, dass jenes eines Tages eine globale Wirtschaftskrise auslösen würde. Wir haben es mit einem Geldsystem zu tun, das nicht ohne neue Kredite funktionieren kann. Jeder neue Kredit erhöht die Geldmenge (Inflation), erzeugt neue Schulden, die denklogisch nicht zurückzahlbar und gleichzeitig derart inflationär verfügbar sind, dass gewaltige Fehlallokationen unausweichlich werden. Ein Schneeballsystem, das auf

Foto: Shutterstock/diy13



längere Sicht zusammenbrechen muss, obwohl der wirtschaftliche Niedergang theoretisch über Jahrzehnte andauern und verzögert werden kann. Die Kombination aus den Folgen der Lockdowns, weiterer irrsinniger politischer Massnahmen und der historisch einmaligen Geldschwemme durch die Zentralbanken sorgt aktuell dafür, dass die Verbraucherpreise weltweit steigen und die Kaufkraft des Geldes immer weiter schwindet.

Absichtliches Aufpumpen der Blase?

Da sich diese dem System inhärente Krise aber als idealer Wegbereiter für ein noch zentralisierteres Geldsystem erweisen dürfte, kann eigentlich nur geschlossen werden, dass auch die internationale Hochfinanz den Crash in West und Ost eigentlich anvisiert, um nach diesem «Reset» ihr neues System installieren zu können. Die verheerenden Zustände sind ganz und gar nicht wie ein Naturereignis über uns hereingebrochen, sondern wurden nachweislich vorsätzlich herbeigeführt. Dafür spricht auch, dass

die Zentralbanken momentan in nie gekannter Weise mit Geld nur so um sich schleudern und damit Löcher im Finanzhaushalt erschaffen, die im alten System niemals gestopft werden können.

Die Blase aus immer neu geschaffenen Fiat-Geld wird in China und im Westen praktisch parallel aufgepumpt. Die Geldschöpfung muss, um zu funktionieren, immer stärker ausgeweitet werden – eine Umkehr ist nicht mehr möglich. Ein Aussetzen des Geldnachpumpens würde in der Katastrophe münden. Der latent lauernde Finanzkollaps ist allerdings nicht das einzige Fiasko, mit dem sich die westlichen Industriestaaten konfrontiert sehen. Dazu gesellen sich u.a. Energiekrise, Zusammenbruch der Lieferketten, Ukraine-Krieg etc. Summa summarum scheint die endgültige Zerstörung des Mittelstandes, wie wir ihn kennen, bevorzustehen. Denn wie die Geschichte beweist, ist es diese Gesellschaftsschicht, die die Hauptkosten von derartigen sozialen Verwerfungen trägt – eine Gesellschaftsschicht, die es in dieser Form in China ohnehin nie gab.

300.000.000.000.000 US-Dollar

Die weltweite Schuldenlast explodiert gerade - was das für Anleger jetzt bedeutet

focus.de, 19.11.2021

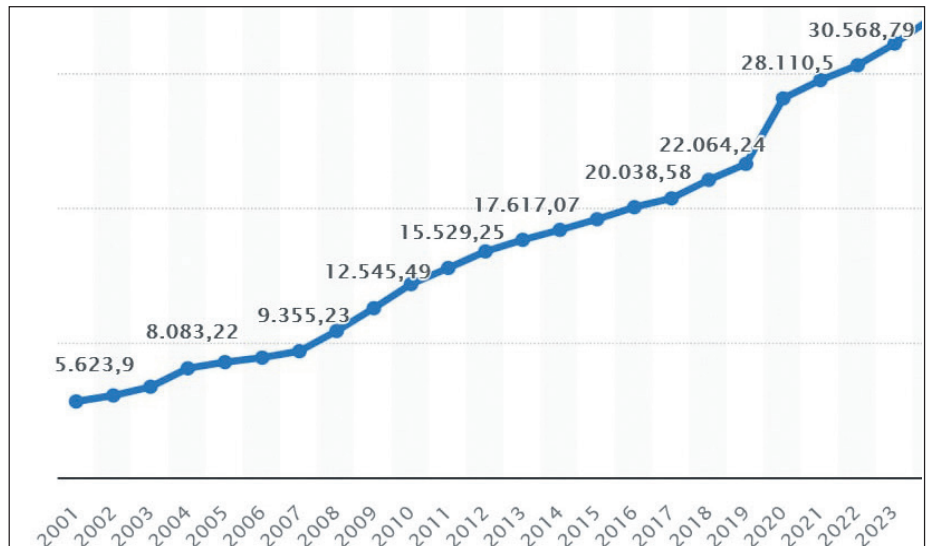
FOCUS

Egal ob West oder Ost: Das Finanzsystem jedes Staates dieser Welt basiert auf aus dem Nichts geschaffener «Fiat-Währung», die Inflation herbeiführt und deren Schulden niemals beglichen werden können. 300 Billionen US-Dollar lautete die Zahl der unaufhörlich steigenden weltweiten Gesamtverschuldung Ende 2021, und niemand kann beantworten, wie diese Schulden jemals getilgt werden könnten.

Worauf uns die «Corona»-Krise bereits einen Vorgeschmack gab, wird sich in Zukunft wohl potenzieren, denn «Nudging» (siehe S.9) alleine scheint nicht auszureichen, um die breite Masse in die CBDCs und/oder die digitale Identität zu treiben. In Ausgabe 51 (S.40 ff.) schilderten wir das hypothetische Szenario eines Finanzcrashs, nach dem der normalen Bevölkerung kaum eine andere Option mehr blieb, als von Giral- und Bargeld zu CBDCs zu wechseln. Es gilt aber ausdrücklich zu betonen, dass tausende ähnliche Alternativszenarien im Bereich des Möglichen liegen. Nahe liegt z.B. auch die Situation einer Lebensmittelknappheit (Ausgabe 49), die aller Wahrscheinlichkeit nach durch Rationierung gelöst werden würde, was ebenfalls ein dankbares Einfallstor für CBDCs und digitale IDs darstellen würde. Für die Zentralplaner wäre es ein Leichtes, die Menschen im Austausch für die überlebenswichtigen Rationen dazu zu zwingen, sich digital zu registrieren und digital zu bezahlen. Der Iran machte dies im Mai 2022 auf niedrigschwelliger Ebene bereits vor: Als rapide steigende Brotpreise zu landesinternen Protesten führten, stellte die Regierung den Bürgern digitale Gutscheine zur Verfügung, die an einen Identitätsnachweis geknüpft waren und mit denen sie eine begrenzte Menge Brot zu subventionierten Preisen erwerben konnten. ⁽²⁾ Genauso wäre auch die in Europa zunehmend unsichere Energieversorgung (Ausgabe 48) ein potenzieller Hebel, um die «Überwachungsdigitalisierung» umzusetzen. Frei nach der Devise: Wer noch heizen und kochen will, muss erst einmal digital erfasst werden, hätten die Menschen kaum eine andere Wahl, als sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

Krise als Katalysator

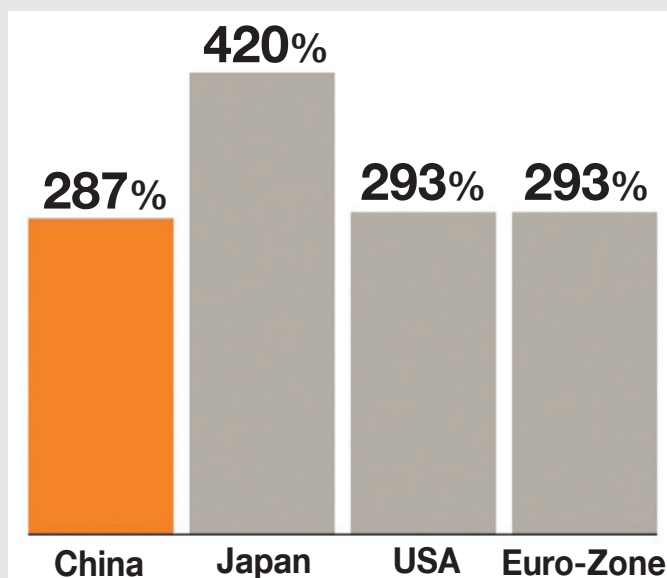
Für die Hochfinanz und die von ihnen verwalteten Unternehmen dürften die vergangenen drei «Corona»-Jahre wohl zu den erfolgreichsten überhaupt gezählt haben. In der gesamten Wirtschaftsgeschichte haben einzelne Unternehmen vielleicht noch nie in so kurzer Zeit so viel Geld und so viel Wirtschaftsmacht an sich reißen und zu ihren eigenen Gunsten ausnutzen können wie seit der Verkündung der ersten Lockdowns. Noch nie haben Regierungen mit Hilfe der Zentralbanken «Rettungsgelder» in solcher Höhe und solchem Umfang wie 2020 vergeben. Der Löwenanteil dieser Gelder ist auf direktem Weg in die Finanzmärkte geflossen und hat dort eine regelrechte Rallye befeuert, die zur wahrscheinlich grössten Vermögensumverteilung von



Quelle: de.statista.com, 02.11.2022

Zum Ende des Jahres 2022 liegt die US-Staatsverschuldung bei ca. 31 Billionen Dollar. Seit dem Jahr 2000 hat sie sich fast versechsfacht. Das System baut auf immer neuen Schulden auf und sein (einkalkulierter) Zusammenbruch ist vorprogrammiert. Bis dahin gilt es für die Zentralbanken und Regierungen, funktionale CBDCs und digitale Identitäten zu entwickeln, um diese eines Tages als Alternative zur gegenwärtigen Wirtschafts-, Staats- und Finanzordnung anzubieten, deren Zeit allmählich abläuft.

Gesamtverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Ende 2020)



Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Die Blase aus immer neu geschaffenen Fiat-Geld wird in China und im Westen praktisch parallel aufgepumpt. In Bezug auf China gilt es zusätzlich zu beachten, dass man den offiziell kommunizierten Wirtschaftsdaten besonders skeptisch gegenüberstehen muss, da die parteitreuen Provinzgouverneure offenbar häufig zu hohe Zahlen angeben.

unten nach oben führte, die die Welt jemals erlebt hat – die permanente Einspeisung neuen Geldes entwertet die Ersparnisse der arbeitenden Bevölkerung schleichend.

Da die Einführung des neuen «Digitalen Zentralbankgeldes» unter normalen Umständen von der Mehrheit der Menschen abgelehnt würde, wird zurzeit offenbar alles getan, um grösstmögliches wirtschaftliches, finanzielles und soziales

Chaos vorzubereiten, um diese scharfgemachte «Finanzbombe» dann zu einem bestimmten Zeitpunkt hochgehen zu lassen. Anschliessend will man augenscheinlich als «Retter» mit dem neuen «Geld» aufwarten, um seine Einführung so nicht als Akt der Versklavung, sondern als menschliches Entgegenkommen gegenüber Hilfsbedürftigen erscheinen zu lassen. Zerstört man die Wirtschaft und erzeugt ein ►

► Heer von Arbeitslosen, kann man diese verzweiferten Massen dem «Digitalen Zentralbankgeld» (und möglicherweise einen bedingungslosen Grundeinkommen) zuführen. So hat man die Menschen in der Falle: Problem – Reaktion – Lösung.

«Kreative Zerstörung»

Diejenigen, die es verstanden haben die Bevölkerung im alten Finanzsystem nach allen Regeln der Kunst auszuplündern, werden sicherlich auch im neuen System eine bevorzugte Stellung erhalten, wobei ein gewisses «Abschneiden fauler Äste» den eigentlichen Drahtziehern an der Spitze bestimmt gelegen kommt. Die aktuelle Agenda lautet demnach: Zerstören und neu aufbauen – Klaus Schwab beschrieb diesen Vorgang in seinem Buch «COVID-19: The Great Reset» als «kreative Zerstörung». ⁽³⁾ «Man sollte eine gute Krise niemals ungenutzt verstreichen lassen», schrieben zwei Akademiker auf der WEF-Webseite im November 2020 unter dem Titel: «Ein bisschen Chaos könnte genau das sein, was die SDGs [17 Ziele der Agenda 2030] brauchen: Hier ist der Sinn dahinter». ⁽⁴⁾ Offensichtlicher könnte man kaum durchscheinen lassen, dass man eine neue Ordnung aus dem (selbst erzeugten) Chaos erschaffen will.

Dabei spielt es letztlich keine entscheidende Rolle, ob China den Westen erobert und unterwirft, denn das System, das «unsere Eliten» langfristig anstreben, ist dem vorgesehenen Modell der KPCh praktisch identisch: Digitale Identität, Digitale Zentralbankwährung und Sozialkredit-System. Momentan kündigt sich ein «perfekter Sturm» aus Energiekrise (Doppelausgabe 47/48), Hungerkrise (Ausgabe 49) und Finanzkrise (Ausgabe 51) an, der das Potenzial hat, das alte System weltweit hinwegzufegen und eine neue Ära des digitalen Sozialismus einzuleiten, die wohl am besten mit einem Zitat aus George Orwells 1984 beschrieben ist: «Wenn Sie sich ein Bild von der Zukunft ausmalen wollen, dann stellen Sie sich einen Stiefel vor, der in ein Menschenantlitz tritt – immer und immer wieder.» Doch selbst dann ist nicht aller Tage Abend. Nichts währt ewig – Manchmal können schon kleine Anstöße Grosses bewegen und den Lauf der Geschichte massgeblich lenken. (tk)

Quellen:

1. weforum.org, Universal basic income is the answer to the inequalities exposed by COVID-19, 17.04.2020
2. ft.com, Iran's Raisi cuts back on bread subsidies, 10.05.2022
3. apolut.net, Die Lage wird bedrohlicher | Von Ernst Wolff, 29.11.2021
4. weforum.org, A little chaos could be just what the SDGs need: here's the sense behind it, 06.11.2020

Handelsblatt

ANTWORT AUF LIBRA

China testet seine staatliche Digitalwährung in der Praxis

Facebooks Libra-Pläne haben Peking aufgeschreckt. Doch nun macht China Tempo: Eine eigene Digitalwährung soll das Bargeld ersetzen. Pilottests laufen in vier großen Städten.

handelsblatt.de, 22.04.2020

Handelsblatt

Bundesbank prüft digitalen Euro

Die Bundesbank hat eine Taskforce zur Prüfung von Chancen und Risiken eines digitalen Zentralbankgelds gegründet. Bisher stand die Notenbank dem skeptisch gegenüber.

handelsblatt.de, 14.03.2020

Fast zeitgleich - zum Höhepunkt der «Corona»-Hysterie - gingen die Chinesische und Europäische Zentralbank entscheidende Schritte hin zum «Digitalen Zentralbankgeld». Während China bereits zum Test an der Bevölkerung übergang, richtete die EZB eine Taskforce ein, um das Projekt voranzutreiben.

BUSINESS INSIDER

Digitales Bargeld: Auf den Bahamas gibt es jetzt den „Sand-Dollar“ – in Europa wird der digitale Euro erst 2026 kommen

businessinsider.de, 31.05.2021

BE BTC ECHO

CBDC auf dem Vormarsch

Jamaika setzt mit Jam-Dex auf digitales Zentralbankgeld

CBDC wird bald in Jamaika verfügbar sein. Ziel von Jam-Dex ist es, diejenigen zu unterstützen, die keinen Zugang zu Gelddienstleistungen haben.

btc-echo.de, 04.04.2022

Der «Sand-Dollar» und «Jam-Dex» dürfen wohl als CBDC-Tests für den amerikanischen Raum gewertet werden. Bisher hat die US-Zentralbank Federal Reserve den praktischen Feldversuch noch nicht begonnen.



Bereits an anderer Stelle hatten wir Bezug genommen auf die Szenen, die sich im Juli 2022 in der chinesischen Provinz Henan abspielten, als einige hundert chinesische Bürger der gut situierten Mittelklasse vor einer Bank protestierten, und ihnen sodann die Bewegungsfreiheit mittels der «Gesundheits»-App entzogen wurde. Auslöser der Proteste war, dass sie sich mit der Tatsache konfrontiert sahen, dass ihre Immobilieninvestitionen von einem Moment auf den anderen wertlos geworden waren. In China stecken etwa 75 Prozent aller Ersparnisse im Immobiliensektor. Die Menschen erhoffen sich eine gute Wertanlage bzw. eine Altersvorsorge, aber es handelt sich allem Anschein nach um ein Schneeballsystem gigantischen Ausmasses: Oft sind die Wohnungen noch gar nicht gebaut, sondern die Chinesen investieren in das Versprechen, künftig ein Apartment zu erhalten. Aufgrund der steigenden Nachfrage und des nachfliessenden Geldes wurden diese Versprechen Jahr um Jahr oft mit 20% Rendite weiterverkauft – an sich kein ungewöhnliches Geschäft. Doch immer öfter stellt sich heraus, dass es sich um leere Versprechen handelt und die Bürger in den finanziellen Ruin getrieben werden.

Zeugnis dieser kolossalen Immobilienmisswirtschaft sind die sogenannten «Geisterstädte» – halbfertige, unbewohnbare Rohbauten, die wohl niemals fertig gestellt werden. Sage und schreibe ein Fünftel der Wohnungen in China – mindestens 65 Millionen Stück – ist verwaist und unbewohnt. Weshalb die Bauprojekte häufig auf Eis gelegt werden, wo das Geld der Anleger versickerte und ob es in andere Regierungsprojekte umgeleitet wurde, ist nicht festzustellen. Tatsache ist aber: Die Gesamtsituation des chinesischen Immobiliensektors hat mittlerweile einen prekären Punkt erreicht, ein Crash scheint beinahe unausweichlich und würde nicht nur die chinesische, sondern alle Volkswirtschaften weltweit in Mitleidenschaft ziehen. Der Finanz-Experte Dirk Müller schrieb schon 2018: «Käme es zu einem Crash der Immobilienpreise wie in Japan Ende der 1980er-Jahre, würden über zehn Billionen Dollar des chinesischen Mittelstandes pulverisiert. Wenn diese chinesische Wirtschaftsblase, die Mutter aller Wirtschaftsblasen, endgültig platzt, wird die Schockwelle alles in den Schatten stellen, was wir nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges je an Wirtschaftskrise erlebt haben.»

Nicht zufällig war es Henry Kissingers «Vorgesetzter» Richard Nixon (Ausgabe 50), der als US-Präsident gleichzeitig zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit China auch eine entscheidende Änderung im US-Währungssystem vornahm, die sich auf die gesamte Welt auswirkte: die Auflösung der Golddeckung des US-Dollars, der bis heute (noch) Weltleitwährung ist. Das öffnete dem unbegrenzten Drucken neuen Geldes Tür und Tor und befeuerte die Geldentwertung (Inflation). Seitdem flossen Billionensummen an US-Dollar in das Reich der Mitte, womit Chinas Aufstieg zur Wirtschaftsnation demnach untrennbar mit dem beliebig vermehrbaren Zentralbankgeld verbunden ist. Diese Mittel wurden von China dazu benutzt, eine gewaltige Menge von strategischen und materiellen Ressourcen anzu-

häufen, die aus realpolitischer Perspektive weitaus wertvoller sind als all die Schuldscheine, auf denen die Gläubiger sitzen. Im Ernstfall kann man diese Schulden nämlich weder essen, noch damit heizen oder schießen – die KP scheint sich dessen absolut bewusst und so einiges deutet darauf hin, dass sie ihr Heil langfristig im Lostreten eines kolossalen Konfliktes suchen könnte, was – wenn dieses Vorhaben von Erfolg gekrönt ist – dann wohl einem erzwungenen Schuldenerlass gleichkommen würde. In vielerlei Hinsicht scheint ein derart kontrollierter «Crash» in China mittlerweile fast unvermeidlich, denn ein kommunistisches Regime wie das chinesische lebt vom Schein. Auch die wirtschaftlichen Kennzahlen, die das Reich der Mitte Jahr für Jahr veröffentlicht, scheinen nicht das Papier wert zu sein, auf dem sie gedruckt werden. Ein Provinzgouverneur aus Liaoning – eine der wirtschaftsstärksten Regionen Chinas – räumte 2017 ein, jahrelang viel zu hohe Wirtschaftsdaten an die Zentrale in Peking gemeldet zu haben. Allein in den Jahren 2011 bis 2014 sollen die von ihm übermittelten Daten um mindestens 20 Prozent zu hoch gewesen sein. Selbst der Chef der zentralen chinesischen Statistikbehörde musste inzwischen zugeben, dass in China auf zahllosen Ebenen getrickst wurde und auch weiterhin wird.

Vieles deutet also darauf hin, dass China keineswegs der wirtschaftliche Gigant ist, als der er fortwährend dargestellt wird und durch ein Geldsystem gestützt wird, welches wirtschaftliches Agieren fernab der Realität erlaubt – zumindest zeitweise. Wie vorher bereits erwähnt, scheint ein bevorstehender Zusammenbruch von Chinas Volkswirtschaft an diesem Punkt beinahe unvermeidbar. Für die KP wäre das Anzetteln eines grossen militärischen Konfliktes eine Flucht nach vorne. Die weltpolitische Lage ist angespannt. Ein Angriff auf Taiwan könnte der Funken im Pulverfass sein.

Immer offensichtlicher scheint es, dass die Strippenzieher ein derartiges Chaos herbeisehnen, um auf den Trümmern der alten Ordnung eine neue errichten zu können – eine Ordnung ausgestattet und charakterisiert durch modernste digitale Kontrollinstrumente, gesteuert durch Hochfinanz, UN, WEF und Co. Momentan kündigt sich im Westen ein «perfekter Sturm» aus Energiekrise (Doppelausgabe 47/48), Hungerkrise (Ausgabe 49) und Finanzkrise (Ausgabe 51) gepaart mit zunehmender Weltkriegsgefahr an. Schon eines der genannten Probleme hätte das Potenzial, das alte System auf einen Schlag hinwegzufegen und eine neue Ära des digitalen Sozialismus einzuleiten.

Doch auch wenn die Situation düster aussehen mag – noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Das Wort «Krise» kommt vom griechischen Begriff für «Entscheidung» und einer solchen stehen die Völker des Westens nun gegenüber. Geschichte ist und bleibt nicht restlos planbar. In Zeiten des Zerfalls kann das Pendel in diese oder jene Richtung ausschlagen. Angesichts der kolossalen Verwerfungen, die uns bevorstehen, sei nochmals die vielzitierte Aussage wiederholt: «Ich weiss nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll.»